

344

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-370.48

27. November 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen

Bezug: Ihre Weisung auf Vorlage des Referats 431 vom 19. November 1987
(beigefügt)⁴

Vorschlag: Zustimmung zu Punkt II.

I. Zu prüfen ist die Frage, welche Möglichkeiten sich für eine erfolgsversprechende außenpolitische Initiative zum Thema eines Verbots bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen in den dafür in Frage kommenden internationalen Gremien ergeben.

1.1) Der Schutz von Anlagen mit „gefährlichen Kräften“ (inkl. Kernkraftwerken) in bewaffneten Konflikten war ein wichtiges Thema der Konferenz zur Bekräftigung und Fortentwicklung des humanitären Kriegsvölkerrechts (Genf 1974 bis 1977)⁵ und hat in Art. 56 von Zusatzprotokoll I (ZPI) Niederschlag gefunden.⁶ Ausgehend von der Tatsache, daß zivile Objekte ohnehin nicht angegriffen werden dürfen, enthält Art. 56 einen Schutz auch von Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, wenn die Gefahr schwerer Verluste unter der Zivilbevölkerung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 1. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der Vorschlag von Herrn D2i. V. (Seite 7) erscheint mir am erfolgsversprechendsten; er schließt einen Hinweis von Ihnen in einer Ihrer Interventionen auf der kommenden Tagung der NATO m. E. nicht aus.“ Vgl. Anm. 35.

³ Hat Bundesminister Genscher am 10. April 1988 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. April 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[siehe] Randvermerk] BM Seite 7“. Vgl. Anm. 30.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 11. April 1988 vorgelegen.

Hat Jelonek am 11. April 1988 erneut vorgelegen.

Hat Pabsch am 12. April 1988 vorgelegen, der für Referat 431 handschriftlich vermerkte: „[ur] g[e-fälligen] K[enntnisnahme].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 13. April 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Blankenstein verfügte.

⁴ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Dok. 325.

⁵ Die Sessionen der Diplomatischen Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts fanden vom 20. Februar bis 29. März 1974, vom 3. Februar bis 18. April 1975, vom 21. April bis 11. Juni 1976 und vom 17. März bis 10. Juni 1977 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 151.

⁶ Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.

Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.

besteht. Nur für den Fall, daß die vom Atomkraftwerk gelieferte Energie eine bedeutende Unterstützung der Kriegshandlungen darstellt, läßt Art. 56 in gewissen Grenzen Angriffe zu. Diese über das Völkergewohnheitsrecht hinausgehende Bestimmung stellt einen sorgfältigen Versuch dar, dringende humanitäre Anliegen gegenüber militärischen Notwendigkeiten abzuwägen. Wir sind wegen unserer geographischen Lage und unserer geschichtlichen Erfahrungen für eine uneingeschränkte Übernahme dieser Verpflichtungen und haben das ZPI bereits 1977 unterzeichnet.⁷

1.2) Der Bundessicherheitsrat hat inzwischen beschlossen, die Ratifizierung der Zusatzprotokolle einzuleiten, sobald eine Nuklearmacht des westlichen Bündnisses unter Abgabe der in der NATO abgestimmten „Nuklearerklärung“⁸ ratifiziert. Wichtige Bündnispartner lehnen allerdings eine Ratifizierung u. a. auch wegen der in Art. 56 enthaltenen Einschränkung militärischer Optionen ab (USA, F⁹) oder zögern zumindest (GB). Zur Vermeidung von Interoperabilitätsproblemen zwischen ratifizierenden und nicht-ratifizierenden NATO-Ländern haben wir in Konsultationen mit den USA und GB unter Beteiligung militärischer Experten Übereinstimmung erzielt, daß sich Angriffe auch auf nicht rein zivile Anlagen verbieten, wenn die Gefahr, gefährliche Kräfte freizusetzen, so groß ist, daß sie den militärischen Vorteil aufwiegt (oder übersteigt). Dies wird in der Regel der Fall sein. Keine Einigkeit besteht über einen darüber hinausgehenden Bereich absoluten Schutzes.

1.3) Das Thema der Umsetzung von ZPI und der Beseitigung von Interoperabilitätsproblemen wird die zuständigen NATO-Gremien noch weiter beschäftigen. Wir sind bemüht, diese Arbeiten voranzutreiben. Nach Ablehnung der Ratifizierung durch die amerikanische Regierung kommt als Nuklearmacht i. S. d. BSR-Beschlüsse nur noch GB in Frage, das uns eine baldige Entscheidung in der Frage der Ratifizierung in Aussicht gestellt hat. Es erscheint freilich nicht zweckmäßig, GB in dieser jetzigen Phase zu drängen.¹⁰

⁷ Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.

Zur Ratifizierungsdebatte vgl. Dok. 48.

⁸ Referat 500 vermerkte am 1. Februar 1985: „Die Frage, ob die Bündnispartner eine klarstellende Erklärung abgeben sollen, ist in den Jahren 1977 bis 1984 Gegenstand eingehender Konsultationen innerhalb des Bündnisses gewesen und im Ergebnis bejaht worden. Die Bundesregierung hat sich im Jahre 1980 und erneut im Jahre 1984 klar zugunsten der Abgabe einer ‚Nuklearerklärung‘ ausgesprochen und diese Haltung auch im Bündnis vertreten. [...] Als Ergebnis einer langen Reihe von NATO-Konsultationen sind Textelemente erarbeitet worden, die klarstellen sollen, daß die neuen Kampfführungsbestimmungen auf Nuklearwaffen keine Anwendung finden und daß insoweit die bisherige Rechtslage des Völkergewohnheitsrechts erhalten bleibt.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1297. Vgl. dazu auch AAPD 1984, II, Dok. 234.

Legationsrat I. Klasse Witschel notierte am 27. Juli 1987 den Wortlaut der im NATO-Rahmen abgestimmten Nuklearerklärung: „It is the understanding of ... that the rules relating to the use of weapons were intended to apply to conventional weapons without prejudice to any other rules of international law applicable to other types of weapons. In particular, the rules so introduced do not have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1298.

⁹ Frankreich trat am 24. Februar 1984 lediglich dem Zusatzprotokoll II vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 bei; eine Ratifizierung von Zusatzprotokoll I lehnte die französische Regierung wegen der Nuklearproblematik ab.

¹⁰ Der Passus „nicht zweckmäßig ... zu drängen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Vgl. ferner Anm. 35.

2) Eine deutsche Initiative in den Vereinten Nationen zur Verurteilung von bewaffneten Angriffen auf Nuklearanlagen als Antwort auf den irakischen Angriff gegen das iranische „KKW“ Bushehr vom 17. November 1987¹¹ ist aus prozeduralen Gründen nicht sofort möglich. Wir halten auch aus politischen Gründen eine derartige Initiative derzeit nicht für lohnend:

2.1) Der zur Behandlung einer derartigen Frage zuständige 1. Ausschuß der VN-GV hat seine Beratungen am 25. November für dieses Jahr abgeschlossen.

2.2) Eine unverzügliche Behandlung des Themas im Plenum der GV scheitert an dem Erfordernis, daß zur Aufnahme eines neuen Punktes in die TO eine Mehrheit der GV erforderlich ist. Darüber hinaus bestehen folgende grundsätzliche Bedenken:

- Wir würden uns mit einer solchen Initiative in Widerspruch zu unserer Haltung gegenüber der bis 1986 von Irak jährlich in der GV eingebrachten Resolution zur Verurteilung des israelischen Angriffs von 1981 auf einen irakischen Reaktor¹² setzen.
- Der irakische Verzicht auf die erneute Einbringung einer entsprechenden Resolution in der 42. VN-GV ist auch auf unser nachdrückliches Drängen zurückzuführen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, daß die Behandlung dieses Falles in der zuständigen VN-Sonderorganisation, der IAEO, ausreichend ist und die Befassung der VN-GV nicht sachdienlich sei.
- Es ist unwahrscheinlich, daß wir die mit einer solchen Initiative verfolgten Ziele in einer Debatte im Plenum der VN-GV erreichen können, da eine objektive Behandlung der Frage, die einen Teilaspekt des irakisch-iranischen Krieges¹³ bildet, in diesem Forum nicht wahrscheinlich ist und mit konkreten Ergebnissen nicht gerechnet werden kann. Iran und Irak sollte darüber hinaus nicht unnötig Gelegenheit zu einem „Nebenkriegsschauplatz“ in der VN-GV gegeben werden.¹⁴

3) In der IAEO stand das Thema seit 1983 auf der Tagesordnung jeder Generalkonferenz. Bisher beschränkten sich die jeweiligen Resolutionen auf eine Verurteilung von Angriffen auf Nuklearanlagen und die Aufforderung an die Mitgliedsländer, alles zu einer Vermeidung von solchen Angriffen zu tun, um damit zur sicheren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie beizutragen.

3.1) In der IAEO-Generalkonferenz 1987¹⁵ wurde jedoch ein neuer Resolutionsentwurf Argentiniens und Mexikos diskutiert, der zum Ziel hatte, „to work out a relevant international convention under which all states would undertake not to attack nuclear power facilities“.¹⁶ Zahlreiche G77-Länder (auch Irak) unter-

¹¹ Zum irakischen Angriff auf das iranische Kernkraftwerk Bushehr vgl. Dok. 325, Anm. 4.

¹² Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

¹³ Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner ein weiterer Spiegelstrich eingefügt: „Dg23: Da der Sicherheitsrat sich nur mit konkreten Streitfragen beschäftigt, scheidet er für eine generelle Initiative aus.“

¹⁵ Die 31. Generalkonferenz der IAEO fand vom 21. bis 25. September 1987 in Wien statt.

¹⁶ Für den Resolutionsentwurf „Measures to Strengthen International Co-operation in Nuclear Safety and Radiological Protection – Prohibition of Armed Attacks on all Nuclear Installations“ (GC (XXXI)/COM.5/57) vom 23. September 1987 vgl. Referat 242, Bd. 166013.

stützen diesen Entwurf, während USA, GB, F, B u. a. die Zuständigkeit der IAE0 in Zweifel zogen.¹⁷ Wir verschlossen uns nicht grundsätzlich der Diskussion eines entsprechenden Abkommens im Kreise der IAE0, vertraten aber die Auffassung, daß es der Sache förderlicher wäre, wenn die IAE0 sie erst nach Aufforderung der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf weiterverfolgen würde. Dann könnte sie wahrscheinlich wertvolle Hilfestellung bei den zu erwartenden Definitions- und Verifikationsproblemen leisten.

Die schließlich von der 31. IAE0-Generalkonferenz 1987 verabschiedete Resolution 475 vom 25. September 1987¹⁸ ermächtigte nur noch den IAE0-Generaldirektor¹⁹, „auf Ersuchen der Abrüstungskonferenz und ähnlicher internationaler Institutionen deren Arbeit unterstützende technische Studien durchzuführen“. USA, F und B verdeutlichten in anschließenden Erläuterungen ihr immer noch bestehendes Unbehagen an einigen Formulierungen.

3.2) Eine deutsche Initiative in der IAE0 wäre erst wieder für die nächste Generalkonferenz (September 1988²⁰) möglich und müßte im IAE0-Gouverneursrat (Vorsitzender z.Z. MDg Loosch, BMFT) im Februar 1988 vorbereitet werden. Sie wäre politisch wenig opportun und hätte keine Aussicht auf Erfolg, da einige unserer Hauptverbündeten sich jeder eingehenderen Befassung der IAE0 mit dieser Frage widersetzen. Für sie ist allein die CD in Genf das richtige Gremium: Nur die CD könne so heikle Fragen wie die Unterscheidung von zivilen und militärischen Kernanlagen oder deren eventuelle Eignung als Massenvernichtungsmittel behandeln (nicht aber die das „friedliche“ Atom nutzende IAE0).

4) In der Genfer Abrüstungskonferenz gibt es zwar einen Ansatzpunkt zur Behandlung des Themas, die jedoch mit vielfältigen Widerständen zu rechnen hätte und auch nicht kurzfristig zu verwirklichen wäre:

4.1) Die Konferenz pausiert zur Zeit und tritt erst wieder im Februar 1988 zusammen.²¹

4.2) In der CD wird ein Verbot von militärischen Angriffen auf Nuklearanlagen im Rahmen des Mandats betreffend ein Verbotsabkommen über „Neue Arten von Massenvernichtungswaffen und neue Systeme solcher Waffen; radiologische Waffen (RW)“ erörtert.²² Auf schwedischen Vorschlag war das Verbot von Angriffen auf Nuklearanlagen im Hinblick auf ihre Massenvernichtungswirkung 1981 Teil der RW-Verhandlungsmaterie geworden.

Die Verbindung zwischen dem Aspekt Angriffsverbot für Nuklearanlagen und der ursprünglichen Thematik des Verbots radiologischer Waffen blieb jedoch bis heute umstritten, viele Definitionsfragen blieben ungeklärt, so daß die Verhand-

¹⁷ Referat 431 vermerkte am 31. August 1987, die USA, Frankreich und Schweden hätten sich beim IAE0-Gouverneursrat im Dezember 1986 wiederholt gegen eine Befassung mit dem Thema im Rahmen der IAE0 ausgesprochen und statt dessen weiter eine Diskussion allein „im Kreise der Genfer Abrüstungskonferenz“ befürwortet. Vgl. Referat 431, Bd. 153212.

¹⁸ Für den Wortlaut der Resolution „Measures to Strengthen International Co-operation in Nuclear Safety and Radiological Protection – Protection of Nuclear Installations against Armed Attacks“ (GC (XXXI)/Res/475) vgl. <https://www.iaea.org/About/Policy/GC/GC31/Resolutions/index.html>.

¹⁹ Hans Blix.

²⁰ Die 32. Generalkonferenz der IAE0 fand vom 19. bis 23. September 1988 in Wien statt.

²¹ Die Jahrestagung der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) begann am 2. Februar 1988.

²² Zu den Verhandlungen über Radiologische Waffen in Genf vgl. Dok. 233, besonders Anm. 25, und Dok. 325, Anm. 11.

lungen jahrelang stagnierten. Sie wurden erst 1987 mit paralleler Behandlung beider Themen in zwei Kontaktgruppen wieder aktiviert.

4.3) In der abgelaufenen Verhandlungsperiode wurden vorrangig prozedurale Fragen erörtert und die weit divergierenden Meinungsunterschiede in Form eines Berichts zusammengefaßt.

F nimmt seit 1982 an den Erörterungen über ein Verbot von Angriffen auf Nuklearanlagen nicht teil, weil es das Mandat der CD hierfür bestreitet.

Unsere Verbündeten GB und US halten, wie oben dargelegt, das angestrebte Verbot jeglichen Angriffs auf nukleare Anlagen, auch soweit sie militärisch relevant sind, für nicht vereinbar mit der geltenden militärischen Einsatzplanung von SACEUR und SHAPE.

Der Osten hat erst 1985 einer Verbindung beider Themenkreise zugestimmt und hielt sich mit eigenen Beiträgen zurück.

Auffassungsunterschiede wurden auch²³ innerhalb der neutralen und ungebundenen Staaten deutlich, wo z.B. Pakistan die schwedischen Vorstellungen ablehnt.²⁴

Unser im Frühjahr 1987 unternommener Versuch, mittels eines Diskussionspapiers²⁵ innerhalb der westlichen Gruppe auf größere Übereinstimmung hinzuwirken, scheiterte vorerst an der Haltung von GB und US.

Angesichts dieser Situation kommt eine deutsche Initiative in der CD allenfalls in Betracht, wenn sie vorher durch eine Strategiedebatte im Bündnis vorbereitet würde.

II. Vorschlag

Diese Durchsicht unserer außenpolitischen Möglichkeiten zeigt, daß eine erfolgversprechende Initiative in den verschiedenen Gremien, die sich bisher schon mit dem Thema befaßt haben, teilweise technisch nicht möglich ist, jedenfalls aber politisch nicht angeraten werden kann. Gerade einige unserer wichtigsten westlichen Partner sind hier dezidiert anderer Meinung und haben sich darauf bereits öffentlich festgelegt. Wir würden mit überraschend vorgetragenen Initiativen ihren Unwillen hervorrufen und einem Fortschritt nicht näherkommen.²⁶ Sinnvoller erscheint es bei dieser Lage, zuerst einmal innerhalb von Bündnisgremien unsere Gedanken vorzutragen und dort unsere Partner zu bewegen²⁷ versuchen.

In nächster Zeit käme dafür die NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987²⁸ in Frage. Trotz der Fülle der Themen für die diesmal nur eintägige Sitzung könnten Sie den Gedanken eines Verbots von bewaffneten Angriffen auf

²³ Das Wort „auch“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „2A: besonders“.

²⁴ Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), informierte am 24. August 1987, daß der Leiter der pakistanischen CD-Delegation, Ahmad, am 20. August 1987 „das Kriterium der Massenvernichtung als Voraussetzung für die Schutzwürdigkeit nuklearer Anlagen als unakzeptabel“ bezeichnet habe: „In keiner der beiden VN-Resolutionen, die der CD das Verhandlungsmandat zu RW übertrugen, sei irgendein Bezug auf die Frage der Massenvernichtung enthalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1817; Referat 242, Bd. 166013.

²⁵ Für das „Discussion Paper for Western Group“ vom 23. Februar 1987 vgl. Referat 222, Bd. 162054.

²⁶ Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner handschriftlich: „[Siehe] Anm[erkung] D 2 i. V. auf der nächsten Seite.“ Vgl. Anm. 35.

²⁷ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Pabsch handschriftlich eingefügt: „zu“.

²⁸ Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

Nuklearanlagen in eine Ihrer Erklärungen zu Abrüstungsfragen oder bei der Behandlung regionaler Themen (Golf-Konflikt) einfließen lassen²⁹ und die Partner auffordern, in dieser Frage dynamischer zu handeln.

Falls Sie das wünschen, werden die zuständigen Arbeitseinheiten Ihnen umgehend entsprechend Formulierungsvorschläge vorlegen.³⁰

D2³¹, D2A³², D3³³ und D5³⁴ haben mitgezeichnet, die jeweiligen Abteilungen haben Beiträge geliefert.³⁵

Jelonek

Referat 431, Bd. 153212

345

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jansen

27. November 1987¹

Betr.: Nachfolge Lord Carrington²

Norwegischer Politischer Direktor³ und Leiter Ministerbüro im norwegischen Außenministerium waren heute mit zwei anderen Beamten Gast unseres Politischen Direktors von Richthofen und der zuständigen Beamten aus der Abteilung 2. Bei Tisch wurden Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und der internationalen Lage (Abrüstung, Afghanistan, Südliches Afrika und Golf-Krieg) besprochen. Bei allen diesen Punkten herrschte weitestgehende Übereinstimmung.

²⁹ Der Passus „bei der Behandlung ... lassen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist denkbar.“

³⁰ Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ja.“ Vgl. Anm. 3.

³¹ Hermann Freiherr von Richthofen.

³² Josef Holik.

³³ Reinhard Schlagintweit.

³⁴ Jürgen Oesterhelt.

³⁵ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Ich schlage vor, ab ‚näherkommen‘ auf S. 6 wie folgt zu formulieren: Wir sollten vielmehr parallel die Abstimmung mit GB fortsetzen mit dem Ziel, eine Ratifizierung des ZPI durch die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen; die Frage von gezielten Schritten zu intern[ationalem] Verbot bewaffneter Angriffe auf Nuklearanlagen in Konsultationen mit unseren Bündnispartnern auf die Tagesordnung setzen. Dies könnte in bilat[erale]n Konsultationen und in geeigneten Bündniskonsultationen geschehen und operativ das Ziel haben, eine entsprechende Initiative der Bundesregierung, die BM z.B. bei seinem Auftreten vor dem CD in Genf Anfang Februar 1988 ergreifen könnte, vorzubereiten.“ Vgl. Anm. 2 und 26. Staatssekretär Lautenschlager vermerkte zum Passus „die Abstimmung mit GB ... zu ermöglichen“ handschriftlich: „Ohne GB zu drängen (Seite 3)“. Vgl. Anm. 10.

¹ Hat Bundesminister Genscher am 28. November 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 29. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.

Hat Elbe am 30. November 1987 vorgelegen.

² Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 304.

³ Jan E. Nyheim.

Nach dem Mittagessen baten der norwegische Politische Direktor und der Leiter des Ministerbüros um ein Gespräch mit von Richthofen und mir. Dieses Gespräch fand im AA statt. Hierbei ging es zunächst um die von BM mit seinem norwegischen Kollegen Stoltenberg in Aussicht genommene engere Heranführung von Norwegen an die Gemeinschaft während unserer Präsidentschaft⁴. Norweger bitten um enge Abstimmung und Unterrichtung über die wesentlichen, in der Gemeinschaft diskutierten politischen Themen. Beide Seiten wollen überlegen, wie dies zu bewerkstelligen ist.

Anschließend brachte ich das Gespräch auf die Nachfolge Lord Carringtons, nachdem ich mich vor dem Gespräch über den letzten Sachstand in Brüssel unterrichtet hatte.⁵ D2 und ich legten die jüngste Entwicklung dar – Unterstützung der Wörner-Kandidatur jetzt auch durch Kanada und Niederlande sowie Bereitschaft, Konsens herzustellen, durch Island und Griechenland, sowie erkennbare Bereitschaft Dänemarks, Konsens nicht als einzige zu verhindern.

Wir verdeutlichten:

- die klare und unzweideutige Unterstützung der Kandidatur von BM Wörner durch BM Genscher und der FDP;
- den aus unserer Sicht fairen Wettbewerb um die Nachfolge (erste Veröffentlichung kam aus Norwegen);
- die hohe Wertschätzung unsererseits für Norwegens Rolle in NATO und den norwegischen Kandidaten Willoch;
- die Sorge um das Ansehen des Bündnisses, falls Entscheidungsfindung sich weiter hinziehe;
- die Notwendigkeit, den Konsens jetzt rasch vor NATO-Ministertreffen⁶ herbeizuführen;
- wir äußerten den dringenden Rat und die Bitte an norwegische Seite, Konsens zu ermöglichen, der bei 15:1-Situation von norwegischer Seite freigegeben werden sollte;
- wir stellten die Frage, ob deutsche Seite irgend etwas tun könne, um Dinge im letzten Stadium zu erleichtern, und erbaten hierzu Rat der Kollegen.

Norweger unterstrichen, daß einzige Sorge von AM Stoltenberg sich daran orientiere, den bestmöglichen Kandidaten für Nachfolge für das Amt des Generalsekretärs zu gewinnen. In jetziger Lage des Bündnisses sei dies besonders wichtig. Allein daran orientiere sich die Haltung der norwegischen Regierung.

⁴ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

⁵ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 24. November 1987, daß der niederländische NATO-Botschafter de Hoop Scheffer beim nächsten Treffen der NATO-Botschafter am 27. November 1987 „eine Position vertreten“ werde, „über die wir uns ‚freuen würden‘“. Zudem habe der kanadische NATO-Botschafter Smith mitgeteilt, daß „AM Clark versuche, seinen norwegischen Kollegen dazu zu bewegen, Kandidatur Willoch möglichst bald zurückzuziehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1551; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

Am 27. November 1987 informierte Hansen: „Bei heute mittag abgehaltenem Botschaftertreffen [...] sprachen sich StV NL und KAN klar zugunsten von BM Wörner aus.“ Die Sitzung sei demnach ganz „in unserem Sinn“ verlaufen: „BM Wörner hat nunmehr zwölf, Willoch vier (außer NWG: DK, GR und ISL) Stimmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1569; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

Gesprächspartner wiesen auf Unterstützung aller politischen Kräfte in Norwegen für Willoch hin. Regierung müsse nach heutiger Sitzung in Brüssel entscheiden, wie weiter zu prozedieren sei.

Gesprächspartner gaben zu verstehen, daß norwegische politische Führung sich durch Kandidatur des großen Partners, der sich gegenüber dem kleineren Partner möglicherweise durchsetze, doch sehr betroffen fühle. Politischer Direktor wiederholte immer wieder seinen Hinweis auf Qualität des Kandidaten, auf die es AM Stoltenberg alleine ankomme. Besonders betroffen sei man über den Vorwurf, Norweger seien gegen Wörner, weil es sich hier um einen Deutschen handle. Norweger sagten zu, mit uns in telefonischem Kontakt zu bleiben und uns ggf. in aller Offenheit mitzuteilen, ob weitere Schritte von deutscher Seite opportun sein könnten.

Jansen

VS-Bd. 14157 (010)

346

Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl

1. Dezember 1987¹

Ministergespräch am 1. Dezember 1987² zur Vorbereitung des ER in Kopenhagen³

Teilnehmer: der Herr Bundeskanzler, BM Genscher, BM Stoltenberg, BM Bange-
mann, BM Kiechle, StM Stavenhagen, StMin Adam-Schwaetzer, StS Tietmeyer,
StS Kittel.

Als Note-taker: MDg Hartmann, MR Feiter.

Beginn des Gesprächs: 17.00 Uhr.

Ende des Gesprächs: 18.10 Uhr.

Der *Bundeskanzler* erklärt, der ER in Kopenhagen werde schwierig werden. Er habe den Eindruck, daß PM Thatcher versuche, den GB-Ausgleich⁴ zu einer

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 2. Dezember 1987 gefertigt und am 8. Dezember 1987 an Ministerialdirigent Jansen „zur Kenntnisnahme des Herrn Bundesministers“ übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 412, Bd. 168707.

² Zur Vorbereitung des Ministergesprächs am 1. Dezember 1987 legte Ministerialdirigent Trumpf für Bundesminister Genscher am selben Tag dar, Hauptanliegen der Bundesregierung auf der bevorstehenden Tagung des Europäischen Rats werde „die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in einer für die deutsche Landwirtschaft erträglichen Weise“ sein: „Dafür müssen wir finanzielle Opfer bringen.“ Bezüglich der Haushaltsdisziplin bleibe für die Bundesregierung ihre bisherige Haltung erste Priorität, d. h.: „Agrarleitlinie auf der Basis der tatsächlichen Bedürfnisse für 1987 (26,8 Mrd. ECU). Jährliche Steigerungsrate nicht über jährlicher Wachstumsrate des EG-BSP. Außergewöhnliche Umstände (nicht auf monetäre Entwicklungen beschränkt!) können Überraschungen rechtfertigen.“ Allerdings werde man wahrscheinlich als Rückfallposition den Vorschlag der dänischen EG-Ratspräsidentschaft annehmen. Dieser sehe vor: „Basis der Agrarleitlinie 1988 = 27 Mrd. ECU; Steigerungsrate

Dauereinrichtung zu machen und uns gleichzeitig in der Agrarpolitik die Luft abzdücken. Es dürfe nicht dahin kommen, daß D allein gegen die anderen MS stehe, sondern wir benötigten Bundesgenossen für unsere Positionen, um GB seinerseits zu isolieren.

Der Bundeskanzler schlägt sodann vor, über die einzelnen Sachkapitel zu diskutieren.

Zum Strukturfonds⁵ erklärt BM *Genscher*, es komme darauf an, eine Konzentration auf die vier ärmsten Mitgliedstaaten sowie Süditalien durchzusetzen. Wir hätten uns für eine deutliche Erhöhung, nicht aber für eine Verdoppelung ausgesprochen. Man müsse sehen, daß es ein inneres Verhältnis zwischen der Gesamterhöhung und der Konzentration gebe. Der Hauptkampf müsse hier von F geschlagen werden, das geringere Steigerung wolle. Es sei aus taktischen Gründen zu empfehlen, wenn der Bundeskanzler – wie heute morgen – gegenüber MP Schlüter auf unsere besonderen Probleme im Zonenrandgebiet hinweisen würde, ohne daran einen Anspruch zu knüpfen.⁶

BM *Stoltenberg* weist auf die Koalitionsvereinbarung⁷ hin, in der der Finanzrahmen für Übertragungen an die EG zunächst auf 0,2 Prozent = 2 Mrd. DM

Fortsetzung Fußnote von Seite 1760

60% des BSP-Wachstums; Beseitigung der Altlast (Überschußvorräte) durch Mittel, die in ein anderes Haushaltskapitel eingeschrieben werden (1988 = 1,2, 1989 bis 1992 je 1,4 Mrd. ECU). Dazu eine Haushaltsreserve von ca. 1 Mrd. ECU jährlich.“ Eine „starre Festlegung auf Ablehnung“ solle daher im Ministergespräch vermieden werden, denn nach diesem Vorschlag könne die EG-Agrarpolitik „nur mit der Haushaltsreserve (monetary reserve) finanziert werden, die BMF bisher immer abgelehnt hat“. Im Bereich der Agrarpolitik könne die Bundesrepublik „Agrarstabilisatoren für alle Erzeugnisse hinnehmen, sofern sie nicht zu automatischen Preissenkungen im selben Wirtschaftsjahr führen. Für die meisten Erzeugnisse hat Agrartrat trotz einzelner Vorbehalte mehrheitsfähige Lösungen gefunden.“ Beim Thema Eigeneinnahmen plädiere das Auswärtige Amt beim Gesamtplafond „für ausreichend Mittel zur Finanzierung der Agrarpolitik nach deutschen Vorstellungen, ohne daneben die übrigen Bedürfnisse der Gemeinschaft zu vernachlässigen. [...] Das bedeutet 1,3% vom BSP. Bei dieser Höhe ist es auch sinnvoll, jährliche Unterplafonds vorzusehen.“ Bezüglich der dritten und vierten Einnahmequelle unterstütze das Auswärtige Amt den Vorschlag der dänischen EG-Ratspräsidentenschaft. Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

⁴ Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

Ministerialdirigent Trumpf empfahl Bundesminister Genscher in einer Aufzeichnung vom 1. Dezember 1987 zur Vorbereitung des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl am selben Tag in der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt: „Ja, aber weniger als Fontainebleau, und 1992 muß Schluß sein.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

⁵ Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 315, Anm. 23.

Zur Vorbereitung des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl am 1. Dezember 1987 legte Ministerialdirigent Trumpf am selben Tag dar, das Auswärtige Amt empfehle hinsichtlich der EG-Strukturfonds: „BK nicht auf einen bestimmten Prozentsatz für den Zuwachs der Strukturmittel festlegen. Er braucht Verhandlungsspielraum, um die südlichen MS zur Annahme des Gesamtkompromisses zu bewegen, auch in der Perspektive der Errichtung des Binnenmarktes bis 1992. Für uns liegt Kompromiß etwas oberhalb der Mitte zwischen Status quo (7 Mrd. ECU) und Verdoppelung bis 1992 (14 Mrd. ECU), also bei ca. 11 Mrd. ECU real. Konzentration auf die vier Ärmsten und auf Süditalien.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

⁶ Bundeskanzler Kohl führte zusammen mit Bundesminister Genscher am 1. Dezember 1987 ein Gespräch mit Ministerpräsident Schlüter und dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen, in dessen Mittelpunkt Fragen der EG-Agrar- und -Haushaltspolitik standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

⁷ Für den Wortlaut der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP für die 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestags vgl. CDU-DOKUMENTATION 9/1987 vom 12. März 1987, S. 5–32; http://www.kas.de/wf/doc/kas_26810-544-1-30.pdf?110826092559.

festgelegt worden sei. Bei Vorbereitung des letzten ER im Juni d. J.⁸ habe man sich auf 0,3 Prozent = 3 Mrd. DM verständigt, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Bund einen Ausgleich brauche. Durch Presseveröffentlichungen der jüngsten Zeit sei der Eindruck erweckt worden, daß ein solcher Ausgleich über die Verbrauchssteuer nicht mehr zur Diskussion stehe. Dies sei aber nicht der Fall.

Wenn man das Modell von Delors⁹ zugrunde lege, so bedeute dies in Zahlen, daß D 1988 4,9 Mrd., 1990 7,3 Mrd. DM und 1992 10,9 Mrd. DM zusätzlich an die EG abführen müsse. Er bitte daher, zu Protokoll zu nehmen, daß dies vollkommen untragbar sei und er sich als Finanzminister nicht in der Lage sehe, über derartige Größenordnungen zu verhandeln. Man müsse sich zunächst über den Rahmen klarwerden, der uns zur Verfügung stehe. Demnach liege die Obergrenze für zusätzliche Zahlungen an die EG im Jahr 1988 bei 3 Mrd. DM. Bei entsprechender Fortschreibung bedeute dies, daß man 1992 ca. 6 Mrd. DM mehr an die EG abführen müsse. Dem könne er aber nur zustimmen, wenn Einvernehmen darüber bestehe, daß zum 1.1.1989 ein Ausgleich im Sinne der Koalitionsvereinbarung beschlossen werde.

Was im übrigen die Frage der Konzentration bei den Strukturfonds angehe, so sei er damit einverstanden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle in Kopenhagen einen Erfolg haben, insbesondere auch im Bereich der Agrarpolitik. Man müsse sehen, daß bei einer Verschiebung die Sache im Juni 1988 nur teurer werde. In der Tat sei es wichtig, auch die Frage zu klären, woher das Geld zu nehmen sei, um die entsprechenden Verpflichtungen im Haushalt abzudecken. Die Bundesquote werde immer geringer; die Einnahmen aus den Bundesbankgewinnen gingen infolge des Dollarverfalls¹⁰ zurück, gleichzeitig müsse diese Regierung zu ihrem Grundsatz stehen, solide Politik zu machen.

BM *Bangemann* erklärt, er habe in dem heutigen Gespräch mit BM *Stoltenberg* noch offengelassen, wie weit man sich gegenüber der Öffentlichkeit zur Frage der Erhöhung der Verbrauchssteuer erklären solle. Er sei für ein offensives Angehen dieses Problems, sonst nähe man den Verdacht, man wolle die Öffentlichkeit hinters Licht führen.

Der *Bundeskanzler* bittet BM *Bangemann* und BM *Stoltenberg* um eine abgestimmte Formulierung für die Pressekonferenz am 2. Dezember. Das Datum, über das Einigkeit bestehe, brauche nicht genannt zu werden. Im übrigen sei eine Befassung des Kabinetts nicht erforderlich.

BM *Stoltenberg* betont noch einmal, es müsse in diesem Kreise klar sein, daß man zum 1.1.1989 einen Ausgleich benötige, ansonsten sei keine geordnete Finanzwirtschaft möglich. Damit akzeptiere er, daß der in der Koalitionsvereinbarung versprochene Ausgleich um ein Jahr zeitversetzt erfolge. Natürlich brauche man Flexibilität zwischen den vorliegenden Zahlen der Kommission und den anderen Vorschlägen.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

⁹ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

¹⁰ Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.

Der *Bundeskanzler* erklärt, in der Tat könne man sich hinsichtlich der auf dem Tisch liegenden Zahlen nicht aufs Komma genau festlegen. Die Summe werde irgendwie in der Mitte liegen, wahrscheinlich nicht weit entfernt von 8 Mrd. DM.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß wir auch Flexibilität benötigen, um unsere Wünsche im Agrarbereich, insbesondere bei Getreide und Milch, durchzusetzen. Außerdem hätten wir uns strikt gegen eine Fettsteuer¹¹ ausgesprochen. Was das Modell angehe, so habe die Präsidentschaft inzwischen einen Vorschlag in unsere Richtung gemacht.¹² Die vierte Ressource¹³ solle demnach nicht auf der Basis des BIP, sondern auf der Grundlage des BSP berechnet werden. Sein Gefühl sei, daß wir uns in Richtung BSP orientieren sollten. Dabei könnten wir auch die Unterstützung anderer finden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, im Ergebnis würde dies keinen großen Unterschied bedeuten. Deswegen sollten wir uns in dieser Frage nicht verkämpfen.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß wir auch Spielraum in der Frage der Verwaltungskosten, der Zölle und Abschöpfungen benötigen.

BM *Stoltenberg* erklärt, der zuvor von BM *Genscher* genannte Präsidentschaftsvorschlag auf der Basis von 1,3 % BSP liefe 1992 auf einen deutschen Finanzbeitrag von ca. 9–10 Mrd. DM hinaus. Dies sei innenpolitisch nicht zu verkraften. Er könne sich allenfalls auf eine Zahl zwischen 1,16 und 1,20 % BSP einrichten. Dies bedeute einen Mehraufwand für den Bundeshaushalt von 7,2–8 Mrd. DM. Außerdem sei er entschieden dagegen, daß wir jetzt noch weitere Kosten von der Gemeinschaft übernähmen. Was daher die Verwaltungskosten, Zölle und Abschöpfungen angehe, so solle man beim geltenden Recht bleiben und keine Konzessionen machen.

BM *Genscher* wirft ein, er sei hinsichtlich der Verwaltungskosten nicht für Konzessionen eingetreten, sondern habe nur auf ein Problem aufmerksam gemacht.

Der *Bundeskanzler* wirft die Frage der Haushaltsdisziplin¹⁴ auf und erklärt, die vorgeschlagene institutionelle Vereinbarung zwischen EP¹⁵, K¹⁶ und Rat sei überflüssig und führe nur zu einem Dauerstreit.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß Präsidentschaft Problem durch eine politische Absichtserklärung gegenüber dem EP lösen wolle.

BM *Stoltenberg* erklärt, daß die derzeitige Regelung zur Erhöhung der NOA¹⁷ (1,5-facher Satz) nicht aufgelockert werden dürfe. Dies würde jedoch nach Meinung von BM *Bangemann* die Verhinderung der Erhöhung der Fondsmittel in dem beim letzten ER angebotenen und für einen Gesamtkompromiß erforderlichen Ausmaß bedeuten.

¹¹ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 315, Anm. 27.

¹² Vgl. dazu das Papier der dänischen EG-Ratspräsidentschaft „Note from the Presidency“ vom 1. Dezember 1987 (SN/3919/1/87), das mit Fernkopie Nr. 477 der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel vom selben Tag übermittelt wurde; Referat 412, Bd. 168707.

¹³ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

¹⁴ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission zur Haushaltsdisziplin vgl. Dok. 315, Anm. 24.

¹⁵ Korrigiert aus: „ER“.

¹⁶ EG-Kommission.

¹⁷ Nicht-obligatorische Ausgaben.

StS *Tietmeyer* verweist auf das bei Überschreitung des allgemeinen Höchstsatzes erforderliche Parlamentsverfahren. Im übrigen bedeute eine Erhöhung der Fondsmittel um 40% eine Erhöhung der Begünstigung für die vier ärmsten Mitgliedstaaten um 100%.

StM *Stavenhagen* hält ein einmaliges Parlamentsverfahren zur Erhöhung der Mittel in der gesamten Laufzeit von fünf Jahren für möglich. In den folgenden Jahren könnte dann der Höchstsatz wieder eingehalten werden.

BM *Stoltenberg* sieht in einem solchen Verfahren den Versuch, unter Aufrechterhaltung der Zuständigkeitsregelung die erforderliche Erhöhung durchzusetzen, und nimmt diese Überlegungen so zur Kenntnis.

BM *Genscher* weist zu den Haushaltsstabilisatoren auf die neuesten Vorstellungen der Präsidentschaft hin:

- Basis für den Bezugsrahmen: 1988 = 27 Mrd. ECU,
- geringerer Anstieg der Agrarleitlinie 1989 bis 1992 in Höhe von 60% des BSP,
- Festlegung einer Franchise von 500 Mio. ECU zur Berücksichtigung besonderer Schwankungen im Rahmen der normalen Haushaltsansätze,
- Schaffung einer Reserve in Höhe von 1 Mrd. ECU zum Ausgleich der Dollar-Kursschwankungen,
- Neudefinition der außergewöhnlichen Umstände, insbesondere in Bezug auf Währungsschwankungen und Vertragsverletzungen von Drittländern.

BM *Kiechle* erläutert, daß der Bezugsrahmen in 1988 von 27 Mrd. ECU den Ausgleich für die Ablehnung der Fettsteuer nicht beinhalte.

Der *Bundeskanzler* macht unmißverständlich klar, daß die Einführung einer Fettsteuer nicht in Frage komme, und weist auf die Gefahr protektionistischer Gegenmaßnahmen durch den US-Kongreß hin. BM *Bangemann* unterstützt dies nachdrücklich.

BM *Kiechle* und StS *Kittel* sprechen sich gegen die 60%-Regelung und für Anlehnung an BSP-Entwicklung sowie gegen die Dollar-Reserve in Höhe von 1 Mrd. ECU aus. Die außergewöhnlichen Umstände müßten eindeutig definiert werden. Die Präsidentschaftsvorschläge seien jedoch noch im einzelnen sorgfältig zu prüfen.

StM *Stavenhagen* erläutert und begründet den Ansatz für die Begrenzung der Agrarleitlinie auf 60% des BSP.

BM *Stoltenberg* nimmt Bezug auf einen Vorschlag der Präsidentschaft vom 29. November 1987, der zu Ziffer 15 im Rahmen des Art. 203, Abs. 9 des Vertrages¹⁸ auf eine weitgehende Einschränkung der Haushaltsdisziplin bei den nicht-obligatorischen Ausgaben (NOA) hinauslaufe. Er lehnt diesen ab, weil dann die Haushaltsdisziplin nur noch für einen kleinen Teil der nichtobligatorischen Ausgaben gelten würde.

¹⁸ Für den Wortlaut von Artikel 203 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 in der durch das Gesetz vom 29. Juli 1976 zum Vertrag vom 22. Juli 1975 zu Änderungen bestimmter Finanzvorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und des Vertrags zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaft geänderten Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1331 f.

Der *Bundeskanzler* weist zum GB-Ausgleich darauf hin, daß sowohl Kommission als auch Präsidentschaft die Fortführung des GB-Ausgleichs vorgeschlagen haben. Für uns sei das Wichtigste, daß der GB-Ausgleich 1992 auslaufe; ob das gelinge, sei eine offene Frage. Ein weiterer Punkt sei, ob sich alle am Ausgleich beteiligen.

BM *Genscher* erklärt, daß MP Schlüter im heutigen Gespräch ausdrücklich eine deutsche Entlastung um 75% in seine Überlegungen einbezogen habe. Hier gebe es aber auch ein Problem mit Frankreich, das ein Modell vorziehe, bei dem F selber günstiger abschneide.

BM *Stoltenberg* erklärt eine degressive Ausgestaltung und Beendigung der Ausgleichsregelung in 1992 für unabdingbar. In diesem Zusammenhang stellt er anhand einer Grafik die wachsende Belastung der Bundesrepublik Deutschland durch den GB-Ausgleich und den EG-Haushalt insgesamt dar.

BM *Genscher* erläutert den aktuellen Stand zum Thema Agrarstabilisatoren, insbesondere die Vorschläge von Kommission und Präsidentschaft sowie die Vorstellungen der französischen Regierung¹⁹. Die Frage sei, ob ein Mischmodell durchsetzbar sei. Er habe im Konklave der Außenminister²⁰ deutlich gemacht, daß die französischen Vorstellungen besser, aber so für uns noch nicht annehmbar seien. Insbesondere müsse zur Bewertung des Produktivitätszuwachses ein längerer Referenzzeitraum berücksichtigt werden. Die nationalen Maßnahmen zum Einkommensausgleich dürften zeitlich nicht limitiert werden. Inzwischen sei eine Mehrheit der Mitgliedstaaten für gezielte Marktentlastungsmaßnahmen. Preispolitische Signale seien jedoch nicht ganz zu vermeiden. Deshalb sei es erforderlich, daß extreme jährliche Produktionsschwankungen methodisch ausgeglichen werden.

BM *Kiechle* berichtet über die Haltung des Deutschen Bauernverbandes zu der Stabilisatorendiskussion und insbesondere zu EG-weiten mengenbegrenzenden Maßnahmen. Er erläutert, daß die Garantiemenge bei Getreide mindestens 160 Mio. t betragen müsse, damit es nicht schon in 1988 zu Preissenkungen infolge der Kommissionsautomatik, die eine Garantieschwelle von 155 Mio. t vorsehe, kommen könne. Die Bauern müßten die Möglichkeit haben, dem Preisdruck auszuweichen; deshalb plädierten wir für Flächenstillegung, Extensivierung und Vorruhestandsregelung. Diese Maßnahmen müßten gleichgewichtig und

¹⁹ Die Referate 410, 412 und 416 vermerkten in einer gemeinsamen Aufzeichnung vom 26. November 1987 zur französischen Haltung bezüglich Agrarstabilisatoren: „Getreide: Höhere Garantieschwelle (mindestens 160 Mio. t.), Beschränkung der automatischen Preissenkung auf Höhe des jährlichen Produktivitätsfortschritts, Überprüfung der Preisrelation im Rahmen der jährlichen Preisrunde. Ölsaaten: Bereitschaft zu Preissenkungen im Rahmen jährlicher Preisrunde. Set-aside: grundsätzlich (wie D) zustimmend zum Präsidentschaftsvorschlag ergänzender Flächenstillegung, aber bei Höhe der Stilllegungsprämien und Satz der EG-Beteiligung aus Haushaltsgründen zurückhaltender als D. Fettabgabe gefordert.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

Staatssekretär Lautenschlager vermerkte am selben Tag: „Die zwischen BK und PM Chirac in Karlsruhe verabredeten deutsch-französischen Gespräche sind heute im Bundeskanzleramt fortgesetzt und mit einem vorläufigen Ergebnis beendet worden. Die von den Initiatoren gewünschte auch schriftliche Festlegung einer gemeinsamen deutsch-französischen Position ließ sich in wesentlichen Fragen nicht verwirklichen. Man einigte sich auf drei Papiere zu folgenden Themen: Agrarstabilisatoren mit dem Annex Haushaltsdisziplin im Agrarbereich, Strukturfonds und eigene Einnahmen. Die Papiere enthalten jedoch keine echte gemeinsame Position, sondern konstatieren unterschiedliche Auffassung in wesentlichen Punkten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

²⁰ Zur Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave“) am 29./30. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 318, Anm. 19.

nicht nur ergänzend beschlossen werden, damit ein Ausscheren einzelner Mitgliedstaaten nicht möglich sei. Die Bauern, die an marktentlastenden Maßnahmen teilnahmen, müßten von der Mitverantwortungsabgabe (MVA) freigestellt werden. Auch die EG-Kommission habe sich diese Idee zu eigen gemacht. Die Maßnahmen müßten EG-weit angeboten und in allen Mitgliedstaaten attraktiv ausgestaltet werden. Auf eine Frage des Bundeskanzlers stellt BM Kiechle klar, daß alle „zentraleuropäischen“ Länder inzwischen Set-aside-Maßnahmen unterstützen. Gewisse Preissenkungen seien nach seiner Einschätzung nicht zu vermeiden, müßten dann aber auf die Größenordnung des Produktivitätszuwachses begrenzt werden, wobei auch jährliche Schwankungen ausgeglichen werden müßten. Deshalb wäre der französische Vorschlag wesentlich diskutabler als die Kommissions- und Präsidentschaftsvorschläge.

BM Genscher weist nochmals auf das Erfordernis zeitlicher Unbefristetheit notwendiger Einkommensausgleichsmaßnahmen hin.

BM Stoltenberg hält eine 50-prozentige EG-Finanzierung bei Set-aside-Maßnahmen für erforderlich, um eine EG-weite Durchführung zu gewährleisten. Bei 50-prozentiger EG-Finanzierung sei noch ausreichender Anreiz für Kontrolle gegeben. BM Kiechle stimmt der Auffassung von BM Stoltenberg zu.

StS Kittel hält einen 20-prozentigen Anteil an der stillzulegenden Ackerfläche für zu hoch und plädiert für Festsetzung einer 10-prozentigen Höchstgrenze. Außerdem sollten sich Landwirte höchstens auf zwei Jahre für Flächenstilllegungsmaßnahmen festlegen müssen. Dem widerspricht BM Stoltenberg, der eine fünfjährige Festlegung für erforderlich hält.

StM Stavenhagen weist darauf hin, daß der beschlossene Einkommensausgleich für die teilweise Stilllegung der Milchquoten²¹ erhalten bleiben müsse und nicht degressiv gestaltet werden dürfe. BM Kiechle und StS Kittel halten eine Beibehaltung der Einkommensausgleichsregelung für den Zeitraum für erforderlich, um den die Garantiemengenregelung für Milch verlängert werde.

StS Kittel hält ein Festhalten an dem bisher erzielten Einvernehmen zu den verschiedenen Elementen des Agrarbereichs für erforderlich.

BM Kiechle erachtet auch weiterhin den Schulterschluß mit Frankreich für wesentlich. Es besteht Einvernehmen, daß die Bundesregierung eine Linie auf breiter Basis mit Unterstützung der Mehrheit der Mitgliedstaaten für einen Gesamtkompromiß anstreben müsse. Die bisherige Abstimmung mit der französischen Regierung – insbesondere im Agrarbereich – habe eine Isolierung der Bundesregierung verhindert.

StM Adam-Schwaetzer weist auf die besondere Notwendigkeit einer überzeugenden Darlegung unseres kostensenkenden Ansatzes gegenüber Großbritannien hin.

BM Kiechle wird gebeten, eine Argumentationslinie zur Untermauerung unserer Haltung im Agrarbereich in einem besonderen Papier für den Europäischen Rat aufzuzeigen.

Referat 412, Bd. 168707

²¹ Zum Beschluß des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 8. bis 16. Dezember 1986 in Brüssel zur Reduzierung der Milchproduktion vgl. Dok. 92, Anm. 26.

347

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6941/87 VS-vertraulich

Aufgabe: 1. Dezember 1987, 19.05 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1590

Ankunft: 1. Dezember 1987, 19.33 Uhr

Betr.: Eurogroup-Ministerkonferenz am 30.11.1987

I. Zusammenfassung

Die Eurogroup-Herbstkonferenz 1987 wurde mit dem geschlossenen Sitzungsteil der Verteidigungsminister unter Vorsitz des niederländischen Verteidigungsministers van Eekelen am 30.11.1987 fortgeführt.

Im Mittelpunkt der „restricted session“ standen die Behandlung des „consolidated report“ über die Aktivitäten der Untergruppen – Schwerpunkt: Euro/NATO-Training –, Eurogroup publicity activities –, Schwerpunkt: Auswertung des Washington Seminars² und Folgeaktivitäten –, sowie eine Diskussion über den Themenkreis „NATO Strategy Post INF/Arms Control and Defence Planning“.

Zum Ende der Sitzung wurde das Kommuniqué³ gebilligt (gesondert).

II. Im einzelnen

1) Arbeit der Untergruppen

VM van Eekelen als Vorsitzender betonte eingangs die erfolgreiche Arbeit der Untergruppen während der letzten sechs Monate. Er berichtete über die Stellungnahmen und Empfehlungen der Chairmen der einzelnen working groups.

a) Die von EUROMED⁴ erarbeiteten „terms of reference“ für die Arbeitsgruppe „Dental Service“ wurden allgemein befürwortet.

b) Zum Euro/NATO-Training berichtete Minister van Eekelen, daß die TUR kein Alternativangebot für das Projekt „land for training“ vorlegen werde. Die Karapinar-Area wird nun von der Army-sub-group auf ihren Nutzwert für kleinere Übungsvorhaben untersucht.

Die Angebote aller Bewerberländer für die Aufnahme des Euro-NATO Joint Jet Pilot-Training (ENJJPT-LTS) sind bereits ganz oder teilweise ausgewertet: Vor

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 3. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anlage sehr lesenswert.“ Ferner verfügte Hofstetter die Weiterleitung an Botschafter Holik, an „D2A i. V. z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ sowie an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller. Vgl. Anm. 15 und 24.

Hat Wagner am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] Abl[ichtung] DB Nr. 1591.“

Hat Mülmenstädt und Haller vorgelegen.

² Die Eurogroup der NATO veranstaltete am 7. Mai 1987 ein eintägiges Seminar in Washington, um „das Bewußtsein für die europäischen Verteidigungsanstrengungen auf politischer Ebene zu stärken“. Vgl. den Artikel des niederländischen Verteidigungsministers van Eekelen, „Transatlantisches Verständnis. Ein Seminar der Eurogroup beleuchtet einige der Probleme“, in: NATO INFORMATION SERVICE (Hrsg.), NATO Brief 35 (1987), Nr. 5 (September/Oktober), S. 20.

³ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 30. November 1987 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 101 f.

⁴ Die Untergruppe EUROMED der Eurogroup der NATO befaßte sich mit der Rationalisierung des Sanitätswesens und der medizinischen Ausbildung.

Vorlage einer endgültigen Empfehlung sind jedoch weitere Verhandlungen erforderlich.

Die Finanzierung des Projekt-Office für das „NATO Tactical Fighter and Weapons Training Centre“ ist sichergestellt.

Das Office soll noch Ende 1987 die Arbeit aufnehmen.

c) Der Vorsitzende schlug vor, den „consolidated report“ mit seinen Empfehlungen zur Kenntnisnahme und Billigung anzunehmen. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

2) Öffentlichkeitsarbeit

a) Der Vorsitzende würdigte die bisherige erfolgreiche Arbeit. Er betonte, daß dabei unverändert die Bemühungen im Mittelpunkt stehen, die gemeinsamen europäischen Verteidigungsanstrengungen in den USA nachhaltiger zu verdeutlichen.

b) Im Sinne der o.a. Zielrichtung wird sich in der Neuerscheinung des „booklet“ Anfang 1988 der Schwerpunkt von der Information über die Eurogroup selbst zur Darlegung europäischer Verteidigungsanstrengungen verlagern.

c) Besondere Aufmerksamkeit galt Kurzbericht und Bewertung des Washingtoner Seminars sowie einer Zusammenfassung der durch die Stabsgruppe geplanten Öffentlichkeitsvorhaben in den USA.

Minister diskutierten im Anschluß verschiedene Möglichkeiten, wie Meinungsträgern in den USA – vorzugsweise im Kongreß – während der kommenden sechs Monate, also noch vor Beginn der „heißen Wahlkampfphase“⁵, die „Eurogroup-Massage“ nahegebracht werden könne.

– VM-NWG machte Vorschlag: Treffen mehrerer Eurogroup-VM mit Abgeordneten/Meinungsträgern in USA in Form des Euro-Dinner.

– BM Dr. Wörner schlug Vorgehensweise in zwei parallelen Schritten vor. Für die amerikanische Öffentlichkeit sichtbarer Schritt durch Besuch Vorsitzender Eurogroup, evtl. mit Botschaft aller VM der Eurogroup. Zweiter Schritt auf der eher persönlichen Basis: Gespräche mit Abgeordneten unter Nutzung privater Kontakte. Insgesamt Eindruck vermeiden, man wolle US nationalen Entscheidungsprozeß ungebührlich beeinflussen.

d) Der Vorsitzende faßte zusammen und bat die anderen MS, Präsidentschaft über geplante US-Besuche zwecks Koordination von Maßnahmen zu unterrichten. Präsidentschaft befürwortet D-Anregung, die Nordatlantische Versammlung und „Atlantic Treaty Association“ an der Unterrichtung amerikanischer Politiker zu beteiligen.

VM van Eekelen wird VM Carlucci hinsichtlich geeigneter, effektiver Eurogroup-Aktivitäten in den USA um Rat bitten.

3) Follow-up to the Odense Seminar

Unter diesem TOP⁶ wurde zu „Coordinated long term defence planning“ und dem Seminar „Better use of civil resources“ vorgetragen.

⁵ In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

⁶ Tagesordnungspunkt.

a) Das o. a. erste Thema ist zur Bearbeitung an EUROLONGTERM verwiesen worden. Dort wurde für den Verfahrensablauf Einigung dahingehend erzielt, daß die weiteren Diskussionen, welche Projekte die besten Ansatzmöglichkeiten für eine Kooperation bieten könnten, zunächst in bilateralen Stabsgesprächen fortgeführt werden sollten.

b) Das Thema „Better use of civil resources“ war Gegenstand eines eintägigen Seminars am 2. Oktober 1987 in Brüssel.

Der Vorsitzende betonte, daß das Seminar ein nützlicher Informationsaustausch unter Experten war und daß national nach Wegen gesucht werden solle, wie das Thema „use of civil resources“ jetzt in der Debatte über „burden sharing“ zur Geltung gebracht werden könne.

4) Unter dem TOP „Politico-military issues of current concern“ wurden die Themenkreise

- IEPG-Report⁷,
- WEU-Report,
- NATO Strategy Post INF/Arms Control and Defence Planning,

sowie ein

- Report zu „NATO's Maritime Rules of Engagement“ behandelt.

a) Der spanische Botschafter⁸ trug im Namen von Verteidigungsminister Serra einen Bericht zur Arbeit der IEPG (Independent European Programme Group) vor. Er hob dabei vor allem Aktivitäten zur Schaffung eines europäischen Marktes für Rüstungsgüter und zur Unterstützung der Länder mit weniger Rüstungsindustrie hervor. Außerdem wies er auf den Stand der Arbeiten bei wichtigen Rüstungsvorhaben wie MSAM (Medium Surface to Air Missiles) and EDDS (European Data Distribution System) sowie auf die Fortschritte bei der Technologiekooperation und bei der Harmonisierung von militärischen Forderungen hin.

Wichtig sei es, daß die IEPG in den nächsten Jahren konkrete Fortschritte aufzeigen könnte. Der sichtbare Nachweis einer Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz sei u. a. auch für die USA ein wesentlicher Faktor. Außerdem sei es erforderlich, daß alle Mitgliedsländer zu diesen gemeinsamen Anstrengungen beitragen und die Minister den IEPG-Aktivitäten hohe Priorität beimessen.

Abschließend dankte er dem luxemburgischen Kollegen⁹ für dessen Bereitschaft, Gastgeber für das nächste IEPG-Ministertreffen zu sein.¹⁰

b) Der Vorsitzende gab einen Kurzbericht über die Ergebnisse der Ministerratssitzung der WEU in Den Haag¹¹.

⁷ Vgl. dazu auch das Communiqué der Ministersitzung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) am 22. Juni 1987 in Sevilla; EUROPA-ARCHIV 1988, D 91–93.

⁸ Jaime de Ojeda.

⁹ Guy de Muiser.

¹⁰ Die Ministersitzung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) fand am 9. November 1988 in Luxemburg statt.

¹¹ Zur WEU-Ministerratstagung am 26./27. Oktober 1987 vgl. Dok. 297, Anm. 27.

Als herausragendes Ergebnis der informellen Herbstsitzung der WEU unterstrich er die Verabschiedung der „Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen“ durch den Ministerrat.¹²

Darüber hinaus informierte er über die Konsultationen der WEU-MS über die Lage im Golf, wohin einige von ihnen Seestreitkräfte entsandt haben. Abschließend gab er den Sachstand der institutionellen Fragen wieder und berichtete über Bedingungen hinsichtlich der Erweiterung der WEU.

Der türkische Botschafter¹³ äußerte Befürchtungen, die WEU würde sich zunehmend zu einem „Club im Club“ entwickeln. Der Vorsitzende betonte, daß die WEU keine geschlossene Gesellschaft sei, allerdings gäbe es keine „Kandidaten“ und keine Aufnahme-prozedur, vielmehr müsse sich die WEU zunächst konsolidieren (worthwhile to join). Der NWG-VM begrüßte ausdrücklich die Information über die aktuellen WEU-Aktivitäten. Er betonte die unveränderte norwegische Haltung zu „Out-of-area“-Einsätzen, kündigte aber als Nicht-WEU-MS die Möglichkeit an, im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen ein Minensuchboot STANAVFORCHAN¹⁴ im kommenden Jahr für einen bestimmten Zeitraum zu unterstellen.

c) Der norwegische VM Holst führte zu einer Diskussion über den Themenbereich „NATO Strategy Post INF/Arms Control and Defence Planning“ ein (Statement beigefügt¹⁵).

Sein Vorschlag konzentrierte sich auf folgende Aussagen:

- INF-Vertrag¹⁶ ist ein Erfolg, der bereits im 79er-Beschluß¹⁷ angelegt war.
- Die Strategie der flexiblen Antwort¹⁸ war bereits vor diesem Beschluß existent.
- Vollständiger Abbau der INF verstärkt Sicherheit.
- Westeuropa bleibt Teil der Gesamtbalance west-östlicher Abschreckungskräfte.
- Neben asymmetrischen Reduzierungen sei der Ausschluß weiterer Modernisierung der Systeme in diesem Bereich von besonderer Bedeutung.
- Abschluß der START-Vereinbarungen sei wichtig, um INF-Abkommen vor Umgehung zu schützen.
- Umstrukturierung verbleibender NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa dürfe weder zu Umgehung noch zu Kompensation führen.
- Für die Anpassung des zukünftigen Nuklearpotentials sei ein umfassender und strukturierter Ansatz erforderlich. Dieser müsse konventionelle und nukleare Kräfte im Zusammenhang betrachten.
- Ein solcher Gesamtansatz müsse darauf zielen, in einem schrittweisen Prozeß die Hauptursachen für Instabilitäten zu beseitigen.

¹² Für den Wortlaut der Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vom 26./27. Oktober 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.

¹³ Osman Olcay.

¹⁴ Standing Naval Force Channel.

¹⁵ Vgl. Anm. 24.

¹⁶ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

¹⁷ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

¹⁸ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

VM Younger stimmte den Ausführungen seines norwegischen Kollegen grundsätzlich zu. Er machte folgende Zusätze:

- Derzeit gebe es noch keinen sicheren Beweis wirklicher Änderungen sowjetischer Politik.
- Nach INF Priorität auf konventionellen Ausgleich legen. Dabei Notwendigkeit, Verbesserung konventioneller Streitkräfte weiter fortzusetzen.
- INF-Vertrag wichtiger Beweis für die Richtigkeit der Verhandlungen aus der Position der Stärke, richtig ebenso keine Umgehung und Kompensation.
- Uns dürfen nicht die Hände gebunden werden hinsichtlich der Erfordernisse unserer Strategie. Montebello¹⁹ muß umgesetzt werden, kein „drittes zero“.
- ²⁰Klar ist, es gibt keine rein konventionelle Abschreckung.
- Der Gesamtprozeß von Rüstungskontrolle im Sinne des Reykjavik-Kommuniqués²¹ ist wichtig.

BM Dr. Wörner stimmte seinen beiden Vorrednern grundsätzlich zu. Darüber hinaus führte er aus:

- INF-Abkommen habe zwei Aspekte, nämlich Fortsetzung von Rüstungskontrolle und Wirksamerhaltung der Strategie.
- Schwerpunkt nun bei konventioneller Rüstungskontrolle.
- Umfassender, schlüssiger Rüstungskontrollansatz im Sinne von Reykjavik sei für D wichtig, auch hinsichtlich kürzer reichender (Nuklear-)Waffen.
- BM persönlich unterstütze die Sicht, daß Verhandlungen über kürzer reichende Systeme nicht begonnen werden sollten, bevor nicht die konventionellen Ungleichgewichte behandelt seien.
- Rein konventionelle Abschreckung sei nicht möglich, angemessener Mix konventioneller/nuklearer Waffen sei und bleibe wichtig.
- Bündnis müsse seine Schularbeiten hinsichtlich eines Gesamtkonzepts machen. Dazu Einrichtung einer Studiengruppe.
- Konzentration auf konventionelle Kräfte erlaube, der Öffentlichkeit die Überlegenheit des WP vor Augen zu führen.
- Es gehe um den Abbau der Fähigkeit des WP zum Überraschungsangriff und zur Invasion.
- Betonung: Keine Kompensation, keine Umgehung des INF-Abkommens, aber Anpassung, um das Potential abschreckungsfähig zu erhalten.
- Rüstungskontrolle dürfe Modernisierung nicht verhindern.
- Für Anpassungsprozeß sei wichtig
 - keine Konzentration auf Modernisierung,
 - kein Gesamtpaket, vielmehr
 - Schritt für Schritt entsprechend Bedarf.

¹⁹ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1591 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²¹ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384.

- VM Holst unterstützte in Anmerkung die Ausführungen BM Dr. Wörner.
 - Keine dringende Notwendigkeit für umfassende Pakete oder Entscheidungen, wohl aber
 - Notwendigkeit für umfassenden Überblick.
 - Vorsitzender faßte Beiträge zusammen und dankte für aufgezeigte interessante und wichtige Gesichtspunkte zur Thematik.
- d) VM-GB griff unter TOP 4 die Thematik „NATO's Maritime Rules of Engagement“ auf. Er informierte kurz über den letzten Sachstand der Verhandlungen zwischen den USA und GB.

Thema wird als TOP ausführlich auf der 97. MC/CS²² behandelt.

5) Minister stimmten dem vorliegenden Communiqué-Entwurf zu.

6) Unter dem TOP 6 wurde die noch ungeklärte Frage der Vorsitzübernahme aufgegriffen.

VM van Eekelen erklärte sich zur Weiterführung des Eurogroup-Vorsitzes für ein weiteres halbes Jahr einverstanden. Er bat seinen dänischen Kollegen²³, den Dean der Stabsgruppe mit der Weiterführung der Sondierungsgespräche zu beauftragen.

Ein Nachfolgekandidat sollte möglichst binnen eines Monats gefunden werden.

[gez.] Hansen

Folgt Anhang:

[...]²⁴

VS-Bd. 11331 (220)

²² Military Committee Meeting in Chiefs of Staff Session.

²³ Bernt Johan Collet.

²⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11331 (220).

348

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6948/87 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1597

Aufgabe: 1. Dezember 1987, 23.05 Uhr¹

Ankunft: 1. Dezember 1987, 23.41 Uhr

Betr.: DPC-MS²;hier: Top II „restricted session“³

GB-VM Younger

- begrüßte Secretary of Defense Carlucci als engen Freund der Allianz, starken Befürworter des amerikanischen Engagements und ungeschmälerter Truppenstärke in Europa,
- kennzeichnete das INF-Abkommen⁴ als Einschnitt, der zu begrüßen sei, der zum ersten Mal Reduzierung von Waffen durch ein Rüstungskontrollabkommen erreiche und Lohn von Standhaftigkeit, Solidarität und enger Konsultation der Allianz sei.

Es gelte deutlich zu machen, daß INF zwar einen Einschnitt, aber noch keine Gesamtlösung darstelle. Es sei auch kein Weg in die vollständige Abrüstung, kein Schritt in Richtung Denuklearisierung.

- Es sei nicht angebracht, Gorbatschow mit früheren SU-Führern gleichzusetzen, es gebe bedeutende Zeichen der Bewegung, aber was Gorbatschow getan habe, habe nicht bisherige Ziele geändert, die Allianz auseinanderzubringen, US/GB nukleare Waffen zu eliminieren, das amerikanische Engagement in der NATO und in Europa zu unterminieren.
- BM Wörner habe richtig gesagt, die Supermacht SU könne nur durch Supermacht USA ausbalanciert werden, für Europa sei der strategische Nuklearschirm unverzichtbar.

Die SU-Streitkräfte seien auf die Vernichtung der NATO-Streitkräfte ausgerichtet, anders als diese insbesondere mit Panzern ausgerüstet und für Überraschungsangriff und weiträumigen Angriff aufgestellt. Die sowjetische Invasionsfähigkeit sei das zentrale Sicherheitsproblem, dem müsse sich die NATO stellen. Die Öffentlichkeit dürfe einerseits nicht glauben, die NATO sei zu schwach für eine konventionelle Verteidigung, aber gleichzeitig müsse deutlich sein, daß es eine rein konventionelle Abschreckung nicht gebe.

¹ Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, z.Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21 und 30.

² Defense Planning Committee Ministerial Session.

³ Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO im kleinen Kreis am 1. Dezember 1987 in Brüssel wurde durch NATO-Generalsekretär Lord Carrington eröffnet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1592 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987. Für einen Auszug vgl. Anm. 25.

Daran schloß sich ein Referat des Vorsitzenden des Militärausschusses, Altenburg, an. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1593 von Hansen vom 1. Dezember 1987; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

⁴ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

- Younger unterstützte nachdrücklich eine NATO-gemeinsame Darstellung des Kräftevergleichs NATO/WP, dies sei dringend für eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit.

- Über die Schwächen der NATO in Europa sei man sich einig, wenn man jedoch die Kräfteverhältnisse weltweit betrachte, sei dies sehr eindrucksvoll.

Die NATO dürfe der SU keine risikoarme Chance für einen Angriff bieten. Daher müsse das Momentum bei CDI⁵ erhalten bleiben, es bestehe keine Krise – die derzeitigen konventionellen Kräfte seien gerade noch hinreichend –, die Herausforderung der NATO sei, diesen Stand zu halten. CDI basiere auf wohlervogener militärischer Bewertung, eine Überprüfung oder gar ein zweites CDI-Programm seien nicht notwendig.

- Wir alle haben Budgetprobleme – auch GB –, der Anstieg sei gering, insgesamt bliebe das Engagement der Briten unverändert. Wir sollten keinen Zweifel daran lassen, daß die Europäer ihren Anteil tragen, aber Zufriedenheit sei nicht am Platz – wir müßten die besonders wichtigen CDI-Ziele erfüllen.

Entscheidend seien kooperative, kollektive Aktionen, z. B. bei FOFA⁶. Es gebe noch viel Raum für eine Anpassung der operativen Konzepte, Verbesserung der Interoperabilität, gemeinsame Logistik, Ausbildung, Infrastruktur, um die Verteidigungsausgaben rationeller zu nutzen.

US-VM Carlucci

würdigte die Arbeit des DPC, des Bündnisses und seines Vorgängers⁷. Sagt seinen Kollegen und dem Generalsekretär⁸ gute Arbeitsbeziehungen zu. Betont das große persönliche Engagement des Präsidenten⁹ für das Bündnis.

Er wolle sich in seinen Ausführungen auf drei Themenbereiche konzentrieren:

- amerikanisch-sowjetische Beziehungen,
- die amerikanischen Regionalaktivitäten, besonders im Golf,
- Probleme mit dem amerikanischen Verteidigungshaushalt.

a) Während des US/SU-Gipfels würden fünf Arbeitssitzungen des Präsidenten mit Generalsekretär Gorbatschow stattfinden.¹⁰ Die TO¹¹ umfasse vier Punkte: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Menschenrechte, Regionalkonflikte, bilaterale Fragen. Die SU habe diese TO nicht nur akzeptiert, Schewardnadse habe die Themen Menschenrechte und Regionalkonflikte ausdrücklich gewünscht.

⁵ Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zur Stärkung der konventionellen Verteidigung für die Jahre 1987 bis 1992 („Conventional Defence Improvements“). Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

⁶ Follow-on Forces Attack.

Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zur Verteidigung gegen die zweite Staffel konventioneller Streitkräfte des Warschauer Pakts. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 12. November 1984; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

⁷ Caspar W. Weinberger.

⁸ Lord Carrington.

⁹ Ronald W. Reagan.

¹⁰ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹¹ Tagesordnung.

Zwischen Zeichnung des INF-Abkommens und seiner Ratifizierung werde die Stationierung „eingefroren“ („freeze“). Nach der Ratifizierung beginne der phasenweise Abbau. Das vereinbarte Verifikationsregime wahre die souveränen Rechte der fünf Stationierungsländer¹². Auch würden nicht mehr als die Hälfte der vereinbarten Inspektionen in einem Stationierungsland stattfinden.

Er sei zuversichtlich, daß das INF-Abkommen ratifiziert werde, auch wenn es eine gewisse Opposition und Versuche zu seiner Änderung geben werde. Der Ratifizierungsprozeß beginne Mitte Januar 1988. Die Administration könne darauf verweisen, daß der INF-Vertrag das intensivste Verifikationsregime in der Rüstungskontrollgeschichte enthalte. Dies werde von vielen Kritikern übersehen, weil sie den Vertragstext noch nicht kennen. Der schärfste Kritiker sei Helms, doch repräsentiere er nicht die Hauptströmung im Senat. Der INF-Vertrag stelle einen Sieg für die Allianz dar, der durch Geschlossenheit errungen worden sei. Auch der Ratifizierungsprozeß werde die Allianz vor Solidaritätsprobleme stellen. Dabei würden in den USA vor allem zwei Fragen interessieren:

- Was geschieht im konventionellen Bereich?
- Wie gestaltet sich die Lastenverteilung im Bündnis?

Beim US-SU-Gipfel werde ausführlich über „START“ gesprochen werden. Fortschritte seien sichtbar.¹³ Die SU sei an einem Abkommen interessiert und denke offenbar an eine Unterzeichnung während des Moskauer Gipfels im Frühjahr 1988¹⁴. Hierzu würden die USA jedoch keinerlei Verpflichtungen eingehen. Der SU komme es darauf an, den ABM-Vertrag vorerst gültig zu halten. Noch ungeklärt seien die Fragen der Zwischengrenzen, die Behandlung von SLCM, die Einbeziehung des sowjetischen „Backfire“-Bombers und das Verbot mobiler ICBM. Die USA drängten auf dieses Verbot, obwohl er anmerken wolle, daß mobile ICBM zur Stabilität beitragen könnten.

Als treibendes Motiv hinter der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft vermuteten die USA den Wunsch nach Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft. Dies dürfe das Bündnis aber nicht dazu verleiten, in seiner Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft nachzulassen. Das INF-Abkommen verändere die grundlegende Sicherheitsgleichung nicht. Das konventionelle Ungleichgewicht bleibe ein ernstes Problem. Das amerikanische Fünfjahres-Programm werde daher im Lichte des INF-Abkommens überprüft, und zwar auf der Grundlage der im Frühjahr verabschiedeten „Ministerial Guidance“¹⁵ und des Aktionsplans für die „Conventional Defence Improvements“. Beides sei auch wichtig für die künftigen Verhandlungen über konventionelle Stabilität.

¹² Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

¹³ Zu den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen vgl. Dok. 316, Anm. 31.

¹⁴ Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

¹⁵ Die „Ministerial Guidance 1987“ wurde in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 26./27. Mai 1987 in Brüssel verabschiedet. In Ziffer 5 des Kommuniqués der Sitzung hieß es, die Ministerrichtlinie lege „die allgemeinen Richtlinien für die Entwicklung der Abschreckung und der Verteidigungserfordernisse des Bündnisses fest“ und enthalte „insbesondere Weisung für die Vorbereitung des nächsten Pakets von NATO-Streitkräftezielen“. Für den Wortlaut der Ziffer 5 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 80. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 380.

b) Die USA begrüßten, daß sich bei der Sicherung der Schifffahrt im Golf viele Bündnispartner in der einen oder anderen Weise beteiligten.¹⁶ Der Iran befinde sich zunehmend in der Isolierung. Es sei wichtig, für eine Folge-Resolution im UN-Sicherheitsrat zu arbeiten.

c) Auch die USA hätten Probleme mit dem Verteidigungshaushalt. Er wachse noch um 3,6 Prozent real. Die großen Modernisierungsprogramme würden durchgeführt. Einige seien bereits abgeschlossen.

Bündnisvorhaben hätten Priorität. Es gebe aber auch Druck in Richtung auf eine Senkung der Verteidigungsausgaben. Der Präsident habe für Mitte Februar beim Pentagon einen Bericht über den Stand der Lastenverteilung im Bündnis und mit Japan in Auftrag gegeben. Die gerade in der New York Herald Tribune zitierte JCS-Studie sei ihm noch nicht bekannt.¹⁷ Sie bewerte einen Zustand, der CDI-Verwirklichung und reale Verteidigungszuwächse bis Mitte der 90er Jahre annehme. Zweifel an den Ergebnissen seien daher nicht unberechtigt. Schon die derzeitigen Kürzungen im US-Verteidigungshaushalt seien nicht berücksichtigt.¹⁸

I-VM Zanone

– Sitzung für europäische Sicherheit von großer Wichtigkeit, einerseits die Konsequenzen eines INF-Abkommens zu bewerten und Unterstützung für eine rasche Ratifizierung zu geben.

INF-Abkommen sei wichtig, insbesondere hinsichtlich asymmetrischer Reduzierung und der Bereitschaft zu weitgehender Verifikation – vor allem „on-site-inspections“ – als Präzedenzfall für künftige Rüstungskontrollverhandlungen, die jetzt auf den konventionellen Bereich konzentriert werden müßten.

– Der Erfolg eines INF-Abkommens müsse öffentlich betont werden, dies stelle keinen Widerspruch zu unseren legitimen Sorgen über die verbleibende Bedrohung dar.

– Feste Entschlossenheit zum Erhalt der US/KAN-Präsenz in Europa sei entscheidendes Signal ungeteilter Sicherheit; europäische Zusammenarbeit zur Stärkung des europäischen Pfeilers sei bedeutend, die verabschiedete Plattform europäischer Sicherheitsinteressen¹⁹ sei ein wichtiger Schritt.

– Fortschritt bei Rüstungskontrolle sei anzustreben bei „START“, CW und konventionellen Kräften.

¹⁶ Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

¹⁷ In der Presse wurde berichtet: „While outnumbered by Soviet forces, NATO has sufficient conventional strength to make a Soviet attack highly unlikely, according to a classified ‚net assessment‘ of opposing strengths and weaknesses prepared by the Joint Chiefs of Staff. [...] Pentagon officials said the study and war games associated with it concluded, as did earlier net assessments, that NATO was strong enough to deter a Soviet attack in Europe and was likely to remain so in the future.“ Vgl. den Artikel „U.S. Concludes NATO Can Deter Soviet Attack“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 1. Dezember 1987, S. 1f.

¹⁸ Zum Stand der Beratungen über den amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 266, Anm. 7. Regierungsdirektor Matern, Washington, berichtete am 8. Dezember 1987: „Noch steht nicht fest, wie der Bewilligungsausschuß für den Verteidigungshaushalt 1988 aussehen wird, jedoch steht nach Abschluß des Authorization-Verfahrens Einigung über die wesentlichen programmatischen Aussagen. Sollte der am 20. November 1987 zwischen den Führern des Kongresses und den Vertretern des Weißen Hauses ausgehandelte Haushaltskompromiß vom Kongreß insgesamt angenommen werden, so werden für den Verteidigungshaushalt 1988 (inklusive der verteidigungsbezogenen Nuklearprogramme des Department of Energy) insgesamt 292 Mrd. Dollar bewilligt werden. Inflationsbereinigt wären das 3,6 v. H. weniger als im Vorjahr.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5234; Referat 201, Bd. 143380.

¹⁹ Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

- Nationale Budgets müßten hinreichend sein, um die Modernisierung der Streitkräfte sicherzustellen, dies sei allerdings nicht nur eine Frage des Umfangs des Budgets. I-Regierung bereite einen Zehnjahres-Investitionsplan vor, der die Erfordernisse abdecken soll.

NWG-VM Holst

- betonte volle Unterstützung für INF-Abkommen, das zur Sicherheit der Allianz beitrage und einen echten politischen Durchbruch darstelle, da er den Trend zur Aufrüstung umdrehe. Ein weiterer Schritt zu stabileren Verhältnissen bedeute die 50-Prozent-Reduzierung strategischer Waffen zur Herstellung eines Gleichgewichts auf niedrigerer Ebene und um das INF-Abkommen vor Umgehung zu schützen.

Die Verbündeten unterstützten das INF-Abkommen, da es die SS-20 entferne, die den Anlaß für die Forderung der Europäer und den Doppelbeschluß²⁰ darstellten. Es wäre eine Ironie, wenn nun der US-Kongreß die Ratifizierung verweigere. Dies würde schwerwiegende Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit des Westens haben. Er sei sehr befriedigt über die Zuversicht Carluccis hinsichtlich der Ratifizierung.

- ²¹Er habe mit Interesse die sich lockernde Haltung der Sowjetunion hinsichtlich des „linkage“ zwischen „START“ und SDI festgestellt, offensichtlich bestehe eine gewisse Interessenübereinstimmung mit den USA. Es gehe der SU wohl vor allem um die Bewahrung der Einschränkungen des ABM-Vertrages.
- Das mit dem INF-Vertrag etablierte Prinzip asymmetrischer Reduzierung müsse ebenso wie das der Hinlänglichkeit der Streitkräfte weiter verfolgt werden.
Das INF-Abkommen mache das konventionelle Element noch wichtiger und daher auch die Anstrengungen bei CDI. Gleichzeitig gelte es, die Ungleichgewichte im konventionellen Bereich abzubauen, insbesondere die Fähigkeit der SU zum Angriff nach kurzer Vorbereitung.
- H. erläuterte die NWG-Position zur Lage im Golf so wie bei der Eurogroup-Sitzung²² und wiederholte das Angebot zur Entsendung eines Minensuchers zur STANAVFORCHAN²³.
- H. warnte, bei der Anpassung des NATO-Nuklearpotentials sich zu sehr auf Systeme abzustützen, die durch ein „START“-Abkommen erfaßt werden müßten, dies gilt insbesondere für SLCM.

B-VM de Donnea

- äußerte sich erfreut über die Vorhersage Carluccis zur Ratifizierung des INF-Abkommens. Es sei wichtig, die volle Unterstützung der Europäer für das Abkommen auch im Kommuniqué²⁴ zu betonen.

²⁰ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

²¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1598 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²² Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 30. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 347.

²³ Standing Naval Force Channel.

²⁴ Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 84f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 106–108.

Nichtratifizierung würde schwerwiegende Konsequenzen haben. Gegner einer Ratifizierung müßten wissen, daß das Ergebnis der Nichtratifizierung nicht das von ihnen gewünschte sein werde.

- De Donnea verwies auf Aussage Generalsekretärs, nur vier Bündnispartner erfüllten die Drei-Prozent-Forderung²⁵;

Es sei nicht richtig, sich auf Steigerungen zu versteifen, es sei oft wichtiger, durch interne Straffung und Umschichtung rationellen Gebrauch von den verfügbaren Mitteln zu machen.

Man dürfe nicht immer nur die sichtbaren Teile der Verteidigungsleistung betrachten. Der sinkende Wert des Dollars²⁶ habe erhebliche Einsparungen gebracht, die für Verbesserungen der Ausbildung aufgewendet worden seien²⁷.

Wichtiger als Steigerungen der Ausgaben sei die Steigerung des „output“.

D-BM Dr. Wörner

- erklärt, INF-Abkommen sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, ein großer Sieg für den Zusammenhalt des Bündnisses und für starke Verteidigungsanstrengungen. Es gelte, sich und die Öffentlichkeit immer wieder auf das Erfolgsrezept zu verweisen – Zusammenhalt der NATO und Aufrechterhaltung der Stärke.

- Er stimme der Äußerung des Generalsekretärs zu, daß das INF-Abkommen die politische und strategische Situation grundsätzlich verändere.

Konsequenz sei, daß die NATO ein umfassendes Rüstungskontrollkonzept entwickeln müsse, nukleare und nicht-nukleare Elemente müßten dabei schlüssig einbezogen sein, um die Strategie wirksam zu erhalten.

Entscheidend sei, daß das Rüstungskontrollkonzept in Übereinstimmung mit den Verteidigeranforderungen sei.

Innerhalb der Allianz müsse an diesem Konzept jetzt gearbeitet werden; er erkläre ganz offen, die deutsche Öffentlichkeit erwarte, daß an diesem Konzept gearbeitet werde.

- Reduzierung um 50 Prozent bei „START“ sei wichtig, nicht nur wegen der Supermachtverhältnisse, sondern auch wegen der Minderung der Umgehungsmöglichkeiten eines INF-Abkommens. Jetzt gelte es, sich auf das konventionelle Problem zu konzentrieren. Dies sei das eigentliche Sicherheitsproblem Europas – die Fähigkeit zum großangelegten Überraschungsangriff (Ogarkow, der wesentliche sowjetische strategische Denker, habe deutlich gemacht, daß SU mehr und mehr nach konventionellen Angriffsoptionen suche).

²⁵ Zum Drei-Prozent-Ziel der NATO vgl. Dok. 262, Anm. 4.

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 1. Dezember 1987, NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe im Einführungsvortrag zum geschlossenen Sitzungsteil der Ministersitzung des Verteidigungsausschusses (DPC) der NATO am selben Tag ausgeführt: „Nur vier MS blieben dem Drei-Prozent-Ziel verpflichtet: I, L, NWG und TUR. Die Finanzaufwendungen der meisten anderen Länder zeigten keine Verbesserungen, sondern Abwärtstrends. Unterfinanzierung habe Abfall an ‚defence output‘ zur Folge, so daß sich eine quantitative und qualitative Verschlechterung der Verteidigungslage in den kommenden Jahren anbahne. Er mahne daher Zuwachsraten an. Vergleichsweise verzeichne US Zuwachsraten für Militärausgaben seit 1985 in Höhe von drei bis vier Prozent im Jahr.“ Die USA würden daher zu Recht auf einen höheren Anteil der Europäer an den Verteidigungsausgaben drängen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1592; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

²⁶ Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.

²⁷ Korrigiert aus: „aufgewendet seien“.

Priorität im konventionellen Bereich dürfe nicht nur ein Zahlenspiel sein; die Invasionsfähigkeit müsse in allen ihren Komponenten untersucht, Kriterien müßten definiert werden, es reiche nicht einfach eine Formel wie z.B. Reduzierung im Verhältnis drei zu eins.

- Vielfach werde das West-Ost-Verhältnis auf Rüstungskontrolle reduziert, als seien die Streitkräfte der eigentliche Grund für Spannung, als könne daher Rüstungskontrolle die Lösung für den Abbau der Spannungen bieten. Ursache seien politische Differenzen, die sich in anderen Bereichen – wie Afghanistan, die Mauer in Berlin usw. – manifestierten.

Es sei ebenso falsch, Rüstungskontrolle auf das nukleare Element zu konzentrieren; in Europa seien das eigentliche Problem die konventionellen Ungleichgewichte zugunsten WP.

- Wichtig sei und bleibe, die Strategie wirksam zu erhalten; dazu müsse auch der Öffentlichkeit klargemacht werden, daß dies eine ständige Modernisierung der Streitkräfte erfordere, daß es keine Alternative zur nuklearen Abschreckung gebe und auch für dieses Element Modernisierungsmaßnahmen möglich bleiben müßten.
- Zu Budgetfragen: Die Bundeswehr stehe stärker als je da, Probleme lägen in der Zukunft – z.B. die Grenze der Personalstärken durch abnehmende Geburtszahlen –, aber er sei zuversichtlich, die Probleme zu meistern, Entscheidungen seien hier schon getroffen, z.B. durch Verlängerung der Wehrdienstzeit auf 18 Monate²⁸ und Reduzierung der Freistellungsgründe (z.B. Heranziehung von Verheirateten).²⁹

Er stimme mit VM de Donnea in einem Punkt überein, man dürfe das Problem nicht auf die Ausgaben reduzieren, damit nutze man die falsche Meßlatte. Andere Leistungen/Belastungen müßten einbezogen werden – wie z.B. für die Bundesrepublik Deutschland Tiefflug, Übungsdichte, Stationierung von 400 000 Soldaten der Verbündeten. Diese Leistungen müßten auch bei der Darstellung der Lastenteilung Berücksichtigung finden.

- Zusammenfassend: Wenn die NATO die zwei genannten Voraussetzungen aufrechterhalte – Zusammenhalt und Stärke –, dann werde es auch weitere Fortschritte bei der Rüstungskontrolle geben.

E-VM Serra

- begrüßt INF-Abkommen als historischen Schritt: Es handele sich um einen echten – und noch dazu asymmetrischen – Abbau von Nuklearwaffen und damit um ein Modell auch für künftige West-Ost-Rüstungskontrollverhandlungen. Den US-Unterhändlern gebühre Dank für diese Leistung. Die nächsten Schritte sollten sich bei „START“ und KRK vollziehen.

Er unterstützte die Anregung des Generalsekretärs: Das Bündnis benötige eine einheitliche Sprache und Basis für den Streitkräftevergleich NATO/WP. Dies sei nicht nur ein technisches, sondern auch ein politisches Problem.

Spanien anerkenne die Notwendigkeit, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen – schon zur Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis – und handele

²⁸ Zur Verlängerung des Grundwehrdienstes vgl. Dok. 25, Anm. 39.

²⁹ Zur Verteidigungspolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 262.

danach. Der Verteidigungshaushalt für 1988 wachse um 8,7 Prozent nominal und um 5,7 Prozent real.

GR-VM Charalambopoulos:

- GR unterstütze vorbehaltlos alle Rüstungskontrollanstrengungen, die in ausgewogener Weise auf ein möglichst niedriges Niveau abzielten und trete für ein globales Verbot chemischer Waffen ein. Er begrüße das INF-Abkommen und verstehe die Sorge der Partner angesichts der konventionellen Überlegenheit der SU. Das nukleare Potential des Bündnisses reiche qualitativ und quantitativ aus. Es komme jetzt darauf an, das konventionelle Ungleichgewicht durch asymmetrische Reduzierungen abzubauen – auch regional.

Griechenland gebe 7 Prozent seines BSP für Verteidigung aus.

NL-VM van Eekelen

- begrüßt das INF-Abkommen und erklärt, die Eurogroup habe ihn als derzeitigen Vorsitzenden beauftragt, ggf. die europäische Unterstützung in Washington zu vertreten. Er plädiere für die Erarbeitung eines umfassenden Rüstungskontrollrahmens unter Berücksichtigung des militärischen Ratschlages sowie für eine Konzentration auf KRK und CW. Weitere nukleare Abrüstung in Europa sollte erst nach Fortschritten bei KRK stattfinden. Er sei gegen eine dritte Null-Lösung, aber auch gegen die Perpetuierung des östlichen Übergewichts im Bereich unter 500 km.

Er unterstütze die Anregung des Generalsekretärs für die Erarbeitung einer gemeinsamen Datenbasis ³⁰(Streitkräftevergleich NATO/WP) im Bündnis. Es gelte, die Öffentlichkeit auf schwierige KRK-Verhandlungen vorzubereiten. Er habe in einer Studie der RAND Corporation gelesen, daß praktisch nur eine asymmetrische Reduzierung im Verhältnis eins (Westen) zu fünf (Osten) unsere Sicherheit ausreichend erhöhe; dies werde nicht leicht zu verhandeln sein.

Nachdem die INF-Stationierung nach Zeichnung des Abkommens ausgesetzt werde, würde die Beibehaltung der nuklearen Rolle für die F-16 und die Orion positiv geprüft. Für NL stelle sich nach wie vor die Frage, was mit den fertiggestellten GLCM-Basen geschehen solle. Es handele sich um eine Infrastruktur-Investition, für die eine sinnvolle andere Nutzung im Bündnis geprüft werden sollte.

NL habe zwei Minenräumer in den Golf entsandt und danke GB für die technische Koordinierung. Die politischen und militärischen Aspekte würden in der WEU diskutiert. Dies sei Ausdruck der Unterstützung der freien Schifffahrt und europäischer Solidarität mit den USA.

P-VM de Melo

- erklärte, die NATO befinde sich in einer wichtigen Phase; das INF-Abkommen liege im Interesse der Allianz; es dürfe nicht vergessen werden, das Abkommen sei Ergebnis der Standhaftigkeit und Solidarität im Bündnis, diese gelte es auch in Zukunft zu bewahren.
- P Sicherheitspolitik beruhe mit höchster Priorität auf der Mitgliedschaft in der NATO, man wolle den Beitrag verstärken, dabei das Gesamtterritorium

³⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1599 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

in einem NATO-Kommandobereich verfügbar machen, dies werde von allen Parteien des Landes getragen.

- Die wirtschaftliche Lage des Landes entwickle sich vorteilhaft und lasse ein Programm für eine verbesserte Verteidigungsleistung möglich erscheinen. P werde sich vor allem auf den Beitrag zur Verteidigung der eigenen Region konzentrieren. Insgesamt stellten die Verteidigungsaufwendungen eine erhebliche Bürde für das Land dar.

TUR-VM Yavuztürk

- begrüßte das INF-Abkommen als bedeutenden Schritt nach vorn, dem weitere Schritte bei „START“, CW und KRK folgen müßten. Ähnlich wie beim Doppelbeschluß komme es darauf an, zugleich auch den CDI-Aktionsplan durchzuführen. Für die Türkei hätte die Erreichung konventioneller Stabilität Vorrang.

L-VM Fischbach

- begrüßt INF-Abkommen, unterstützt KRK und weitere Vertrauensbildung im militärischen Bereich. Das West-Ost-Verhältnis dürfe nicht nur Rüstungskontrolle zum Inhalt haben. Er begrüße daher, daß beim US-SU-Gipfel in Washington auch über Menschenrechte und Regionalkonflikte gesprochen werde.

KAN-VM Beatty

- begrüßt INF-Abkommen und Carluccis Äußerung zu den Ratifizierungsaussichten. In bezug auf mögliche Änderungen in der SU rate er zum Abwarten. Das Ost-West-Klima aber verändere sich mit fast atemberaubender Schnelligkeit. Es sei wichtig, unserer Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung dem Ziel dienten, unsere Sicherheit und die Stabilität zu erhöhen, und daß sie nicht einen Zweck an sich darstellten. Wir sollten auf diese Weise vermeiden, daß die Öffentlichkeit nur die SU als Vorreiter bei der Rüstungskontrolle wahrnimmt. Die INF-Konsultationen im Bündnis hätten auch insoweit Modellcharakter gehabt.

Er unterstütze den Vorschlag des GS nach Erarbeitung einer gemeinsamen Datenbasis, schon weil die Öffentlichkeitsarbeit im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich immer wichtiger werde. Alte Argumente zögen nicht mehr. Das Bündnis müsse klarer machen, warum es auf die Erhaltung einer starken Verteidigungsfähigkeit ankomme. Vordringlich sei die Beseitigung des konventionellen Ungleichgewichts durch Druck auf die SU in Richtung auf asymmetrische Reduzierungen.

DK-VM Collet

- erklärte, das INF-Abkommen mache eine Überprüfung der Verteidigungserfordernisse notwendig. DK akzeptiere besonders unter diesem Aspekt CDI, die Schere zwischen Bedarf und verfügbaren Streitkräften öffne sich immer mehr, insofern könne er die Forderungen des „summary appraisal“ nicht leicht nehmen. Es sei aber auch wichtig, die Notwendigkeit konventioneller Rüstungskontrolle stärker in den Vordergrund zu rücken.
- INF-Abkommen sei wichtiger Erfolg, Ergebnis sei historisch zu nennen, weil es zu gleichen Obergrenzen führe und tiefgreifende Verifizierungsmaßnahmen vereinbare. Der Vertrag sei ein mutiger Schritt beider Vertragspartner und

ein wichtiger erster Schritt im politischen wie im militärischen Bereich. DK hoffe auf rasche Ratifizierung.

- DK unterstütze nachdrücklich ein „START“-Abkommen; nukleare Abrüstungsschritte machten einen weltweiten Bann chemischer Waffen und den Abbau konventioneller Ungleichgewichte noch dringender.

GS

- bestätigte die Auffassung von BM Wörner, daß es bei den Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses letztlich auf das reale Ergebnis, d.h. auf den „output“, ankomme. Das Problem sei aber, daß man für die Messung und die Vergleichbarkeit der Verteidigungsleistungen bisher nur den „input“ gefunden habe. Er wolle nochmals die Notwendigkeit betonen, gemeinsame NATO-Zahlen für den Kräfteausgleich NATO/WP zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Es sei höchst unbefriedigend, wenn die Partner in der Öffentlichkeit mit unterschiedlichen WEU- oder IISS³¹-Zahlen konfrontiert würden und sich nicht auf einen Allianz-SKV³² berufen könnten.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11331 (220)

349

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 5132

Citissime

Aufgabe: 1. Dezember 1987, 19.20 Uhr¹

Ankunft: 2. Dezember 1987, 01.54 Uhr

Betr.: Verifikationsmaßnahmen im INF-Vertrag²;
hier: Erste Übersicht

Auch heute, eine Woche vor der geplanten Unterzeichnung des INF-Vertrages, sind noch immer nicht alle Vertragsdetails fertig ausgearbeitet. Dies betrifft insbesondere den Kernbereich des Verifikationsregimes. Die nachfolgende Übersicht kann daher zunächst nur die Umriss der Vereinbarung darstellen, insbesondere

³¹ International Institute for Strategic Studies.

³² Streitkräftevergleich.

¹ Das von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner und Legationssekretär Haller verfügte.

Hat Wagner vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Ablichtung!“

² Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

da die zentralen Texte, Artikel XI des Vertrages und das Inspektionsprotokoll in letzter Fassung³, uns noch nicht zugänglich sind.

Das Verifikationsregime ist das Herzstück des Vertrages, der zum ersten Mal einen tatsächlichen Abbau von nuklearen Trägersystemen vereinbart. Auf es wird der Senat in der Ratifizierungsdebatte sein Hauptaugenmerk richten. In zukünftigen Rüstungskontrollverträgen, insbesondere für strategische Systeme, wird die INF-Verifikation, obwohl sie durch die Null-Lösung andere Ausgangsbedingungen hat, Präcedenzwirkung entfalten.

Das Instrumentarium der Verifikation besteht aus Datenaustausch, verschiedenen Arten von Vor-Ort-Inspektionen und der Anwendung von Nationalen Technischen Mitteln (NTM). Zentral dabei sind die Inspektionen vor Ort, ein Verfahren, das die SU jahrelang energisch bekämpft hat. Ohne ihre Zustimmung dazu wäre ein für die US akzeptables Überprüfungssystem nicht denkbar. Auch für uns und die anderen Stationierungsländer⁴ stellt die Vor-Ort-Inspektion die unmittelbarste Einbeziehung in die Vertragsdurchführung dar. Während eines Zeitraumes von 13 Jahren können sowjetische Inspektoren Installationen auf unserem Hoheitsgebiet überprüfen.

Die Verifikationsmethoden im einzelnen:

1) Datenaustausch

Ein Memorandum of Understanding (MoU) über die vertragsrelevanten Systeme und Systemteile beider Seiten ist Vertragsbestandteil. Seine Erarbeitung, insbesondere hinsichtlich der Non-deployed-Elemente, bereitet offensichtlich der SU große Schwierigkeiten, auch jetzt sind noch nicht alle Einzelangaben übermittelt worden. Der Vertrag sieht vor, daß innerhalb 30 Tagen nach Inkrafttreten eine Überprüfung und, wo notwendig, Korrektur der übermittelten Daten erfolgt, die den jeweiligen Bestand zum Stichtag des Inkrafttretens des Vertrages feststellt. Informationen über die Veränderung des Bestandes, über seine Verlegung innerhalb des Vertragsgebietes und über Vernichtungszeitpläne werden während der Drei-Jahres-Frist bis zur vollständigen Beseitigung aller Systeme kontinuierlich ausgetauscht werden.

2) Nationale Technische Mittel

Nationale Technische Mittel werden zur Erfassung der Bestände der anderen Seite weiterhin Anwendung finden. Hierzu gehört insbesondere die Foto-Aufklärung. Zur zusätzlichen Vertrauensbildung sollen von Zeit zu Zeit Bestände an strategischen Waffen enttarnt werden, um ihre Satellitenbeobachtung zu ermöglichen. Dies wird unter dem Begriff „enhanced NTMs“ Teil der getroffenen Absprache sein. NTM ist außerdem wichtig für die Kontrolle von Raketenstarts. Es ist ohne Schwierigkeiten möglich, aus den beim Start einer Rakete gewonnenen Daten zweifelsfrei ihren Typ festzustellen. Sollte auch nur ein Start einer vertragsunterworfenen Rakete festgestellt werden, so stünde damit die Vertragsverletzung eindeutig fest. Diese Fähigkeit macht Flugtests von etwa versteckten

³ Für den Wortlaut des Protokolls vom 8. Dezember 1987 „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“ vom selben Tag und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 537–552.

⁴ Belgien, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

Raketen praktisch unmöglich. Dadurch wird die Einsatzfähigkeit solcher Systeme mit fortschreitender Zeitdauer immer geringer, es lohnt sich also kaum, nicht erfaßte Bestände irgendwo zu behalten. Neben diesen beiden Methoden wird auch das ganze sonstige Arsenal der amerikanischen Aufklärung für die Überprüfung der Vertragseinhaltung eingesetzt werden. Es ist zu erwarten, daß zweifelnde Senatoren hier zusätzliche Bekräftigung für die amerikanische Fähigkeit finden werden, Vertragsverletzungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu entdecken.

3) Vor-Ort-Inspektionen

Vor-Ort-Inspektionen lassen sich in die folgenden Typen einteilen:

- baseline inspections (Anfangsinspektion),
- Eliminierungsinspektionen,
- close-out inspections (Schlußinspektionen),
- short-notice inspections (Verdachtskontrollen),
- portal monitoring (permanente Vor-Ort-Kontrolle).

Mit Ausnahme des letzten Typs, der auf jeweils eine Anlage in den beiden Vertragsstaaten begrenzt ist, erstrecken sich alle Inspektionsarten auch auf die Stationierungsländer. Anfangsinspektionen zur Überprüfung der ausgetauschten Datenbestände müssen innerhalb von 60 Tagen nach Austausch der verbindlichen Daten zum Stichtag Vertragsinkrafttretens erfolgt sein. Schlußinspektionen werden je nach Fortschritt der Eliminierungsverfahren bei Räumung von vertragsunterworfenen Einrichtungen durchgeführt.

Wichtigster Inspektionstyp sind die Verdachtskontrollen. Nach letztem Stand sind ihnen etwa 30 US-Einrichtungen und 128 sowjetische Einrichtungen unterworfen. Dazu gehören die Stationierungsstandorte (deployment facilities) und alle entsprechenden Unterstützungs- und Produktionseinrichtungen. Die große Mehrzahl der sowjetischen „declared facilities“ befindet sich in der SU, von den US-Einrichtungen sind etwa zehn in Europa. Alle declared facilities, die nach einer genauen Definition zusammengestellt und in Listen mit präzisen Koordinatenangaben festgehalten werden, unterliegen dem Inspektionsregime während der gesamten Zeitspanne von 13 Jahren. Diese teilt sich auf in die ersten drei Jahre nach Inkrafttreten, an deren Ende die Eliminierung aller vertragsbezogenen Objekte beendet sein muß. (14 Tage vor Ende der Drei-Jahres-Frist, wenn alle anderen Einrichtungen eliminiert sind, wird Bundesrepublik Deutschland das Kooperationsverhältnis für die PIa mit den USA lösen, deren Gefechtsköpfe werden dann in die USA zurücktransportiert und vernichtet, wir übernehmen Demontage unserer PIa in eigener Verantwortung.) Während der ersten drei Jahre hat jede Seite ein Anrecht auf 20 Verdachtskontrollen pro Jahr. Für die nächstfolgenden fünf Jahre stehen jeder Seite 15 Kontrollen zu. In den letzten fünf Jahren des Inspektionsregimes können je zehn solcher Inspektionen durchgeführt werden.

Für die Durchführung organisiert jede Seite eine inspection notification authority, die rund um die Uhr besetzt ist. Diese Stellen tauschen alle Informationen über Inspektionsbegehren aus. Inspektionsteams reisen dann über vorher festgelegte Eingangspunkte (points of entry) ein. Innerhalb der ersten vier Stunden nach Eintreffen müssen sie das Ziel der Inspektion mitteilen. Aufbruch vom point of entry ist genau vier Stunden nach Eintreffen, innerhalb von maximal

neun⁵ Stunden muß Inspektionsort erreicht sein. Dort stehen für die Durchführung 24 Stunden zur Verfügung, diese können in beiderseitigem Einvernehmen um maximal weitere acht Stunden verlängert werden. Points of entry sind für die US Washington und San Francisco, für die SU Moskau und Irkutsk, für uns wird es Frankfurt/Rhein-Main sein.

Listen mit den für die andere Seite akzeptablen Inspektoren und Begleitpersonal werden ausgetauscht, Rechte und Pflichten der Inspektoren und der inspizierten Partei sind im Inspektionsprotokoll zum INF-Vertrag detailliert ausgeführt. Dazu gehört auch ein Annex über Privilegien und Immunitäten, der die Statusrechte des Inspektionspersonals festlegt.

Ein Stationierungsländerabkommen (Basing Country Agreement, BCA) stellt die rechtliche Verknüpfung der Stationierungsländer mit den von den US gegenüber der SU eingegangenen Verpflichtungen her.⁶ Die SU ihrerseits bestätigt die Geltung der getroffenen Vereinbarungen für sich gegenüber den Stationierungsländern in einem Notenaustausch.⁷ Sehr lange umstritten war die Frage, ob die Beschränkung der Inspektionen auf die declared facilities ausreiche, oder ob ein Zugang zu allen potentiell verdächtigen Installationen auf dem Territorium der anderen Vertragspartei erforderlich sei. Hier hat sich die restriktive Lösung, insbesondere aufgrund der Vorbehalte der amerikanischen „intelligence community“, durchgesetzt. Die Nachteile aus sowjetischem Zugangsrecht zu sensiblen amerikanischen Installationen überwogen schließlich die Vorteile.

Portal monitoring, lange umstritten, vor Einigung auf die doppelte Null-Lösung für die US unverzichtbar und danach zunächst aufgegeben, kam erst in letzter Minute wieder in das Verifikationspaket. Dies insbesondere, als US feststellen mußte, daß die SS-20-INF-Rakete teilweise mit der SS-25-ICBM-Rakete baugleich ist und daß beide in der gleichen Anlage hergestellt werden. Zielobjekt auf sowjetischer Seite war damit eindeutig diese Fabrikationsstätte. ⁸Ein „gleichwertiges“ Gegenobjekt auf US-Seite zu finden, war schwierig. SU zielte auf eine Produktionsanlage für boden- und seegestützte Cruise Missiles. Diese sind jedoch völlig baugleich, nur die Abschußsysteme unterscheiden sich, eine Beobachtung war daher für die US nicht akzeptabel. Schließlich einigte man sich darauf, in den USA die Hercules Fabrik in Magna, Utah, vorzusehen. Dort wurden früher Pershing-2-Antriebe gebaut, die Fabrik stellt heute noch MX- und Trident-Unterseeboot-Raketen-Antriebe her. Die sowjetische Anlage befindet sich in Wotkinsk,

⁵ Korrigiert aus: „maximal von neun“.

⁶ Zum Stand der Verhandlungen über ein amerikanisch-sowjetisches Inspektionsprotokoll im Rahmen eines künftigen INF-Abkommens, über ein Abkommen zwischen den USA und den fünf Stationierungsländern amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme (MBCA) sowie über einen Notenwechsel zwischen der UdSSR und den fünf westlichen Stationierungsländern vgl. Dok. 331.

Das Übereinkommen zwischen den USA sowie Belgien, der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und den Niederlanden „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“ wurde am 11. Dezember 1987 in Brüssel unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437.

⁷ Vgl. dazu den Notenwechsel vom 4. Mai 1988 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Inspektionen in bezug auf den Vertrag vom 8. Dezember 1987 zwischen den USA und der UdSSR über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (Verordnung über Inspektionen nach dem INF-Vertrag); BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 535 f.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5133 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

westlich des Urals. Beide Anlagen werden während der gesamten 13-jährigen Dauer des Inspektionsregimes von einem Beobachtungsteam rund um die Uhr kontrolliert. Die Inspektoren haben das Recht, alle die Anlagen verlassenden Objekte darauf zu prüfen, ob sie vertragsunterworfenen Objekte sind. Zu diesem Zweck dürfen sie auch von Zeit zu Zeit die Verpackungen öffnen und Fotos anfertigen, normalerweise wird die Kontrolle in der Überprüfung von Gewicht und Außenabmessungen bestehen. Die ständige Präsenz einer Anzahl von US- und sowjetischen Inspektoren (es gibt noch keine genauen Angaben, die Zahl 30–40 ist genannt worden) wird sicherlich Gegenstand großen Interesses werden. US-Presse macht sich schon Gedanken über die Lebensbedingungen dieses amerikanischen Häufleins im fernen sowjetischen Westen. Die Ausarbeitung der Details des portal monitorings ziehen sich immer noch hin, weil die Einigung auf dieses Inspektionsverfahren erst bei den Gesprächen von Shultz und Schewardnadse in Genf⁹ erzielt wurde.

Die Erarbeitung der geschilderten Verifikationsmaßnahmen ist das Ergebnis der Zusammenarbeit einer Vielzahl amerikanischer Dienststellen mit oft sehr unterschiedlichen Ansätzen und Interessen. Das Bewußtsein der Präcedenzwirkung und die hohen Anforderungen des Senats für die Ratifizierung erschweren die Aufgabe zusätzlich. Die sowjetischen Vorstellungen waren weit weniger präzise, ihre Verhandlungsführung fast ausschließlich eine Reaktion auf US-Vorschläge. Einigung über das grundsätzliche Konzept, insbesondere der Erstreckung der Verdachtskontrollen, gelang erst in letzter Minute beim Treffen von Shultz und Schewardnadse in Genf.

Erste Reaktionen aus dem Senat lassen auf eine verhalten positive Aufnahme des Ergebnisses schließen (so z.B. der konservative Senator Hatch, Republican-Utah). Sicherheitsberater Powell unterrichtete persönlich die Presse über die Details des Verifikationspakets. Erst die praktische Anwendung kann nun zeigen, ob ein verlässliches und ausbaufähiges Werk für weitere Rüstungskontrollvereinbarungen gelungen ist.

[gez.] Paschke

Referat 220, Bd. 144781

⁹ Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 23./24. November 1987 in Genf vgl. Dok. 340.

350

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann
an Generalkonsul Steinkühler, Mailand**

513-703.10

2. Dezember 1987¹

Persönlich

Betr.: Volkstrauertag 1987;

hier: Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano

Bezug: DB Nr. 128 vom 9.11.1987²; Bericht Nr. 650/87³ und Bericht Nr. 651/87⁴
vom 16.11.87; Az.: Ku⁵ 655.00

1) Bezüglich der künftigen Durchführung von Gedenkfeiern am Volkstrauertag auf dem Soldatenfriedhof in Costermano werden Sie gebeten, die Veranstaltung in enger Abstimmung mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge vorzubereiten. Eine angemessene Beteiligung des VDK an der Gedenkfeier ist dabei vorzusehen. Es wird befürwortet, daß der Vertreter des VDK anlässlich der Gedenkfeier eine Ansprache hält. Der Text der Rede des VDK-Präsidenten vom 16. Mai 1987⁶ ist sorgfältig geprüft worden. In der Rede ist aus Sicht des Auswärtigen Amtes nichts Anstößiges enthalten, was dazu führen könnte, künftig einem Vertreter des VDK bei Gedenkfeiern nicht das Wort zu einer Ansprache zu erteilen. Die im Bericht Nr. 650/87 enthaltenen Ausführungen bezüglich des Adjektivs „rassisch“ werden nicht geteilt. Die Bezeichnung „Opfer ... der ... rassischen ... Verfolgung“ ist eine allgemein übliche Redewendung. Ihre Interpretationen sind daher verfehlt. Insbesondere muß Ihre Annahme zurückgewiesen wer-

¹ Durchschlag als Konzept.

Der am 9. Dezember 1987 abgesandte Schrifterlaß sollte „vor Abgang Referat 101“ vorgelegt werden „mit der Bitte um Mitzeichnung“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rapke am 4. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Mulack vorgelegen.

² Für das Fernschreiben des Generalkonsuls Steinkühler, Mailand, vgl. Dok. 309.

³ Generalkonsul Steinkühler, Mailand, monierte Formulierungen in der Rede des ehemaligen Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Haßkamp, am 16. Mai 1987 anlässlich der Gedenkveranstaltung auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Costermano, insbesondere den Passus „Opfer ... der ... rassischen ... Verfolgung“, da durch die Verwendung des Adjektivs „rassisch“ der nationalsozialistische Sprachgebrauch fortgesetzt werde: „Ich wäre dem Auswärtigen Amt dankbar, wenn es den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranlassen würde, sich zukünftig den historischen Tatsachen entsprechend auszudrücken.“ Vgl. den Schriftbericht vom 16. November 1987; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

⁴ Generalkonsul Steinkühler, Mailand, teilte mit, an der Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Costermano hätten wie in den Vorjahren zwischen 150 und 200 Personen teilgenommen. Von seiten der Bundesrepublik werde die Feier nur verhalten wahrgenommen: „Ich erblicke in dieser Zurückhaltung durchaus eine innere Distanz, sich mit der Problematik unserer Vergangenheit auseinanderzusetzen zu wollen oder zu können.“ Für eine breite Aufmerksamkeit solle man „den üblichen Kreis der Redner aus den Auslandsvertretungen und dem Volksbund“ um „Historiker und Schriftsteller“ erweitern, da „so gestaltete Feiern nicht nur die vertiefte Beschäftigung mit offenen Fragen, sondern auch größere Wahrnehmung durch das Publikum zur Folge hätten“. Vgl. den Schriftbericht vom 16. November 1987; B 85 (Referat 513), Bd. 1778.

⁵ Korrigiert aus: „Q“.

⁶ Zur Rede des Präsidenten des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Haßkamp, am 16. Mai 1987 in Costermano vgl. Dok. 309, Anm. 7.

den, daß der Präsident des VDK durch die Verwendung dieses Begriffs auf unbewußte Weise nationalsozialistischen Sprachgebrauch fortsetzt.

2) Ihre Ausführungen im DB Nr. 128 vom 9.11. unter Ziffer 3 sind nicht verständlich. Sie waren nicht erreichbar. Ihrem Vertreter⁷ ist die Auffassung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage offiziell mit der Bitte um Weiterleitung an Sie mitgeteilt worden. Die indirekte Unterstellung, das Auswärtige Amt gehöre zu den Bereichen unserer Gesellschaft, in denen die nationalsozialistische Vergangenheit moralisch nicht verarbeitet worden ist, wird mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Es würde begrüßt, wenn künftig der Schriftwechsel bezüglich der Ausgestaltung des Volkstrauertages in der gebotenen sachdienlichen Weise erfolgt.

gez. Dr. Kunzmann

B 85 (Referat 513), Bd. 1778

351

Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

114-6970/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 156

Aufgabe: 2. Dezember 1987, 13.00 Uhr¹
Ankunft: 2. Dezember 1987, 15.54 Uhr

Betr.: Ad-limina-Besuch der Bischöfe der Berliner Bischofskonferenz vom 21. bis 28.11.1987 in Rom

Bezug: DB Nr. 150 vom 1.12.1987 – Pol 321.32², wo in Punkt 1) nachstehendes Telegramm zum Teil verwertet ist

I. Die Bischöfe und der Generalsekretär³ der Berliner Bischofskonferenz hielten sich vom 21. bis 28. November 1987 zum Ad-limina-Besuch in Rom auf. Aus Gesprächen während eines Abendessens bei BR I Prälat Heck erscheinen folgende Informationen berichtenswert:

1) Die Bischöfe und mit ihnen die katholische Kirche in der DDR sind nicht bereit, ihre bisherige prinzipielle Distanz gegenüber dem Staat DDR aufzugeben. Sie suchen kein neues Selbstverständnis als „Kirche im Sozialismus“ entsprechend dem Beispiel der evangelischen Landeskirchen. Nach Aussagen von Kardinal Meisner: „Es gibt in der kirchenpolitischen Haltung unserer Bischofskonferenz

⁷ Hans Funke.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Heck, Rom (Vatikan), konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 3. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Grafe verfügte. Hat Grafe am 3. Dezember 1987 vorgelegen.

² Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), übersandte Aufzeichnungen über die „Beziehungen des Heiligen Stuhls zur Regierung der DDR“ und zur „Lage der Katholiken in der DDR“ sowie einen Gesprächsvorschlag für die Audienz des Bundesministers Genscher bei Papst Johannes Paul II. am 7. Dezember 1987 in Rom. Vgl. dazu Referat 206 (203), Bd. 140495.

³ Josef Michelfeit.

renz in den bekannten Grundpositionen keine kirchenpolitische Wende.“ Die Bischöfe stehen treu in ihrer Sendung und sind darauf bedacht, diese unter Wahrung ihrer kirchlichen Eigenidentität zu erfüllen. Das Katholikentreffen⁴ wurde von den Bischöfen durch keine Konzession an die Partei (SED) oder den Staat erkaufte. Im Gegenteil: Die konsequente Beibehaltung ihres bekannten kirchenpolitischen Kurses einer politischen Abstinenz ohne jedwede opportunistische Kompromisse hat sich bewährt und die Grundlage dafür abgegeben, das Treffen im sachlichen Einvernehmen mit den staatlichen Stellen durchzuführen.

2) Ein Großteil der Katholiken in der DDR hat aus dem Katholikentreffen im Juli 1987 eine in dieser Intensität nicht erwartete Stärkung erfahren. Auch das Pastoral Schreiben der Bischöfe in der DDR vom September 1986 an die Priester und Diakone⁵, das nicht von den Kanzeln verlesen wurde, sondern als Grundlage für Beratung und Gespräche in Gruppen der Gemeinden und kirchlichen Gemeinschaften diente, hat große Ermutigung und gestärktes Selbstbewußtsein gebracht sowie den Christen ihre unersetzliche Aufgabe für die Gesellschaft bewußt gemacht.

3) Die Bischöfe schließen nicht aus, daß es zwischen Staat und katholischer Kirche zu Gesprächen über gemeinsam interessierende Fragen kommen wird, vor allem über solche, für die jeder in seiner Weise Verantwortung trägt. Genannt werden Fragen zu Ehe und Familie, der Solidarität zwischen den Generationen und der Bewertung des ungeborenen Lebens sowie des Mangels eines ethischen Grundkonsenses. Die Bischöfe betonen aber, daß sich die Kirche dabei nicht zum verlängerten Arm staatlicher oder gesellschaftlicher Interessen machen lassen werde, doch will sie die Nöte und Sorgen der Menschen mittragen. Darum hat die Kirche auch das Recht und die Pflicht, zu wichtigen Lebensfragen der Gegenwart öffentlich Stellung zu nehmen.

4) Eine Mitarbeit in Gremien und Institutionen mit betont marxistisch-weltanschaulichem Charakter kann es für die Katholiken in der DDR nicht geben. Die Christen wollen aber ihre Begabungen und Fähigkeiten überall dort einbringen, wo sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Empörend werden besonders Fälle von Zurücksetzung aktiver Christen auf dem Gebiet der Volks- und Berufsbildung empfunden. Darum werden die Bischöfe immer wieder an die Regierenden appellieren, daß ein auf das Wohl aller seiner Bürger bedachtes Staatswesen es auf die Dauer nicht verantworten kann, Menschen wegen ihrer religiösen Grundentscheidung von qualifizierter Verantwortung und eigenständigem Einsatz für das Gemeinwohl abzuhalten.

5) Die in der DDR herrschende Ideologie des weltanschaulichen Materialismus marxistischer Prägung wird als Prüfung und Herausforderung an die Christen und an die Kirche begriffen. Bei Anerkennung aller Schwierigkeiten der Christen in der DDR wollen sich aber die Bischöfe entschieden gegen Resignation und Auswanderung wenden.

⁴ Vom 10. bis 12. Juli 1987 fand in Dresden ein Katholikentreffen unter dem Motto „Gottes Macht – Unsere Hoffnung“ statt.

⁵ Für den Wortlaut des Pastoral Schreibens der katholischen Bischöfe in der DDR an die Priester und Diakone vom 8. September 1986 vgl. KATHOLISCHE KIRCHE, S. 320–331.

II. 1) Zur Frage eines Besuchs des Papstes⁶ in der DDR äußerten die Bischöfe, daß sie um den Wunsch des Papstes wissen und ihn zu einem passenden kirchlichen Anlaß in die DDR einladen wollen. Im einzelnen haben sich die Bischöfe noch nicht auf einen bestimmten Termin geeinigt. Auch politische Kontakte wegen eines solchen Besuchs sind bisher von keiner Seite (weder von den Bischöfen noch vom Heiligen Stuhl) mit der DDR-Regierung geführt worden.

2) Zur besseren Bewertung zukünftiger Entwicklungen in dieser Frage erscheint ein Rückblick auf die Gründe des Scheiterns der Papstreise in diesem Jahr aus der Sicht der Bischöfe interessant: Der Plan eines Besuchs des Papstes zum Katholikentreffen im Juli 1987 war innerhalb der DDR aufgekommen „durch gewisse Wunschvorstellungen bei katholischen Gläubigen“, außerhalb der DDR „durch Spekulationen in westlichen Medien“. Hinzu kamen eigenständige Überlegungen kirchlicher Verantwortlicher sowie der DDR-Bischöfe.

Die Regierung der DDR habe den Standpunkt vertreten: Die Zeit einer möglichen Vorbereitung (vom Oktober 1986 bis Anfang Juli 1987) sei objektiv zu kurz. Der vorgesehene Zeitpunkt (10. bis 12. Juli 1987) füge sich nicht in die staatliche Terminplanung anderer bedeutender Ereignisse ein, wie z.B. Berlin-Jubiläum⁷, Turn- und Sportfest in Leipzig⁸. Grundsatzfragen, die mit einem Papstbesuch in der DDR verbunden seien, seien nicht genügend geklärt, wie z.B., ob die Visite den Charakter eines Staatsbesuchs habe oder nicht. Ausdrücklich sei von der Regierung erklärt worden: Die negative Beurteilung eines Papstbesuchs anläßlich des Katholikentreffens 1987 in Dresden präjudiziere nichts hinsichtlich eines möglichen späteren Besuchs des Papstes in der DDR. Man müsse sich dann rechtzeitig darüber verständigen und ggf. in Verhandlungen eintreten.

3) Die Bischöfe vertraten die Ansicht, daß der Papstbesuch beim Katholikentreffen 1987 letzten Endes gescheitert sei am Beharren der DDR-Führung auf einem Empfang des Papstes in Ost-Berlin, ohne gleichzeitige Einbeziehung West-Berlins in diesen Besuch.

III. Die Ansprache des Papstes beim Empfang der Bischöfe aus der DDR⁹ enthält keine spezifisch politischen Aussagen, sondern legt den Schwerpunkt auf die pastorale Situation in der DDR. Sie ist in herzlichem und ermutigendem Tenor gehalten und zeigt, wie stark die Fragen der Ortskirche in der DDR den Papst beschäftigen. Die Ansprache des Papstes und des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz¹⁰, die in deutscher Sprache gehalten sind, folgen mit Schriftbericht.

[gez.] Verbeek

VS-Bd. 13006 (203)

⁶ Johannes Paul II.

⁷ Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 131.

⁸ In Leipzig fanden vom 27. Juli bis 2. August das VIII. Turn- und Sportfest sowie die XI. Kinder- und Jugendspartakiade der DDR statt. Vgl. dazu den Artikel „Heute in Leipzig: Auftakt für Sportfest und Spartakiade“, NEUES DEUTSCHLAND vom 27. Juli 1987, S. 1.

⁹ Für den Wortlaut der Ansprache von Papst Johannes Paul II. beim Ad-limina-Besuch der Berliner Bischofskonferenz am 27. November 1987 in Rom vgl. KATHOLISCHE KIRCHE, S. 335–338.

¹⁰ Für den Wortlaut der Ansprache des Kardinals Meisner beim Ad-limina-Besuch der Berliner Bischofskonferenz am 27. November 1987 in Rom vgl. KATHOLISCHE KIRCHE, S. 442 f.

352

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Kopenhagen

4. Dezember 1987¹

Der *Bundeskanzler* erklärt, er hoffe, daß man auf dem heutigen Europäischen Rat zu einem vernünftigen Kompromiß komme.²

PM *Thatcher* erwidert, aus ihrer Sicht bestehe das Problem darin, daß die Fachministerräte die anstehenden Fragen nicht im Detail behandelt hätten. Das gelte beispielsweise für das Flächenstilllegungskonzept³, das in sich außerordentlich komplex sei und, wenn es nicht richtig durchgeführt werde, die Gemeinschaft viel Geld kosten könne.

Der *Bundeskanzler* leitete sodann kurz auf das amerikanische Budgetdefizit⁴ über und stellt die Frage, wie PM *Thatcher* die Chance beurteile, daß das von der Regierung vorgeschlagene Maßnahmenpaket vom Kongreß bewilligt werde.

PM *Thatcher* erwidert, sie glaube nicht, daß es vor dem 18.12. zu einer Übereinkunft kommen werde. Im übrigen gebe es nur zwei Maßnahmen, die wirklich greifen würden, nämlich die geplanten Steuererhöhungen und die Kürzung des Verteidigungsbudgets. Sie zweifle außerdem, daß das amerikanische Maßnahmenpaket ausreiche, um die Weltmeinung zu beruhigen. Sie mache immer wieder die Erfahrung, daß amerikanische Besucher der Problematik nicht das gleiche Gewicht beimessen wie wir in Europa.

Der *Bundeskanzler* erklärt, es sei für ihn schon ein Grund zur Besorgnis, daß einige amerikanischen Ökonomen, wie z. B. Feldstein, die Meinung verträten, der Dollar müsse auf 1,50 DM heruntergehen.⁵

PM *Thatcher* fährt fort, in der Tat müsse man sehen, daß es letztlich die Stärke bzw. Schwäche einer Wirtschaftsstruktur seien, die den Wechselkurs bestimmten.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, z. Z. Kopenhagen, am 4. Dezember 1987 gefertigt und am 7. Dezember 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte um Billigung geleitet. Teltschik bat um Weisung, „ob der von Ihnen gebilligte Vermerk BM Genscher, BM Stoltenberg und BM Kiechle zur persönlichen Kenntnisnahme übersandt werden kann“.

Hat Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“ Ferner vermerkte er: „Teltschik ert[edigen].“

Vgl. den Begleitvermerk, Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

² Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

³ Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission zur Eindämmung der Agrarproduktion; Dok. 315, Anm. 24.

⁴ Zum Haushaltsdefizit der USA vgl. Dok. 315, Anm. 7.

⁵ Zur Abwertung des US-Dollars vgl. Dok. 314, Anm. 11, 20 und 21.

In der Presse wurde berichtet: „Ursache der Dollarschwäche ist vor allem das hohe Defizit im amerikanischen Außenhandel. Devisenhändler bezweifeln, daß die amerikanische Regierung derzeit ein Interesse an einer Stabilisierung des Dollars hat. Der Rückschlag des Dollar ist zudem durch eine Rede von Professor Martin Feldstein, Harvard, dem früheren wirtschaftspolitischen Berater des amerikanischen Präsidenten, ausgelöst worden. Feldstein erklärte [...], der Dollar müsse noch auf 100 Yen je Dollar fallen. Er bezog dies jedoch auf die nächsten drei oder vier Jahre.“ Vgl. den Artikel „Dollar rutscht auf neuen Tiefstand“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Dezember 1987, S. 11.

Der *Bundeskanzler* erklärt, leider müßten wir in Europa mit den psychologischen Folgen der amerikanischen Politik leben. An sich könnten die Rahmendaten z. B. der Bundesrepublik Deutschland nicht besser sein. Der Bundeskanzler weist hierbei auf die niedrigen Zinsen und die geringe Inflationsrate hin.

PM *Thatcher* erklärt, für die amerikanische Regierung liege ein strukturelles Problem darin, daß der Präsident gegen ausgabenwirksame Gesetzesvorlagen einzelner Kongreßmitglieder kein Veto einlegen könne. Dies wirke sich zumal in einem Wahljahr⁶ erschwerend aus. Wir hätten in der Tat mit einer Vertrauenskrise zu tun, und es sei zu bedauern, daß die Vereinigten Staaten die Probleme nicht im Gesamtzusammenhang sähen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und ergänzt, für ihn sei das Ärgerliche, daß diese Vertrauenskrise auf Europa übergreife, obwohl wir schon national alle Anstrengungen unternommen hätten, um unsere Wirtschaft auf Kurs zu halten.⁷ Der Bundeskanzler erläutert in diesem Zusammenhang kurz die von der Bundesregierung geplante Reform im Gesundheitswesen.⁸

PM *Thatcher* kommt sodann zurück auf die EG-Probleme und wiederholt, sie sei erstaunt über die Komplexität des Stoffes, die der heutige Europäische Rat zu bewältigen habe. Der schwierigste Bereich sei ohne Zweifel die Agrarpolitik und die Frage, wie man die Agrarausgaben unter Kontrolle bringe. Wir müßten die Agrarausgaben nicht nur begrenzen, sondern auch die Kommission in die Lage versetzen, sicherzustellen, daß diese Begrenzung eingehalten werde. Man dürfe bei dieser Frage nicht noch einmal scheitern, nachdem wir wiederholt versucht hätten, die Probleme in den Griff zu bekommen. Wie sie höre, wolle die deutsche Seite zusätzlich zu den Stabilisatoren ein Konzept für die Flächenstilllegung beschließen. Leider hätten die Landwirtschaftsminister dieses schwierige Konzept noch nicht genügend ausdiskutiert. In jedem Fall sei sie der Auffassung, daß hierfür aus EG-Mitteln höchstens 25 % der Kosten bezahlt werden könnten. Die restlichen 75 % müßten national getragen werden, weil sonst einige Länder das Programm manipulieren würden.

Der *Bundeskanzler* weist auf eine entsprechende Frage von PM *Thatcher* auf ein Flächenstilllegungsexperiment in Niedersachsen hin. Unsere Erfahrungen mit diesem Experiment seien recht positiv.

PM *Thatcher* erwidert, auch sie hätten ein ähnliches Experiment durchgeführt; dabei sei die entsprechende Fläche nicht stillgelegt, sondern aufgeforstet worden. Man wisse allerdings noch nicht, wie teuer das Vorhaben auf Dauer komme.

⁶ Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

⁷ Vgl. die Tischvorlage „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums“ des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft für die Kabinettsitzung am 2. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168636.

Die Bundesregierung beschloß diese Maßnahmen am 2. Dezember 1987. Für den Wortlaut vgl. BULLETTIN 1987, S. 1169 f.

⁸ Am 18. März 1987 kündigte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag die Einleitung einer Strukturreform im Gesundheitswesen an und stellte dazu die Vorlage eines Gesetzentwurfs in Aussicht. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 59 f.

Am 3. Mai 1988 legten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP den Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) vor, der am 6. Mai 1988 in erster Lesung beraten wurde. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 78. Sitzung, S. 5273–5325. Für den Gesetzentwurf vgl. BT DRUCKSACHEN, Drucksache Nr. 11/2237.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wenn man einen Teil der Fläche stilllegt, sei dies auch ökologisch sinnvoll. Er weist in diesem Zusammenhang auf die traditionelle Dreifelderwirtschaft hin.

PM *Thatcher* erklärt, die Überproduktion sei wesentlich auf die hohen Preise und die Intervention zurückzuführen. Bei Hühnern gebe es beispielsweise keine Lager.

Der *Bundeskanzler* weist sodann auf die guten Erfahrungen mit der in Fontainebleau⁹ beschlossenen Begrenzung der Milchproduktion hin, die uns allein 1987 5 Mrd. ECU gespart hat. Auch bei Zucker habe das System gut funktioniert. Wir hätten ausgerechnet, daß ein Flächenstilllegungsprogramm wesentlich billiger sei als Exportsubventionierung, Interventionen und Lagerkosten.

PM *Thatcher* stimmt zu, daß es gute Beispiele für das Funktionieren von Stabilisatoren gebe. Dies müsse man konsequent fortsetzen. Sie wiederholt, daß ein Flächenstilllegungsprogramm EG-weit angelegt sein müsse. Sie stelle sich allerdings die Frage, ob ein solches Programm genüge, um die Probleme der kleinen Landwirte z.B. in Süddeutschland zu lösen. Vielleicht könne man hier mit nationalen Maßnahmen, z.B. Einkommenssubventionen, flankierend tätig werden.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er wolle noch einmal klarstellen, daß es unser Ziel sei, die Agrarproduktion zurückzuführen.

PM *Thatcher* wirft ein, dies müsse aber für die gesamte EG gelten.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, wir hätten beispielsweise die Ausweitung des deutschen Weinbaus gebremst. Dies könne prinzipiell für die gesamte Landwirtschaft Anwendung finden. Der *Bundeskanzler* weist sodann auf die besonderen Probleme der deutschen Landwirtschaft an der innerdeutschen Grenze hin und erklärt nochmals, unser Konzept umfasse im wesentlichen drei Punkte:

- die Flächenstilllegung, wobei die Fläche auch tatsächlich nicht weiter benutzt werden dürfe (es sei denn durch Aufforstung),
- nationale Maßnahmen, zu denen u. a. die Vorsteuerpauschale gehöre, aber auch die Vorruhestandsregelung, wobei er klarstellen wolle, daß die Vorruhestandsregelung mit einem Gesamtkonzept verbunden sein müsse, damit es funktioniere,
- eine Umstellung von Intensivierung auf Extensivierung.

PM *Thatcher* weist auf die Gefahr hin, daß Landwirte Flächen als stillgelegt erklären, aber gleichzeitig weiterverpachten. Im übrigen gibt sie zu erkennen, daß Flächenstilllegung wohl in erster Linie eine „deutsche Lösung“ sei. Wir brauchten aber unbedingt zusätzlich harte Stabilisatoren für alle Produkte. Die Flächenstilllegung könne dann als flankierende Maßnahme hinzu kommen. Daneben gebe es noch ein spezifisches deutsches Problem, das national gelöst werden müsse.

Der *Bundeskanzler* erklärt, im Ziel sei man sich einig, nämlich, daß die Produktion heruntergefahren werden müsse, allerdings müsse man sehen, daß die entsprechenden Beschlüsse nicht in allen Mitgliedstaaten in gleicher Weise umgesetzt würden. Die Flächenstilllegung müsse in jedem Fall auch aus EG-Mitteln finanziert werden, da die ärmeren MS nicht über genügend nationale Mittel verfügten.

⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

PM *Thatcher* wirft ein, diese müßten dann durch entsprechenden Preisdruck zur Rückführung der Produktion gezwungen werden. Im übrigen seien es nicht die ärmeren MS, die zur Zeit die Überproduktion verursachten.

Der *Bundeskanzler* entgegnet, dies treffe nicht ganz zu, denn im Bereich der Ölsaaten kämen noch gewaltige Probleme auf uns zu. Der *Bundeskanzler* wirft kurz die Frage der Fettsteuer¹⁰ auf und erklärt, er sei unter keinen Umständen bereit, eine Fettsteuer zu akzeptieren.

PM *Thatcher* kommt sodann auf die Strukturfonds¹¹ zu sprechen. Hier brauchten wir in der Tat eine Erhöhung, allerdings keine Verdoppelung. Die Erhöhung müsse unterhalb des Höchstsatzes bleiben. Sie hoffe, daß Deutschland, Frankreich und Großbritannien in dieser Frage zusammenstünden. Ihre Strategie sei zunächst, bei einer Steigerung von 15 % (real) zu beginnen. Zu einer weiteren Erhöhung werde sie nur am Ende der Verhandlungen bereit sein. Absolutes Limit für sie sei allerdings 40 % reale Erhöhung (wobei ihr Mitarbeiter ergänzte, sie hätten sich auf 44 % verständigt).

Der *Bundeskanzler* erklärt, nach seiner Auffassung dürfte dies nicht ausreichen, am Ende werde die Erhöhung zwischen 40 und 50 % liegen.

PM *Thatcher* fährt fort, im übrigen sei sie für eine Konzentration auf Spanien und Portugal.

Der *Bundeskanzler* erwidert, damit könne er durchaus sympathisieren, aber er zweifle, daß Italien damit einverstanden sei.

PM *Thatcher* erklärt, Italien brüste sich inzwischen damit, ein höheres BSP als Großbritannien zu haben. Im übrigen wolle sie daran erinnern, daß die Strukturfonds seit Luxemburg bereits um 47 % erhöht worden seien.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage nach den britischen Vorstellungen zum Gesamtplafond.

PM *Thatcher* erklärt, nach ihrer Vorstellung könne man (1992) auf einen Gesamtplafond von 1,1 % des BSP kommen. Dies werde auch von PM Chirac so gesehen. Dies sei möglich, wenn man im Agrarbereich die Überschüsse drastisch herunterfahre und die Altlasten im Wert berichtige und beseitige. Sie sei im übrigen der Auffassung, daß man über den Gesamtplafond erst reden könne, wenn die Fragen im Zusammenhang mit der Agrarpolitik geregelt seien.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die Kommission werde möglicherweise in diesem Zusammenhang das Thema Fettsteuer einspielen.

PM *Thatcher* erwidert, dies sei absurd, sie werde dann einfach nicht zuhören.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

¹⁰ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 315, Anm. 27.

¹¹ Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

353

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bazing

230-381.47 SUA

4. Dezember 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Vorwurf der illegalen Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den Bau von U-Booten nach Südafrika⁴Bezug: DB Nr. 3244 vom 25.11.1987 – Pol 320.15/1 SUA (Anlage)⁵

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Am 20. November 1987 kam es zum Schluß der Plenardebatte zu TOP „Apartheid“ in der VN-Vollversammlung zu einem Wortwechsel zwischen Botschafter Gbeho von Ghana (z. Zt. Sitz im VN-SR; Gbeho ist stellvertretender Vorsitzender des Arms Embargo Committee und ein einflußreicher Wortführer in der afrikanischen Gruppe) und Botschafter Graf York wegen des Vorwurfs der illegalen Lieferung von Konstruktionsplänen für den Bau von U-Booten an Südafrika.

2) Vorausgegangen war am 19. November der Debattenbeitrag Botschafter Gbehos, in dem dieser Vorwurf aufgegriffen worden war. Gbeho hatte den langsamen Untersuchungsverlauf kritisiert und sich besorgt über die „gerüchteweise zu hörende“ Absicht geäußert, lediglich geringfügige Geldbußen zu verhängen. Er forderte uns, ein in der VN-Praxis ungewöhnlicher Vorgang, direkt auf, noch vor Ende der Debatte ein klärendes Wort zu sprechen.⁶

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers und Legationssekretärin Wasum-Rainer konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Dezember 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 6. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen an Ministerialdirigent Bazing und Referat 230 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Siehe] Seiten 3 + 4 W[eis]s[un]g BM.“ Vgl. Anm. 13, 14 und 16–21.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 8. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Rücklauf dem Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Richthofen am 8. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Bazing am 8. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

⁴ Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 299.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete: „Die Behandlung des TOP 33 (Apartheid) in der 42. VN-GV hat gezeigt, daß ein internationaler Konsens bei der Verurteilung der Apartheid in S[ü]d[A]frika besteht. Wie die Abstimmung über die acht diesem TOP gewidmeten Resolutionen ergab, sind aber offenbar auch fast alle Staaten – mit Ausnahme der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland sowie einiger kleinerer an SA angrenzender Länder – bereit, 'effiziente' mandatorische Sanktionen gegen SA zu verhängen. [...] Mit der verbalen Betonung unserer Ablehnung der Apartheid, ihrer Nicht-Reformierbarkeit und mit der Forderung nach ihrer Überwindung durch Dialog und Verhandlungen finden wir bei den afrikanischen Delegationen zwar immer noch ein Echo. Es zeigt sich jedoch, daß dieses Echo geringer wird, und daß, solange unseren Worten keine weiteren Taten folgen, unsere Äußerungen in der Debatte häufiger als Lippenbekenntnisse bezeichnet werden.“ Vgl. Referat 230, Bd. 158128.

⁶ Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), unterrichtete am 19. November 1987 über die Ausführungen des ghanaischen VN-Botschafters Gbeho vom selben Tag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3144; Referat 230, Bd. 158128.

Botschafter Graf York bedauerte in seiner Erwiderung die Angriffe des ghanaischen Botschafters und wies Vorwürfe, die Bundesregierung verletze die vom SR beschlossenen Embargo-Maßnahmen gegen Südafrika⁷, zurück.

Daraufhin wurde von beiden Seiten noch zweimal das Wort zu einem Austausch von Stellungnahmen ergriffen. Botschafter Gbeho gab dabei erneut seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich das Gerücht als falsch erweise, daß das Ergebnis der amtlichen Untersuchung des Falles absichtlich erst nach der Generalversammlung bekanntgegeben werden solle⁸ und die Verantwortlichen nur geringe Bußgelder zu erwarten hätten.

II. 1) Durch diese aktuellen Vorgänge in der Vollversammlung ist das Thema im Rahmen der VN wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Es hat sich gezeigt, daß die Angelegenheit für die afrikanische Gruppe keineswegs an Aktualität verloren hat. Vielmehr wird mit wachsender Ungeduld unserer Unterrichtung über den Abschluß des Verfahrens entgegengesehen. Wir hatten uns bereits am 5. Dezember 1986 verpflichtet, dem Arms Embargo Committee (AEC) des VN-SR den Ausgang des Ordnungswidrigkeitsverfahrens mitzuteilen.⁹ Das Bekanntwerden des uns bisher nur indirekt bekannten Ergebnisses – Einstellung des Ordnungswidrigkeitsverfahrens durch die OFD Kiel¹⁰ – wird unsere wegen der Sanktionsfrage ohnehin schwierige Position gegenüber den afrikanischen Staaten zusätzlich belasten. Wir müssen mit einem konzentrierten Interesse insbesondere der afrikanischen Staaten am Ausgang des Verfahrens rechnen. Die New Yorker Reaktion wird um so heftiger sein, als die VN die Nachricht von dem folgenlosen Abschluß des Verfahrens unvorbereitet trifft. Aus früheren Äußerungen im Arms Embargo Committee, aber z.B. auch aus Äußerungen des Vorsitzenden des Anti-Apartheid-Ausschusses, Botschafter Garba, wissen wir, daß im Grunde nur eine strafrechtliche Verfolgung als adäquate Reaktion der Bundesregierung angesehen wird. Die Verhängung einer Geldbuße ist von afrikanischer Seite stets als ungenügend bezeichnet worden. Niemand aber hat bisher mit einer Einstellung des Verfahrens ohne Bestrafung oder Bußgeld gerechnet.

⁷ Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Völlers vermerkte am 7. Oktober 1987: „Eine Einstellung des Bußgeldverfahrens durch die O[ber]F[inanz]D[irektion] würde voraussichtlich in den VN zu erheblicher Kritik an uns führen.“ Vom 2. bis 4. November 1987 finde in der VN-Generalversammlung die Debatte über Namibia und vom 18. bis 20. November 1987 jene über die Apartheid statt. Zudem könne das Arms Embargo Committee des VN-Sicherheitsrats, dem die Bundesregierung „einen Bescheid über den Ausgang der Angelegenheit zugesagt hat“, jederzeit auf Antrag zusammentreten: „Daraus folgt, daß die Entscheidung der OFD möglichst nicht vor dem 20.11. bekannt werden sollte.“ Vgl. Referat 230, Bd. 158128.

⁹ Zur Mitteilung des Botschafters Lautenschlager, New York (VN), vgl. Dok. 40, Anm. 21.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel vermerkte am 27. November 1987: „Dem Auswärtigen Amt ist bekanntgeworden, daß die O[ber]F[inanz]D[irektion] beabsichtige, das Bußgeldverfahren gegen die Firmen HDW und IKL einzustellen, und dem BMF einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hat. Ein vorläufiger abschließender Bericht der OFD liegt dem BMF seit 29.9.1987 vor. OFD-Präsident Hansen hat am 7.10.1987 vor dem Untersuchungsausschuß erklärt, daß das Verfahren spätestens in zwei Monaten (also Ende November/Anfang Dezember 1987) beendet ist.“ Vgl. Referat 424, Bd. 145937. Am 11. Januar 1988 gab die Oberfinanzdirektion die Einstellung des Verfahrens bekannt. Für den Wortlaut der Verfügung vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 183–193. Vgl. dazu ferner den Rund-erlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 19. Januar 1988; AAPD 1988.

2) Wir werden uns angesichts dieser Sachlage auf eine Reihe für uns negativer Folgen einrichten müssen: Das Thema dürfte in jeder Südafrika-Debatte in den Vereinten Nationen, vor allem auch in SR-Debatten, sowie in den Sitzungen des Apartheid-Ausschusses und des Namibia-Rates aufgegriffen werden. Auch erscheint es sehr wahrscheinlich, daß der Vorsitzende des Anti-Apartheid-Ausschusses der VN, Garba, und der Vorsitzende der privaten, aber einflußreichen World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa, Minty, die beide auf Strafverfolgung gedrängt haben, den Versuch unternehmen werden, eine Kampagne gegen uns zu entfachen. Sie könnten spezielle gegen uns gerichtete Aktionen des Arms Embargo Committee des SR fordern.

Zwar sind wir zur Zeit als SR-Mitglied¹¹ auch im AEC vertreten; gegen starken Druck der Afrikaner werden wir jedoch kaum einen für uns abträglichen Bericht des AEC an den SR verhindern können. Dies könnte zu einer peinlichen Diskussion des Berichts im SR führen. Im Gefolge der Blaupausen-Angelegenheit könnte die Neigung wachsen, auch andere Beschuldigungen gegen uns verstärkt vorzubringen, wie etwa der Verkauf von Hubschraubern an Südafrika.¹²

III. Angesichts dieser Lage müssen wir nach Möglichkeiten zur Minderung des Schadens suchen. Dabei werden wir davon auszugehen haben, daß unsere Argumente, wie immer wir sie präsentieren, den Verdacht, hier seien Waffen-Embargo-Bestimmungen umgangen worden, kaum wirksam werden ausräumen können. Die Tatsache, daß über ein Jahr seit Bekanntwerden der Blaupausen-Verkäufe vergangen ist, ohne daß eine klärende Stellungnahme der Bundesregierung erfolgte¹³, erleichtert unsere Erklärungsbemühungen nicht. Danach sollten wir nach offiziellem Bekanntwerden des negativen Verfahrensergebnisses von uns

¹¹ Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nicht-ständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18 f.

¹² Vortragender Legationsrat Daum unterrichtete das Bundeskanzleramt und die anderen im Bundessicherheitsrat vertretenen Bundesministerien am 15. April 1987, das amerikanische Außenministerium habe dem Kongreß Anfang April 1987 „einen Bericht vorgelegt, der Hinweise auf Verletzungen des VN-Waffenembargos gegenüber SUA enthält [...]“. In dem vertraulichen Teil des Berichts werden auch Hinweise auf angebliche Verstöße mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland gegeben. „Obwohl dieser Berichtsteil der Bundesregierung „trotz nachdrücklicher Bemühungen unserer Botschaft“ nicht zugänglich gemacht worden sei, seien einzelne Elemente in der Presse bekannt geworden. Demnach solle die Bundesrepublik „vier Bo-105-Hubschrauber“ und einen Helikopter BK 117 geliefert haben. Daum teilte dazu mit: „Diese Hubschrauber sind der Bundesregierung durch Presseveröffentlichungen und durch Anfragen im Bundestag seit langem bekannt. Es handelt sich in beiden Fällen nicht nur nicht um Militärhubschrauber im Sinne der Ausfuhrliste A, sondern nicht einmal um ausfuhrgenehmigungspflichtige zivile Hubschrauber gemäß Liste C, sondern um zivile Exporte, für die keine Ausfuhrkontrolle besteht. Insoweit gehen die Hinweise ins Leere.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 230, Bd. 158131.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel nahm am 4. Dezember 1987 Stellung zu erneuten Behauptungen des Direktors der „World Campaign against Military and Nuclear Collaboration with South Africa“, Minty, „daß MBB Hubschrauber Bo 105 und BK 117 zu militärischer Verwendung nach Südafrika (Ciskei und Venda) entgegen dem Waffenembargo geliefert habe“. MBB habe glaubhaft versichert, „daß auch 1986 lediglich genehmigungsfreie Hubschrauber nach Südafrika (Transkei und Venda) geliefert wurden. Der Vorwurf von Herrn Minty ist schon deshalb absurd, weil es eine militärische Version des Hubschraubers BK 117 bisher nicht gibt. Es ist ohne Mitwirkung des Herstellers nicht möglich, zivile Hubschrauber in militärische umzubauen.“ Vgl. Referat 230, Bd. 158131.

¹³ Der Passus „ohne daß ... erfolgte“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was ist damit gemeint? Was wurde und was wird vorgeschlagen?“ Vgl. Anm. 3.

aus aktiv diese Ergebnisse gegenüber den in Frage kommenden Gremien und Persönlichkeiten erläutern.

Dabei sollten wir folgende Gesichtspunkte hervorheben:

- Das sofortige Einschreiten der Bundesregierung hat dazu geführt, daß die Lieferung wesentlicher zur Fertigung erforderlicher (geheimer) Teile der Blaupausen verhindert wurde. Mit den tatsächlich gelieferten Blaupausen ist die Fertigung eines HDW-U-Bootes unmöglich. Insoweit liegt eine Verletzung des Waffenembargos nicht vor.¹⁴
- Falls die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses¹⁵ für die Regierung erfolgreich abgeschlossen wird (ohne einen Minderheitenbericht, der sie beschuldigt), kann diese Tatsache verstärkend für unsere Argumentation verwandt werden.
- Unsere Gesichtspunkte sollten dem Vorsitzenden des AEC und dem Vorsitzenden des Anti-Apartheid-Ausschusses zum ehestmöglichen Zeitpunkt durch Botschafter Graf York unter ausführlicher Darlegung unseres innerstaatlichen Verfahrens erläutert werden.¹⁶
- Gleichzeitig sollte Herr Minty in Oslo durch unsere dortige Botschaft, die bereits früher in der Sache mit ihm Kontakt gehabt hat, unterrichtet werden.¹⁷
- Falls Botschafter Garba oder Herr Minty auf Unterrichtung in Bonn Wert legen, sollten wir dieser Bitte möglichst auf politischer Ebene entsprechen.¹⁸
- Schließlich könnte eine hochrangige Unterrichtung¹⁹ einzelner in der Sache besonders interessierter Botschafter in Bonn als flankierende Maßnahme zu den Unterrichtungen in New York ins Auge gefaßt werden.²⁰

Entscheidend wird in allen Gesprächen sein, daß wir die Entschlossenheit der Bundesrepublik zur weiteren Respektierung des Waffenembargos betonen.²¹ Bei allen Schritten sollten wir aber auch darauf achten, das „gute Mittelmaß“ bei unserer Verteidigung nicht zu überschreiten. Unsere eher schwache Argumentationslage wird jedoch Probleme für unsere Glaubwürdigkeit schaffen. Es bleibt uns nur übrig, mit Festigkeit und ohne Nervosität den zu erwartenden Angriffen zu begegnen. So haben wir am ehesten eine Chance, den unvermeidlichen Scha-

¹⁴ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

¹⁵ Zum Untersuchungsausschuß des Bundestags in der Frage der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 58.

¹⁶ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

¹⁷ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

¹⁹ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „aller“.

²⁰ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

²¹ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

den in Grenzen zu halten und die mit Sicherheit zu erwartende Kritik durchzustehen.

Dg32²² und Dg42²³ haben mitgezeichnet.

Bazing

Referat 230, Bd. 158128

354

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg

500-455.02-158/87 VS-geheim

4. Dezember 1987¹

Über Herrn Dg50², Herrn D5³ m. d. B. um Kenntnisnahme

Betr.: Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland;
hier: Genehmigung sowjetischer Flüge im Luftraum der Bundesrepublik
Deutschland

Bezug: Ihre Bitte vom 19.10.1987

Anlg.: 1 (offen)⁴

Das Verhältnis zwischen der Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Vorbehalt der Drei Mächte ist im positivierten Recht nicht klar festgelegt.

1) Zivile Luftfahrt

Die Überschrift des Zwölften Teiles des Überleitungsvertrages⁵ lautet: „Civil Aviation“. Für diesen Bereich gilt gemäß Art. 1:

„The Federal Republic will assume full responsibility in the field of civil aviation in the Federal territory, subject to the provisions of Articles 2 to 6 inclusive of this chapter ...“

In Art. 6 des Zwölften Teiles heißt es:

„In the exercise of their responsibilities relating to Germany as a whole, the Three Powers will continue to exercise control with respect to aircraft of the Union of Soviet Socialist Republics utilizing the air space of the Federal Republic.“

²² Hans-Günter Sulimma.

²³ Wilhelm Höynck.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hillgenberg und Vortragendem Legationsrat Löschner konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Eitel am 30. November 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Oesterheld am 9. Dezember 1987 vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 21.

⁵ Für den Wortlaut des Zwölften Teils (Zivile Luftfahrt) des Vertrags vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 456–459.

In der Begründung der Bundesregierung zum Überleitungsvertrag heißt es: „Durch Art. 1 erhält die Bundesrepublik die Lufthoheit für den Bereich der zivilen Luftfahrt im Bundesgebiet“ (BT-Drs.⁶ 2/1000, S. 45).

Nach der Auffassung von Grewe/Kutscher erhielt die Bundesrepublik Deutschland die Lufthoheit bereits durch Art. 1 Deutschlandvertrag⁷ (Bonner Vertrag, 1952, S. 254⁸). In der Begründung der Bundesregierung zum Deutschlandvertrag heißt es, „daß die Bundesrepublik mit der Beendigung des Besatzungsregimes ein souveräner Staat mit voller Macht über seine inneren und äußeren Angelegenheiten wird ... Lästige Souveränitätsbeschränkungen ... werden wegfallen“ (BT-Drs. 2/1000, S. 37), aber auch: „Der Umfang der sich hieraus für die Bundesrepublik ergebenden Handlungsfreiheit bestimmt sich nach den Bonner Verträgen mit den aus den Pariser Vereinbarungen⁹ sich ergebenden Erweiterungen. Die Bundesrepublik hat also ... Handlungsfreiheit, die nur noch durch die bestehenden Rechte der Drei Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung eingeschränkt wird“ (a. a. O., S. 37).

Speziell zu den Vorbehaltsrechten der Drei Mächte enthält die Begründung der Bundesregierung zu Art. 2 des Deutschlandvertrags folgende Aussage: „Diese Rechte beruhen ... nicht auf einem Vertragsverhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten. Sie werden den Alliierten von der Bundesrepublik nicht übertragen, sondern werden als Folge aus dem Vier-Mächte-Verhältnis, das 1945 zwischen den Westmächten und der Sowjetunion begründet worden ist, von jenen zurückbehalten. Die Bundesrepublik nimmt diese Vorbehalte als eine gegebene Tatsache zur Kenntnis, ohne zu ihren rechtlichen Grundlagen Stellung zu nehmen. Eine Anerkennung der bisherigen Besatzungsgewalt, ihrer Grundlagen und ihrer Tragweite wird nicht ausgesprochen. Die Bundesrepublik verpflichtet sich lediglich, sich jeder Maßnahme zu enthalten, welche diese Rechte beeinträchtigen würde“ (BT-Drs. 1/3500, Anlg. 4, S. 7).

Hat die Bundesrepublik Deutschland für den Bereich der zivilen Luftfahrt die Lufthoheit, so respektiert sie aber auch Art. 6 des Zwölften Teiles des Überleitungsvertrags, wonach die Drei Mächte über die Benutzung des Luftraums der Bundesrepublik Deutschland durch sowjetische Flugzeuge weiterhin Kontrolle ausüben, und Art. 5, wonach die Drei Mächte weiterhin den Verkehr nach und

⁶ Drucksache.

Durchgängig korrigiert aus: „DS“.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 61–77.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschlandvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

⁸ Vgl. dazu Bonner Vertrag. Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten nebst Zusatzvereinbarungen und Briefwechsel, erläutert von Hans Kutscher, mit einer Einführung von Wilhelm Grewe, München 1952.

⁹ Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG-Vertrag) mit Zusatzprotokollen und der Vertrag zwischen Großbritannien und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurden am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 345–423.

Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 213–576.

von den Berliner Luftschneisen¹⁰ regeln und die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet, den uneingeschränkten und unbehinderten Durchflug der Drei Mächte durch ihren Luftraum auf dem Weg nach und von Berlin zu erleichtern und zu unterstützen. Anlässlich des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Luftverkehrsabkommens¹¹ erklärten die Drei Mächte gegenüber der Bundesrepublik Deutschland am 9. November 1971, daß ihre „Rechte“ nach Art. 6 durch das Abkommen „nicht berührt werden“.¹²

2) Militärische Luftfahrt

In einem zwischen den Parteien des Überleitungsvertrags vereinbarten Protokoll (zum Zwölften Teil) vom 4. April 1952 heißt es:

„Der Bundeskanzler setzte die Hohen Kommissare davon in Kenntnis, daß seine Regierung nicht beabsichtigt, ohne die Zustimmung der Drei Mächte Flüge von militärischen Luftfahrzeugen der Satellitenstaaten im Luftraum des Gebietes der Bundesrepublik zu gestatten oder eine Ermächtigung dazu zu erteilen; ferner, daß die Bundesregierung sich mit den Drei Mächten beraten werde, ehe sie die Ermächtigung für zivile Luftfahrzeuge zu denselben Flügen erteilt“ (210-2318/80 geheim).¹³

Das Protokoll spricht sich nur über Luftfahrzeuge der Satellitenstaaten aus. Sowjetische Luftfahrzeuge werden nicht genannt.

Die Begründung der Bundesregierung zu Art. 6 des Zwölften Teiles des Überleitungsvertrags trifft keine Aussage speziell über militärische Flugzeuge der SU. Sie faßt den Wortlaut der Art. 5 und 6 zusammen und fügt hinzu: „Der Luftverkehr nach und von Berlin und der Luftverkehr der Flugzeuge der Vier Mächte ist seinerzeit zum Gegenstand besonderer Vier-Mächte-Abkommen gemacht worden“ (BT-Drs. 1/3500, Anlg. 4, S. 63).

Im Jahre 1961 hatte ein Meinungsaustausch zwischen SHAPE und der deutschen Seite stattgefunden. SHAPE hatte unter dem Datum des 11. Januar 1961 Regeln für das Abfangen von Flugzeugen aufgestellt, deren einführender Absatz lautete: „Nach dem zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits geschlossenen Bonner Vertrag – und wie in Art. 6 des ‚Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen‘ hinsichtlich der sowjetischen Flug-

¹⁰ Vgl. dazu den Bericht des Luftfahrt direktorats über die Schaffung eines Systems von Luftkorridoren, das vom Koordinierungskomitee am 27. November 1945 gebilligt und vom Alliierten Kontrollrat am 30. November 1945 bestätigt wurde; DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 42–45.

Vgl. dazu ferner die Flugvorschriften für Flugzeuge, die die Luftkorridore in Deutschland und die Kontrollzone Berlin beflogen, in der vom Luftfahrt direktorat verabschiedeten zweiten abgeänderten Fassung vom 22. Oktober 1946; DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 48–58.

¹¹ Für den Wortlaut des Luftverkehrsabkommens vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1526–1530. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 277.

¹² Für den Wortlaut der Erklärung der Drei Mächte vom 9. Dezember 1971 im Hinblick auf das Luftverkehrsabkommen vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1534–1536.

¹³ Vgl. die Anlage „Vereinbartes Protokoll“ zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rötger vom 24. September 1980; VS-Bd. 13124 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

Für die Übereinkunft im Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit den Hohen Kommissaren Kirkpatrick (Großbritannien) und McCloy (USA) sowie dem stellvertretenden französischen Hohen Kommissar Bérard am 4. April 1952 vgl. ADENAUER UND DIE HOHEN KOMMISSARE 1952, Dok. 40.

zeuge ausdrücklich vorgesehen – sind die nationalen Befehlshaber der im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland stationierten Luftstreitkräfte der vorstehend zuerst angeführten Drei Mächte gegenwärtig für die Sicherung des Luftraums über diesem Hoheitsgebiet verantwortlich“ (507-88.13-31/61 geheim vom 11. Januar 1961¹⁴, zitiert in Vermerk 500-455.02-131/85 geheim vom 18.3.85¹⁵).

Obwohl die deutsche Seite Wert darauf legt, den alliierten Vorbehalt einschränkend auszulegen, hat sie davon abgesehen, hierüber mit den Drei Mächten in einen Meinungsaustausch einzutreten (Schreiben 500-455.02-228/85 VS-v vom 2.5.1985 an BMVg¹⁶). Der BMVg hat aber die militärischen Abfangflüge über dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland durch britische und amerikanische Luftstreitkräfte als auf NATO-internen Vereinbarungen beruhend qualifiziert.

Im Schreiben vom 18. Januar 1958 an den sowjetischen Geschäftsträger a. i. in Ost-Berlin vertrat die US-Botschaft Bonn folgende Haltung: „Unter Einhaltung der vierseitigen Verpflichtungen in bezug auf Deutschland im Ganzen tragen die Drei Mächte auch weiterhin die ausschließliche Verantwortung hinsichtlich der Benutzung des Luftraums der Bundesrepublik Deutschland durch Flugzeuge der UdSSR.“ (Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, 1967¹⁷, S. 247)

3) In der Praxis des BMVg und des BMV holt die Bundesrepublik Deutschland, bevor sie eine Genehmigung erteilt, in jedem Einzelfall des Einflugs eines sowjetischen Luftfahrzeugs in ihren Luftraum die Zustimmung der Drei Mächte ein, gleichgültig, ob es sich um einen zivilen oder militärischen Flug handelt. Bei unbefugtem Einflug sowjetischer Luftfahrzeuge in den Luftraum der Bundesrepublik Deutschland ist es ständige Praxis, daß die Drei Mächte gegenüber der UdSSR protestieren, nicht die Bundesrepublik Deutschland.

4) Das grundsätzliche Problem des Verhältnisses zwischen Lufthoheit der Bundesrepublik Deutschland und alliierten Vorbehaltsrechten stand im Hintergrund der Unterrichtung und Konsultation in der Vierergruppe über die Frage des Einfluges sowjetischer Flugzeuge mit Inspektoren nach dem MBCA¹⁸. Beanspruchten wir in der Erörterung die generelle Genehmigungszuständigkeit, so konterte GB: „You are not sovereign“¹⁹ (Vermerk 500-371.76-137/87 VS-v²⁰ vom 14.10.1987). Das Problem wurde wie folgt ad referendum gelöst: Durch gleichlautende Noten

¹⁴ Vgl. dazu die Büronotiz des Referats 507 vom 5. April 1961; VS-Bd. 5711 (V7).

¹⁵ Vortragender Legationsrat Hilger bat die Referate 210 und 514 um Stellungnahme zur Frage der „Regelung für die Durchführung von Ansteuerungsflügen durch militärische Luftfahrzeuge“. Vgl. VS-Bd. 14603 (500); B 150, Aktenkopien 1985.

¹⁶ Vortragender Legationsrat Hilger teilte dem Bundesministerium der Verteidigung mit, schon 1961 habe Unsicherheit über die Tragweite des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) vom 26. Mai 1952 bestanden: „Während die deutsche Seite erkennbar Wert darauf legte, den Bereich der alliierten Vorbehaltsrechte einschränkend zu interpretieren, war sie offenbar noch nicht bereit, hierüber mit den Drei Mächten in einen Meinungsaustausch einzutreten. Diese Situation besteht nach Einschätzung des Auswärtigen Amts fort.“ Vgl. VS-Bd. 14603 (500); B 150, Aktenkopien 1985.

¹⁷ Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, München 1967.

¹⁸ Zum Multilateral Basing Country Agreement (MBCA) vgl. Dok. 349, Anm. 6.

¹⁹ Der Passus „so konterte ... sovereign“ wurde hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

²⁰ Vortragender Legationsrat Löschner vermerkte am 14. Oktober 1987, in der Bonner Vierergruppe sei am Vortag „die Frage der Genehmigung sowjetischer Inspektionsflüge nach Frankfurt/Main durch die Bundesrepublik Deutschland und die Befugnis der drei westlichen Siegermächte“ zur Ausübung der Kontrolle hinsichtlich sowjetischer Luftfahrzeuge im Luftraum der Bundesrepublik behandelt worden. Der britische Sprecher habe dabei erklärt, daß das geplante „Vertragswerk in keinem Wider-

ihrer Botschaften an das Auswärtige Amt „(bekräftigen die Drei Mächte) das in den genannten Konsultationen erreichte Einverständnis, daß die Bundesrepublik Deutschland Flugzeugen der UdSSR, die ihren Luftraum zum Zweck von Inspektionen gemäß dem (INF-Vertragswerk) benutzen wollen, erlauben kann, sich zu und von dem betreffenden Eingangspunkt ... zu bewegen ...“ (s. Anlg. zur StS-Vorlage 210-371 VS-NfD vom 27.11.1987²¹).

Hillgenberg

VS-Bd. 14603 (500)

355

Botschafter Joetze, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-7042/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1904

Aufgabe: 4. Dezember 1987, 16.30 Uhr¹
Ankunft: 4. Dezember 1987, 17.56 Uhr

Delegationsbericht Nr. 96/87

Betr.: MBFR;

hier: Schlußbericht über die 43. Verhandlungsrunde
(24. September bis 3. Dezember 1987)

Zur Unterrichtung

I. 1) Die 43. Verhandlungsrunde machte erneut deutlich, daß MBFR für beide Seiten praktisch keinen eigenen Stellenwert mehr hat. Dies ergibt sich aus der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1802

spruch zu den ‚Rechten und Verantwortlichkeiten der Alliierten‘ stehe, daß aber vielleicht eine Erklärung der Alliierten über den Vorbehalt der Rechte und Verantwortlichkeiten zweckmäßig sein könne. Das Zusammenspiel zwischen D und Alliierten bei Genehmigung sowjetischer Inspektionsflüge im Einzelfall müsse und könne gemäß bestehendem Procedere oder in Anlehnung daran praktisch geregelt werden, ohne grundsätzliche Fragen zu öffnen. Eine grundsätzliche Abgabe der Genehmigungszuständigkeit an die insoweit nicht-souveräne Bundesrepublik Deutschland komme nicht in Betracht.“ Vgl. VS-Bd. 12394 (500); B 150, Aktenkopien 1987.

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach informierte über die in der Bonner Vierergruppe am 24. November 1987 ad referendum erzielte Einigung hinsichtlich der Erteilung von Einfluggenehmigungen für im Zuge des Inspektionsprotokolls zum INF-Vertrag zu regelnde Flüge sowjetischer Inspektoren. Zwar könne die Bundesregierung im Zuge der INF-Inspektionen erfolgende, ordnungsgemäß angekündigte Einflüge sowjetischer Inspektoren eigenständig genehmigen, werde aber gleichwohl unverzüglich die Drei Mächte kontaktieren, um die „normalerweise etwa 48 Stunden“ benötigende alliierte Zustimmung einzuholen. Damit entfalle das Risiko, „daß die deutsche Seite durch Verzögerung oder Fehlen der alliierten Einzelfallzustimmung die vorgesehene Verpflichtung aus dem MBFR nicht erfüllen“ könne: „Die Formulierung ‚bekräftigt ... das in den Konsultationen erreichte Einverständnis ...‘ entspräche dem deutschen Anspruch auf Mitwirkung in diesem Bereich, den sich die Drei Mächte im Überleitungsvertrag im Zusammenhang mit ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes vorbehalten haben.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145220.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Pöhlmann, Wien (MBFR-Delegation), konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Schon verfügte. Hat Schon vorgelegen.

Dynamik des KRK-Prozesses und den Hoffnungen, die sich von allen Seiten auf das neue Forum richten, zumal sich der Stellenwert der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa als Folge der erfolgreichen Beendigung der INF-Verhandlungen² weiter erhöht hat.

Als Folge dieser Entwicklung wird MBFR zunehmend als Funktion des KRK-Prozesses behandelt. Dies gilt:

a) Prozedural: Wohl nur im Falle eines Scheiterns oder einer erheblichen Verzögerung der Mandatsgespräche³ wäre eine inhaltliche Reaktivierung von MBFR vorstellbar. Aber solche Gefahren gelten derzeit als wenig wahrscheinlich.

b) Sachlich: Immer mehr setzen beide Seiten MBFR in einen KRK-Zusammenhang, indem sie argumentieren, daß ein Ergebnis in ihrem Sinne einen guten Start für die KRK-Hauptverhandlung abgeben würde.

c) Personell: Die meisten westlichen MBFR-Delegationsleiter, darunter vier der direkten MBFR-Teilnehmer, vertreten ihre Staaten auch bei den KRK-Mandatsgesprächen. Nach der erfolgten Verabschiedung des niederländischen Delegationsleiters⁴ bin ich der letzte westliche Botschafter, der nur für MBFR zuständig ist.

2) Konsequenz dieser Situation war, daß es keine neuen förmlichen Vorschläge gab, auch keine positive Reaktion des Ostens auf die westliche Initiative vom Dezember 1985⁵. Am Befund des Verhandlungsstillstandes änderte auch eine informelle bilaterale Anregung des sowjetischen Delegationsleiters⁶ gegenüber seinem amerikanischen Counterpart nichts. Sie zielte auf ein symbolisches Abkommen ab, das sich auf amerikanisch-sowjetische Reduzierungen ohne Ein-

² Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

³ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 293.

Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), resümierte am 1. Dezember 1987: „In bisher 36 Begegnungen haben die 23 bei ihrem Versuch, ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vom Atlantik bis zum Ural auszuarbeiten, wichtige Annäherungen erzielen können. Die Tatsache, daß bisher lediglich zwei Sätze eher peripherer Natur notiert werden konnten (Schritt-für-Schritt-Vorgehen/Prinzip unverminderter Sicherheit; Satzgerüst zu Ort und Verhandlungsbeginn zukünftiger Verhandlungen im Jahre 1988), sollte nicht vergessen lassen, daß es gelungen ist, in einer Reihe zentraler Fragen den WP zu einer weitgehenden Übernahme westlicher Konzepte zu bewegen: 1) Es besteht kein Zweifel, daß auch der WP inzwischen davon ausgeht, daß KRK-Verhandlungen im 23er-Kreis zumindest beginnen werden; der WP ist jetzt auch bereit (in der Präambel), einen Hinweis auf die Militärallianzen zu akzeptieren, deren sicherheitspolitische Rolle in Europa eine Beschränkung des Teilnehmerkreises von KRK-Verhandlungen im KSZE-Rahmen auf die 23 legitimiert. [...] 2) In der zentralen Frage der Beschreibung der Ziele von KRK-Verhandlungen hat der WP den westlichen Ansatz und die westliche Sprache nahezu ohne Abstriche akzeptiert. Damit hat sich die westliche Trias – Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau; Beseitigung von Disparitäten; Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und großangelegten Offensivaktionen – voll gegen den ursprünglichen WP-Ansatz durchgesetzt, Reduzierungen als solche zu einem Hauptziel der Verhandlungen zu erheben. [...] 3) Auch in der Frage der Beschränkungen des Gegenstandsbereichs von KRK-Verhandlungen auf konventionelle Streitkräfte hat der WP sich auf den Westen zubewegt. Seine ursprüngliche Forderung, auch über taktische Nuklearwaffen zu verhandeln, hat er bereits am 19.10. in die unspezifische Forderung umgewandelt, nach der ‚interessierte Staaten ... im Verlauf der Verhandlungen‘ die sich mit der Begrenzung und Reduzierung taktischer Nuklearwaffen zusammenhängenden Probleme ‚prüfen‘ (consider) sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1865; Referat 221, Bd. 144807.

⁴ Jan Hein L. van de Mortel.

⁵ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 308 und Dok. 339.

⁶ Walerian Wladimirowitsch Michajlow.

schluß von Waffen und ohne Nichterhöhungsverpflichtung beschränken sollte. Dieser Gedanke wurde vom amerikanischen DL nach Konsultation der AHG ebenso zurückgewiesen wie die vom sowjetischen Delegationsleiter vor einem Jahr vorgetragene Idee eines symbolischen Abkommens mit Einschluß von Waffen und mit einer politischen Absichtserklärung der Nichterhöhung.

II. Im einzelnen

1) Der Westen verfolgte weiterhin seine Initiative vom Dezember 1985 und mahnte eine östliche Substanzantwort hierauf an. In den informellen Sitzungen unterzog er die beiderseitigen Einzelpositionen einem detaillierten Vergleich und zeigte dem Osten dabei die Felder auf, wo dieser Positionen korrigieren müßte, um einem Ergebnis näherzukommen.

2) Der Osten ließ demgegenüber nur in zweitrangigen Fragen Bereitschaft zur Flexibilität erkennen. Er blieb bei seiner bisherigen Verhandlungslinie und übte Kritik an der westlichen Verhandlungsinitiative insgesamt sowie an deren Einzelementen, vor allem dem Verifikationsregime und der Ausklammerung von Waffen. Verstärkt zog er gegen das westliche Verhandlungsverhalten als solches zu Felde und zog das Interesse des Westens an einem Abkommen überhaupt in Zweifel. Als Konsequenz wies er auch die Verantwortung für den Stillstand dem Westen zu. Vor diesem Hintergrund propagierte er ein wenigstens „ehrenvolles“ Ergebnis von MBFR und forderte dazu vom Westen Flexibilität. Der Osten erklärte nach wie vor ein Ergebnis auf der Grundlage seines Vertragsentwurfs vom Februar 1986⁷ als wünschenswert⁸, bot aber als Alternative wieder häufiger ein bescheidenes symbolisches Abkommen an. Wie schon erwähnt, sondierte der sowjetische Delegationsleiter eine neue Variante dieses symbolischen Abkommens, ohne sie allerdings formell einzuführen. Der Jaruzelski-Plan⁹ wurde vom polnischen Delegationsleiter¹⁰ in seiner Plenarerklärung vom 3. Dezember nur noch gestreift.

3) Wie der Osten, so legte auch der Westen besonderen Wert darauf, die vorzeitige Aufgabe von MBFR auch nicht im entferntesten als eine Option anzudeuten. In diesem Sinne war es auch unproblematisch, sich auf die Termine für die 44. Verhandlungsrunde vom 28. Januar bis zum 17. März 1988 zu verständigen.

4) Innerwestliches Klima: Das geschlossene Auftreten des Westens kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß inzwischen, anders als noch während der Sommerrunde¹¹, die Erkenntnis gewachsen ist, daß MBFR in seiner Epoche in seine Endphase tritt. Allerdings tendieren einige westliche Delegationsleiter (USA, UK¹², I¹³ und TR¹⁴) zu einer skeptischen Haltung gegenüber KRK und zu einer

⁷ Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 59.

⁸ Korrigiert aus: „1986 wünschenswert“.

⁹ Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.

¹⁰ Tadeusz Strulak.

¹¹ Zur 42. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 14. Mai bis 2. Juli 1987 in Wien vgl. Dok. 198.

¹² Robert James O'Neill.

¹³ Umberto Cappuzzo.

¹⁴ Erdem Erner.

Betonung des bleibenden Wertes von MBFR. Da TR bei MBFR nur eine Randrolle spielt und da solche Tendenzen bei UK und I wohl mehr persönlichen Motiven entspringen, sind sie nur bei Botschafter Ledogar ernster zu nehmen. Sie artikulieren sich bei ihm in skeptischen Äußerungen über Zeitpunkt oder gar Zustandekommen eines KRK-Mandats, um so MBFR die Rolle eines „Sicherheitsnetzes“ oder gar einer „Alternative“ zuzuweisen. Wir sind solchen US-Tendenzen bilateral und in der AHG entgegengetreten, damit aus den MBFR-Gremien keine Zweifel an der Entschlossenheit des Westens abgeleitet werden, die KRK schnellstmöglich zu erreichen. Inzwischen äußert auch Ledogar immer häufiger, daß die KRK auch für Washington zusehends notwendiger werde. Das läßt hoffen, daß diese Schwierigkeit vorübergehender Natur war. Wenn nicht, müssen wir auch in der nächsten Runde gegen amerikanische Äußerungen opponieren, die MBFR als „Alternative“ zu einer weit entfernten KRK darstellen.

Angesichts der absehbaren Endphase unserer Verhandlungen werden Überlegungen um ein „end game“ immer häufiger und offener geäußert. Bisher ist es uns gelungen, die Erörterungen und damit die Erosion der westlichen Verhandlungsposition noch unter Kontrolle zu halten.

III. Perspektiven:

1) Dem Osten stehen weiterhin die bereits früher (s. DB Nr. 983 vom 3.7.87, 175/87 VS-v¹⁵) identifizierten Optionen offen. Diese sind:

- Weiterverfolgung seines Abkommensentwurfs vom 20.2.86,
- Revitalisierung des Gedankens eines symbolischen Abkommens bis hin zu dessen eventueller Formalisierung,
- weitere kleine Modifizierungen in Nebenbereichen,
- eine echte Substanzinitiative.

Dazu kommen prozedurale Möglichkeiten, wie z.B. die Androhung der Suspendierung der Verhandlungen, falls der Westen weiterhin bei seiner Verhandlungsposition vom 5.12.85 bleibt. Viel spricht dafür, daß der Osten seine bisherige Linie fortführt, d.h. Festhalten an den Essentialia seiner Position, verbunden eventuell mit kosmetischen Modifikationen in Randfragen, jedoch Flexibilität insofern, je nach taktischer Lage ein Substanzabkommen oder ein symbolisches Abkommen in den Vordergrund zu stellen. Echte neue Entscheidungen, insbesondere zum Abschluß von MBFR, dürfte der Osten vom Verlauf der Mandatsgespräche bzw. vom Mandatsabschluß abhängig machen. Am Rande der Verhandlungen ventilierten östliche Vertreter gelegentlich die Modalitäten eines „end game“. Anhaltspunkte, welche Variante der Osten dabei bevorzugen würde, sind noch nicht zu erkennen.

2) Dem Westen verbleibt weiterhin nur, seine Verhandlungsinitiative vom Dezember 1985 mit Festigkeit argumentativ zu verfechten sowie eine konstruktive Reaktion des Ostens hierauf einzufordern und ihn so möglichst in Zugzwang zu halten. Dabei ist allerdings allen Beteiligten klar, daß diese inzwischen zwei Jahre alte Position, die auch in Nebenbereichen keine Flexibilität zuläßt, keine Fortschritte ermöglicht und auch in der Öffentlichkeit kaum mehr überzeugend wirkt.

¹⁵ Für den Drahtbericht des Botschafters Joetze, Wien (MBFR-Delegation), vgl. Dok. 198.

Die westlichen Optionen für ein „end game“ sind zur gegebenen Zeit, d. h., wenn das KRK-Mandat steht und die Einsetzung des neuen Verhandlungsforums gesichert ist, relativ schnell zu erarbeiten, zumal Vorarbeiten bereits geleistet sind. Bis dahin werden wir uns im westlichen Kreise einer frühzeitigen, damit langen und nicht geheimzuhaltenden Erörterung dieser Frage entgegenstellen. Mit dem Gipfeltreffen in Washington¹⁶ verbinden sich keine MBFR betreffenden Erwartungen, allenfalls die mittelbare Auswirkung einer beschleunigten Endphase, falls es in Washington gelingt, Hindernisse im Bereich des KSZE-Folgetreffens bzw. der KRK-Mandatsgespräche auszuräumen. Eine Ankündigung einseitiger sowjetischer Truppenabzüge aus DDR und ČSSR, über die gelegentlich spekuliert wird, könnte die politische Dynamik zugunsten einer KRK verstärken.

[gez.] Joetze

VS-Bd. 11473 (221)

356

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Kopenhagen

VS-vertraulich

5. Dezember 1987¹

Auf eine entsprechende Frage von Staatspräsident Mitterrand erklärt der *Bundeskanzler*², das von der Präsidentschaft vorgelegte Kompromißpapier³ sei für ihn so nicht akzeptabel.⁴ Es spiegele eine Tendenz wider, die er schon die ganze Zeit bei der dänischen Präsidentschaft⁵ beobachte. Dies gelte insbesondere hinsichtlich der Konzessionen an Großbritannien.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1987 gefertigt.

² Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand nahmen am 4./5. Dezember 1987 an der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen teil. Vgl. dazu Dok. 358.

³ Für das Papier „Aufzeichnung des Vorsitzes“ der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember 1987 (SN/3919/2/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

⁴ Bundeskanzler Kohl, z. Z. Kopenhagen, teilte Ministerpräsident Schlüter in dessen Eigenschaft als EG-Ratspräsident mit einem als „persönlich“ bezeichneten Schreiben vom 4. Dezember 1987 mit: „Wie ich höre, bereitet die Präsidentschaft zur Zeit einen Kompromißbeitrag für den Bereich Agrarstabilisatoren vor, der in dieser Weise für die Bundesregierung nicht akzeptabel ist. Die Garantiemenge für Getreide soll in den Jahren 1988–1990 degressiv von 160 Mio. Tonnen auf 155 Mio. Tonnen festgelegt werden. Die für den Fall des Überschreitens der Garantieschwelle vorgesehene Preissenkung soll im zweifachen Ausmaß des jeweiligen Produktivitätszuwachses erfolgen. Neben diesen sehr weitgehenden Preissenkungen soll die EG-Kommission ermächtigt werden, dem Rat während des Wirtschaftsjahres Vorschläge für noch weitergehende Preissenkungen zu unterbreiten. Dies sind Vorstellungen, die die Grenze für eine Kompromißfindung weit überschreiten. Ich sage Ihnen das mit aller Deutlichkeit, weil ich verhindern will, daß Sie morgen in eine Sackgasse laufen. Dies ist kein Bluff oder eine taktische Position.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168707.

⁵ Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, man müsse trotzdem versuchen, einen Kompromiß zu finden. Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und fügt hinzu, wir sollten vor allem die enge deutsch-französische Zusammenarbeit fortsetzen. Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, das Hauptproblem aus seiner Sicht seien die Vorschläge zu den Agrarpreisen. Bei den Strukturfonds⁶ könne man zu einer Regelung kommen. Der britische Ausgleich müsse degressiv ausgestaltet und zeitlich begrenzt werden.⁷

Der *Bundeskanzler* geht zu dem Gespräch am Vorabend über internationale Politik über und erklärt, immerhin habe sich gezeigt, daß Europa in diesem Bereich handlungsfähiger sei. Felipe González habe Recht mit seiner Bemerkung, daß in der EG die Fachleute Politik machten und die Politiker Fachfragen lösen mußten. Man müsse daher vor dem ER in Hannover⁸ noch einmal überlegen, wie man das ändern könne.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, D und F sollten heute alles daransetzen, daß sich die europäischen Politiker der Verantwortung stellen. Auch andere seien hierzu bereit, wie beispielsweise Spanien und Belgien. Dieser Kern könne verstärkt werden.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, auch MP Gorla werde sich hierbei beteiligen.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt zu und erklärt, in Neapel habe er mit Gorla auch über die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik Übereinkunft erzielt.⁹ Er habe allerdings den Eindruck gewonnen, daß sich die Italiener in Wirklichkeit nicht in diese Richtung engagieren wollten. Dahinter stehe die Befürchtung, daß Italien weder den USA noch auf der anderen Seite der Sowjetunion zu nahe treten wolle.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dahinter stecke möglicherweise AM Andreotti.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem zu. Es bleibe jetzt die Frage, was man in der heutigen Sitzung gemeinsam tun könne.

Der *Bundeskanzler* erwidert, man müsse vor allem darauf drängen, daß ein Kompromiß gefunden werde, der für jedermann akzeptabel sei. Wir könnten nicht nach Hause kommen und erklären, daß wir unsere finanziellen Beiträge an die EG erhöht, aber bei dem einzigen Problem, das sich für D stelle, keine Lösung erzielt hätten. Man müsse mit einem solchen Kompromiß auch politisch leben können.

Staatspräsident *Mitterrand* schlägt vor, daß man gleich zu Beginn der Sitzung das vorliegende Papier der Präsidentschaft ablehne und diese auffordern solle, einen neuen Kompromiß zu erarbeiten. Darin müßten die entscheidenden Punkte klar eingegrenzt werden. Er befürchte sonst, daß man den ganzen Tag über das vorliegende Papier spreche, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

⁶ Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

⁷ Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988.

⁹ Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Gorla führten am 26. November 1987 ein Gespräch in Neapel. Botschafter Ruth, Rom, teilte am 27. November 1987 mit, Themen seien die Sicherheitspolitik und EG-Haushaltsfragen gewesen: „In einer Pressekonferenz Mitterrands und Gorias zum Abschluß des Gipfels wurde deutlich, daß beide Seiten in den Gesprächen auf ihren bekannten Positionen beharrt hatten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1792; Referat 201, Bd. 143348.

Der *Bundeskanzler* stimmt diesem Vorschlag zu.

Staatspräsident *Mitterrand* stellt die Frage, was man hinsichtlich der anderen Fragen der internationalen Politik noch tun könne.

Der *Bundeskanzler* erwidert, wir sollten Präsident Reagan helfen, damit das INF-Abkommen¹⁰ vom amerikanischen Kongreß ratifiziert werde.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, er sei hierzu bereit.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, welchen Eindruck Staatspräsident Mitterrand von den Entwicklungen in der Sowjetunion habe. Es sei offensichtlich, daß Gorbatschow sich in Schwierigkeiten befinde.

Staatspräsident *Mitterrand* wirft ein, dies habe Gorbatschow allerdings bisher nicht aufgehalten.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, es mache sich aber zunehmend eine passive Resistenz breit.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, dies sei richtig, aber Gorbatschow ersetze nach und nach alle verantwortlichen Leute. Er habe außerdem den Eindruck, daß Gorbatschow sich außenpolitisch durchsetze. Er werde sich möglicherweise drei bis vier Jahre halten. Allerdings wolle er auch einen Rückschlag nicht ausschließen. Es bestehe zudem die Gefahr, daß Gorbatschow versuche, jetzt alle möglichen Vorteile einzuheimsen.

Präsident Mitterrand fragt sodann nach unseren Vorstellungen für die Gestaltung der Feierlichkeiten am 22. Januar in Paris.¹¹ Die Sache sei in den Händen der beiden Außenministerien, aber er empfehle, daß sich auch der Bundeskanzler und er selbst damit befaßten. Man solle sich daher gegenseitig auf dem laufenden halten. Wenn sich die politische Ebene nicht einschalte, komme nur eine freundliche und leere Erklärung heraus.

Der *Bundeskanzler* weist auf die Frage nach dem Stand der Arbeiten zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit darauf hin, daß für den 22. Dezember 1987 eine weitere Verhandlungsrunde zwischen den Außenministerien geplant sei.¹²

Beide kommen überein, daß Herr Attali und MD Teltschik möglichst bald in Kontakt treten und Staatspräsident Mitterrand bzw. den Bundeskanzler über mögliche Schwierigkeiten unterrichten sollen.

¹⁰ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

¹¹ Am 22. Januar 1988 wurden in Paris die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 begangen. Vgl. dazu AAPD 1988. Für den Wortlaut des Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

¹² Zu den Planungen für einen deutsch-französischen Verteidigungsrat vgl. Dok. 276 und Dok. 316, Anm. 11 und 12.

Ministerialdirigent von Ploetz bat Bundesminister Genscher am 23. Dezember 1987, den am Vortag „in der dritten und abschließenden Verhandlungsrunde ad referendum“ angenommenen „Text für ein Ergänzungsprotokoll zum Elysée-Vertrag von 1963“ zu billigen. In zwei Punkten stünde eine Verständigung noch aus. So habe Frankreich deutlich gemacht, daß es „unseren Vorschlag, den schrittweisen Aufbau einer stabilen und dauerhaften Friedensordnung in Europa“ als ein Ziel unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik zu kennzeichnen, [...] nicht in den Vertragstext aufnehmen wolle“. Fraglich sei auch der Sitz des Sekretariats. Ploetz teilte zudem mit: „Nach Billigung des Entwurfs durch Sie, Bundesminister Wörner und den Herrn Bundeskanzler werden AA und BMVg eine gemeinsame Kabinettsvorlage erstellen mit dem Ziel, die Zustimmung des Kabinetts am 13.1.1988, spätestens jedoch am 20.1.1988, herbeizuführen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143390.

Staatspräsident *Mitterrand* fragt, ob es nützlich sei, sich noch einmal vor dem 22. Januar zu sehen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies könne man tun, wenn es sich als notwendig erweise.

Staatspräsident *Mitterrand* berichtet sodann kurz über ein Gespräch mit Ligatschow, der anlässlich des Parteitages der PCF¹³ in Paris gewesen sei.¹⁴ Ligatschow habe die Möglichkeit einer Begegnung zwischen ihm und Gorbatschow angedeutet, ohne dies allerdings konkret auszuführen. Hierüber gebe es auch schon erste Agenturmeldungen. Er wolle aber dem Bundeskanzler gegenüber klarstellen, daß bisher weder ein Zeitpunkt noch ein Ort vereinbart worden seien. Wenn, dann komme für ihn ohnehin nur Paris als Ort der Begegnung in Frage. Unter keinen Umständen wolle er mit Gorbatschow im Anschluß an dessen Besuch in Washington¹⁵ zusammentreffen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe vor ein paar Wochen einen Brief von Gorbatschow¹⁶ erhalten. Darin sei der Besuch von AM Schewardnadse angekündigt worden und auch von einem Treffen zwischen ihm und Gorbatschow die Rede gewesen. Zu dem Besuch Schewardnadses werde es allerdings wegen des Gipfels in Washington zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt nicht kommen. Im übrigen werde Gorbatschow von Washington aus nach Ost-Berlin fliegen und dort mit den Staats- und Regierungschefs des Warschauer Paktes zusammentreffen.¹⁷

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, von sowjetischer Seite würden sowohl in öffentlichen Erklärungen als auch in diplomatischen Kontakten an Frankreich kritische Fragen wegen der Zusammenarbeit mit D gestellt. Insbesondere wollten die Sowjets immer wieder wissen, ob die militärische Zusammenarbeit zwischen D und F auf die nuklearen Entscheidungsbefugnisse des französischen Präsidenten Einfluß habe. Hierauf werde man mit einem klaren „Nein“ antworten.

Der Bundeskanzler erwidert, dies sei in der Tat unser Problem. Wenn D und F sich stritten, gebe es Ärger, wenn sie exzellente Beziehungen miteinander hätten – wie es derzeit der Fall sei –, spreche man von deutsch-französischer Vorherrschaft. Endlich hätten die Sowjets etwas sehr Entscheidendes begriffen, nämlich, daß es kein Zurück mehr gebe, wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit einen gewissen Punkt erreicht haben werde. Natürlich hätten die Sowjets nach wie vor die Hoffnung, die Deutschen aus Europa herauszulösen. Dieser Prozeß spiele sich auf vielen Gebieten ab. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die österreichische Diskussion über den Begriff „Mitteleuropa“,

¹³ Der Parteitag der Parti Communiste Français fand vom 2. bis 6. Dezember 1987 in Saint-Ouen statt.

¹⁴ Staatspräsident Mitterrand führte am 3. Dezember 1987 in Paris ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow.

¹⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹⁶ Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

¹⁷ Am 11. Dezember 1987 fand in Ost-Berlin ein Treffen führender Repräsentanten der Warschauer-Pakt-Staaten statt, bei dem der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, über die Ergebnisse seines Besuchs vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA informierte. Vgl. dazu den Artikel „Treffen der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin“; NEUES DEUTSCHLAND vom 12. Dezember 1987, S. 1.

der sich eindeutig gegen die Integration Deutschlands in Westeuropa richte.¹⁸ Hiergegen gebe es nur ein Mittel, nämlich die deutsch-französische und darüber hinaus die europäische Bindung.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, er habe mit großem Interesse die Haushaltsrede des Bundeskanzlers gelesen, in der er sich für eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, aber auch bei Wirtschaft und Währung, ausspreche.¹⁹ Er stelle fest, daß wir insbesondere in der Währungsfrage nunmehr einen konstruktiven Standpunkt einnähmen. Dies sei ein wichtiger Wandel.

Der *Bundeskanzler* erwidert, man müsse viele kleine Schritte tun, um voranzukommen. Er fragt Staatspräsident Mitterrand sodann, welchen Eindruck er von der Persönlichkeit Ligatschows gehabt habe.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, Ligatschow trete auf wie ein Mann von der „Basis“, dem man den ehemaligen Arbeiter ansehe. Seine Sprache sei ohne jede Originalität; aber in der Sache habe er nicht den Eindruck gehabt, daß es zwischen Ligatschow und Gorbatschow Meinungsunterschiede gebe. Es sehe nicht so aus, als ob Ligatschow ein Rivale Gorbatschows oder gar der Aufpasser des Apparates für Gorbatschow sein sollte. Ligatschow sei eher der zweite Mann für Gorbatschow.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe über diese Fragen mit Honecker²⁰, aber auch mit Schiwkow²¹ und dem ungarischen Ministerpräsidenten Grósz²² gesprochen. Von Honecker habe er nicht viel erfahren, aber Schiwkow und Grósz – und auch Kádár – hätten ihm versichert, daß Ligatschow in der Tat kein Rivale Gorbatschows sei, sondern diesen unterstützen. Ligatschow sei mehr der Typ eines Beamten, der im übrigen nicht viel vom Westen wisse. Allerdings sei er auch darauf bedacht, nicht mit Gorbatschow unterzugehen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

¹⁸ Zur Diskussion um den Begriff „Mitteleuropa“ vgl. Dok. 95.

¹⁹ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 24. November 1987 in der Haushaltsdebatte des Bundestags vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 41. Sitzung, S. 2720–2729.

²⁰ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

²¹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 2. Juni 1987 vgl. Dok. 158.

²² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

357

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom

203-321.11 ITA

7. Dezember 1987¹

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch BM mit AM Andreotti am 7.12.1987 in Rom²

1) BM ist am 7. Dezember 1987 in Rom zu zweistündigem außenpolitischen Meinungsaustausch mit AM Andreotti zusammengetroffen. Auf italienischer Seite nahmen außerdem teil: Prof. La Pergola, Europaminister; Frau Agnelli, Staatssekretärin im Außenministerium; Botschafter Cavalchini, Kabinettschef des AM; Politischer Direktor Perlot im AM; Botschafter Fontana Giusti, diplomatischer Berater des Ministerpräsidenten; auf deutscher Seite: Botschafter Ruth, MDg Jansen, MDg Fiedler und RL 203³ als Note-taker.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen EG-Fragen nach dem Gipfel in Kopenhagen⁴, die Vorbereitung des deutsch-italienischen Treffens der Regierungschefs und AM im Februar 1988 in Taormina⁵, Irak/Iran, die Vorbereitung der NATO-Außenministerkonferenz in Brüssel⁶ sowie WEU und Abrüstungsfragen.

2) Im einzelnen: EG-Fragen

BM wies eingangs darauf hin, daß er dem Zusammentreffen mit seinem italienischen Kollegen nach dem Scheitern des ER in Kopenhagen und mit Blick auf den kommenden Gipfel in Brüssel⁷ besondere Bedeutung beimesse. Er habe bereits am Vortage im Auswärtigen Amt mit Frau StM Adam-Schwaetzer, dem zuständigen Staatssekretär⁸ und den leitenden Herren für europapolitische Fragen einen intensiven Gedankenaustausch über das weitere Vorgehen gehabt. Man werde beim nächsten Ministerrat⁹ einen Vorschlag für die Organisation unserer Arbeit während der deutschen EG-Präsidentschaft¹⁰ und für den nächsten Sondergipfel in Brüssel vorlegen. In diesem Zusammenhang interessiere ihn beson-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 8. Dezember 1987 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro „mit der Bitte um Billigung durch BM“ geleitet.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 16. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 203 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte Vermerk so verteilen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206 (203), Bd. 140532.

² Bundesminister Genscher hielt sich auf dem Weg nach Ägypten, das er am 7./8. Dezember 1987 besuchte, am 7. Dezember 1987 in Italien auf. Dort führte er ein Gespräch mit Papst Johannes Paul II. im Vatikan und eröffnete gemeinsam mit dem italienischen Außenminister Andreotti das umgebaute Goethe-Institut in Rom.

³ Karl-Heinz Kuhna.

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

⁵ Bundesminister Genscher und Staatsminister Stavenhagen, Bundeskanzleramt, führten am 9. Februar 1988 Gespräche mit Ministerpräsident Gorla und dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom. Vgl. dazu AAPD 1988.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

⁷ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 11./12. Februar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

⁸ Hans Werner Lautenschlager.

⁹ Die EG-Ministerratstagung fand am 14. Dezember 1987 in Brüssel statt.

¹⁰ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

ders das Urteil von AM Andreotti über die Gespräche in Kopenhagen und die italienischen Erwartungen an den kommenden Gipfel in Brüssel. Er sei überzeugt, man könne in Brüssel ein Ergebnis erreichen. In Kopenhagen habe man eigentlich dort anfangen müssen, wo man am Freitag¹¹ mit den Diskussionen aufgehört habe. Die Zeit sei allen unter den Händen weggelaufen.

AM erwiderte, er sei selbst darüber erstaunt gewesen, daß die dänische Präsidentschaft¹² eine so lange Diskussion zugelassen habe, ohne zu Schlußfolgerungen für die praktische Weiterarbeit zu gelangen. Die Vertagung der Diskussion auf den nächsten Tag, ohne die Probleme in den Griff bekommen zu haben, sei unnötig gewesen. Im übrigen halte er die Einschätzung von BM, man könne bei dem Gipfel im Februar zu einer Einigung gelangen, für realistisch.

Bei den schwierigen Fragen der Landwirtschaftspolitik stünden nunmehr die Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen sowie die Frage der direkten Hilfen im Vordergrund. I sei skeptisch, ob der Begriff der Schwellenproblematik bei letzteren ein geeignetes Kontrollinstrument bilden könne. Immerhin sei es in der Vergangenheit gelungen, die für die Mittelmeerstrukturpolitik aufzuwendenden Beträge von 1,8 Mrd. ECU auf 370 Mio. zu verringern. Andernfalls wäre man in ein bodenloses Finanzloch gefallen.

Zum Strukturfonds¹³ habe die EGK Vorschläge unterbreitet, nach denen weite Regionen Frankreichs und Italiens nicht mehr gefördert werden könnten.¹⁴ I könne sich dem Vorschlag von F jedoch nicht anschließen, nur noch die ärmsten EG-MS zu berücksichtigen. Dies würde sonst den Wegfall der Förderung für I insgesamt bedeuten. Man würde sich dann genötigt sehen, umgekehrt den Wegfall jeglicher Strukturhilfen für die französischen Überseegebiete zu beantragen. Insofern biete der Vorschlag des BM, eine Verdoppelung des Strukturfonds bei gleichzeitiger Konzentration der Hilfe auf neue Mitgliedstaaten sowie I und GR ggfs. einen guten Kompromiß.

BM betonte, sowohl BK als auch er hätten in Kopenhagen nur von „betroffenen Ländern“ gesprochen. Ihm sei bewußt, daß I nur zustimmen könne, wenn es bis zu einem gewissen Grad an dem Strukturfonds beteiligt bleibe. Er sehe das Problem Italiens und werde sich bemühen, daß es bei dem Vorschlag der EGK berücksichtigt werde. Wie das geschehen solle, müsse im engsten Kreis vertraulich besprochen werden.

AM betonte, I sei durchaus aufgeschlossen gegenüber den Überlegungen, eine vierte Ressource¹⁵ zu erschließen, um den EG-Haushalt zu erhöhen. Man müsse jedoch von dem System der Rückerstattungen loskommen. I werde einen Vorschlag unterbreiten, wie man dieses Dilemma lösen könne. Dies sollte möglichst bis 1989, spätestens aber bis zur Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes 1992¹⁶ gelöst sein. Hauptproblem blieben die Rückerstattungen an

¹¹ 4. Dezember 1987.

¹² Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

¹³ Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

¹⁴ Für die Vorschläge der EG-Kommission vom 5. Dezember 1987 (SN/4036/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

¹⁵ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

¹⁶ Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDES-GESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

GB.¹⁷ Hier müßten sich entweder alle beteiligen oder niemand. Wenn EG tatsächlich einen Schaden durch die Gemeinsame Agrarpolitik erleide und diesen nachweisen könne, dann müßten auch alle übrigen EG-MS zahlen. I werde die deutsche Präsidentschaft bei einem Lösungsversuch jedenfalls voll unterstützen.

BM dankte für diese klare Äußerung des italienischen AM. Er sei überzeugt, noch in Kopenhagen hätte man sich damit begnügen können, eine Vertagung dieses Problems bis 1988 zu erreichen. Für den neuen Gipfel in Brüssel wachse nunmehr der Druck, eine Gesamtlösung des Problems bis zum Jahre 1992 zu finden. Aus deutscher Sicht sei es vorzuziehen, an die Überlegungen über die Erschließung einer vierten Quelle anzuknüpfen. Dies sei besser als das Differenzierungssystem der EGK. Man müsse nunmehr zunächst die verschiedenen Modelle durchrechnen. Dabei sei auch eine Reihe von Zwischenlösungen denkbar. Schwieriger sei die Frage der Rückerstattungen an GB. Hierfür gebe es eigentlich keinen Anlaß. Allerdings wollten wir nicht im Wege stehen, wenn andere MS ihr helfen wollten. Leider hätten sich bereits zu viele Regierungen hierzu bereit erklärt. Finanziell werde dies allerdings ganz beträchtliche Auswirkungen haben: Sofern man keinen Finanzausgleich an GB zahlen wolle, belaufe sich das Haushaltsdefizit der Gemeinschaft lediglich auf 600 Mio. ECU. Wenn man allerdings den Vorstellungen von Frau Thatcher Rechnung tragen wolle, werde der Differenzbetrag auf 4 Mrd. ECU ansteigen. Keine deutsche Regierung könne dies mitmachen, da wir dann de facto als einziger Nettozahler übrigblieben. Frau Thatcher sage zwar, GB bleibe auch in diesem Falle noch der zweitgrößte Nettozahler. Hier müsse man jedoch die unterschiedlichen Relationen sehen: Auch bei einem Brandschaden mache es einen erheblichen Unterschied, ob einem Geschädigten das ganze Haus abbrenne, während der Nachbar nur seine Garage verliere. Man brauche jetzt vernünftige Vorschläge zur Gestaltung der vierten Ressource. Hierzu werde D mit I Kontakt aufnehmen.

3) Gemeinsames Auftreten von D und I bei Genfer Abrüstungskonferenz¹⁸

AM kam auf bereits früher gemachten Vorschlag von BM zurück, beide Außenminister sollten in Genf gemeinsam auftreten, um der Abrüstungskonferenz über CW-Waffen neue Impulse zu geben.¹⁹ Er halte dies für eine nützliche Anregung und schlage vor, gemeinsam nach Genf zu fahren.

BM stimmte zu. Er habe hierfür ursprünglich einen Termin für den 2. Februar 1988 vorgesehen. Da dieses Datum jedoch mit dem gemeinsamen AM-Konklave am 1. und 2. Februar 1988 kollidieren könnte, solle man versuchen, für ein gemeinsames Auftreten in Genf Donnerstag, den 4. Februar 1988, einzuplanen. Falls italienische Seite diesem Datum zustimmen könne, sollten die Abrüstungsbeauftragten beider Seiten die Reden aufeinander abstimmen.²⁰

AM stimmte zu.

¹⁷ Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

¹⁸ Zur Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 233.

¹⁹ Im Gespräch mit dem italienischen Außenminister Andreotti am 28. September 1987 schlug Bundesminister Genscher ein gemeinsames Auftreten mit seinem Kollegen vor dem Plenum der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vor. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 140531. Für das deutsch-italienische Regierungsgespräch am selben Tag vgl. Dok. 271.

²⁰ Ministerialdirigent von Ploetz und der stellvertretende Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Negrotto, führten am 15./16. Dezember 1987 sicherheitspolitische Gespräche in Rom. In

4) Vorbereitung der deutsch-italienischen Regierungskonsultationen am 9./10. Februar in Taormina

AM wies darauf hin, daß Mitarbeiter beider Seiten bereits an einem Entwurf für eine gemeinsame deutsch-italienische Erklärung anlässlich des bilateralen Gipfels arbeiteten. Er halte es für nützlich, wenn die Abstimmung fortgesetzt werde, damit die Erklärung bei dem nächsten Gipfel verabschiedet werden könne. I sei weiterhin stark an dem Zustandekommen des Gipfels zu dem festgesetzten Termin (9./10.2.88) in Taormina interessiert.

BM machte darauf aufmerksam, daß sowohl der deutsch-italienische als auch der deutsch-britische Gipfel²¹ kurz vor dem ER in Brüssel stattfinden würden. Er werde am Mittwoch (9.12.) mit BK besprechen, ob es vernünftig sei, angesichts der umfangreichen und schwierigen Vorbereitungen für den ER an dem Termin für bilaterale Gipfelkonsultationen festzuhalten. Möglicherweise werde man die Zeit brauchen, um Einzelgespräche in den europäischen Hauptstädten zur Vorbereitung des ER zu führen. Hierüber werde er die italienische Seite in Kürze unterrichten. Im übrigen halte auch er die Durchführung des deutsch-italienischen Gipfels zu einem möglichst frühen Zeitpunkt für wichtig.

Fortsetzung des Gesprächs während des Mittagessens.

5) Konflikt Irak/Iran

Beide Minister äußerten sich besorgt darüber, daß die Zeit für die Implementierung der SR-Resolution 598²² (Vermittlungsaktion des VN-GS) nunmehr knapp werde. Sofern der Iran seine angekündigte Winteroffensive verwirkliche, sei eine Lösung weiter entfernt denn je. Man dürfe Iran keine Chance geben, den Konflikt im Golf auszuweiten.

BM bat sodann MDg Fiedler, über seine jüngste Reise nach Teheran zu berichten.²³

Dg 31 berichtete, er habe in Teheran den Eindruck gewonnen, niemand glaube an eine größere Offensive. Kleine oder mittlere Aktionen des Iran seien dagegen nicht unwahrscheinlich, um militärische Schwachstellen beim Irak herauszufinden, in die man dann nachstoßen könne. Der Iran habe auf der Linie des Briefes vom 30.10. an den VN-GS²⁴ argumentiert. AM Velayati²⁵ habe bei seinem Besuch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1814

deren Zentrum standen „die Lage im Bündnis nach Abschluß des INF-Abkommens und der NATO-Ministerkonferenz (Schwerpunkt: Strategiefragen; Ziffern 7 und 8 der Reykjavik-Erklärung) sowie WEU und deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit“. Vgl. die Aufzeichnung von Ploetz vom 22. Dezember 1987; VS-Bd. 12092 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 4. Februar 1988 vor der Genfer Abrüstungskonferenz vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

²¹ Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher führten am 2. Februar 1988 Gespräche in London. Vgl. dazu AAPD 1988.

²² Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

²³ Ministerialdirigent Fiedler hielt sich vom 27. bis 30. November 1987 im Iran. In Teheran traf er u. a. mit dem iranischen Außenminister Velayati zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2015 des Botschaftsrats I. Klasse Trömel, Teheran, vom 30. November 1987, sowie die Aufzeichnung von Fiedler vom 2. Dezember 1987; Referat 230, Bd. 158100.

²⁴ Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 22.

Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 30. Oktober 1987: „Nachdem die irakische Antwort auf die detaillierte ‚Ausarbeitung‘ des VN-GS vom 15.10. bereits seit 28.10. in der

in New York²⁶ den Eindruck einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit vermittelt. Der Iran spiele vermutlich weiter auf Zeit. Nunmehr stehe der Besuch des stellvertretenden Außenministers Larijani²⁷ in New York bevor²⁸. SR werde über das weitere Vorgehen zu entscheiden haben. Die Marge der Optionen sei sehr gering geworden.

AM bestätigte, er habe den Eindruck, daß Iran sich in jüngster Zeit eher rückwärts bewege. Dies sei auch bei dem Besuch von AM Velayati²⁹ in Rom deutlich geworden.³⁰ Die iranischen Forderungen seien inzwischen immer höher geschraubt worden. Umgekehrt fühle sich der Irak von allen geschützt. Irak halte weiter daran fest, man müsse erst das Feuer einstellen, um dann die weiteren Fragen einschließlich Kriegsschuld zu besprechen. Nach italienischer Auffassung müsse der VN-GS nunmehr auf Gleichzeitigkeit des Verfahrens bestehen. Im Grunde könne die vorgesehene Waffenstillstandskommission rasch über die Frage der Kriegsschuld entscheiden, da der Krieg faktisch vom Irak begonnen worden sei. Man müsse hier einen Kompromißtext aushandeln, der die Einstellung der Kampfhandlungen gewährleiste, gleichzeitig aber auch die Aktivierung der Waffenstillstandskommission zum Inhalt habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1815

irakischen Mission vorliegt, ist heute (30.10.) auch die Antwort Teherans in der iranischen Mission eingetroffen.“ Wegen der Abwesenheit des VN-Generalsekretärs würden beide Konfliktparteien das Schreiben aber erst nach dessen Rückkehr am 2. November 1987 überreichen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2740; Referat 230, Bd. 158099.

Am 3. November 1987 übermittelte York das Schreiben des iranischen Außenministers Velayati vom 30. Oktober 1987. Dazu teilte er mit: „Text wurde uns von iranischer Mission mit der Bitte um absolute Vertraulichkeit übergeben. Vertretung bittet dringend, Kenntnis des Textes nicht nach außen zu offenbaren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2789; Referat 230, Bd. 158099.

Legationsrat I. Klasse Linder resümierte am 4. November 1987, Pérez de Cuéllar habe sich am 2. November 1987 „vom Inhalt der Briefe – insbesondere des irakischen – enttäuscht“ gezeigt: „Iran hat sich zum Parallelansatz – gleichzeitiger Beginn des Waffenstillstandes und Einsetzung des Kriegsschuldprüfungsgremiums – nicht klar geäußert. Zum Truppenrückzugsplan wurde ein komplexer Bedingungszusammenhang dargelegt. Irak ist mit seiner Stellungnahme hinter bisherige Positionen zurückgefallen, der Brief bedeutet einen Rückschritt. Irak beharrt nun vor der Diskussion über weitere operative Elemente der Resolution auf Truppenrückzug als erstem Schritt. Außerdem soll der Rückzug zehn Tage nach Beginn des Implementierungsprozesses (D-Day) abgeschlossen sein. Irak hat auch die Bestimmung in dem Implementierungsplan des VN-GS vom 16.9. abgelehnt, wonach diesem im Falle der Nichteinigung über einzelne Punkte ein Entscheidungsrecht zukommt.“ Vgl. Referat 230, Bd. 158099.

²⁵ Korrigiert aus: „Larijani“.

²⁶ Der iranische Außenminister Velayati begleitete Präsident Khamenei bei dessen Reise zur VN-Generalversammlung.

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Khamenei und Velayati am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 267.

²⁷ Korrigiert aus: „Velayati“.

²⁸ Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani führte vom 2. bis 4. Dezember 1987 Gespräche in New York. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 3. Dezember 1987, der Persönliche Referent des VN-Generalsekretärs, Picco, habe vertraulich mitgeteilt, die Gespräche Larijanis mit Pérez de Cuéllar seien enttäuschend verlaufen: „Zwar sei Larijani nicht grundsätzlich hinter die bisherigen Teheraner Zusagen zurückgegangen, allerdings habe er bei den kritischen Punkten, bei denen Iran bisher in den Gesprächen mit VN-GS konstruktive ‚Ambiguität‘ zeigte, Präzisierungen gegeben, die keine positive Auslegung mehr zuließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3372; Referat 230, Bd. 158100.

²⁹ Korrigiert aus: „Larijani“.

³⁰ Der italienische Außenminister Andreotti und der iranische Außenminister Velayati führten am 2. Juli 1987 Gespräche in Rom.

BM ergänzte, die Erklärung der Arabischen Liga auf dem Gipfel in Amman³¹ und die jüngsten Äußerungen von Gromyko³² wiesen in dieselbe Richtung. Namentlich Gromyko habe auf den Iran Druck ausüben wollen, schon um den Eindruck zu vermeiden, die SU habe sich etwa vor dem Treffen Reagan–Gorbatschow in Washington³³ nicht weit genug im Golf-Konflikt bewegt.

AM hierzu abschließend: Sofern es zu einem weiteren Vorschlag des VN-GS in dieser Frage kommen sollte, werde die SU aller Voraussicht nach kein Veto im SR hiergegen einlegen.

6) NATO-AM-Konferenz in Brüssel

BM wies darauf hin, alles hänge jetzt von dem Ergebnis der Gespräche in Washington ab. Wir wollten zunächst die Haltung der Partner zum Ergebnis und zum weiteren *Procedere* hören. Jedenfalls werde die Abrüstungsfrage nicht durch das INF-Abkommen erledigt. Der nächste Schritt sei es, bei der Abrüstungskonferenz in Genf Fortschritte zu erzielen. Vor allem müsse nunmehr auch zu konventionellen Fragen etwas gesagt werden. Dies sei das große Problem. Dies müsse auch der Osten erkennen und sich zu asymmetrischen Abrüstungsverhandlungen bereit erklären. Leider fehle es im Westen noch an einer einheitlichen Linie. Er habe noch heute morgen in einem Radio-Interview gesagt, man müsse Gorbatschow beim Wort nehmen, aber er müsse den Worten dann auch Taten folgen lassen.³⁴

Im übrigen sei ihm die Unbeweglichkeit des Westens gegenüber der Möglichkeit eines Abbaus von Raketen kürzerer Reichweite unverständlich. In Reykjavik³⁵ habe man sich auf gleiche Obergrenzen verständigt. Er verstehe nicht die Angst vor einer totalen Null-Lösung, auch nicht die westlichen Klagen, daß man über weniger Raketen verfüge als der Osten. Gleichwohl müsse man deutlich sehen, daß der Verbleib von 650 sowjetischen Scud-Raketen in Mitteleuropa weiter ein

³¹ Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

³² Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 8. Dezember 1987: „Vorsitzender] des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko, empfing, für Moskauer Verhältnisse ungewöhnlich, am 4.12.1987 hiesigen iran[ischen] Botschafter Heirani Nobari, der eine Botschaft der iranischen Führung überbrachte.“ Gromyko habe die iranische Haltung kritisiert und auf „einer sofortigen Implementierung der VN-SR-Res[olution] 598“ bestanden: „Falls dies nicht geschehe, könnte Frage weiterer Schritte, die eine Implementierung sicherstellen, auf die TO gesetzt werden.“ Meyer-Landrut folgerte: „War die SU lange bemüht, einer Belastung der mühsam aufgebauten Dialogbeziehung zu Iran durch eine zu eindeutige Stellungnahme zu einer Sanktionsresolution aus dem Weg zu gehen [...], so wird die Lage jetzt offenbar anders eingeschätzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3908; Referat 230, Bd. 158100.

³³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

³⁴ In einem Interview mit dem Deutschlandfunk betonte Bundesminister Genscher die Rolle der Bundesregierung beim Zustandekommen und der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, der die doppelte Null-Lösung im bevorstehenden INF-Abkommen ermöglicht habe. Dies sei allerdings nur der Auftakt zu weiteren Abrüstungsschritten: „Wir sind jetzt dabei, in der NATO unsere Vorstellungen von der konventionellen Abrüstung einzuführen, und hier gibt es eine östliche Überlegenheit, was der Osten auch gar nicht bestreitet; nachdem Gorbatschow seinen Worten Taten folgen ließ bei den Mittelstreckenraketen, glaube ich, daß wir Anlaß zu der Annahme haben, daß das auch geschehen wird bei der konventionellen Abrüstung. Wir bemühen uns darum, daß die Verhandlungen über chemische Waffen im kommenden Jahr abgeschlossen werden können, und zwar über das weltweite Verbot der chemischen Waffen, und wir bereiten Verhandlungen vor auch für gleiche Obergrenzen bei den Raketen kürzerer Reichweite.“ Vgl. die Pressemitteilung Nr. 1234/87 vom 7. Dezember 1987; Referat 013, Bd. 179068.

³⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

Störfaktor bleibe, der eine Bedrohung für nahezu die Hälfte aller Bündnispartner darstelle. Hier müßten wir gemeinsam auf weitere Abrüstungsfortschritte drängen. Es dürfe keine Abrüstungspause eintreten. Darüber hinaus strebten wir eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses allgemein an.

In dem Plattform-Papier der WEU³⁶ seien gute Formulierungen zur Entspannung enthalten. Leider müßten diese Formulierungen nunmehr in der NATO völlig neu diskutiert werden. Dies sei nicht logisch. Bei dem NATO-AM-Treffen müßten wir daher deutlich machen, daß eine sehr politische Erklärung benötigt werde, nicht nur eine Beifallskundgebung für das Ergebnis der Gespräche in Washington.

AM erwiderte, er habe den Eindruck, daß bei den letzten NATO-Ratstagungen Grundgedanken der Plattform bereits eine arbeitsfähige Grundlage gebildet hätten. US-AM Shultz habe von einer Parallelität des Vorgehens bei konventionellen und strategischen Waffen gesprochen, auch bei Raketen kürzerer Reichweite.

Er persönlich glaube, daß der Gedanke eines parallelen Vorgehens neue Geltung habe. Namentlich mit Blick auf die konventionellen Kräfte müsse der Westen den politischen Willen bekunden, ein Gleichgewicht der Rüstung auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen. Dies sei der Grundgedanke der Plattform. Das Treffen der NATO-AM am kommenden Freitag³⁷ solle den Eindruck vermitteln, daß man mit dem bisher Erreichten zwar zufrieden sei, gleichwohl aber weitere Fortschritte erreichen müsse.

Nach dem Abbau von Nuklearwaffen in Teilbereichen komme es nunmehr auch auf das konventionelle Gleichgewicht an. Hier brauche man vernünftige Vorschläge. Ein entsprechender Beschluß sollte nicht zu schwierig zu erreichen sein. Er wisse zwar, daß beide europäische Nuklearmächte, F und GB, mit den bisher erreichten nuklearen Abrüstungsvereinbarungen nicht sehr zufrieden seien. Frau Thatcher werde aber möglicherweise nach ihrem Sondertreffen mit Gorbatschow versöhnlicher gestimmt sein.³⁸ Das Hauptproblem bleibe F.

BM ergänzte, der Abbau der strategischen Waffen sei für uns entscheidend. Diejenigen Staaten, die bisher noch keine derartigen Waffensysteme besessen hätten, dürften durch den Gang der Verhandlungen auf keinen Fall ermuntert werden, solche nunmehr anzuschaffen.

Botschafter Ruth betonte, aus seiner langjährigen Kenntnis des Abrüstungsgeschäfts³⁹ erschienen ihm zwei Ergebnisse wichtig:

- Die USA müßten auch konventionell in Europa präsent bleiben.
- Die Europäer müßten in Fragen der nuklearen Abrüstung ein Mitspracherecht behalten.

Der gegenwärtige Vertrag sei aus unserer Sicht zu begrüßen. Das Treffen Reagan/Gorbatschow werde zu einem spektakulären Vertrag über den Abbau strategischer Waffen führen. Dadurch sei die Aufmerksamkeit auf die bilaterale nukleare Abrüstung gelenkt worden. Dadurch werde allerdings auch die Gefahr begründet,

³⁶ Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

³⁷ 11. Dezember 1987.

³⁸ Zum Treffen der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1987 in Brize Norton vgl. Dok. 359.

³⁹ Friedrich Ruth war von 1977 bis 1986 Abrüstungsbeauftragter der Bundesregierung.

daß Abrüstungsgespräche künftig nur noch bilateral zwischen den Supermächten geführt werden. Um dies zu verhindern, müßten wir uns aktiv an den CW-Abrüstungsgesprächen in Genf⁴⁰ beteiligen, an denen Europa ein fundamentales Interesse habe.

AM stimmte dieser Auffassung zu. Dabei dürfe nie der Eindruck vermittelt werden, als ob die Europäer im Gegensatz zu den USA stünden. Insofern komme der KSZE besondere Bedeutung zu, da Kanada und USA hierbei als Mitglieder der europäischen Interessengemeinschaft festgeschrieben worden seien. Vor allem sei es wichtig, sich nicht nur auf das Urteil der eigenen militärischen Fachleute zu verlassen, die oft eine übertriebene Sicherheitstendenz verfolgten.

BM hierzu: Er halte gerade auf diesem Gebiet den Primat der Politik für wesentlich. Dazu gehöre, daß die Generale die Sicherheit gewährleisteten. Die politischen Erklärungen allerdings müßten von den Politikern abgegeben werden. Hierzu fühle er sich besonders der Jugend gegenüber verpflichtet, der man klarmachen müßte, warum sie ihre Wehrpflicht zu leisten habe. Er hoffe, daß es in Washington gelingen werde, darzutun, daß der INF-Vertrag⁴¹ eine ursprüngliche Idee des Westens war, nicht von Gorbatschow.

AM pflichtete dieser Auffassung bei. Die Richtigkeit des NATO-Doppelbeschlusses⁴² habe sich jetzt bestätigt.

Zum Thema der konventionellen Abrüstung wolle er noch anmerken, bei den Wiener Gesprächen⁴³ sei nach seinem Eindruck bisher nur Konversation betrieben worden. Namentlich die USA hätten noch viel dazuzulernen. Hier wie auch bei den Nahost-Gesprächen erweise es sich als Nachteil, daß die politischen Führungskräfte in den USA zu schnell ausgewechselt wurden. Dies sei ein Strukturfehler, den sich eine Weltmacht wie die USA im Grunde nicht erlauben könne.

Referat 206 (203), Bd. 140532

⁴⁰ Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

⁴¹ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

⁴² Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

⁴³ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

358

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3683
Citissime

Aufgabe: 7. Dezember 1987, 15.55 Uhr¹
Ankunft: 7. Dezember 1987, 16.23 Uhr

Betr.: ER 4./5.12.1987 in Kopenhagen²;
 hier: Ergebnis im Überblick

Zur Unterrichtung

- 1) ER verabschiedete drei Erklärungen zu
 - Ost-West-Beziehungen,
 - Naher und Mittlerer Osten sowie
 - Afghanistan.³
- 2) Zum inhaltlichen Schwerpunktthema – Delors-Paket⁴ – war noch keine endgültige Entscheidung über die Grundsatzfragen möglich. Hier konnte sich der ER nur auf die folgenden vier Prinzipien einigen:
 - Die Strukturfonds⁵ werden deutlich erhöht und konzentriert,
 - es wird eine vierten Einnahmequelle⁶ geschaffen,
 - es werden Stabilisatoren in die GAP eingeführt,
 - der Grundsatz der HH-Disziplin⁷ wird bestätigt.

Der ER hat sich deshalb auf den 11./12. Februar 1988 in Brüssel vertagt.⁸

3) Vertagung wurde notwendig, weil der von der Präsidentschaft⁹ am Morgen des zweiten Verhandlungstages vorgelegte Globalkompromiß¹⁰ nicht die Voraussetzungen eines ausgewogenen, für alle zwölf MS annehmbaren Kompromißpakets erfüllte. Das Präsidentschaftspapier basierte weitgehend auf KOM-Vorschlägen und begünstigte GB mit seinen Forderungen zur Agrarpolitik und beim GB-Ausgleich¹¹.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Hennig, Brüssel (EG), konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Richter am 7. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schilling verfügte.

Hat Schilling am 8. Dezember 1987 vorgelegen.

² Zum Verlauf der Tagung des Europäischen Rats vgl. ferner die Aufzeichnung des Botschaftsrats Hennig, Brüssel (EG), vom 4./5. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168707.

³ Für den Wortlaut der Erklärungen des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen zu den Ost-West-Beziehungen, zum Nahen und Mittleren Osten sowie zu Afghanistan vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 143 f.

⁴ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

⁵ Zur Reform der EG-Strukturfonds und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 346, Anm. 5.

⁶ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission, das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten als Teil der Bemessungsgrundlage einer neuen vierten Einnahmeart einzuführen, vgl. Dok. 313, Anm. 8.

⁷ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission zur Haushaltsdisziplin vgl. Dok. 315, Anm. 24.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. AAPD 1988.

⁹ Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

¹⁰ Vgl. dazu das Papier „Aufzeichnung des Vorsitzes“ der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember 1987 (SN/3919/2/87); Referat 410, Bd. 141612.

¹¹ Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 313.

3.1) Die Agrar-Leitlinie enthielt nicht die aus unserer Sicht notwendige jährliche Steigerung bis zur vollen Höhe des BSP-Wachstums, was eine Herabstufung der Landwirtschaft gegenüber anderen Gemeinschaftspolitiken bedeutet hätte. Auch die Garantieschwelle bei Getreide von 158 Mio. t lag unter dem für uns und F akzeptablen Niveau von mindestens 160 Mio. t. Kompromißvorschlag kam darüber hinaus unserem Ansatz einer gezielten EG-weiten Mengenrückführung (set aside) nur unzureichend entgegen.

3.2) Bei der Berichtigung der Ungleichgewichte (GB-Ausgleich) sah der Präsidentschaftskompromiß faktisch eine Perpetuierung von Fontainebleau¹² vor. Dies war für eine ganze Reihe von Delegationen nicht akzeptabel.

3.3) Bei den Strukturfonds hätte das Präsidentschaftspapier bis 1992 zu einer Erhöhung von 11,4 Mrd. ECU real (d. h. mehr als die von uns genannten 50 v. H. nominal) und zu realer Verdopplung bis 1995 geführt. Für die südlichen MS war selbst diese Erhöhung nicht ausreichend.

3.4) Die vorgeschlagene Ausgestaltung der vierten Einnahmequelle als Differenz zwischen dem BSP und 1,4 v. H. MwSt.-Bemessungsgrundlage mit Degressivität auf 1,0 v. H. bis 1992 lehnte I kategorisch ab.

4) Wir bedauern, daß ein Kompromiß auf dieser Grundlage nicht möglich war. Die D-Seite war bereit, ihren Beitrag zur Verabschiedung des Delors-Pakets zu leisten. Davon zeugt die vom BK angedeutete Bereitschaft, bei den Eigenmitteln der Gemeinschaft für 1992 bis 1,3 v. H. des Gesamtbetrags des BSP der Gemeinschaft zu akzeptieren sowie die von uns genannte 50-prozentige nominale Steigerung der Ausgaben für die Strukturfonds. Daß die in Kopenhagen angestrebten Grundsatzentscheidungen nicht zu treffen waren, ist angesichts der Herausforderungen, vor die sich die Gemeinschaft z. Zt. gestellt sieht, bedauerlich. Kopenhagen hat gezeigt, daß die Zeit nicht zuletzt auch wegen der Komplexität der anstehenden Fragen für eine politische Lösung noch nicht reif war.

5) Es wird nun Aufgabe der D-Präsidentschaft ab 1.1.1988 sein, die Positionen insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Strukturfonds und GB-Ausgleich soweit anzunähern, daß Entscheidungen über die politisch relevanten Fragen des Delors-Pakets möglich werden. Die Einigung der Zwölf über die internen Probleme der Gemeinschaft ist auch vor dem Hintergrund externer Faktoren, namentlich der weltwirtschaftlichen Entwicklung und den Ereignissen an den Devisenmärkten und Börsen¹³, dringend geboten. Hierzu ist jedoch politischer Wille und ein Minimum an Kompromißbereitschaft aller Beteiligten vonnöten. Eine weitere substantielle Verzögerung der Reform der Gemeinschaft könnte auch zu Zeitverschiebungen für die Verwirklichung des Binnenmarktes¹⁴ führen, ein Thema, das wir zu einem Schwerpunkt unserer Präsidentschaft machen wollen.

[gez.] Ungerer

Referat 200, Bd. 134811

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

¹³ Zur Krise an den internationalen Finanzmärkten vgl. Dok. 314.

¹⁴ Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDES-GESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

359

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-7101/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1639
Citissime

Aufgabe: 8. Dezember 1987, 18.44 Uhr¹
Ankunft: 8. Dezember 1987, 19.24 Uhr

Betr.: Zwischenaufenthalt Gorbatschows in Großbritannien am 7.12.1987²

Zur Unterrichtung

1) Bei „private luncheon“ 8.12. berichtete StV GB³ mit nachdrücklicher Bitte um vertrauliche Behandlung auf Grundlage Informierung Präsident Reagans durch PM Thatcher über Zwischenaufenthalt Brize Norton:

Gorbatschow habe „lebhaften und zuversichtlichen“ Eindruck gemacht. Nichts habe auf Schwierigkeiten zu Hause hingedeutet. Er sei fest entschlossen, Reformkurs im eigenen Lande voranzubringen, und sei in eindrucksvoller Weise Perestroika und Glasnost verpflichtet. Auch im Rüstungskontrollbereich wolle er – Schritt um Schritt – echte Fortschritte. Man habe Eindruck, daß GS nicht beabsichtige, START durch D+S-Komplex⁴ zu blockieren.

2) Gespräche hätten in ausgezeichneter Atmosphäre stattgefunden. GS habe sich äußerst erfreut („highly delighted“) über INF-Vertrag⁵ geäußert. Thatcher habe im Hinblick auf Ratifizierung angeregt, bei Menschenrechtsfragen und hinsichtlich Afghanistans Entgegenkommen zu zeigen, doch sei die Reaktion darauf recht empfindlich („rather touchy“) gewesen.

Zu Afghanistan habe PM zu Truppenrückzug im nächsten Jahr geraten. GS habe gemeint, westliche Versorgung Widerstandskämpfer mit Waffen würde Lösung hinauszögern. Bei Entscheidung müßten alle Elemente („all components“) berücksichtigt werden. In Sachen Menschenrechte habe PM angeregt, voranzumachen („step up“). Sie habe vor allem für stärkere jüdische Auswanderung, Familienzusammenführung und Änderung „repressiver Gesetze“ plädiert. GS habe „stachelig“ („prickly“) reagiert. Man werde das tun, was man für richtig halte.

Hinsichtlich START habe sich Gorbatschow optimistisch gegeben. PM habe zu „glaubwürdigen“ Vorschlägen vor allem bei Verifizierung mobiler Systeme geraten, worauf GS sich zuversichtlich geäußert habe, daß Problematik lösbar sei.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schnepfen am 9. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „213 mit der Bitte um Übernahme zuständigkeitshalber. 205 hat Ablichtung.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 9. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Libal „z[ur] g[efälligen] K[enn]ntnisnahme“ und an Legationsrat I. Klasse Brett verfügte.

Hat Libal und Brett am 9. Dezember 1987 vorgelegen.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, war auf dem Weg in die USA, die er vom 7. bis 10. Dezember 1987 besuchte. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

³ Michael Alexander.

⁴ „Defense-and-Space“-Komplex.

⁵ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

Bei Erörterung von SDI habe Gorbatschow ein „linkage“ zu START nicht erwähnt. Thatcher habe es als erforderlich bezeichnet, daß beide Seiten während gewisser Anzahl von Jahren ABM-Vertrag einhalten und daß beide Art und Weise einschlägiger Aktivitäten klarmachen („spell out“). Es gelte, Vorhersehbarkeit sicherzustellen. Auf Frage Gorbatschows nach Verifizierung habe sie ausgeführt, eine solche sei bei Forschung nicht möglich. Notwendig sei Zusage, sich an ABM-Vertrag zu halten, nicht zu dislozieren und sich über Absichten gegenseitig zu unterrichten.

Zur Notwendigkeit von Kernwaffen im allgemeinen habe Thatcher erneut unterstrichen, daß diesen weiterhin wichtige Rolle zukomme und daß britische Systeme zunächst von Verhandlungen ausgeschlossen sein müßten; man benötige ein absolutes („irreducible“) Minimum für Abschreckung.

Gorbatschow habe auf hohe Priorität von KRK hingewiesen. Es sei damit zu rechnen, daß er diesen Punkt in Washington vorantreiben werde. Er habe bemerkt, Westen sei bisher hier wie Katze um heißen Brei herumgeschlichen. Auch bei CW werde GS drängen. Er habe gemeint, daß britischer Enthusiasmus wohl von US gedämpft worden sei. PM habe Notwendigkeit angemessener Verifizierung unterstrichen.

3) Aus Gespräch zwischen Howe und Schewardnadse sei erwähnenswert: Letzte Hindernisse für INF-Vertrag seien erst in Nacht vor Abflug gelöst worden. Schewardnadse habe – bemerkenswerterweise – Beitrag europäischer Allierter gewürdigt. Abkommen stelle ersten Schritt auf kernwaffenfreie Welt hin dar. Bei CW habe er sich optimistisch geäußert, zu Verifikationsregime zu kommen. GB sei hier leider in letzter Zeit weniger aktiv gewesen. US und F machten SU Sorgen.

Howe habe gesagt, KRK müsse sich auf nichtnukleare Waffen konzentrieren, doch habe er eingeräumt, dies schließe nicht notwendigerweise aus, daß man „Dual-capable“-Systeme erörtere. Schewardnadse habe letzterem zugestimmt und gemeint, das könne Grundlage für Kompromiß darstellen. (StV F⁶ unterstrich insoweit, man sei strikt gegen Behandlung derartiger Systeme bei KRK, und er sei sicher, daß Äußerung Howes in Paris wenig Freude auslösen werde.)

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13475 (213)

⁶ Gabriel Robin.

360

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 5242
Citissime

Aufgabe: 8. Dezember 1987, 22.01 Uhr¹
Ankunft: 9. Dezember 1987, 04.15 Uhr

Betr.: Unterzeichnung des INF-Abkommens² durch Präsident Reagan und
 Generalsekretär Gorbatschow in Washington am 8.12.1987³

In einer halbstündigen Zeremonie im Ostraum des Weißen Hauses fand heute mittag gegen 14.00 Uhr die Unterzeichnung des Vertrages statt, den Präsident Reagan als historische Vereinbarung und Generalsekretär Gorbatschow als große Chance auf dem Weg aus der Katastrophe bezeichnete.

Erst zwölf Stunden vorher war es gelungen, die Arbeit am Vertragstext abzuschließen (in der vorliegenden Fassung 129 Seiten, davon 73 für das noch nicht veröffentlichte Datenmemorandum mit den genauen Angaben für alle erfaßten Waffen).

Zur Unterzeichnungszeremonie waren neben dem Kabinett und vielen prominenten Kongreßmitgliedern auch die Botschafter der Staaten der NATO und des Warschauer Paktes sowie einige weitere Botschafter gebeten worden. Kurzen Statements vor der Unterzeichnung folgten im Anschluß an die Zeremonie vom Fernsehen direkt übertragene Erklärungen beider Politiker aus dem offiziellen Bankettsaal des Weißen Hauses.⁴ Präsident Reagan nannte die Null-Lösung einen „entwaffnend einfachen“ Vorschlag. Er habe dennoch eine dramatische Veränderung des Denkens erfordert. Doch es sei gelungen, „diese unmögliche Vision Realität werden zu lassen“. Der Präsident ließ auch diese Gelegenheit nicht aus, trotz verbindlicher Form auf „die starken und grundsätzlichen moralischen Unterschiede hinzuweisen, die zwischen beiden Staaten stünden“. In der Fernsehansprache⁵ erinnerte er daran, daß echtes internationales Vertrauen und Sicherheit unvorstellbar seien ohne offene Gesellschaften mit dem Recht auf freie Information, Gewissensfreiheit, der Freiheit zur Veröffentlichung und zum Reisen. Der Präsident unterließ es auch nicht, noch einmal auf die erheblich größere Zahl zu vernichtender sowjetischer Waffen hinzuweisen. Während

- ¹ Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller verfügte. Hat Wagner, Mülmenstädt und Haller vorgelegen.
- ² Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Vertrags vom 8. Dezember 1987 über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug).
- ³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu auch Dok. 364 und Dok. 365. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 602–680.
- ⁴ Für den Wortlaut der Erklärungen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei der Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1455 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 16–18.
- ⁵ Für den Wortlaut der live im amerikanischen und sowjetischen Fernsehen gesendeten Ansprache des Präsidenten Reagan vom 8. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1486 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 9. Dezember 1987, S. 1–3.

Reagan in seiner Ansprache als weitere Schritte auf der Abrüstungsagenda strategische und konventionelle Waffen erwähnte, wies GS Gorbatschow noch zusätzlich auf die Notwendigkeit eines weltweiten CW-Verbotes hin. Der GS gab sich betont entschlossen und aktiv, er zitierte Ralph Waldo Emerson „the reward of a thing well done is to have done it“⁶, und fügte hinzu: „Also belohnen wir uns, indem wir uns an die Arbeit machen“. In seiner Fernsehansprache nannte Gorbatschow den Vertrag eine große Wasserscheide in den internationalen Beziehungen.⁷ Unter Berufung auf Lenin bezeichnete er eine Welt ohne Waffen und Gewalt als das Ideal seines Landes. Es gehe nicht nur um militärische, sondern auch um wirtschaftliche Sicherheit, die Völker wollten in einer demokratischen und freien Welt leben, in der jede Nation das Recht zur eigenen gesellschaftlichen Entscheidung ohne Einmischung von außen habe. Um dieses Ziel zu erreichen, brauche man schöpferischen Mut, neues Denken und eine richtige Einschätzung und Beachtung der Interessen anderer Nationen. Im Namen der sowjetischen Führung und des ganzen Volkes erkläre er, daß sein Land jetzt und in Zukunft ernsthaft und verantwortlich handeln werde, man kenne das eigene Interesse, versuche sich mit den Interessen der anderen auszugleichen und sei bereit, sich auf halbem Weg als Gleiche zu treffen. Er zeigte ausdrücklich dem „amerikanischen Partner“ Anerkennung für das Zustandekommen des Vertrages. Einige würden nun fragen, wer dabei gewonnen habe, er lehne diesen Ansatz ab, Vernunft und „common sense“ hätten gewonnen.

Unmittelbar im Anschluß an die Zeremonie befragt, ob er Gorbatschow zustimme, daß der Vertrag eine Wasserscheide darstelle, antwortete Senator Nunn: Vielleicht wird es ein Wendepunkt sein, erst die Geschichte kann das entscheiden. Sehr viel hängt von den Menschenrechten ab und sehr viel von Afghanistan. Wenn die SU Afghanistan verläßt, wenn sie ihren eigenen Bürgern mehr Menschenrechte, das Recht auf religiöse Freiheit, auf Auswanderung zubilligt, dann glaube ich, können wir wirklich zurückblicken und sagen: Hier wurde etwas Neues begonnen.

[gez.] Ruhfus

Referat 220, Bd. 144781

⁶ Vgl. Ralph Waldo EMERSON, *The Complete Works of Ralph Waldo Emerson*, Second Series: Essays, Boston/New York 1902, S. 283.

⁷ Für den Wortlaut der live im amerikanischen und sowjetischen Fernsehen gesendeten Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. Dezember 1987 vgl. GORBATSCHOW, *Reden*, Bd. 5, S. 465–468.

361

Botschafter Elsässer, Kairo, an das Auswärtige Amt

114-7115/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2166
Citissime

Aufgabe: 9. Dezember 1987, 14.45 Uhr¹
Ankunft: 9. Dezember 1987, 15.43 Uhr

Betr.: BM-Besuch Kairo 7./8.12.1987²;
hier: Gespräch BM mit Präsident Mubarak am 8.12.

1) Die 1 Std. 45 Minuten dauernde Unterredung (einschließlich Gespräch während des Mittagessens) wird im folgenden Gedächtnisprotokoll zusammengefaßt. BM hat noch nicht gebilligt.

Am Gespräch nahmen teil: BM, Mubarak, AM Meguid, Dg31³ und Botschafter Elsässer.

2) Vermerk

BM eröffnete das Gespräch, indem er Mubarak zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu neun arabischen Staaten beglückwünschte.⁴ Er würdigte die übrigen Ergebnisse des Gipfels von Amman⁵ und verwies auf die EG-Erklärung in den „Press Guide Lines“ von Kopenhagen⁶. Präsident Mubarak schilderte die gute ägyptische Vorarbeit des Gipfels, die es u. a. Syrien unmöglich gemacht habe, sich dem Beschluß entgegenzustellen, wonach es allen arabischen Staaten freigestellt wurde, ihre Beziehungen zu Ägypten wieder aufzunehmen. So habe denn auch Hafiz Assad letztlich unterschrieben.

Auf die Haltung Algeriens und Tunesiens angesprochen, meinte Mubarak, Tunesien sei ein kleines Land, Algeriens Haltung zweifellos unverständlich. Erst habe

¹ Der Bereitschaftsdienst vermerkte am 9. Dezember 1987 handschriftlich: „H[errn] Worbs, 310, von Eingang unterrichtet.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 10. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Worbs am 10. Dezember 1987 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat Stoecker teilte am 10. Dezember 1987 mit, Bundesminister Genscher habe bei seinem Aufenthalt in Ägypten ein Doppelbesteuerungs- und ein Umschuldungsabkommen unterzeichnet: „Die beiden unterzeichneten Abkommen und die kurz zuvor beschlossene Eröffnung eines Plafonds von Hermes-Bürgschaften in Höhe von etwa 300 Mio. DM stellen einen Beweis für unser Interesse an wirtschaftlicher und politischer Stabilität in Ägypten dar.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 310, Bd. 149559.

³ Heinz Fiedler.

⁴ Zur Neuregelung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga und Ägypten vgl. Dok. 322, Anm. 11.

Botschafter Elsässer, Kairo, unterrichtete am 18. November 1987: „Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen (in den letzten Tagen mit Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Marokko, Nordjemen, Saudi-Arabien, Bahrain – Katar wird morgen erwartet, Tunis und Algerien wohl erst später) wird hier nicht so interpretiert, als indossierten diese Länder nachträglich Camp David. Im hiesigen AM wird aber auch hervorgehoben, Ägypten habe keine substantiellen Abstriche an seiner Politik gegenüber Israel machen müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2022; Referat 310, Bd. 141124.

⁵ Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

⁶ Die Wörter „Press Guide Lines“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 4/5. Dezember 1987 in Kopenhagen zum Nahen und Mittleren Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 143 f.

Algerien sich vor dem Gipfel für die Beziehungen ausgesprochen, dann habe es danach versucht, Mauretanien von der Wiederaufnahme abzuhalten. Algerien sei immer unberechenbar gewesen. Jetzt genüge es ihm nicht mehr, daß Algerien einseitig die Beziehungen aufnehme. Es sei Ägypten gewesen, das die Beziehungen zu Algerien als einem Staat der ehemaligen Ablehnungsfront eingefroren habe. Wolle Algerien jetzt die Beziehungen aufnehmen, bedürfe es der Zustimmung Ägyptens. Syrien und Algerien hätten sich selbst isoliert. Libyen und Süd-jemen seien es schon lange. Er erwarte, daß Syrien über kurz oder lang auf Ägypten zukommen werde.

BM fragte nach der künftigen Rolle der Arabischen Liga.

Mubarak erklärte, Ägypten laufe ihr auf keinen Fall nach, ja sei sogar im Augenblick nicht daran interessiert, in sie wieder aufgenommen zu werden.⁷ Die AL sei „dead“.

BM würdigte die Fortschritte des Amman-Gipfels in Richtung auf die arabische Einheit.

Mubarak entgegnete, die arabische Einheit, das sei eine schwierige Sache. Mit den eigentlichen Arabern sei es relativ leicht. Man müsse sich nur auf ihre Mentalität einstellen. Länder wie Syrien, Libanon, Palästina, selbst Jordanien seien dagegen eine komplexe Sache für sich. Die nordafrikanischen Staaten ihrerseits seien erfahrungsgemäß völlig unberechenbar. Das müsse er leider auch für Marokko sagen, wo er viele Freunde besäße.

BM kam danach auf die Lage in Syrien zu sprechen.

Mubarak berichtete, Ägypten habe viele Freunde in Syrien, mit denen es laufende geheime Kontakte gäbe. Hafiz Assad kenne er noch aus dessen Zeit als Pilot in Heliopolis. Er habe viele Nächte mit ihm diskutiert. Mubarak schilderte dann Beispiele der Korruption im Umkreis von Hafiz Assad. Dabei ging er im einzelnen auf Rifaat Assad, Khaddam und deren geschäftliche Aktivitäten ein. Er mokierte sich insbesondere über die syrische Schnorrerei bei den Golfstaaten und darüber, wie letzten Endes doch alles ans Licht käme.

BM bat Mubarak um Einschätzung der Chancen für eine IK⁸, wobei er an die EG-Erklärung vom 23.2.1987⁹ und die deutsche Initiative hierzu erinnerte.

Mubarak erklärte, er sähe zunächst kein Chance für eine IK, zumindest so lange nicht, als MP Shamir das Sagen habe. Washington folge meist Shamir. Hätten die USA sich rechtzeitig für eine IK ausgesprochen, hätte das Peres sehr geholfen. Die IK sei und bleibe der einzig realistische Weg. Jordanien brauche die IK als Schirm, darunter müsse es zu direkten Verhandlungen kommen. Er, Mubarak, verstehe nicht, wieso man sich dagegen stemme, denn bei diesen direkten Verhandlungen könne ja keine Partei zu etwas gezwungen werden, was sie nicht

⁷ Auf ihrer Konferenz vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad beschlossen die Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten wegen der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags am 26. März 1979 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Zu den weiteren Beschlüssen teilte Botschafter Menne, Bagdad, am 1. April 1979 mit, daß die Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga „ab sofort“ eingefroren und der Sitz der Arabischen Liga nach Tunis verlegt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

⁸ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f.

wolle. AM Shultz sei bekanntlich vor kurzem hier gewesen.¹⁰ Er habe König Hussein zu überreden versucht, mit Shamir anlässlich des Reagan-Gorbatschow-Gipfels in Washington¹¹ zusammenzutreffen. Das sei eine unannehmbare Idee Shamirs gewesen.

BM verwies auf die neuerdings veränderte IK-positive Einstellung wesentlicher jüdischer Kreise in den USA.

Mubarak sagte, er verstehe nicht, wieso man in Washington primär auf Shamir höre. Mubarak zeigte daraufhin die am Vorabend des Gesprächs eingegangene Antwort Reagans auf eine Botschaft Mubaraks an Reagan und Gorbatschow anlässlich des Washingtoner Gipfels. In dieser Antwort steht zu lesen: „We remain committed to an international conference.“ Mubarak erklärte, es sei ihm unklar, ob dies eine wirkliche Umkehr der US-Haltung sei.

BM verwies auf die deutsche Präsidentschaft ab dem 1.1.1988¹² und fragte, was Ägypten von uns erwarte.

Mubarak bedankte sich für unsere bisherige Unterstützung und die Haltung der EG hinsichtlich einer IK. Die EG solle weiterhin verstärkt auf Washington und Israel einwirken.

BM ging danach auf die Rolle der PLO ein.

Mubarak äußerte sich leicht abschätzig und meinte, letztlich hätten Israel und die PLO gemeinsam, daß für beide eine wirkliche Lösung des Palästina-Problems kaum wünschenswert sei. Die PLO-Führung lebe seit 22 Jahren außerhalb Palästinas. Sie schwämme unkontrolliert im Geld. In einem Palästinenserstaat gelte es, ordentlich zu regieren und über die dann wohl kargen Finanzen Rechenschaft abzulegen.

BM kam danach auf den Golfkrieg¹³ zu sprechen. Er legte unseren bekannten Standpunkt dar und fragte nach Mubaraks Bewertung.

Mubarak teilte die Einschätzung des BM. Er gehe davon aus, daß auch die kommende iranische Offensive keinen Durchbruch bringen werde. Der Irak habe sich bisher gut gehalten. Der Iran werde den Druck auf Irak fortsetzen in der Annahme, das Regime Saddam Hussein werde über kurz oder lang von innen zusammenbrechen. Sollte diese iranische Spekulation je aufgehen, breche allerdings am Golf alles zusammen. Letztlich bedürften wohl der Irak wie der Iran des Krieges um der inneren Stabilität willen. Nach dem Krieg breche im Iran ein erheblicher Führungskonflikt aus.

BM und Mubarak stimmten darin überein, daß es gilt, den Krieg zu begrenzen, d.h. jede Auswirkung des Krieges und eine daraus zwingend folgende Erschütterung der Stabilität in der Golfregion zu verhindern.

¹⁰ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 16./17. Oktober 1987 in Israel auf und reiste am 17. Oktober 1987 nach Saudi-Arabien weiter, wo er ein Gespräch mit König Fahd führte. Nach erneutem Aufenthalt in Israel vom 17. bis 19. Oktober 1987 führte Shultz am 19. Oktober 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo. Am 19./20. Oktober 1987 traf Shultz mit König Hussein von Jordanien in London zusammen.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹² Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

¹³ Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

BM ging auf die Bedeutung des Reagan-Gorbatschow-Gipfels¹⁴ insgesamt und für die Region im besonderen ein. Er erläuterte zunächst die abrüstungspolitische Relevanz, aber auch die Bedeutung eines Erfolges für die Gorbatschowsche Reformpolitik.

BM fragte in diesem Zusammenhang nach den ägyptisch-sowjetischen Beziehungen.

Mubarak erklärte, diese seien durch Normalität gekennzeichnet. Man rede über Handel. Es gehe u. U. um Ersatzteile für altes russisches Gerät. Die SU habe sich sehr großzügig bei der Schuldenfrage gezeigt, indem sie umgeschuldet habe zu null Prozent Zins, sechs Freijahre und 19 Jahre Tilgung.

Mubarak griff schließlich die Frage der Lage der Bahais in Ägypten¹⁵ auf, einen Punkt, den BM zuvor gegenüber AM Meguid angesprochen hatte¹⁶.

Mubarak legte geradezu emphatisch dar, daß diese Frage die Empfindlichkeit weiter religiöser Kreise in Ägypten berühre, daß es Gesetze gebe, welche er unmöglich abschaffen könne, ohne erhebliche Emotionen zu wecken. Mubarak sprach von religiösen Extremisten, die die Prozesse gegen die Bahais angestrengt hätten. Die Regierung könne da gar nichts tun, ohne heftige Reaktionen der Extremisten zu riskieren. Führe die Bahai-Frage durch Aktionen der Regierung erst einmal zu einer allgemeinen Diskussion, schließe er sogar blutige Ausschreitungen gegen die Bahais selbst nicht aus. Man dürfe auch nicht vergessen, daß der Glaube als solcher nicht strafbar sei, vielmehr sei es die Verbreitung des Glaubens, d. h. die Missionierung. Mubarak bat eindringlich, davon abzusehen, Ägypten in dieser Frage unter Druck zu setzen. Man solle in Europa und den USA eher auf die Bahais einwirken, von jeglicher Missionierungsarbeit in Ägypten abzusehen.¹⁷ Im übrigen drängten gewisse

¹⁴ Korrigiert aus: „Reagan-94? 5: %92-Gipfels“.

¹⁵ Legationsrat Kobler, Kairo, legte am 30. Juli 1987 zur Lage der Bahai in Ägypten dar, die Anhänger dieser Religionsgemeinschaft würden im Land auf 4000 bis 5000 beziffert: „Von offizieller islamischer Seite werden sie als von der schiitisch-islamischen Glaubensrichtung abgefallene Häretiker betrachtet und sehen sich wegen ihrer vom Islam abweichenden Auffassung und Riten [...] scharfen Angriffen ausgesetzt. [...] Trotz der in Art[ikel] 46 der ägyptischen Verfassung von 1980 verankerten Glaubens- und Religionsausübungsfreiheit sind die Bahai durch Gesetz [...] verboten. In vier Verhaftungswellen seit 1960 wurde versucht, der Bewegung Einhalt zu gebieten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1097; Referat 310, Bd. 149554.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 15. September 1987, auf Initiative der Bundesregierung seien die Botschaften der EG-Mitgliedstaaten in Kairo im Rahmen der EPZ aufgefordert worden, über die Lage der Bahai in Ägypten zu berichten. Dieser Bericht sei nicht befriedigend, auch wenn die Aussage zutreffend sei, „daß Ägypten ein traditionell tolerantes Land ist. Wir hätten daher eine moderat formulierte und stille EPZ-Demarche erhofft, konnten uns damit aber in der EPZ-Arbeitsgruppe Nahost am 25.8.1987 nicht durchsetzen. Die Mehrheit unserer Partner war dafür, einstweilen nicht zu demarchieren, jedenfalls nicht, solange das Gerichtsverfahren andauert. Eine Demarche im Alleingang halten wir nicht für sinnvoll.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149555.

¹⁶ Botschafter Elsässer, Kairo, berichtete am 9. Dezember 1987 über das Gespräch am Vortag: „Bundesminister hat im Vier-Augen-Gespräch mit AM Meguid und in dem Gespräch der beiden Delegationen vor allem die Einschätzung des am gleichen Tage stattfindenden Gipfeltreffens in Washington und seine Auswirkungen auf die künftige Abrüstungspolitik und regionalen Konflikte angesprochen. Im übrigen wurde die Lage im Nahen Osten und im Golfkrieg sowie die Situation der Bahais in Ägypten erörtert.“ Genscher habe deutlich gemacht, „daß das Bild Ägyptens in der westlichen Öffentlichkeit durch Einschränkungen der Religionsfreiheit und der Menschenrechte getrübt werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2164; Referat 310, Bd. 149559.

¹⁷ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter mit Fragezeichen hervorgehoben.

arabische Länder Ägypten, viel strenger als bisher gegen die Bahais vorzugehen.¹⁸

3) Zusatz des Verfassers

Präsident Mubarak machte einen sehr selbstsicheren Eindruck. Sein Selbstbewußtsein ist offenkundig durch die Entwicklung des vergangenen Jahres (Wahlerfolge¹⁹, Konferenz von Kuwait²⁰, Amman-Gipfel) außerordentlich gestiegen. Er hob immer wieder die von persönlicher Wertschätzung getragenen engen Beziehungen zu König Hussein hervor.²¹

[gez.] Elsäßer

VS-Bd. 13647 (311)

¹⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter mit Fragezeichen hervorgehoben.

Am 10. Dezember 1987 fragte Richter Ministerialdirigent Jansen, ob er „den deutschen Bahai auf Anfrage“ mitteilen könne: „BM hat Thema bei AM + Präsident angesprochen. Ägypter zeigten sich beeindruckt, verwiesen aber gleichzeitig auf delikate Natur der Sache und baten, Thema (insbesondere Tatsache des Ansprechens) nicht öffentlich zu erwähnen. Sie behaupteten, nur ‚Mission‘ werde verfolgt.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149555.

Jansen notierte am 14. Dezember 1987 auf Richters Vermerk: „Nach Rücksprache mit BM: Einverstanden!“ Vgl. Referat 310, Bd. 149555.

¹⁹ Botschafter Elsäßer, Kairo, berichtete am 13. April 1987, laut vorläufigem amtlichen Wahlergebnis habe die regierende Nationaldemokratische Partei bei den Parlamentswahlen am 6. April 1987 69,6% der Stimmen erzielt: „Ob Wahlbetrug oder nicht, sei dahingestellt. Niemand hat je von einer Demokratie im Sinne Westminsters in Ägypten gesprochen. Wichtig ist, daß die legale Opposition bis jetzt (d. h. vor Stichwahl über noch neun Sitze) 101 von 448 Sitzen hat und damit ihre parlamentarische Präsenz in etwa verdoppelte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 730; Referat 310, Bd. 149553.

Am 5. Oktober 1987 fand in Ägypten ein Referendum über die Wiederwahl von Präsident Mubarak statt. Elsäßer teilte dazu am 8. Oktober 1987 mit: „Die in den Nachrichtenagenturen übermittelten Zahlen über die Wiederwahl Präsident Mubaraks (Wahlbeteiligung 88 Prozent, über 97,14 Prozent Ja-Stimmen) sind offenbar überhöht. Mit der Wahlbeteiligung von 88 Prozent (beim Referendum 1981 80 Prozent) soll nicht nur Popularität Mubaraks herausgestellt werden, sondern auch ein wachsendes Bewußtsein für die Wahrnehmung demokratischer Rechte in der Bevölkerung. Tatsache ist, daß Mubarak sich auf eine breite Zustimmung im Volk, wenn auch ohne Enthusiasmus, stützen kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1778; Referat 310, Bd. 149553.

²⁰ Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz vom 26. bis 29. Januar 1987 in Kuwait-Stadt vgl. Dok. 129, Anm. 34.

²¹ König Hussein führte am 7. Dezember 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo. Botschafter Elsäßer, Kairo, teilte dazu am 6. Dezember 1987 mit: „Mit dem Treffen Hussein/Mubarak wird eine dichte Reihe von Konsultationen zwischen beiden Staatschefs fortgesetzt. Seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ägypten und Jordanien im Jahre 1984 ist dies die 22. Begegnung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2147; Referat 310, Bd. 149559.

362

Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), an das Auswärtige Amt

114-7121/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3447
Cito

Aufgabe: 9. Dezember 1987, 10.37 Uhr¹
Ankunft: 9. Dezember 1987, 17.06 Uhr

Betr.: Militärischer Überfall Südafrikas auf Angola²;
hier: Unser Verhalten im Sicherheitsrat

Bezug: DB 3397 vom 4.12.1987³

Sollte es trotz eventueller Verlängerung der in SR 602 dem VN-GS gesetzten Frist für einen Bericht⁴ nicht zum vollständigen militärischen Rückzug Südafrikas aus Angola kommen, so werden wir uns darauf vorbereiten müssen, daß wir zu

¹ Hat Ministerialdirigent Jansen am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich behalte mir die Entscheidung persönlich vor.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Bazing und Referat 230 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[S]iehe [W]eils[un]g BM.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff „im Rücklauf“ verfügte.

Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz in Vertretung von Richthofen am 10. Dezember 1987 vorgelegen, der für Bazing und Referat 230 handschriftlich vermerkte: „B[itt]e D 2 n[ach] R[ückkehr] sowie D 3/320 unterrichten.“

Hat Bazing am 11. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Honsowitz am 15. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Richthofen „z[ur] K[enn]tnisnahme“ und an Referat 320 verfügte.

Hat Richthofen am 16. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke am 17. Dezember 1987 vorgelegen.

² Die südafrikanischen Streitkräfte gaben am 11. November 1987 bekannt, sie hätten im Süden Angolas zur Unterstützung der UNITA in deren Kampf mit angolischen Regierungstruppen eingegriffen und dabei auch gegen sowjetische und kubanische Einheiten gekämpft. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1987, Z 227.

³ Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete, die Ständige Vertretung Großbritanniens bei den Vereinten Nationen habe „wegen der für Mitte Dezember zu erwartenden SR-Sitzung über die S[üd]A[frika]-Übergriffe nach Angola“ sondiert, ob man „eine Verstärkung der Anwendung des ohnehin gemäß SR-Res[olution] 418 (1977) bereits bestehenden mandatorischen Waffenembargos gegen SA ins Auge“ fassen solle. Damit könne eine Situation vermieden werden, bei der wegen des nicht erfolgten Rückzugs südafrikanischer Truppen aus Angola „die Afrikaner in dem bei der SR-Sitzung dann zu erwartenden Resolutionstext wahrscheinlich Sanktionen gemäß Kap[itel] VII der VN-Charta fordern würden“. Vgl. Referat 230, Bd. 158199.

⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 602 des VN-Sicherheitsrats vom 25. November 1987 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 12f.

Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), teilte am 25. November 1987 zur Resolution mit: „In ihrem Kernteil werden die südafrikanischen ‚Acts of aggression‘ gegen Angola als ‚flagrante Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität‘ Angolas verurteilt und der sofortige Rückzug aller S[üd]A[frika]-Truppen aus Angola gefordert. Außerdem wird der VN-GS beauftragt, bis zum 10. Dezember 1987 einen Bericht an den SR über die Implementierung dieser Res[olution] zu erstellen. Auf der Grundlage dieses Berichtes solle dann der SR wieder zusammentreten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3255; Referat 230, Bd. 158127.

dem Entwurf einer weiteren Resolution Stellung zu beziehen haben, mit der Maßnahmen nach Kapitel 7 der Charta⁵ angeordnet werden sollen.

Unsere bisherige Haltung im SR zu der gegenwärtigen Intervention Südafrikas in Angola sowie unsere allgemeinen Interessen im südlichen Afrika und in der VN legen es nahe, bei der bevorstehenden Entscheidung die Besonderheiten des Falles Angolas zu berücksichtigen und unser Stimmverhalten daran und nicht an anders gelagerten Situationen auszurichten. Aus hiesiger Sicht sollten wir in Abwägung der Entscheidungselemente in diesem Falle Stimmenthaltung üben.

Begründung

1) In den beiden Fällen, in denen wir dem Veto von USA und GB als einziges SR-Mitglied⁶ unsere Nein-Stimme hinzugefügt haben, ging es im Februar 1987 um Sanktionen zur Beseitigung der Apartheid und zur Durchsetzung der Unabhängigkeit Namibias⁷, im April 1987 ebenfalls um die Unabhängigkeit Namibias⁸. Beides sind grundlegende politische Zielsetzungen, die wir als Ergebnis breit anzulegender bzw. angelegter Verhandlungsprozesse sehen und anstreben. Wenn wir uns damals entschlossen haben, unsere Bedenken gegen Sanktionen durch eine Nein-Stimme auszudrücken, so war dies nicht als Ablehnung politischer Postulate gemeint, die wir selbst billigen. Zwar haben wir damit – wie die Reaktionen zeigten – bei den Afrikanern und den übrigen Blockfreien wenig Verständnis gefunden⁹, zumal auch unsere westlichen Freunde im SR (außer den votierenden MS) eine andere Haltung einnehmen. Aber wir konnten letztlich für das harte Nein ins Feld führen, daß wir in beiden Fällen den breiten Verhandlungsprozeß nicht voll ausgeschöpft sähen und Sanktionen für eine Störung dieser Prozesse hielten.

2) Der jetzige Angola-Fall liegt anders. Hier handelt es sich um einen eindeutigen und von Südafrika zugegebenen militärischen Übergriff. SR 602 stellt dies

⁵ Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 behandelte „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 458–465.

⁶ Seit 1. Januar 1987 gehörte die Bundesrepublik dem VN-Sicherheitsrat für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied an. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 18 f.

⁷ Zur Abstimmung im VN-Sicherheitsrat am 20. Februar 1987 über Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 54, Anm. 38.

⁸ Ministerialdirigent Bazing legte am 6. April 1987 für Bundesminister Genscher dar, die blockfreien Staaten hätten für die am selben Tag beginnende Debatte des VN-Sicherheitsrats in New York zur Namibia-Frage einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der umfassende mandatorische Sanktionen gegen Südafrika vorsehe: „Da es unsere konstante politische Linie ist, mandatorische Sanktionen, insbesondere aber umfassende mandatorische Sanktionen, abzulehnen, sollten wir auch in diesem Fall mit ‚Nein‘ stimmen. [...] Unsere lange durchgehaltene Linie, in unserer Eigenschaft als Kontaktgruppenmitglied bei allen Namibia betreffenden Fragen Stimmenthaltung zu üben, kann hier nicht angewandt werden: Wenn alle Kontaktgruppenmitglieder sich bei diesem Resolutionsentwurf der Stimme enthalten, würde er mit Mehrheit angenommen werden, da kein Veto ausgesprochen würde.“ Vgl. Referat 230, Bd. 158134.

Botschafter Lautenschlager, New York (VN), informierte am 9. April 1987 über die Abstimmung am selben Tag: „Wie erwartet, scheiterte der Entwurf an den Nein-Stimmen von USA und GB. Wir stimmten gemäß Bezugs-DE ebenfalls dagegen. F, I und JAN enthielten sich der Stimme. Die übrigen neun SR-Mitglieder stimmten dafür.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 736; Referat 230, Bd. 158134.

⁹ Vgl. dazu die Verurteilung der Bundesrepublik bei der OAE-Ministertagung vom 23. Februar bis 1. März 1987 in Addis Abeba; Dok. 134, Anm. 16.

ausdrücklich fest und deutet an, daß der Rahmen von Kapitel 7 („acts of aggression“) gegeben ist. Wir selbst haben in unserer SR-Erklärung an Südafrika die Forderung gerichtet, sofort und bedingungslos alle seine Truppen aus Angola zurückzuziehen.¹⁰

Schon am 6. Mai 1978 (1978) hatten wir in SR 428¹¹ nach einer Invasion Angolas mit Kapitel 7 gedroht („decides to meet again in the event of further acts of violation of the sovereignty and territorial integrity of the People's Republic of Angola by the South African racist regime in order to consider the adoption of more effective measures, in accordance with the appropriate provisions of the Charter of the United Nations, including chapter 7 thereof“) (die Drohung hatte damals zunächst Erfolg).

Was jetzt verlangt wird, ist nicht die Abschaffung eines Systems (Apartheid) oder die Einleitung eines schwierigen Übergangsprozesses (Namibia), sondern eine relativ einfache militärische Bewegung, die schon häufig und teilweise auch schon unter Sanktionendrohung vollzogen worden ist. Gefordert wird von Südafrika ein eng umgrenzter, praktisch kontrollierbarer Schritt zur Beendigung eines Völkerrechtsbruchs. Vollzieht Südafrika den geforderten Schritt, zieht sich also aus Angola zurück, so erledigen sich folgerichtig auch die zur Durchsetzung dieses Rückzugs nach Kapitel 7 der Charter vorgesehenen Maßnahmen (Sanktionen).

Im Lichte des objektiven Tatbestands und unserer eigenen SR-Politik können wir gegen Sanktionen in diesem konkreten Fall nicht vorbringen, es bestehe keine realistische Relation des Mittels zum gewollten Zweck. Daher bleiben nur unsere allgemeinen Einwände als liberale Wirtschaftsmacht gegen ein derartiges Instrument. Um nur diese Bedenken auszudrücken, genügt Enthaltung.

3) Was die Haltung der USA angeht, so ist darauf hinzuweisen, daß sich unsere Angola-Politik wesentlich von der Washingtons¹² unterscheidet, insbesondere hinsichtlich der Legitimität der MPLA-Regierung und der Unterstützung der UNITA. Unsere Kontakte stehen im Rahmen offizieller diplomatischer Beziehungen zu Luanda.¹³ Wir akzeptieren das „Cuban linkage“ nicht und sprechen Südafrika eindeutig das Recht ab, in Angola militärisch präsent zu sein.

4) Wie BM in seiner OAE¹⁴-Rede vom 3. Dezember¹⁵ klar vorgezeichnet hat, setzt Bonn jetzt Signale einer neu zu belebenden Afrikapolitik und wendet sich dabei insbesondere dem südlichen Afrika zu. Gerade Angola hat eindrucksvollen Zuspruch erhalten, wonach wir der Destabilisierungspolitik den Kampf ansagen. Mit dem neugewonnenen Vertrauen geht selbstverständlich die Erwartung

¹⁰ Die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York übermittelte am 25. November 1987 die Erklärung, die Botschafter Graf York von Wartenburg am Vortag in der Dringlichkeitsdebatte des VN-Sicherheitsrats zu den südafrikanischen Militäroperationen in Angola abgegeben hatte. Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 1465; Referat 230, Bd. 158199.

¹¹ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 428 des VN-Sicherheitsrats vom 6. Mai 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 17 f.

¹² Vgl. dazu die Gespräche zwischen den USA und Angola; Dok. 303, Anm. 3.

¹³ Vgl. dazu den Besuch des Bundesministers Genscher am 29./30. Oktober 1987 in Angola; Dok. 303.

¹⁴ Korrigiert aus: „OEA“.

¹⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher anlässlich eines Mittagessens mit den Botschaftern der OAE-Mitgliedstaaten am 3. Dezember 1987 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1228 vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179068.

einher, daß wir bei Aussagen gegen eine militärische Invasion die uns mögliche Schärfe ausschöpfen und den Angreifern nicht mit unnötiger Deutlichkeit anzeigen, es werde nichts unternommen.¹⁶

[gez.] York

VS-Bd. 13036 (230/231/232)

363

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-363.31-1663/87 geheim

11. Dezember 1987

Über D 2¹ Herrn Staatssekretär²

Betr.: Militärstrategische Rolle von Nuklearwaffen kürzerer Reichweite in einer Post-INF-Ära

Bezug: Aufzeichnung vom 20. November 1987 – 201-363.31-1537/87 geheim³

Anlg.: 4⁴

Für den Fall, daß die von BM angeordnete Rücksprache stattfindet, ohne daß Abteilung 2⁵ hinzugezogen werden kann, mache ich auf folgendes aufmerksam:

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke unterrichtete am 9. Dezember 1987, der südafrikanische Botschafter Retief habe am 8. Dezember 1987 Ministerialdirigent Sulimma auf die Mitteilung der südafrikanischen Streitkräfte vom 5. Dezember 1987 zum Truppenabzug aus Angola verwiesen. Dieser solle in geordneter Weise bis zum 10. Dezember 1987 erfolgen. Seine Regierung sei daran interessiert, „daß es bei Nichteinhaltung dieser Frist keine Strafmaßnahmen des Sicherheitsrates gebe“. Sulimma habe darauf erwidert, die Haltung der Bundesregierung „werde davon abhängen, wie weit der Rückzug tatsächlich erfolgt sei und welche Resolutionsentwürfe dann vorgelegt würden“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 9977; Referat 320, Bd. 156023.

Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 23. Dezember 1987: „Sicherheitsrat verabschiedete heute einstimmig SR-Res[olution] 606 (1987) [...], in der die anhaltende Besetzung angol[anischen] Territoriums durch südafrikan[ische] Sicherheitskräfte nachdrücklich verurteilt wird. Der VN-GS wird darüber hinaus aufgefordert, den völligen Rückzug der südafrikanischen Truppen weiterhin zu überwachen. SA-Regierung soll ihm einen Zeitrahmen für den völligen Abzug liefern und dessen Abschluß bestätigen. Der VN-GS soll zu frühestmöglichem Zeitpunkt dem SR über die Durchführung dieser Res. Bericht erstatten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3618; Referat 230, Bd. 158199. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 606 des VN-Sicherheitsrats vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 13.

¹ Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 14. Dezember 1987 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Jansen verfügte „mit der Anregung, eine R[ücksprache] für BM mit Abt[eilung] 2 + 2A gemeinsam vorzubereiten“.

³ Vgl. Dok. 327.

⁴ Dem Vorgang teilweise beigelegt.

Vgl. Dok. 327 mit den dort beigelegten beiden Anlagen sowie Anm. 8.

⁵ Die Wörter „ohne“ und „2“ wurden von Staatssekretär Sudhoff unterstrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum sollte dies der Fall sein?“

1) Zu Anmerkung BMs auf Seite 1⁶:

Die Vorlage geht in der Tat von einer unveränderten Lage im konventionellen Bereich aus. Dies um so mehr, als die Haushaltstrends in allen relevanten Ländern der Allianz nicht nur kein reales Wachstum aufweisen, sondern nach unten gerichtet sind – und dies bei Preissteigerungsraten der Rüstungsgüter, die über denen der Lebenshaltungskosten liegen.

Andererseits: Die Aufzeichnung geht auch davon aus, daß die Nuklearwaffen kürzerer Reichweite heute wie in einer Post-INF-Ära keine Ersatzartillerie sind, sondern eine politische Funktion haben. Diese politische Funktion kommt durch ihren strategischen Auftrag zum Ausdruck. Die Aufzeichnung versucht darzulegen, daß dieser Auftrag zu definieren ist im Zusammenhang mit der Bestimmung des nuklearen Elements insgesamt, d. h. auch der weitreichenden Optionen.

2) Zu den von BM auf Seite 6 unterstrichenen Aussagen⁷:

Ein Vortrag von General Rogers (vgl. beiliegenden DB Nr. 5290 vom 10.12.1987⁸) bestätigt ihre Richtigkeit. Auf Seite 3 heißt es:

„Die sowjetische technische Aufklärung kann zwar zwischen dem Abschluß einer ICBM und einer Pershing unterscheiden, nicht aber deren Ziel erkennen. Daher kann der Abschluß einer ICBM auf die DDR einen Gegenschlag auf die USA auslösen, eine Gefahr, die einen solchen Einsatz verhindert.“ (Folgerichtig hält Rogers an der Durchführung der Beschlüsse von Montebello⁹ fest!)

3) Die Frage, ob eine Politik der Denuklearisierung der USA auf dem europäischen Kontinent eine starke US-Tendenz auslösen würde, ihre Truppen insgesamt zurückzuziehen, kann so oder so beantwortet werden. Daß ohnehin vorhandene Abzugstendenzen aber verstärkt würden, kann nicht zweifelhaft sein. Sie wären um so stärker, je unausgewogener das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa wäre: Die „Geiselfunktion“ der US-Truppen (für die Einlösung der nuklearen Schutzzusage) wäre überdeutlich. Die jetzt vorhandene Ambiguität, die durch die Verfügbarkeit auch nicht-strategischer nuklearer Optionen erzeugt wird und daher die Geiselfunktion erträglich erscheinen läßt, wäre verloren. Senator Nunn weist immer wieder darauf hin, daß eine den Nukleareinsatz auslösende „Stolperdrahtfunktion“ nicht 300 000 Mann erfordere.

4) Zur zweiten Anmerkung von BM auf Seite 7¹⁰ ist auf folgendes Zitat aus der WEU-Plattform¹¹ zu verweisen:

⁶ Vgl. Dok. 327, Anm. 5.

⁷ Vgl. Dok. 327, Anm. 29.

⁸ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Brigadegeneral Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, berichtete am 10. Dezember 1987, der ehemalige Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, habe am 8. Dezember 1987 am National Strategy Information Center einen Vortrag zum Thema „NATO – challenges for the future“ gehalten, „der sich trotz des weitergefaßten Themas ausschließlich kritisch mit dem INF-Abkommen auseinandersetzte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5290; VS-Bd. 12133 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

¹⁰ Vgl. Dok. 327, Anm. 36.

¹¹ Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

„Die Anwesenheit bedeutender konventioneller und nuklearer Streitkräfte der Vereinigten Staaten spielt bei der Verteidigung Europas eine unersetzliche Rolle“ (Ziffer II 3).

5) Der Hinweis, daß die Neudefinition¹² dessen, was die Strategie an „angemessenen nuklearen und konventionellen Streitkräften“ braucht, einer Neudefinition bedarf, ist richtig. Es ist die Kernaussage der Aufzeichnung, daß wir keine neue Strategie brauchen, wohl aber – im veränderten Umfeld – eine Neudefinition der Mittel.

In diesem Zusammenhang rät die Aufzeichnung davon ab, diese Neudefinition im Nuklearbereich zu beschränken auf ein System oder wenige Systeme im Kurzstreckenbereich.

Eine weitere Kernaussage der Aufzeichnung besteht darin, daß die Strategie schon bisher gegensätzliche Interessenlagen zu überbrücken hat und daß die Gegensätze in dem durch Rüstungskontrolle veränderten Umfeld noch deutlicher aufbrechen – eine Wirkung übrigens, die von Anfang an in der Logik der sowjetischen Aufrüstung lag: Auch die SS-20 sollte durch Differenzierung des Bedrohungsbewußtseins zwischen Europäern und Amerikanern eine uneinheitliche Reaktion provozieren.

6) Zur Haltung von Präsident Mitterrand¹³ ist festzustellen, daß seine öffentlichen Erklärungen bisher nicht eindeutig sind: Er bekennt sich zwar zu dem Prinzip, daß Abschreckung gegenüber dem potentiellen Angreifer erzeugt werden und ihn daher die Wirkung eines eventuellen Nuklearschlages treffen muß. Andererseits hält er aber – auch wenn er am strategischen Rationale zweifelt – an den prästrategischen Optionen fest, insbesondere aber die Option der Neutronenwaffe¹⁴ offen. Sind Mitterrands Äußerungen also schon in bezug auf das französische Nuklearpotential in sich widersprüchlich (vielleicht erfolgt eine Klärung nach Beendigung des Wahlkampfes¹⁵), ist festzuhalten, daß er sich über die Struktur des US-Potentials überhaupt nicht geäußert hat. Chirac seinerseits hält ebenso wie sein Außen- und Verteidigungsminister¹⁶ an fortdauernder nuklearer und konventioneller Präsenz der USA in Europa fest.

Das deutsch-französische Gespräch wird sich deshalb, sobald der Wahlkampf in Frankreich hinter uns liegt, mit den konzeptionellen nuklearstrategischen Fragen befassen müssen. Giscard hatte versucht, die französische Nuklearmacht durch Einführung einer taktisch-nuklearen Ebene für eine deutsch-französische konzeptionelle Annäherung zu öffnen („erweitertes Sanktuarium“). Jetzt werden wir Zeuge der Bereitschaft, zum Zwecke der Demonstration französischer Solidarität durch eine gemischte Einheit¹⁷ den bisherigen engen Zusammenhang zwischen dem taktisch-nuklearen Waffeneinsatz und konventionellen Operationen abzuschwächen. Insofern hat der Brigadevorschlag auch im strategischen Bereich eine aus unserer Sicht positive Wirkung eingeleitet. Wir müssen uns bemühen,

¹² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das verstehe ich nicht!“

¹³ Vgl. Dok. 327, Anm. 41.

¹⁴ Zur französischen Haltung zu Neutronenwaffen vgl. Dok. 33, Anm. 5.

¹⁵ In Frankreich fanden am 24. April und am 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

¹⁶ Jean-Bernard Raimond und André Giraud.

¹⁷ Zur Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 316, Anm. 7.

daß dies alles in einen echten Konsultationsprozeß über Nuklearfragen (natürlich ohne deutsche Teilnahme an Entscheidungen) einmündet.

7) Der auf Seite 11 von BM geklammerte Satzteil¹⁸ ist gültige NATO-Politik. Der Hinweis auf Mitterrand bezieht sich nur auf den ersten Satzteil, der nicht geklammert ist.

8) Der Anmerkung BMs auf Seite 11 unten¹⁹ ist zuzustimmen.

9) Zu dem Fragezeichen von StS auf Seite 12²⁰: Die deutsche Diskussion über die „deutsche“ Natur der verbleibenden Kurzstreckenwaffen macht deutlich, daß der Abschreckungswert für die Entscheidungsträger (das westliche Bündnis) im Einsatzfalle steigende Tendenz hat; dies gilt allerdings nicht in gleicher Weise für den US-Präsidenten²¹.

10) Der Anmerkung BMs auf Seite 14²² wird zugestimmt.

Ploetz

VS-Bd. 12129 (201)

364

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 5310

Aufgabe: 11. Dezember 1987, 00.12 Uhr¹

Citissime nachts

Ankunft: 11. Dezember 1987, 06.37 Uhr

Betr.: Amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen in Washington, 7.–10.12.1987²;
hier: Erste Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse im Bereich
der Rüstungskontrolle

1) Zusammenfassung

Ganz ohne Frage stand die Rüstungskontrolle im Mittelpunkt der Ergebnisse und auch der Verhandlungen bei diesem Treffen. Das historische Ereignis der Unterzeichnung des INF-Vertrages³ scheint die darin⁴ gesetzten Erwartungen zu rechtfertigen und zu Durchbrüchen in anderen Bereichen zu führen. Die Fort-

¹⁸ Vgl. Dok. 327, Anm. 49.

¹⁹ Vgl. Dok. 327, Anm. 50.

²⁰ Vgl. Dok. 327, Anm. 56.

²¹ Ronald W. Reagan.

²² Vgl. Dok. 327, Anm. 66.

¹ Das von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 11. Dezember 1987 vorgelegen.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu auch Dok. 365. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 602–680.

³ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

⁴ Korrigiert aus: „der in“.

schritte bei START lassen das wiederum bekräftigte Ziel einer Unterzeichnung bei einem Gipfeltreffen in Moskau, voraussichtlich im Mai 1988, sehr viel wahrscheinlicher erscheinen.⁵ Die Vereinbarung gemeinsamer Nukleartest-Experimente bringt das Etappenziel der Ratifikation der Schwellenverträge⁶ einen Schritt näher. Chemische Waffen und konventionelle Rüstungskontrolle waren ebenfalls aktive Elemente der Gespräche. Wenn auch unmittelbar Ergebnisse hier, der Natur der Fragen gemäß, nicht zu erwarten waren, so sind dennoch auch in diesen Bereichen Weichen für weitere Bewegung gestellt worden.

Im einzelnen

2) INF: Die Unterzeichnungszeremonie am 8.12. ist in wichtiger Weise ein Ergebnis dieses Gipfels, auch wenn die Verhandlungen, praktisch zeitgleich mit dem Eintreffen Gorbatschows in Washington, abgeschlossen werden konnten. Ohne den Termindruck des Gipfeldatums wäre eine Einigung zu diesem Zeitpunkt nicht vorstellbar gewesen. Die in den letzten Wochen praktisch rund um die Uhr laufenden Verhandlungen stießen immer wieder auf neue Probleme. Bis zuletzt versuchte die SU, taktische Vorteile in den verschiedensten Bereichen zu erzielen, nur das Gipfeldatum brachte sie schließlich zur endgültigen Zustimmung. Das Plädoyer Gorbatschows für die Ratifizierung des Vertrages bei seinem Treffen mit Kongreßmitgliedern⁷ war eine wichtige Komponente seines Besuchsprogramms. Gegenüber den Führern des Kongresses konnte er sichtlich Punkte sammeln.

3) START: Nach eigener Bekundung der Teilnehmer stand das Ziel der Reduzierung der strategischen Offensivwaffen und seine Verbindung zu den jeweiligen Positionen zum ABM-Vertrag und zu SDI im Mittelpunkt der Verhandlungen. Bei allen Begegnungen der beiden Politiker und parallel dazu in langen Sitzungsrunden der Arbeitsgruppe unter Nitze und Achromejew wurde um gemeinsame Positionen hierzu gerungen. Das Ergebnis, wie es in der Gemeinsamen Abschlußerklärung⁸ niedergelegt ist, ist in die Form einer Verhandlungsanweisung an die Genfer Delegationen gekleidet, es entspricht in vielen Zügen der seit langem von der SU geforderten Einigung über Schlüsselemente, wenn ihm auch durch die Form der Verhandlungsanweisung die letzte Verbindlichkeit fehlt. Kernelement der erreichten Verständigung ist die Aussage, daß beide Seiten sich für eine noch zu vereinbarende Frist an den ABM-Vertrag, wie 1972 unterzeichnet, halten wollen. Ein Hintergrund-Briefing (vermutlich von NSC-Chef Powell) stellte klar, daß nach amerikanischer Auffassung diese Einigung für die gesamte Geltungsdauer die Frage der engen oder weiten Interpretation⁹ offenläßt. Der Text im Joint Statement lautet wie folgt: „Leaders of the two countries have instructed their delegations to work out an agreement that would commit the sides to observe the ABM Treaty as signed in 1972, while conducting their research, devel-

⁵ Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

⁶ Zu den „Schwellenverträgen“ und zum Stand ihrer Ratifizierung vgl. Dok. 115, Anm. 5.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, führte am 9. Dezember 1987 in Washington Gespräche mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses. Für den Wortlaut seiner Ansprache vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 478 f.

⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Abschlußerklärung vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

⁹ Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

opment and testing as required, which are permitted by the ABM Treaty, and not withdraw from the ABM Treaty, for a specified period of time.“ Das Offenlassen der Bindungsverpflichtung an den Vertrag, die Aushandlung der einzusetzenden Zeitdauer durch die Verhandlungsteams in Genf, die Vorgabe, daß drei Jahre vor Auslaufen dieser Frist eingehende Verhandlungen über die dann bestehende strategische Situation zu führen sind, und die weitere Festlegung, daß dennoch „each side will be free at that time to decide its own course of action“, sind Elemente eines sorgfältig ausgewogenen Kompromisses, der zwar größere sowjetische Zugeständnisse enthält, andererseits aber bis an die Grenze dessen geht, was der Präsident¹⁰ seinen eigenen Anhängern gegenüber zu rechtfertigen in der Lage ist. De facto erscheint mit dieser Lösung eine Entkopplung des START-Vertrages vom ABM-SDI-Komplex gelungen zu sein und damit das entscheidende Hindernis beseitigt, das die Sowjetunion einer Vereinbarung über strategische Offensivwaffen bisher in den Weg gelegt hatte.

Im Vergleich zu diesem Durchbruch erscheint die ebenfalls erzielte Einigung auf eine Untergrenze von 4900 Gefechtsköpfen auf ballistischen Raketen eher als Vollzug eines Kompromisses, der bereits überfällig war und dessen weitere Verzögerung durch nichts mehr hätte gerechtfertigt werden können. Auch hier liegt die vereinbarte Zahl näher an der bisherigen US-Position von 4800 als am letzten sowjetischen Angebot von 5100. Bekräftigt wurde ebenfalls die Begrenzung der schweren Raketen, also der sowjetischen SS-18, auf die bereits vorher angebotenen 1540 GK. Auch die Zählregel für mit Bomben und Kurzstreckenraketen bestückte Bomber als je ein GK wurde bestätigt. Neue Dimensionen der Komplexität von Rüstungskontrollvereinbarungen ergeben sich bei den noch zu vereinbarenden Zählregeln für mit fluggestützten Cruise Missiles ausgerüstete Bomber und für die Erfassung von seegestützten Cruise Missiles. Für letztere wurde die Annäherung erreicht, daß eine zusätzlich zur übrigen Obergrenze von 6000 GK zu vereinbarende Begrenzung erfolgen solle. Die schwierigen Probleme der Verifizierung der zu treffenden Begrenzung sollen insbesondere mit weiterentwickelten nationalen technischen Möglichkeiten erfolgen. (Dies veranlaßte GS Gorbatschow in seiner PK zu einem enthusiastischen Exkurs über die Möglichkeiten intensiverer wissenschaftlicher Zusammenarbeit beider Länder.¹¹) Ebenfalls vereinbart wurden festgelegte GK-Zahlen für verschiedene Raketentypen, also eine Abweichung von der SALT-Regelung, die jeweils die maximal mögliche Zahl zugrunde legte. Auch hier müssen neue Verifikationsmöglichkeiten gesucht werden. Die Vielzahl der sich damit stellenden technischen Fragen läßt den Optimismus, einen unterschrittsreifen Vertrag bis zum nächsten Gipfeltreffen fertigstellen zu können, gewaltig erscheinen. (Da eine Ratifikation durch den Senat, ebenfalls noch in diesem Jahr, ohnehin nicht sehr wahrscheinlich wäre,

¹⁰ Ronald W. Reagan.

¹¹ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 10. Dezember 1987, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe in einer rund zweistündigen Pressekonferenz am selben Tag eine Bilanz seiner Gespräche in Washington gezogen: „Gorbatschow, der dabei einen selbstbewußten, dynamischen und zufriedenen Eindruck machte, nutzte die Veranstaltung, die von verschiedenen Fernsehsendern zumindest teilweise live übertragen wurde, um sich über seine amerikanischen Gesprächspartner hinweg unmittelbar an das amerikanische Volk zu wenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5308; Referat 220, Bd. 144755.

Für den Wortlaut der Ausführungen in der Pressekonferenz vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 501–524.

läßt sich ein Arrangement denken, das Einzelheiten der Verifikationstechnologien der Erarbeitung nach Vertragsunterzeichnung überläßt.)

4) Nukleartests: In diesem Bereich ist ein weiterer kleiner Schritt gemacht worden, der das Etappenziel einer Ratifizierung der Schwellenverträge auf der Basis eines verbesserten Verifikationssystems etwas näher rücken läßt. In einer bereits am 9.12. festgelegten Gemeinsamen Erklärung ist die Durchführung von gemeinsamen Experimenten in der Form von unmittelbarer Beobachtung von ein bis zwei Nukleartests der jeweils anderen Seite unmittelbar an Ort und Stelle vereinbart worden.¹² Dabei kann jede Seite die von ihr bevorzugten Methoden verwenden, die US also das erste Mal CORRTEx¹³ in der Sowjetunion. Dies geht einen wichtigen Schritt über den bereits im November vereinbarten Austausch von Delegationen zur ersten Besichtigung der jeweiligen Testgebiete hinaus.¹⁴ Es stellt jedoch noch keine endgültige Akzeptierung der CORRTEx-Methode als dauerhaftes Verifikationsverfahren durch die SU dar.

¹⁵5) CW: Hier lag die Initiative vornehmlich bei der SU. Die Diskussion zu chemischen Waffen wurde anscheinend hauptsächlich von GS Gorbatschow getragen, der, wie er in seiner PK ausführlich erläuterte, ein intensives Plädoyer für die Wiederbeschleunigung der Verhandlungen in diesem Bereich führte.¹⁶ Irgendwelche konkreten Perspektiven zeichnen sich allerdings nicht ab, in der entsprechenden Arbeitsgruppe wiederholte Nasarkin alle bekannten sowjetischen Argumente, brachte aber nicht, wie dies teilweise erwartet worden war, die Idee einer chemiewaffenfreien Zone in Europa auf. Ob der Appell Gorbatschows an die amerikanische Öffentlichkeit den CW-Verhandlungen einen neuen Impuls zu geben vermag, bleibt abzuwarten. Die Bekräftigung des prinzipiellen Engagements für ein globales CW-Verbot bringt keine neuen Elemente.

6) Auch konventionelle Waffen waren Gesprächsgegenstand. Wie bei den vorausgegangenen AM-Treffen verweigerten die USA auch dieses Mal jede weiterführende Behandlung dieses Themas unter Verweis auf die Zuständigkeit der Allianz und die Mandatsgespräche in Wien¹⁷, für deren rasche Beendigung sich beide Seiten aussprachen. In seiner PK engagierte sich Gorbatschow auch in diesem Bereich sehr klar. Er bestätigte ein weiteres Mal das Bestehen von Asymmetrien zugunsten der SU, verwies auf westliche Überlegenheit in anderen (nicht spezifizierten) Bereichen und betonte, daß eine notwendige Lösung in der „mutual and simultaneous reduction of all asymmetries“ liege. Er betonte allerdings, daß ein realistisches Vorgehen hier die Durchführung in mehreren Phasen erfordere, und erwähnte dabei wiederum das Konzept eines „Korridors begrenzter Rüstungen“. Positiv erwähnte Gorbatschow das von ihm festgestellte amerikanische Interesse an einer Erörterung defensiver Militärdoktrinen.¹⁸

¹² Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Gemeinsame Erklärung zu Atomtests; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 11 f.

¹³ Durchgängig korrigiert aus: „Korrtex“.
Zur CORRTEx-Methode vgl. Dok. 115, Anm. 4.

¹⁴ Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp vgl. Dok. 343, Anm. 6.

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5311 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

¹⁷ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

¹⁸ Vgl. die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

7) Soweit bisher feststellbar, spielte das Thema nuklearer Kurzstreckensysteme unterhalb 500km Reichweite keine besondere Rolle. Im Hintergrund-Briefing (vermutlich Powell) wurde festgestellt, daß nach US-Auffassung erst Fortschritte bei der Herstellung einer ausgeglichenen konventionellen Situation in Europa es erlauben würden, weitere Reduzierungen im Bereich dieser Systeme ernsthaft zu erwägen.

[gez.] Ruhfus

Referat 220, Bd. 144755

365

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3948

Aufgabe: 11. Dezember 1987, 19.45 Uhr¹

Cito

Ankunft: 11. Dezember 1987, 18.28 Uhr

Betr.: Amerikanisch-sowjetischer Gipfel²;
hier: Bewertung nach bisherigen Aussagen

Bezug: DB Nr. 5309 aus Washington vom 10.12. – Pol 322 SOW³

Zur Unterrichtung

Botschaft stimmt erster Bewertung mit Bezugs-DB zu, insbesondere was die Stichworte „Wandel der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen“, „Verankerung in amerikanischer Öffentlichkeit“, „weder Sieger noch Besiegte“ und „psychologischer Durchbruch durch Gorbatschows Auftreten in den USA selbst“ angeht.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Neubert, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 16. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Haller verfügte.

Hat Wagner, Mülmenstädt und Haller vorgelegen.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu auch Dok. 364. Vgl. dazu ferner FRUS 1981–1988, VI, S. 602–680.

³ Botschafter Ruhfus, Washington, zog eine erste Bilanz des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA: „Wenn Reagan den Gipfel auch als Erfolg einer konsequenten, vom amerikanischen Volk unterstützten Politik darstellt, vermeidet er jedoch jeden Hinweis, daß die USA sich durchgesetzt und Gorbatschow nachgegeben habe. Er erkennt die Bereitschaft Gorbatschows zu einem grundlegenden Wandel der Beziehungen bei allen Unterschieden der Systeme an. [...] Es hat keine Sieger und Besiegte gegeben. Auch wenn man die übliche sowjetische Verhandlungstaktik, von Maximalforderungen auszugehen, in Rechnung stellt, hat Gorbatschow doch auf diesem Gipfel mehr gegeben als Reagan. Gorbatschow hat den Besuch dazu benutzt, um gegenüber der Öffentlichkeit in den USA und der SU sowie darüber hinaus deutlich zu machen, daß beide Länder voll gleichberechtigt sind und auch gleiche Verantwortung und gleiche Pflichten gegenüber der Welt haben. Er hat auch hier erläutert, daß die großen Probleme in der Welt nur auf der Basis der Zusammenarbeit gelöst werden können. Von dieser Grundlage aus mußte er nicht auf ein striktes Gleichgewicht des Gebens und Nehmens achten. Allerdings kann es auch keine unbegrenzte Einseitigkeit geben. Die mageren Ergebnisse bei den Regionalfragen zeigen die Grenze der sowjetischen Bereitschaft zum Entgegenkommen auf.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144755.

[1]) Aus hiesiger Sicht erste Eindrücke:

Verlauf und Ergebnisse des Gipfels sind noch nicht bis zum letzten Detail bekannt, auch ist nicht abschätzbar, inwieweit vor allem die sowjetischen Medien „alles“ berichtet haben, Bewertungen müssen deshalb unter diesem „technischen“ Vorbehalt stehen. Immerhin nimmt die Gestalt dieses Gipfels Konturen an:

Über das – nicht ohne letzte Mühen – fertiggestellte INF-Abkommen⁴ hinaus scheinen beide Seiten es weniger auf Papiersubstanz in Form zahlreicher Abkommen über sekundäre Einzelfragen angelegt zu haben als vielmehr auf eine offene Erörterung strittiger Grundsatzprobleme, um die Basis für eine konstruktive Gestaltung der Beziehungen auf längere Sicht zu schaffen.⁵

Die Strukturierung des Gipfels zeigt diese Absicht, der Umgang der beiden Protagonisten miteinander und ihre Formulierungen bestätigen es. Der Washingtoner Gipfel erscheint folglich als erfolgreicher Abschluß eines ersten Versuchs der Verständigung – INF – und als Einstieg in eine Phase schwieriger, aber beiderseits ernsthafter Anstrengungen um einen grundlegenden Wandel in den Beziehungen – mit Auswirkungen weit über das bilaterale Verhältnis hinaus. Gorbatschow wies in seiner Pressekonferenz⁶ in diese Richtung: Beide Seiten seien der Auffassung, daß „sie auf dem Weg aus einer langanhaltenden Phase der Konfrontation heraus und diese hinter sich zu lassen bereit sind“. Dies sei „wichtiges politisches Ergebnis“ und „wichtige Feststellung“ der Gemeinsamen Erklärung⁷. „Genau dies ist die Essenz des Übergangs zu der neuen Etappe in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.“

Der Wandel des Verhältnisses wird – abgesehen von der nüchternen Logik, wonach ein fruchtbarer Interessenausgleich besser ist als eine an den Kräften beider Seiten zehrende Konfrontation – deutlich an dem Bild, zu dem Gorbatschow greift (im Gespräch gegenüber amerikanischen Geschäftsleuten), von dem „sowjetischen Bulldozer und dem amerikanischen Bulldozer, die den Weg zueinander frei räumen“.⁸

Beide Seiten haben in mühevолlem und zeitraubendem Ringen sich letztlich so viel „gegeben“, daß sie sich in ihrem Vorhaben gerechtfertigt fühlen können.

Den Übergang vom Gefühl – oder Urteil – zur Tatsache können aber erst die Ratifikation des INF-Abkommens und weitere Fortschritte in anderen Bereichen bewirken. Solange sind beide Staatsmänner bei ihrem nicht risikofreien Kurswechsel von der rechten Flanke her verwundbar. Beide haben schon in Washington gezeigt, daß sie dem Rechnung tragen (s.u.). Wir werden sehen, wie Gorbatschow die Ergebnisse präsentieren wird. Immerhin kann er einiges vorweisen:

- Reagan hat von Achtung im Umgang miteinander gesprochen, unbeschadet der Differenzen. Das Gefühl, von den USA respektiert zu werden, dürfte hier ein

⁴ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

⁵ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter durch Fragezeichen hervorgehoben.

⁶ Zur Pressekonferenz des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. Dezember 1987 in Washington vgl. Dok. 364, Anm. 11.

⁷ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Abschlusserklärung vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, führte am 10. Dezember 1987 ein Gespräch mit amerikanischen Geschäftsleuten. Für den Wortlaut seiner Ansprache vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 494–497.

wichtiges Element sein, um das, was Gorbatschow „Normalisierung“ nannte, künftig psychologisch abzustützen.

- Dieser Achtung als Umgangsform entspricht in der politischen Substanz die Behandlung der SU als ebenbürtiger Großmacht, und zwar nicht allein – wie unter Breschnew „negativ“ durch Gleichziehen bei den Raketen abgetrotzt –, sondern „positiv“ durch schrittweisen Übergang zu neuen politischen Konzepten, die Interessenausgleich ermöglichen sollen. Als Ko-Autor solchen Wandels von gegenseitiger Bedrohung zur konstruktiven Wahrnehmung „gemeinsamer Verantwortung“ zusammen mit den USA steht Gorbatschow auch zu Hause nicht schlecht da, wenn er Sicherung sowjetischer Interessen in einer Weise betreibt, die außerdem noch einen Wandel zum Besseren in Aussicht stellt statt „mehr Kanonen“, selbst wenn er auf absehbare Zeit nicht wesentlich „mehr Butter“ wird liefern können.

2) Zu den einzelnen Fragen erscheint bemerkenswert:

- Sowjetische Seite hat sowohl bei der START-Untergrenze und dem Wurfgewicht als auch bezüglich des Mechanismus, der strategische Stabilität schaffen soll (ABM: drei Jahre vor Fristablauf Verhandlungen, entweder neue Defensiv-Regelung oder freie Entscheidung), Konzessionen gemacht, die erfolgsträchtige Verhandlungen möglich machen.
- Bei KRK geht es laut Erklärung um „armed forces and conventional armaments“⁹, der Einschluß nuklearer Waffen müßte demnach „vom Tisch“ sein, – darüber hinaus hat Gorbatschow in der PK hierfür einen „neuen politischen Impuls“ vorgeschlagen, „wie in Reykjavik“¹⁰ bezüglich der nuklearen Abrüstung“. Dieser Vergleich legt eine sowjetische Bereitschaft nahe, die es zu testen gilt, um so mehr, als Gorbatschow ausdrücklich von „Ungleichgewichten und Asymmetrie“ spricht, die es zu beseitigen gelte, von „an den Tisch setzen“, „Daten austauschen, sie bewerten, Symmetrien bei Rüstungen und Truppen identifizieren und anfangen, das Problem zu lösen“. Würde dies in die Tat umgesetzt, wäre dies sowohl ein Schritt auf die Sorgen der Europäer zu als auch eine politisch wertvolle Abstützung für das weitere Verfahren bei INF (Ratifikation) und START.
- Gegenüber den positiven Erklärungen zur Rüstungskontrolle scheint es bezüglich der Regionalfragen weit weniger greifbare Fortschritte zu geben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei INF und START beide Partner a) die Materie weit genug aufgearbeitet hatten, und b) „Herren des Verfahrens“ waren. Dies ist nicht übertragbar auf Golf, Afghanistan und Kambodscha, hier können beide nicht „vereinbaren“, sondern allenfalls den Betroffenen „helfen“, wie es in der Erklärung heißt.

Im Fall Afghanistan, wo öffentlich mehr erwartet wurde, kommt hinzu, daß Gorbatschow das Regime in Kabul nicht einfach „fallenlassen“ konnte. Auch wäre nach innen wie im Block die langfristig geplante Entwicklung der Beziehungen zu den USA möglicherweise als zu stark mit sowjetischen Konzessionen verbun-

⁹ Die Wörter „armed forces and conventional armaments“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁰ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

den erschienen. Hier muß wohl erst eine Anfangsposition für eine Neuordnung der Verhältnisse in Afghanistan geschaffen werden, bevor neue sowjetische Schritte vertretbar erscheinen.

Bei den Menschenrechten kommen die Differenzen am stärksten zum Tragen: Dies dürfte sich so schnell nicht ändern. Hier wird erst ein sich allmählich beserndes Gesamtverhältnis substantielle Fortschritte ermöglichen.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 220, Bd. 144755

366

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-7173/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1652

Aufgabe: 11. Dezember 1987, 19.30 Uhr¹
Ankunft: 11. Dezember 1987, 20.06 Uhr

Betr.: Treffen der vier Außenminister zu Deutschland- und Berlin-Fragen am
11.12.1987 in Brüssel² (Gastgeber F)

I. Zusammenfassung

1) Die Behandlung der Berlin-Initiative³ im Anschluß an Präsident Reagans Rede vom 12. Juni⁴ war Hauptthema des Deutschland- und Berlin-Treffens, welches aus diesem Grunde auch (auf amerikanischen Wunsch) mit einem Fototermin und einer Presseerklärung (s. Anhang 1⁵) der vier Außenminister endete.

Die Minister verabredeten auf der Grundlage eines in der Bonner Vierergruppe in den letzten Monaten entwickelten Konzepts, daß die SU nunmehr auf diplo-

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

Hat Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee am 14. Dezember 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach, Vortragenden Legationsrat von Berg, Legationsrat I. Klasse Ulrich und Referent Lassus verfügte.

Hat Lambach, Berg, Ulrich und Lassus am 14. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Waldersee am 15. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Ablichtungen an 013, 201, 213.“

² Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

³ Zur Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 342.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 4. Dezember 1987, in der Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt am Vortag mit Vertretern des Auswärtigen Amts, der Bundesministerien für Verkehr bzw. für Innerdeutsche Beziehungen sowie der Landesvertretung von Berlin sei Einvernehmen über „folgende Orientierung für die Gespräche in Brüssel“ erzielt worden: „Wenn die Drei Mächte Noten zur Berlin-Initiative absenden wollen, wäre Widerstand der BR Deutschland unangebracht. In diesem Falle sollte angestrebt werden, den Verfahrensteil der Note gegenüber dem Entwurf zu entschärfen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145177.

⁴ Zum Besuch des Präsidenten Reagan am 12. Juni 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 168.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für die Presseerklärung vgl. den Drahtbericht Nr. 1652 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z.Z. Brüssel, vom 11. Dezember 1987; VS-Bd. 13466 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

matischem Wege durch die Drei Mächte angesprochen werden soll, um ihr die Initiative offiziell zu präsentieren.

Weiterer Gegenstand der Beratungen war das Verhältnis der Berliner zu den Alliierten.

2) Die Minister billigten die Passage zu Deutschland und Berlin im Kommuniqué des NATO-Rats (Anhang 2⁶), den Text eines Aide-mémoire für die Aufnahme von Gesprächen mit der SU über die Berlin-Initiative⁷ und nahmen Kenntnis von dem der Initiative zugrundeliegenden Konzept sowie von dem halbjährlich erstellten Berlin Assessment. Die Vier nahmen den in Anhang 3 wiedergegebenen Bericht der Direktoren entgegen.⁸

II. Im einzelnen

1) Kommuniqué

Hinweis auf ungehinderten Zugang in Satz 1 signalisiert Besorgnis gegenüber anhaltender und im vergangenen Halbjahr weiter erhöhter sowjetischer Reservierungspraxis in den Luftkorridoren⁹. Zur 750-Jahr-Feier¹⁰ macht Kommuniqué deutlich, daß ihr Ablauf zwar ein weiteres Mal die Teilung Berlins spüren ließ, die Festlichkeiten und Besuche im Westteil der Stadt aber erneut seine Attraktivität und Lebenskraft belegt haben. Die Reagan-Initiative (Satz 3) ist in Form ihrer konkreten Vorschläge wiedergegeben. Ihre öffentliche Unterstützung durch das Bündnis erfolgt somit fast zeitgleich mit ihrer Präsentation an die sowjetische Seite (durch Aide-mémoire in Moskau, s. u.).

Im Absatz zu den innerdeutschen Beziehungen werden die Schwerpunkte unserer Deutschlandpolitik des vergangenen Halbjahres herausgestellt – Verstetigung von Dialog und Zusammenarbeit (Honecker-Besuch¹¹), Einbeziehung Berlins (Schnellbahn, Stromverbund) – und als Beitrag für verbesserte West-Ost-Beziehungen gewürdigt. Der Hinweis auf die Teilung des deutschen Volkes bekräftigt das Engagement der Drei Mächte und des Bündnisses insgesamt in der deutschen Frage.

2) Berlin-Initiative

Die Vorschläge des US-Präsidenten an die SU in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor zur Verbesserung der Lage in und um Berlin sind nach konzeptioneller Vorarbeit in der Vierergruppe von den Ministern als Gesprächsvorschlag an

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1652 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z. Z. Brüssel, vom 11. Dezember 1987; VS-Bd. 13466 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

Vgl. ferner Ziffer 11 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 88. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 110 f.

⁷ Für den Entwurf des Aide-mémoires der Drei Mächte vgl. Referat 210, Bd. 145177.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für den Bericht der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA zu Berlin und Deutschland als Ganzes vgl. den mit Drahtbericht Nr. 1653 übermittelten zweiten Teil des Fernschreibens; VS-Bd. 13466 (210); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. Anm. 1.

⁹ Zu den Bestimmungen über den Luftverkehr von und nach Berlin vgl. Dok. 354, Anm. 10.

Zu den sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin vgl. AAPD 1985, I, Dok. 96.

¹⁰ Zu den 750-Jahr-Feiern in Berlin vgl. Dok. 131.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

die SU in Form eines Aide-mémoire beschlossen worden. Es wird in den nächsten Wochen in Moskau durch die Drei Mächte überreicht werden. In ihm wird die SU auf das Bestreben der Drei Mächte hingewiesen, praktische Verbesserungen in der Lage Berlins zu erzielen, dies auch im Interesse verbesserter West-Ost-Beziehungen. Das Aide-mémoire schlägt dazu konkrete Gespräche der Vier Mächte zu folgenden Themen vor:

- Luftzugang nach Berlin,
- Erweiterung der Luftverbindungen dorthin (in diesem Zusammenhang auch Hinweis auf mögliche innerdeutsche Luftverbindungen),
- Begegnungsmöglichkeiten in Berlin, insbesondere Jugendaustausch,
- internationale Veranstaltungen in Berlin, auch zugleich in beiden Teilen (Olympische Spiele).

Die Reagan-Initiative verbindet mehrere Absichten:

- Das Luftregime in den Korridoren sicher und unproblematisch durchzuführen, ohne hierfür sich auf Verhandlungen über die Grundlagen einzulassen und damit den Rechtsgrundsatz originärer Zugangsrechte zu beeinträchtigen,
- neue Flugverbindungen nach Berlin (West), auch außerhalb der Korridore, zu schaffen und damit Berlin zum Luftkreuz auszubauen,
- die unbeanstandete Abhaltung internationaler Konferenzen unter nach VMA¹² möglicher Beteiligung des Bundes zu sichern, weitere prominente Veranstaltungen nach Berlin zu holen und letztlich auch mit diesem Mittel die Teilung Berlins zu erleichtern und die unnatürliche Lage in Berlin im öffentlichen Bewußtsein zu halten (siehe Vorschlag Olympischer Spiele in beiden Teilen der Stadt, dieser Vorschlag enthält auch das taktische Element, eine Bewerbung der DDR für „ihre Hauptstadt“ frühzeitig abzublocken).

Die Motive der Initiative rühren einmal aus dem Wunsch, angesichts der initiativen Politik des Senats und der Erwartungen in Berlin und in der deutschen Öffentlichkeit allgemein das konstruktive Engagement der Drei Mächte für Berlin deutlich zu machen, andererseits aus dem vornehmlich amerikanischen Interesse, die SU auf ihre Absichten zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen hin in Berlin zu prüfen und zu Antworten herauszufordern. In Vierergruppe und Ministertreffen gelang es, beide Motive in einem Ansatz zu verbinden, der alle Optionen für erfolgsorientierte Gespräche mit der SU offenhält. Für den operativen Schlußteil des zur Übergabe in Moskau vorgesehenen Aide-mémoire wurde folgender Text verabredet: „The Three Powers would like to receive the reaction of the Soviet authorities to the above ideas for seeking improvements in the Berlin situation, with a view to holding talks at an early date.“¹³

¹² Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach unterrichtete am 16. Dezember 1987: „Gemäß dem Beschluß der vier Außenminister auf dem Deutschland- und Berlin-Treffen am 11.12.1987 in Brüssel und gemäß der in der Bonner Vierergruppe erfolgten Abstimmung der Einzelheiten wird der französische Botschafter in Moskau, begleitet von höherrangigen Mitarbeitern (wohl jeweilige „Nummer drei“) der britischen und US-Botschaft, die Berlin-Initiative offiziell unter Überreichung des als Anhang folgenden Aide-mémoires an die Sowjetunion herantragen. Die Demarche soll bald (voraussichtlich noch vor Weihnachten) und gegenüber angemessen hoher Ebene des SAM (etwa stv. AM) erfolgen.“

3) Verhältnis der Berliner zu den Alliierten

Auf allen Ebenen der Gespräche wurden auch Fragen der laufenden Rechtsbereinigung in Berlin behandelt.

Die Minister begrüßten die grundsätzliche alliierte Entscheidung, ein alliiertes Büro einzurichten, um einen förmlichen Weg zu organisieren, auf dem Beschwerden von Berlinern gegen Handlungen der Alliierten geprüft werden können.

Die Behandlung des Themas der Abschaffung alliierten Rechts¹⁴, das in Berlin weiterhin die Verhängung der Todesstrafe ermöglicht¹⁵, bildete einen wichtigen Beratungsgegenstand. Dabei wurde deutlich, daß F und GB über die wachsenden, überwiegend innenpolitisch begründeten Schwierigkeiten in den USA besorgt sind, die einer Rechtsbereinigung in Berlin im Wege stehen. Angesichts des Umstands, daß nun auch die DDR die Todesstrafe abgeschafft hat¹⁶, wird allerdings auch von der US-Administration nicht verkannt, daß das Thema Todesstrafe zu einem erheblichen Reibungspunkt nicht nur der Berliner mit den Alliierten werden könnte. Wir haben auf Experten- und Direktorenebene auf den deutschlandpolitischen Zusammenhang hingewiesen. D2¹⁷ hat auf den Wunsch des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses verwiesen, daß die Angelegenheit auf hoher politischer Ebene aufgenommen werde. D2 hat gegenüber dem US-Vertreter, der auch den britischen Gedanken einer Erklärung der Alliierten zur Nicht-Praktizierung der Todesstrafe verwarf, deutlich unterstrichen, daß wir die Rolle der Alliierten in Berlin als die von Treuhändern der deutschen Nation ansehen. Daher sei es geboten, zwischen der eigenen Rechtsordnung eines Alliierten und der für Berlin geltenden zu differenzieren. Entgegen vorheriger Ankündigung verzichtete AM Raimond darauf, Thema Todesstrafe auf AM-Ebene anzusprechen und begnügte sich damit, die bevorstehende Einrichtung der Beschwerdestelle zu würdigen. AM Raimond und AM Howe werden jedoch nach Angaben ihrer Delegationen das Thema Todesstrafe mit AM Shultz bilateral aufnehmen. Wir werden das bei dem Besuch von AM Shultz am Dienstag in Bonn tun.¹⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 1846

Details hierzu sollen unter den vier Botschaftern in Moskau abgestimmt werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 123; Referat 210, Bd. 145177.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 29. Dezember 1987 mit: „Demarche wurde am 29.12. durch F-Botschafter gegenüber Erstem VAM Kowaljow unter Verlesung des Memorandums und Übergabe franz[ösischen] und engl[ischen] Textes durchgeführt.“ Kowaljow habe die Prüfung zugesagt und angekündigt, die UdSSR werde die DDR konsultieren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4093; Referat 210, Bd. 145177.

¹⁴ Mit Schreiben vom 5. Mai 1955 an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Suhr, bekräftigten die Drei Mächte unter Berufung auf Artikel 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschlandvertrag), „daß, was Berlin anbelangt, die Botschafter der drei Mächte bei der Bundesrepublik auf Grund der Bestimmungen dieses Artikels alle Rechte, Verantwortlichkeiten und Hoheitsrechte, wie sie die Hohen Kommissare innehatten, beibehalten“. Vgl. DzD III/1, S. 5.
Vgl. dazu ferner die Erklärung der Alliierten Kommandantur vom 5. Mai 1955; DzD III/1, S. 6–9.

¹⁵ Artikel 1 der Verordnung Nr. 511 der Drei Mächte vom 15. Oktober 1951 sah als Höchstmaß für „strafbare Handlungen gegen die Interessen der Besatzung“ in Berlin (West) die Todesstrafe vor. Vgl. GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR BERLIN 1951, Nr. 66, Seite 1112.

¹⁶ Zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR am 17. Juli 1987 vgl. Dok. 217, Anm. 20.

¹⁷ Hermann Freiherr von Richthofen.

¹⁸ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1987 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 371 und Dok. 372.

4) Eine mögliche Begegnung RBM Diepgen/Honecker in Berlin (Ost) wurde kurz im Bericht der Direktoren angesprochen, nachdem er auf Expertenebene unkontrovers behandelt worden war.¹⁹

5) Die Gespräche fanden, wie üblich, in einer offenen und vertrauensvollen Atmosphäre statt.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 13466 (210)

367

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-7182/87 geheim
Fernschreiben Nr. 1661

Aufgabe: 11. Dezember 1987, 23.50 Uhr¹
Ankunft: 12. Dezember 1987, 02.26 Uhr

Betr.: Konsultationen im kleinen Kreis der Politischen Direktoren am 10.12.1987
in Brüssel

Zur Unterrichtung

Die Politischen Direktoren trafen sich im Rahmen eines Abendessens am Vorabend der NATO-Herbsttagung in Brüssel² zu vertraulichen Konsultationen im kleinen Kreis. Die USA waren ausnahmsweise, auf Bitte von R. Ridgway, die ebenso wie ihr Vertreter³ wegen des Gorbatschow-Besuchs von Washington⁴ unabhkömmlich war, durch den amerikanischen NATO-Botschafter Keel vertreten.

Gesprächsthemen waren:

- Beziehungen zur Sowjetunion,
- NATO-Kommuniqué,
- Beziehungen zu Polen, Rumänien, Jugoslawien, ČSSR, DDR,
- KSZE,
- Irak–Iran und Naher Osten,
- Zentralamerika.

¹⁹ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, führte am 11. Februar 1988 in Ost-Berlin ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu KOALITION DER VERNUNFT, S. 697–720.

¹ Das Fernschreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke, z.Z. Brüssel, konzipiert und in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 38.
Hat Moltke am 18. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

² Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 vgl. Dok. 369.

³ Charles H. Thomas.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

Zu diesen Themen ist zusammenfassend festzuhalten:

1) Beziehungen zur Sowjetunion

Das Gipfeltreffen wurde in Anbetracht der am 11.12. vorgesehenen Unterrichtung des NATO-Rates durch AM Shultz und der begrenzten Detailinformationen, über die Botschafter Keel verfügte, nur in allgemeiner Form behandelt.

GB wies darauf hin, daß Gorbatschow bei seinem Gespräch mit MP Thatcher einen sehr entspannten, selbstsicheren Eindruck voller Energie und Entschlossenheit gemacht habe.⁵ Nichts habe darauf hingedeutet, daß seine Stellung in der SU in irgendeiner Form begrenzt sei. Keel bestätigte dies auch hinsichtlich der Gespräche in Washington. F erwähnte, daß Karpow am 14.12. zur Unterrichtung über den Gipfel in Paris erwartet werde. Ich unterrichtete über die Konsultationen mit dem sowjetischen Vertreter in der VN-Menschenrechtskommission, Lomeiko, in Bonn⁶ und erwähnte, daß er auch einen Besuch von Karpow in Bonn⁷ angekündigt habe.

Im Zusammenhang mit dem Le-Monde-Interview von Ligatschow⁸ wurde seine Stellung in der sowjetischen Führung erörtert. GB wies darauf hin, daß im ZK-Sekretariat die wirkliche Macht liege, weil von hier aus die Personalfragen und auch die personelle Zusammensetzung des ZK gesteuert würden. Die sei gerade mit Blick auf die Allparteienkonferenz 1988⁹ ein wichtiger Aspekt. Er frage sich, wieweit Gorbatschow die Kontrolle über die Personalentscheidungen habe und seine Leute bis in nachgeordnete Ränge unterbringen könne. Dazu brauche er das ZK-Sekretariat. Ihn habe überrascht, daß Ligatschow gesagt habe, das Polit-

⁵ Zum Gespräch der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1987 in Brize Norton vgl. Dok. 359.

⁶ Ministerialdirigent Bazing vermerkte am 10. Dezember 1987, der Leiter der sowjetischen Delegation bei der VN-Menschenrechtskommission, Lomeiko, habe am 8. Dezember 1987 im Auswärtigen Amt Menschenrechtsfragen diskutiert. Lomeiko habe zudem ein einstündiges Gespräch mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen geführt. Erörtert wurden die Menschenrechtslage in Kuba und Afghanistan sowie Möglichkeiten einer bilateralen Zusammenarbeit: „Wir wiesen hin auf den fundamentalen Gegensatz zwischen dem westlichen M[enschen]R[echts]-Begriff – vorstaatliche Quelle, Abwehrrechte des Individuums gegen den Staat – und der östlichen Konzeption – vom Staat gewährleistete Rechte, deswegen Korrelat zwischen Rechtsgewährung und Erfüllung ‚staatsbürgerlicher‘ Pflichten. Hier sei noch ein weites Feld für gegenseitige Unterrichtung und Lernprozesse vorhanden. Lomeiko bemühte sich, MR (auf die er häufig den ungenauen Begriff ‚humanitäre Fragen‘ anwandte) – analog dem Artikel von Gorbatschow in der ‚Prawda‘ vom 17.9.1987 – unter das Schlagwort ‚humanitärer Aspekt der Sicherheit‘ zu rubrizieren und damit zwischen Erfüllung der MR-Verpflichtungen und Abrüstungswillen der Staaten eine Wechselbeziehung aufzustellen. Es wurde klar, daß für Lomeiko MR als Leistung des Staates verstanden werden; der individuelle Anspruch tritt hiergegen zurück.“ Vgl. Referat 213, Bd. 142604.

⁷ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am 12. Dezember 1987 vgl. Dok. 368.

⁸ Für das Interview mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow, vgl. den Artikel „Un entretien avec le numéro deux soviétique“; LE MONDE vom 4. Dezember 1987, S. 1 und S. 6. Vortragender Legationsrat Libal analysierte am 4. Dezember 1987: „Ligatschows Sprache ist deutlich konventioneller als die Gorbatschows und verrät durchaus einen gewissen Konservatismus. In einigen Bereichen (Aufarbeitung der Vergangenheit, Rolle der Ideologie) ist das Bemühen um Wahrung einer gewissen Kontinuität deutlich herauszulesen. In den Kernfragen der Reformpolitik (Wirtschaftsreform und ‚Demokratisierung‘) gibt sich Ligatschow jedoch mit dem GS völlig einig. Er befürwortet nachdrücklich auch die Linie der ‚Demokratisierung‘ einschließlich ‚Glasnost‘. [...] Nach diesem Interview scheint es weniger denn je gerechtfertigt, Ligatschow zum orthodoxen Gegenspieler Gorbatschows aufzubauen, wie dies in der westlichen Presse verbreitet geschehen ist.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143517.

⁹ Die XIX. Allunionsparteikonferenz der KPdSU fand vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

büro (und nicht der GS) habe ihm den Vorsitz des ZK-Sekretariats übertragen. Bedeute dies, daß Gorbatschow nicht sein Vorgesetzter sei? F hob hervor, daß dies nach seiner Kenntnis das erste Mal in der SU sei, daß die Nummer 2 der Partei institutionell abgesichert werde. Es sei sicher kein Zufall, daß L. dies im Interview allgemein bekanntgemacht habe. Ich wies auf die Äußerungen Honeckers gegenüber BK Schmidt beim Treffen am Werbellin-See 1981¹⁰ hin, in denen Honecker bei der Darstellung der Strukturen ausgeführt hat, daß das Sekretariat die Entscheidungen des Politbüros ausführe, demnach der Vorsitzende des Sekretariats dem Politbüro deutlich nachgeordnet sei.

F berichtete über den Aufenthalt Ligatschows in Frankreich, der hauptsächlich dem Kongreß der Kommunistischen Partei¹¹ gegolten habe, bei dem L. sich sehr vorsichtig zu Perestroika geäußert habe. Die Rede von L. auf dem Kongreß habe den Eindruck bestätigt, daß es keine Distanz zu Gorbatschow gäbe, besonders nicht im außenpolitischen Bereich, daß aber im innenpolitischen Bereich starke unterschiedliche Nuancierungen vorhanden seien. L. habe sich hierzu deutlich vorsichtiger und zurückhaltender geäußert. F berichtete, daß das Gespräch Ligatschow–Mitterrand fast ausschließlich den bilateralen Beziehungen gegolten habe.¹² L. habe auf Belegung der „nicht normalen“ Beziehungen und auf mehr Konsultationen gedrängt. CW sei auch kurz zur Sprache gekommen, weil SU über den französischen Vorschlag der Sicherheitsbestände¹³ nicht glücklich sei.

GB berichtete, daß der Besuch von AM Howe in Moskau voraussichtlich unmittelbar nach dem Europäischen Rat (11./12. Februar¹⁴) stattfinden werde.¹⁵

Keel führte aus, daß US sich fragen, warum – wie in Meinungsumfragen deutlich – in Europa das INF-Abkommen¹⁶ und die Null-Lösung trotz aller gegenteiligen Hinweise dem Politiker Gorbatschow zugerechnet werden.

Ich trat dem mit Hinweis auf die BT-Debatte vom 10.12.¹⁷ entgegen und wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung bei uns durchaus INF als Ergebnis unserer gemeinsamen Strategie und Standfestigkeit verstehe, daß aber auch neues Denken Gorbatschows für das Zustandekommen mit ursächlich sei. F und GB wiesen ergänzend auf die geschickte PR-Arbeit von Gorbatschow mit seinen und seiner Frau¹⁸ „news value“ hin. Darüber gerieten die langfristigen Anstrengungen und Initiativen der Allianz in den Medien in den Hintergrund.

¹⁰ Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368. Vgl. dazu auch DzD VI/7, S. 423–534.

¹¹ Der Parteitag der Parti Communiste Français fand vom 2. bis 6. Dezember 1987 in Saint-Ouen statt.

¹² Staatspräsident Mitterrand führte am 3. Dezember 1987 in Paris ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Ligatschow.

¹³ Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

¹⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 11./12. Februar 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988.

¹⁵ Der britische Außenminister Howe hielt sich vom 14. bis 16. Februar 1988 in der UdSSR auf.

¹⁶ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

¹⁷ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3454.

¹⁸ Raissa Maximowna Gorbatschowa.

2) NATO-Kommuniqué¹⁹

F brachte die Differenzen (Ziffer 1 und 4/5) bei der Abfassung des NATO-Kommunikés zur Sprache. Eine Annäherung der Standpunkte erfolgte nicht. US, GB und ich unterstrichen das starke Interesse, Frankreich einzubeziehen, sahen aber keine Möglichkeit, von der von der Bundesregierung gewünschten und von BM mit AM Shultz abgesprochenen wörtlichen Wiederholung der Ziffern 7 und 8 des Reykjavik-Kommunikés²⁰ abzugehen. Wir wiesen einmütig darauf hin, daß der Versuch einer Neuformulierung zu viele schwierige Fragen aufwerfe. F wies darauf hin, daß Frankreich dann nur die schon bei Ziffer 7 in Reykjavik praktizierte Alternative bliebe, sich von Ziffer 4 des Kommunikés zu distanzieren. Ich unterstrich unseren mit F gemeinsamen Wunsch, die Einsetzung einer Studiengruppe voranzubringen. Es bestand Einigkeit, daß Ziffer 8 so weit gefaßt ist, daß bei der Studie auch der französische Wunsch auf Berücksichtigung der West-Ost-Beziehungen allgemein diskutiert werden kann, ohne daß dies jetzt im Kommuniqué zum Ausdruck gebracht werden müßte.

Zu Ziffer 1 des Kommuniké-Entwurfs wies US auf die Notwendigkeit einer deutlichen, das INF-Abkommen unterstützenden Erklärung für den Ratifizierungsprozeß hin. Es dürfe kein Zweifel bleiben, daß das Abkommen den Sicherheitsinteressen der Allianz entspreche. Den Kritikern und denjenigen, die in den USA glauben, für Europa in das Abkommen kritisierender Weise sprechen zu müssen, müßte der Boden entzogen werden. Ich unterstrich, daß wir an der Ratifizierung des Vertrages sehr interessiert seien und wir den USA jede Unterstützung für die Ratifizierung geben wollten. GB wies darauf hin, daß das Kommuniqué die erste Stellungnahme der Allianz nach der Unterzeichnung darstelle und an seiner Unterstützung keine Zweifel aufkommen lassen dürfe.

3) Beziehungen zur DDR und Ländern Osteuropas

Polen

Einigkeit bestand, daß das Referendum die Lage in Polen kompliziert hat.²¹ GB und ich vertraten die Ansicht, daß die Regierung ihr Reformprogramm in reduzierter Form fortsetzen werde. Ich wies darauf hin, daß der Umfang in starkem Maße davon abhängen werde, wieweit die Opposition bereit sein werde, es mitzutragen. Die wirtschaftliche Lage sei bedenklich, Fortschritte nicht zu verzeich-

¹⁹ Für den Wortlaut des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112.

²⁰ Für den Wortlaut von Ziffer 7 und 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung vom 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

²¹ Am 29. November 1987 fand in Polen ein Referendum über Reformen des wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Lebens statt, an dem sich 68% der Stimmberechtigten beteiligten und bei dem die Zustimmung zu den beiden zur Abstimmung gestellten Fragen jeweils unter 50% blieb. Für den Wortlaut der Referendumsfragen vgl. POLENS GEGENWART, Nr. 11/1987, S. 44–46.

Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 2. Dezember 1987: „Das Referendum über wirtschaftliche und politische Reformen hat nicht die erforderliche – und allseits erwartete – Zustimmung einer Mehrheit der Wahlberechtigten zur Politik der polnischen Führung erbracht. [...] Die Anwendung eines demokratischen Prinzips und das – wenngleich gewundene – Eingeständnis der Niederlage dürften die Glaubwürdigkeit der Führung langfristig im In- und Ausland erhöhen. [...] Das Ergebnis dürfte im wesentlichen zuverlässig sein. Hierfür spricht allein schon das für die Regierung negative Ergebnis.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1977; Referat 214, Bd. 139701.

nen. Nach der Einigung im Pariser Club²² sollte Polen bald ein IWF-Abkommen abschließen, was wir unterstützen. Polen sei leider nicht in der Lage, durch Zahlung der reduzierten Rate für 1987 auf den Jumbo-Kredit aus den 70er Jahren²³ die Voraussetzung für die Wiedereröffnung der Hermes-Ausfuhrbürgschaften zu schaffen. BM werde vom 10. bis 13. Januar eine seit 1984 geplante Reise nach Polen durchführen²⁴, nachdem nun die Voraussetzungen hierfür von polnischer Seite geschaffen seien. Welche Ergebnisse diese Reise bringen könnte, sei offen.

GB erwähnte, daß der polnische AM Orzechowski²⁵ London besucht²⁶ und MP Thatcher eine Einladung überbracht habe, die sie für das nächste Jahr angenommen habe. Dies werde der erste MP-Besuch in Polen in der britischen Geschichte sein.²⁷ O. sei ein intelligenter, umgänglicher Mann, sein Besuch habe aber nichts Neues erbracht. Hinsichtlich der Kreditfrage teile GB die Auffassung von D, daß Polen nur neue Kredite erhalten könne, wenn es seine Schulden in der im Pariser Club vorgesehenen Form tilge.

Rumänien

Einigkeit bestand darüber, daß die Lage in Rumänien sehr ernst ist. Ich wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung uns große Sorgen macht, besonders auch im Hinblick auf die Deutschstämmigen im Lande²⁸, und daß die rumänische Regierung bei unseren Bemühungen, den Menschen durch Spendensendungen zu helfen, alles andere als hilfreich ist. Ich erwähnte, daß

²² Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 263, Anm. 30.

Referat 422 notierte am 22. Dezember 1987, die „Bemühungen der staatlichen Gläubiger um eine Neuordnung der polnischen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem ‚Pariser Club‘ haben mit der Paraphierung eines multilateralen Umschuldungsprotokolls am 30. Oktober 1987 nach zweitägigen Verhandlungen in Paris zwischen der polnischen Regierung [...] und den 17 westlichen Gläubigerregierungen sowie dessen Unterzeichnung am 16.12.1987 zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden können. Die Vereinbarung sieht die Umschuldung sämtlicher polnischer Zahlungsverpflichtungen bis Ende 1988, einschließlich der bis Ende 1987 aufgelaufenen Rückstände, vor und verschafft Polen eine Zahlungsentlastung bis Ende 1988 von ca. 8,5 Mrd. \$. Statt eigentlich fälliger Verpflichtungen von ca. 9,5 Mrd. \$ (Fälligkeiten bis Ende 1988 und Rückstände) hat Polen bis 31.3.1989 an die Gläubiger des ‚Pariser Clubs‘ lediglich ca. 1 Mrd. \$ zu zahlen. Die Regelung trägt damit der äußerst eingeschränkten Schuldendienstkapazität Polens in den Jahren 1987 und 1988 Rechnung“. Allerdings habe Polen entgegen den Bestimmungen des Pariser Protokolls vom 16. Dezember 1987 „die zum 31.11.1987 zu leistende erste Teilzahlung in Höhe von 12,5 % der von der Umschuldung ausgenommenen Rückstände per 31.3.1987 aus dem Umschuldungsabkommen 1981 (Anteil der Bundesrepublik Deutschland: ca. DM 15,4 Mio.; bisher gezahlt: ca. DM 14,9 Mio.; deutsche Seite ist wegen Differenz von ca. 0,5 Mio. DM mit polnischer Regierung im Gespräch) ohne die ebenfalls fälligen Verzugszinsen (Anteil der Bundesrepublik Deutschland: ca. DM 3,7 Mio.) bezahlt“. Vgl. Referat 422, Bd. 148954.

²³ Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5 % über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

Am selben Tag wurde ein Ausreise-Protokoll unterzeichnet, in dem die polnische Regierung erklärte, „daß etwa 120 000 bis 125 000 Personen im Laufe der nächsten vier Jahre die Genehmigung ihres Antrages zur Ausreise erhalten“ würden. Vgl. BULLETIN 1975, S. 1199. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296, und AAPD 1976, I, Dok. 60 und Dok. 75.

²⁴ Ein für den 21. bis 23. November 1984 vorgesehener Besuch des Bundesministers Genscher in Polen wurde kurzfristig abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

Zur Verschiebung des für Sommer 1987 geplanten Besuchs Genschers in Polen vgl. Dok. 122, Anm. 17. Genscher besuchte Polen schließlich vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

²⁵ Korrigiert aus: „Orzechowski“.

²⁶ Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte Großbritannien vom 7. bis 9. Dezember 1987.

²⁷ Premierministerin Thatcher besuchte Polen vom 2. bis 4. November 1988.

²⁸ Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

der rumänische Botschafter in Bonn²⁹ versucht hat, eine Debatte im Bundestag über die Notlage in Rumänien zu verhindern. Wir hätten dieses Ansinnen nicht nur weit von uns gewiesen, alle Fraktionen hätten vielmehr in der Debatte am 9.12.³⁰ festgestellt, daß die Lage sehr ernst und Hilfe dringend erforderlich sei.³¹ BM werde am 16./17. Dezember nach Rumänien reisen; in Anbetracht der gegenwärtigen Lage und der Ausreiseprobleme eine schwierige Reise.³²

F sah keine Anzeichen dafür, daß Ceauşescu die Kontrolle entgleitet. Ich erwähnte, daß dies auch unserer gegenwärtigen Einschätzung entspricht. GB wies darauf hin, daß Rumänien nicht nur bei den Menschenrechten hinter der Entwicklung in den anderen Ländern zurückbleibe, sondern auch im Gegensatz zu den anderen keine wirtschaftlichen Reformansätze mache. Die britische Regierung habe gegenwärtig kein Konzept für ihre Politik gegenüber Rumänien.

Jugoslawien

Einigkeit bestand, daß es in Jugoslawien bisher keine Anzeichen für eine Besserung der Lage gibt. F wies auf die hohe Pro-Kopf-Verschuldung (höher als in Mexiko) hin³³; GB stellte fest, daß Jugoslawien wenigstens im Bereich der Menschenrechte und in seiner Außenpolitik ein besseres Bild als andere zeige. Ich führte aus, daß als Erbe Titos die Zentralregierung heute zu schwach sei. Die Armee sei ein Faktor im Kräftefeld, wir glaubten aber nicht, daß sie die Macht übernehmen werde. Dadurch würde im Vielvölkerstaat Jugoslawien durch die serbisch-montenegrische Dominierung in der Armee ein weiteres Problem hinzugefügt werden. Die regionalen Kräfte nähmen zu. Aber selbst die albanische Regierung habe uns gesagt, daß sie nicht an einer Destabilisierung Jugoslawiens interessiert sei. Ich wies in diesem Zusammenhang besonders darauf hin, daß die sensiblen Minoritätenfragen auf dem Balkan wieder virulent würden, und wir bei der Abfassung der KSZE-Texte darauf Rücksicht nehmen sollten. Die alten Probleme des Balkans hätten sich unter der Decke des Kommunismus als überlebensfähig erwiesen.

DDR

F wies auf den Besuch von Honecker am 8. Januar in Paris³⁴ in Erwiderung des Besuchs von MP Fabius 1985 in Ost-Berlin³⁵ hin. Der DDR sei klargemacht wor-

²⁹ Marcel Dinu.

³⁰ Korrigiert aus: „10.12.“

³¹ Für die Debatte im Bundestag am 9. Dezember 1987 über die Versorgungslage in Rumänien vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 48. Sitzung, S. 3369–3375.

Vgl. dazu ferner den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vom selben Tag über die Versorgungslage in Rumänien; BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/1489.

³² Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf. Für sein Gespräch mit Präsident Ceauşescu am 17. Dezember 1987 in Bukarest vgl. Dok. 375.

³³ Die Botschaft in Belgrad übermittelte am 15. Mai 1987 den „Jahreswirtschaftsbericht Jugoslawien 1986“. Darin hieß es: „Über 90 % der jugoslawischen Auslandsschulden lauten in konvertibler Währung, und hiervon sind rd. 2/3 in US-Dollar. Schulden gegenüber den Clearinghandelspartnern (UdSSR, DDR, ČSSR) sind ebenfalls in US-Dollar und betrugen Ende 1986 rd. 1,5 Mrd. Dollar. Trotz einer Netto-Rückzahlung in Höhe von US-Dollar 1,25 Mrd. im Laufe des Jahres 1986 wuchs die Verschuldung in konvertibler Währung auf US-Dollar 19,36 Mrd.“ Gleichwohl sei Jugoslawien seinen Schuldenverpflichtungen pünktlich und vollständig nachgekommen: „Zins- und Tilgungsleistungen (ohne IWF) wuchsen von US-Dollar 4,9 Mrd. im Jahre 1985 auf US-Dollar 5,7 Mrd. im Jahre 1986.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 616; Referat 421, Bd. 140261.

³⁴ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Frankreich vom 7. bis 9. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

³⁵ Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

den, daß dieser Gegenbesuch erst nach einem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik³⁶ in Betracht kommen könne. Die Beziehungen seien gut und problemlos. Das französische Kulturzentrum arbeite ganz gut. Der Handel entwickle sich. Ich würdigte den Besuch positiv und wies darauf hin, daß jeder Kontakt mit westlichen Ländern den westlichen Einfluß in der DDR in unserem Interesse verstärke. Die DDR wisse, daß sie das enge deutsch-französische Verhältnis nicht berühren könne. F sollte Honecker ermutigen, weiterhin Besuchsreisen großzügig zu genehmigen.

ČSSR

Ich berichtete kurz vom BM-Besuch in Prag³⁷ und von den auch in der ČSSR erkennbar werdenden Tendenzen, sich zu öffnen und der sowjetischen Reformpolitik zu folgen. Ich wies aber auch auf die schwierige Lage der katholischen Kirche hin. F sah hier bereits erste positive Entwicklungen.

³⁸4) KSZE

Moskauer Konferenz³⁹

GB machte deutlich, daß sich die ablehnende Haltung der britischen Regierung nicht geändert habe und eine Änderung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei. Moskau sei – ebenso wie Pretoria – nicht der richtige Ort (no natural place) für eine Konferenz zu dieser Materie. GB erklärte sich aber bereit, intern im westlichen Kreis über WT.19⁴⁰ und dessen mögliche Konkretisierung und Verbesserung zu sprechen. Ich begrüßte diese Bereitschaft und wies erneut auf die Gefahr hin, daß wir bei Fortschritten im Bereich der konventionellen Stabilität bei weiterer Stagnation im Bereich der menschlichen Dimension unter Druck kommen könnten. Unser Ziel müsse ein ausgewogenes Ergebnis und ein baldiges Ende des WFT bleiben. Ich trat dafür ein, mit der SU auch zu Korb 2 und 3 ernsthaft ins Gespräch zu kommen.

GB wies auf für die Briten entmutigende Äußerungen von Jakowlew beim Gespräch Howe–Schewardnadse am 7.12. hin, der bei der Behandlung des Themas Menschenrechte mit Schewardnadse auf den Fall eines Emigranten in einer britischen psychiatrischen Klinik hingewiesen und diese Probleme als ungeeignet für Regierungsgespräche bezeichnet habe. Dies habe deutlich gemacht, daß die Russen nicht bereit seien, eine gemeinsame menschliche Grundnorm zu akzeptieren. Ich zeigte für diese Enttäuschung Verständnis, plädierte aber doch dafür, uns durch solche polemischen Äußerungen nicht entmutigen zu lassen.

Die US-Haltung war unverändert (erst konkrete Fortschritte), F betonte die Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen MR und Sicherheitsfragen.

³⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

³⁷ Bundesminister Genscher besuchte die ČSSR vom 25. bis 27. November 1987. Für sein Gespräch mit Präsident Husák am 26. November 1987 in Prag vgl. Dok. 341.

³⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1662 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³⁹ Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

⁴⁰ Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

West-Ost-Wirtschaftskonferenz⁴¹

Ich wies darauf hin, daß bei den Troika-Gesprächen am 30.11. in Washington Ridgway erwidert habe, daß es zwar keine neue amerikanische Position gebe, daß es aber an der Zeit sei, darüber nachzudenken.⁴² BM würde AM Shultz bei seinem Bonn-Besuch am 15.12. danach fragen.⁴³ Ich wies auch auf die Überlegungen der Zwölf hin, in Washington eine gemeinsame Demarche hierzu durchzuführen.

Botschafter Keel erwiderte, daß es bisher keine festgelegte US-Haltung für oder gegen eine solche Konferenz gäbe.

5) Irak–Iran/Golfresolution⁴⁴

Die Äußerungen von Gromyko gegenüber dem iranischen Botschafter und ihre Veröffentlichung⁴⁵ wurden von den Partnern als ermutigende Bewegung der SU gewertet. Die SU zeige erstmals Bereitschaft, auf den Iran Druck auszuüben, meinte GB. GB interpretierte dies als Ergebnis des westlichen und arabischen Druckes und der sowjetischen Erkenntnis, daß sie mit ihrer Politik in Konflikt zu anderen Interessen gerate. F sah hierin eine mögliche Auswirkung der Amman-Konferenz⁴⁶, die der SU die Erkenntnis einer Verschlechterung ihres Ansehens in einigen arabischen Ländern gebracht haben könnte. US trat dem bei und erwähnte, daß die amerikanische Regierung alle entsprechenden Erkenntnisse aus den arabischen Ländern an die SU weiterleite. Bis zum Gipfel sei sowjetische Regierung nicht bereit gewesen, den nächsten Schritt einer zweiten Resolution zu tun, obwohl sie selber feststelle, daß ihr dies Schwierigkeiten eintrage.

Ich wies darauf hin, daß es wichtig sei, bald den Bericht des GS über das Ergebnis seiner Bemühungen zur Implementierung der Resolution 598⁴⁷ zu erhalten (GB: he is in a state of despair and helpless), und daß die fünf ständigen SR-Mitglieder eine gemeinsame Haltung zu einer Folgeresolution fänden. Auf meine Frage, welche Vorstellungen es zu der Art möglicher Sanktionen und ihrer Überwachung bzw. Verifizierung gäbe, wurde deutlich, daß die Sanktionsüberlegungen sich allein auf den Iran richten. US meinte, das Embargo müsse auf der Basis der Selbstverpflichtung (on voluntary basis) erfolgen. GB bevorzugte eine mandatorische, jedes VN-Mitglied bindende und durchsetzbare (aber wie?) Regelung. Eine weitere Maßnahme mache nur Sinn, wenn sie wirklich effektiv sei. Zu der Frage der Durchsetzung konnte GB nur interne britische Überlegun-

⁴¹ Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

⁴² Im Rahmen der EPZ fanden am 30. November 1987 in Washington Troika-Konsultationen auf Direktorenebene mit den USA statt, an denen auf seiten der Europäischen Gemeinschaften die Abteilungsleiter der Außenministerien Belgiens, der Bundesrepublik und Dänemarks teilnahmen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 613 aus Kopenhagen (Coreu) vom 3. Dezember 1987; Referat 200, Bd. 134841.

⁴³ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1987 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 371 und Dok. 372.

⁴⁴ Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

⁴⁵ Zu den Äußerungen des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Gromyko, vom 4. Dezember 1987 gegenüber dem iranischen Botschafter Heirani Nobari vgl. Dok. 357, Anm. 32.

⁴⁶ Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 vgl. Dok. 329.

⁴⁷ Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 357, Anm. 24.

gen über die Aufstellung einer VN-Seemacht außerhalb des Golfes nennen. Zu der Frage, wie effektiv Sanktionen für den Iran wären, der seine Waffen aus China, Nordkorea und Israel bezieht, meinte GB, daß denkbar sei, daß China sich anschliesse, wenn die vier anderen ständigen SR-Mitglieder sich einigten (might fall in place). China könne zwar versucht sein, weiterhin über Pakistan Waffen zu liefern, dies könne aber seinem Ruf bald schaden. F meinte, daß Israels Haltung sich zu ändern beginne. US ergänzte, Israel sehe in Iran nicht mehr einen natürlichen Alliierten, sondern mehr eine Gefahr. Der Fortgang des Krieges bleibe allerdings in Israels Interesse.

6) Naher Osten

Einigkeit bestand über die Notwendigkeit einer internationalen Konferenz für Fortschritte beim Friedensprozeß.⁴⁸ Einigkeit bestand auch, daß alle weiter darauf hinwirken müssen, auch wenn sich eine baldige internationale Konferenz nicht abzeichnet. F wies darauf hin, daß die Teilnahme der fünf ständigen SR-Mitglieder wichtig sei; andere Modelle könnten nicht weiterhelfen. US und GB machten deutlich, daß der direkte Dialog entscheidend sei. Soweit die internationale Konferenz dazu beitragen und ein Dach für direkte Verhandlungen bilden könne, sei sie nützlich. US wies auf die persönlichen Bemühungen von AM Shultz hin, einen Dialog in Gang zu bringen.⁴⁹ SU habe bisher keine konstruktive Rolle übernommen. GB gab sich in der Form und Ausgestaltung einer internationalen Konferenz flexibel, solange das Ziel erreicht werde, „to provide an umbrella for direct talks“. Ich trat dem bei und trat dafür ein, unser Interesse immer wieder deutlich zu machen. Dies könnte dazu führen, daß sich in der israelischen Haltung und auch in der Haltung der SU zu Israel und zur Auswanderungsfrage von Juden Änderungen ergeben. Ich plädierte auch für eine aktive Unterstützung von König Husseins Bemühungen.

7) Zentralamerika

US machte deutlich, daß die Administration zwar den Guatemala-Prozeß⁵⁰ unterstützt, aber durch die begrenzte Umsetzung der Beschlüsse von Guatemala in Nicaragua skeptisch über den Fortgang ist. Nur 1/10 (1000 von 10000) politische Gefangene seien freigelassen, ein neues Amnestiegesetz bleibe aus, der Ausnahmezustand⁵¹ und die Überwachung der Oppositionsgruppen bestehen fort. Guatemala und Honduras hätten bereits Amnestiegesetze verabschiedet.⁵² Skep-

⁴⁸ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

⁴⁹ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 16./17. Oktober 1987 in Israel auf und reiste am 17. Oktober 1987 nach Saudi-Arabien weiter, wo er ein Gespräch mit König Fahd führte. Nach erneutem Aufenthalt in Israel vom 17. bis 19. Oktober 1987 führte Shultz am 19. Oktober 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo. Am 19./20. Oktober 1987 traf Shultz mit König Hussein von Jordanien in London zusammen.

⁵⁰ Zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. Dok. 228.

⁵¹ Zur Verhängung des Ausnahmezustands in Nicaragua vgl. Dok. 289, Anm. 20.

⁵² In der Presse wurde berichtet: „Der Friedensvertrag von Guatemala fordert eine Generalamnestie. El Salvador, Honduras und Guatemala haben diese jetzt verwirklicht. Das, was die Sandinisten hingegen bisher gegeben haben, ist keine Amnestie, sondern ein Straferlaß für 985 bisher Inhaftierte, von denen ein Teil sowieso freigelassen werden sollte. Noch immer aber sitzen 6300 politische Gefangene und 2200 ehemalige Mitglieder der Nationalgarde Somozas in nicaraguanischen Gefängnissen.“ Dies sagte Lino Hernández Trigueros, seit zwei Jahren Vorsitzender der Ständigen Menschenrechtskommission (Comisión Permanente de Derechos Humanos), in einem Gespräch mit dieser Zeitung.“ Vgl. den Artikel „Immer noch 8900 politische Gefangene“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Dezember 1987, S. 6.

sis über die Bereitschaft Nicaraguas sei angebracht. Wenn Nicaragua mit den Contras ernsthafte Gespräche aufnehmen, sei US-Regierung bereit, mit allen fünf Parteien sich zusammenzusetzen. Die direkten Verhandlungen mit den Contras könnten aber durch nichts ersetzt werden. Der Preis dieser „Versuchsperiode“ könne nicht das Ende des Widerstandes sein.

GB, F und ich unterstrichen, daß es zu dem gegenwärtigen Friedensprozeß keine Alternative geben könne. Der Druck müsse aufrechterhalten werden. Ich wies auf das europäische Engagement für Demokratie und Demokratisierung und auf die politische und wirtschaftliche Hilfe (San José IV⁵³) für die Fünf⁵⁴ hin. F beurteilte die bisher erzielten Fortschritte als besser als erwartet. GB war dagegen weniger optimistisch und berichtete von dem Besuch von Arias in London⁵⁵, der eine zurückhaltende Einschätzung gegeben habe, und von den fortlaufenden Waffenlieferungen aus Kuba nach Nicaragua berichtet habe.

[gez.] von Richthofen

VS-Bd. 13019 (204)

368

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow

12. Dezember 1987¹

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch des Bundesministers mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow am 12. Dezember 1987²

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Botschafter Dr. Holik, MDg Jansen, VLRI Chrobog, VLR Weiß (Dolmetscher).

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Karpow, Botschafter Kwizinskij, Erster Sekretär Beliakow, Dolmetscher.

Gesprächsdauer: 9.00 bis 10.40 Uhr.

Nach Begrüßung Karpows im Arbeitszimmer des BM wurde das Gespräch beim gemeinsamen Frühstück und danach wieder im Arbeitszimmer fortgesetzt.

⁵³ Die vierte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentral-amerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

⁵⁴ Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.

⁵⁵ Präsident Arias besuchte Großbritannien vom 15. bis 20. Mai 1987.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Holik am 14. Dezember 1987 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 21. Dezember 1987 vorgelegen.

² Der sowjetische Abrüstungsbeauftragte Karpow führte am 12. Dezember 1987 zudem ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Teltschik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

Karpow übermittelte die Grüße GS Gorbatschows, der ihn beauftragt habe, den BM über den Gipfel von Washington³ zu unterrichten, sowie die Grüße AM Schewardnadses.

Alle sowjetischen Gipfelteilnehmer einschließlich Gorbatschow, mit dem er ausführlich gesprochen habe, hätten einen zwiespältigen Eindruck aus Washington mitgebracht: einerseits Genugtuung nicht nur über die Unterzeichnung des INF-Vertrages⁴, sondern auch über Absprachen für Instruktionen für die START-Unterhändler, andererseits Befremden darüber, daß sich die US-Seite bei der Erörterung praktischer Fragen im Hinblick auf die weiteren Verhandlungen bemerkenswert zurückgehalten habe. Die Hauptrichtung sei festgelegt worden. Es solle ein Zusammenhang bestehen zwischen dem Abschluß eines START-Vertrages und dem Nichtausstieg aus dem ABM-Vertrag. In einer Reihe von Fragen seien jedoch in der amerikanischen Position rätselhafte Phänomene festzustellen gewesen.

In der eigentlichen START-Materie stelle die Behandlung der SLCMs das Haupthindernis dar. Die USA seien nicht ernsthaft interessiert, über konkrete Lösungen zu sprechen, obgleich bei der vorgesehenen Begrenzung auf 6000 Sprengköpfe für ballistische Systeme der Ausschluß einer Umgehung ein wichtiges Anliegen sein müsse. Der sowjetische Vorschlag einer Begrenzung auf 400 SLCMs großer Reichweite stelle ein großes Entgegenkommen dar, wobei die SU bereit sei, konventionelle Cruise Missiles unberücksichtigt zu lassen.

Auf Frage des *BM* nach der Verifizierbarkeit berief sich *Karpow* auf sowjetische Experimente mit Geräten, die nach Gamma-Strahlung das Vorhandensein von nuklearen Sprengköpfen mit einer Präzision von zwei Metern über Wasser feststellen könnten. Diese Technik könne noch vervollkommen werden und biete im Zusammenhang mit einer Inspektionsregelung Gewähr für die Einhaltung eines Abkommens.

Das zweite Problem sei die alte Frage des Zusammenhangs offensiver und defensiver Waffen. Hierüber wolle die Sowjetunion keinen theoretischen Streit, sondern eine praktische Lösung: die Einhaltung des ABM-Vertrages wie unterzeichnet und ratifiziert. Man wolle nicht über enge oder weite Auslegung streiten⁵, sondern übereinkommen, daß zehn Jahre lang der heutige Status quo im Hinblick auf Forschungen gewahrt werde.

Auf Frage des *BM*, seit wann die SU Forschungen über Raketenabwehr im Weltraum betreibe, bemerkte *Karpow*: seit langem. Man habe natürlich nicht die Hände in den Schoß gelegt, sei aber zu anderen Schlußfolgerungen als die USA gekommen. Welichow (Präsident der Akademie der Wissenschaften) sei nach gründlichen Forschungen zum Ergebnis gekommen, daß ein Abwehrsystem mit 100-prozentiger Wirksamkeit nicht möglich sei. (BM warf ein, zu diesem Ergebnis sei er auch ohne Forschungen gelangt.) Deswegen werde sich die SU auf keinen Wettbewerb mit SDI einlassen.

Status quo im Hinblick auf Forschung bedeute, daß Tests und Entwicklungen auch im Weltraum zulässig wären, aber nur bis zu einer bestimmten Ebene. Fest-

³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

⁴ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

⁵ Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

gelegt werden müsse z. B., welche Laser bis zu welcher Stärke im Weltraum getestet werden könnten oder welche Parameter für Spiegel gelten sollten.

Die SU werde sich auf keinen Fall mit einer feierlichen Beerdigung des ABM-Vertrages abfinden. Man sei deshalb von der ersten in Washington vorgelegten amerikanischen Formel erschüttert gewesen, die gleichzeitig mit START-Abschluß eine vertragliche Absprache über die Liquidierung des ABM-Vertrages und Aufstellung von SDI vorgesehen habe. In den dreitägigen Beratungen habe man sich im letzten Augenblick auf die in der gemeinsamen Erklärung⁶ verwendete Formel verständigt, was zu einer Verspätung der Schlußzeremonie geführt habe. Gorbatschow habe daran zwar genörgelt, sich aber schließlich damit abgefunden. Darin seien die beiden wichtigen, noch weiter zu beratenden Elemente enthalten:

- Einhaltung des ABM-Vertrages wie unterzeichnet,
- Forschungen im Rahmen des ABM-Vertrages zulässig.

Noch keine Lösung sei für die Dauer der Einhaltung des ABM-Vertrages gefunden worden. Die SU wolle eine Bindung für zehn Jahre, die USA für sechs bis sieben Jahre.

Karpow stellte fest, er wolle die strittigen Fragen nicht dramatisieren, man stecke nicht in einer Sackgasse. Wenn beide Seiten START bis zum vorgesehenen Besuch Reagans in Moskau⁷ fertigstellen wollten, halte er das für möglich.

Unter den anderen Fragen, die in Washington besprochen wurden, habe Gorbatschow der konventionellen Abrüstung größte Aufmerksamkeit gewidmet. Er habe für ein Mandat für ein zweiphasiges Vorgehen geworben:

- Zunächst sollten bestehende Asymmetrien zwischen den beiden Bündnissen abgebaut werden. Z. B. habe der WP 50 000, die NATO 30 000 Panzer in ganz Europa. Allerdings müßten auch taktische Angriffsflugzeuge berücksichtigt werden, wo die NATO überlegen sei. Wenn man regional differenziere, habe der WP in Zentraleuropa eine Überlegenheit, die NATO in Südeuropa. Man müsse also sehen, wie man zu gleichen Höchststärken kommen könne.
- Nach solchen ersten Reduzierungen zum Abbau von Asymmetrien müsse der Reduzierungsprozeß unter gleichen Bedingungen fortgesetzt werden bis auf eine Ebene, die die Führung eines Krieges unmöglich machen würde. Reduzierungen müßten Truppen und Rüstungen erfassen.

Nach sowjetischer Auffassung könnte am Anfang des Prozesses die Vereinbarung eines Korridors von 150 bis 300 km Breite stehen, aus dem alle Rüstungen abgezogen werden müßten, nukleare wie konventionelle. Hier könne man an die Anregungen Jaruzelskis anknüpfen, dem es hauptsächlich um Vertrauensbildung durch provisorische Maßnahmen gehe, um weitergehende Maßnahmen zu erleichtern.⁸

⁶ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Abschlusserklärung vom 10. Dezember 1987 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1491–1497. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 32–38.

⁷ Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

⁸ Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 653–655.

In Washington habe sich die SU zu einem Meinungsaustausch mit den USA über Detailfragen der konventionellen Rüstungskontrolle bereit erklärt und eine entsprechende Absprache mit Carlucci getroffen. Der neue Verteidigungsminister, der im Unterschied zu seinem Vorgänger⁹ an Fragen der Abrüstung interessiert sei, habe an Achromjew und Jasow die Einladung gerichtet, mit dem Dialog zu beginnen. Das Eis sei gebrochen.

Es bleibe die Notwendigkeit, in Wien ein Mandat zu vereinbaren.¹⁰ In letzter Zeit seien die praktischen Möglichkeiten für eine Einigung deutlich geworden. Dies gelte auch für doppelt einsatzfähige Waffensysteme. Mit den Vorstellungen der Bundesregierung zur rüstungskontrollpolitischen Behandlung von taktischen Nuklearwaffen stimme man in Moskau weitgehend überein. Die größten Schwierigkeiten mache Frankreich. Die Sowjetunion werde ihre prinzipielle Position nicht aufgeben, auch wenn die Frage der taktischen Nuklearwaffen nicht auf die Tagesordnung der Wiener Gespräche komme. In Moskau werde man die Verhandlungssituation während der Ferienunterbrechung ausführlich analysieren, damit die nächste Runde¹¹ zu realen Ergebnissen führt.

Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen¹² stellte Karpow fest, daß man die Antwort des BM auf den Brief Schewardnadses mit großer Aufmerksamkeit gelesen habe und hoch einschätze.¹³ Um schon in nächster Zukunft Einigung zu erzielen, sei unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet von ersterangiger Bedeutung. Die Aufnahme der Produktion binärer chemischer Waffen in den USA werde die Lage komplizieren.¹⁴ Berichte über eine zehnfache sowjetische Überlegenheit bezeichnete Karpow als Märchen. Auf Frage des BM meinte

⁹ Caspar W. Weinberger.

¹⁰ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

¹¹ Am 25. Januar 1988 wurden die Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien wieder aufgenommen. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 422.

¹² Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2.

¹³ Staatssekretär Sudhoff vermerkte am 20. November 1987, der sowjetische Botschafter Kwizinskij habe ihm am selben Tag einen „Brief des sowjetischen Außenministers einschl[ießlich] inoffizieller Übersetzung an den Bundesminister des Auswärtigen“ übergeben. Laut Kwizinskij „handele es sich um eine mündliche Botschaft, die auch an eine Reihe anderer Länder gegangen sei. [...] B[otschafter] führte aus einem Notizbuch aus, in der Frage des Verbots chemischer Waffen gebe es in der Haltung der USA und Frankreichs neue Nuancen, die der Sowjetunion Probleme machten. Die Sowjetunion wende sich daher an die Bundesregierung mit der Bereitschaft zu einem aktiven Dialog mit uns mit dem Ziel eines Verbots der chemischen Waffen. Die Sowjetunion sei bereit, mit uns über die damit verbundenen allgemeinen und spezifischen Fragen zu sprechen, um sie einer Regelung näher zu bringen. Die Sowjetunion schätze die Politik der Bundesregierung zu diesem Thema hoch ein und insbesondere die Haltung des Bundesministers, der sich bereits wiederholt für eine solche Konvention ausgesprochen habe.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

Botschafter Hartmann legte Bundesminister Genscher am 1. Dezember 1987 den Entwurf eines Antwortschreibens an Schewardnadse vor. Darin hieß es: „Bei den in Kürze in Genf wieder beginnenden Verhandlungen wird die CD-Delegation der Bundesrepublik Deutschland insbesondere für die baldige Klärung der offenen Frage bei der Überprüfung der zivilen chemischen Produktion eintreten. [...] An uns wird keine Verifikationsmaßnahme scheitern, die zusätzliche Sicherheit schafft. Aus unserer Sicht ist ein Punkt von fundamentaler Bedeutung: Sobald das CW-Verbotsabkommen in Kraft tritt, darf es keine Produktion von chemischen Waffen mehr geben.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162048.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 5. Dezember 1987 mit, das Antwortschreiben Genschers sei am selben Tag im sowjetischen Außenministerium übergeben worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3887; Referat 222, Bd. 162048.

¹⁴ Nach einem Moratorium von 18 Jahren begannen die USA am 16. Dezember 1987 mit der Produktion neuer (binärer) chemischer Waffen. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV, S. 369.

er, US und SU verfügten über ungefähr gleiche Bestände. Die SU sei schon vor Vertragsabschluß zur Bekanntgabe von Mengen und Lagerorten ihrer CW grundsätzlich bereit. Besorgt sei man über eine neue amerikanisch-französische Allianz, die einer vollständigen Abschaffung der chemischen Waffen skeptisch gegenüberstehe. Für die SU käme nur eine vollständige Abschaffung in Frage, da sonst Krebsgeschwüre weiterwachsen könnten.

Über Afghanistan habe es in Washington eine ernsthafte Erörterung gegeben. Die Sowjetunion sei zum Truppenabzug bereit, doch müsse ein Massaker vermieden und deshalb ein ruhiger, friedlicher Übergang sichergestellt werden. Schon jetzt gebe es in zwei Provinzen Afghanistans keine SU-Truppen. Moskau sei bereit, auch andere Provinzen zu befreien (sic!), wenn die USA und Pakistan Zusagen zur Nichtlieferung von Rüstungen an die Aufständischen geben. Welche Regierung eingesetzt werde, sei Sache der Afghanen. Aus sowjetischer Interessensicht sei wichtig, daß Afghanistan nicht feindselig, aber ungebunden sei, ungefähr also einen Nachbarn wie Finnland abgäbe.

Der *BM* dankte für die ausführliche Unterrichtung, in der er den Ausdruck des Willens sah, das deutsch-sowjetische Verhältnis enger zu gestalten. Er bat Karpow, die Grüße von GS Gorbatschow und AM Schewardnadse zu erwidern.

Karpow knüpfte an das von Schewardnadse in New York für den *BM* gegebene Essen an¹⁵ und monierte, jetzt sei der *BM* dran, sich mit einem ebenso guten Essen zu revanchieren. *BM* bemerkte, unsere Küche sei geöffnet.

BM fuhr fort, Karpow könne den Erklärungen des Bundeskanzlers, seinen eigenen im Bundestag und auch den sonstigen im Parlament vorgetragenen Bewertungen entnehmen, daß wir die Unterzeichnung des INF-Vertrages von Herzen begrüßten.¹⁶ *Karpow* warf ein, man wisse dies in Moskau zu schätzen. Schewardnadse habe wiederholt festgestellt, daß ohne Beitrag der Bundesregierung – aber auch der Verbündeten der Sowjetunion – der Vertrag nicht zustande gekommen wäre.

BM hielt bei INF die konzeptionellen Durchbrüche der Festlegung asymmetrischer Reduzierungen wie auch auf dem Gebiet der Verifikation für wichtig. Bei den strategischen Waffen beeindruckte der Wille, noch im ersten Halbjahr 1988 zum Abschluß zu kommen. Zu begrüßen sei das pragmatische Herangehen an den ABM-Vertrag. Er habe Dobrynin schon 1986 gesagt, daß eine Verständigung über das Festhalten an diesem Vertrag für eine bestimmte Zeitphase möglich sein müßte.¹⁷ (*Karpow* trug an dieser Stelle herzliche Grüße von Dobrynin an *BM* nach.)

Zu den chemischen Waffen stellte *BM* mit Nachdruck fest, die Bundesregierung bleibe bei Forderung nach weltweiter Beseitigung. Eine Änderung dieser Linie würde nicht unsere Zustimmung finden. Der Verhandlungsstand sei reif für eine Vereinbarung. Als Realisten wüßten wir, daß die Verifizierung bei CW ungleich

¹⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 268.

¹⁶ Für die Debatte über den INF-Vertrag im Bundestag am 10. Dezember 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3454.

¹⁷ Beim Besuch vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR führte Bundesminister Genscher auch ein Gespräch mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 218.

schwieriger sei als bei INF. Man müsse sehen, was man daraus konzeptionell übernehmen könne. BM bemerkte, er sei offen gesagt ungeduldig über Verhandlungsstand und beabsichtige, dem auch öffentlich Ausdruck zu geben.¹⁸ So wolle er mit AM Andreotti, wie gestern in Brüssel¹⁹ abgesprochen, bei Wiederaufnahme der nächsten CW-Verhandlungsrunde in Genf gemeinsam auftreten.²⁰ Bekanntlich habe er schon im vergangenen August in Genf auftreten wollen, aber Schewardnadse habe ihn in eine schwierige Situation gebracht. (*Karpow* bemerkte, diese Frage sei inzwischen ja beigelegt.)

Zur konventionellen Rüstungskontrolle stellte *BM* einige interessante Ansätze in der von *Karpow* dargestellten sowjetischen Position fest, insbesondere im Hinblick auf die Disparität bei den Panzern wie auch zur regionalen Differenzierung zwischen Nord-, Mittel- und Südeuropa. Bei Überlegungen über einen Korridor müsse man beachten, daß auf diese Weise die ohnehin gegebene geographische Disparität noch verschärft würde. Die konventionelle Rüstungskontrolle sei ein Problem, das uns beide besonders betreffe, schon wegen der Lasten der konventionellen Verteidigung. BM hielt es für notwendig, in dieser Frage wie auch in der Frage der chemischen Waffen in engem Kontakt zu bleiben.

Hinsichtlich der nuklearen Kurzstreckensysteme sei es kein Geheimnis, daß im Westen ein schwieriger Denkprozeß stattfinde, der Zeit brauche. Die sowjetische Führung sollte in der Lage sein, einen Teil der Systeme, wo sie beachtlich überlegen sei, aufzugeben. *Karpow* wandte ein, damit sei er nicht einverstanden. Über Asymmetrien könne gesprochen werden, aber nur als Teil der Gesamtbilanz.

Zum Golfkrieg²¹ betonte *BM* die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats. Ihr Beitrag zur Beendigung des Konflikts sollte Beispiel für kollektive Antwort auf Herausforderung der Welt-sicherheit geben. Hierin sähen wir auch eine Stärkung der VN.

Zu Afghanistan könne er kein Rezept liefern. Zu beachten sei, daß auch Millionen von Flüchtlingen eine Rolle spielten. Ohne Prozeß nationaler Versöhnung könne es keine dauerhafte Stabilität geben.

Abschließend äußerte sich BM befriedigt über die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im vergangenen Jahr. Der Staatsbesuch des Bundespräsidenten sei wichtig und erfolgreich gewesen.²² Zur positiven Bewertung gehörten auch die Gespräche, die er mit AM Schewardnadse in Moskau und in New York geführt habe, sowie der briefliche Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen.²³

¹⁸ Vgl. dazu den Artikel von Hans-Dietrich Genscher, „Notwendigkeit eines Abkommens über weltweites Verbot von C-Waffen“; BULLETIN 1987, S. 1093–1095.

¹⁹ Am 11. Dezember 1987 fand in Brüssel die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 369.

²⁰ Zur Absprache zwischen Bundesminister Genscher und dem italienischen Außenminister Andreotti über einen gemeinsamen Auftritt vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 357. Genscher und Andreotti traten am 4. Februar 1988 vor der CD auf. Für den Wortlaut der Rede Genschers vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

²¹ Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 296, Anm. 21.

²² Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

²³ Vgl. dazu das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl und dessen Antwortschreiben vom 24. November 1987; Dok. 280, Anm. 4, und Dok. 335.

Dies seien gute Voraussetzungen, um die Beziehungen 1988 qualitativ weiter zu verbessern. In seiner Rede vor dem Bundestag habe er den Beitrag der sowjetischen Führung zur positiven Entwicklung und zu den fundamentalen Veränderungen im West-Ost-Verhältnis gewürdigt. Neues Denken, auch auf westlicher Seite, müßte zu neuem Herangehen an die noch offenen Probleme führen. BM wies darauf hin, daß er den Prozeß der Politik der Veränderung GS Gorbatschows seit langem ermutigend gefunden habe. In den letzten Monaten hätten seine Kollegen mehr und mehr erkannt, daß die Einschätzung, die er in seiner Rede von Davos²⁴ gegeben habe, richtig gewesen sei.

Karpow dankte für diese positiven Bemerkungen, über die er berichten werde.

Referat 204, Bd. 135406

369

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-7187/87 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1666

Citissime nachts

Aufgabe: 12. Dezember 1987, 13.50 Uhr¹

Ankunft: 12. Dezember 1987, 14.09 Uhr

Betr.: Sitzung im kleinsten Kreise bei NATO-Außenministerrat;

hier: Erörterung Berichts Secretary Shultz über Washingtoner Gipfel²

Bezug: DB 1656/57 vom 11.12.87 – I-362.05/1-3426/87 VS-v³

Zur Unterrichtung (von BM noch nicht genehmigt)

1) An – durch Mittagessen, Unterzeichnung MBCA⁴ und Communiqué-Verhandlungen unterbrochener – etwa zweistündiger Diskussion Briefings (Anwesenheitsformel 1+2⁵; bei uns noch D2⁶) beteiligten sich sämtliche AM, von denen einige auch Fragen stellten. Erörterung spiegelte nachdrückliche Befriedigung über

²⁴ Zur Rede des Bundesministers Genschers vom 1. Februar 1987 vgl. Dok. 65.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.

Hat dem Bereitschaftsdienst am 12. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 201 über Eintreffen DB in Kenntnis gesetzt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 6. März 1988 vorgelegen.

² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

³ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte die Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 11. Dezember 1987 im NATO-Ministerrat. Vgl. dazu VS-Bd. 12097 (201).

⁴ Multilateral Basing Country Agreement.

Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 11. Dezember 1987 zwischen den USA sowie Belgien, der Bundesrepublik Italien, Großbritannien und den Niederlanden „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“ vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437.

⁵ Minister, Ständiger Vertreter bei der NATO in Brüssel und ein weiterer Mitarbeiter.

⁶ Hermann Freiherr von Richthofen.

INF-Vertrag⁷ wider, den man voll unterstützte und dessen baldige Ratifizierung als wünschbar bezeichnet wurde. Dank an US für Verhandlungsführung, ständige Konsultation mit Alliierten und Gestaltung Gipfels, dessen allgemein positive Perspektiven man unterstrich, sowie an Shultz für eingehenden Bericht.

Nur französischer AM gab sich eher zurückhaltend, was auch in einstündigen, mühsamen Kommuniké-Verhandlungen (insoweit zu Präambel sowie Ziffer 1) zum Ausdruck kam.⁸

Im einzelnen

2) BM, der nach Andreotti als zweiter das Wort nahm, erinnerte nach Dank für Shultz an Doppelbeschluß vor acht Jahren⁹ und daran, was ihm vorausgegangen sei. INF-Abkommen, das für Zukunft West-Ost-Beziehungen wesentlich, stelle historischen Verhandlungserfolg Bündnisses dar, der seiner unbeirrbaren Entschlossenheit nicht zuletzt bei Überwindung Stationierungsschwierigkeiten zu verdanken sei. Eindrucksvolle Bestätigung Harmel-Konzepts von Abschreckung und Dialog¹⁰, das auch künftig wegweisend sein müsse. Allianz werde durch Abkommen – über dessen militärische Dimension hinaus – politisch in Zusammenhalt, innerer Übereinstimmung und moralischer Kraft gestärkt. Dieses komme Akzeptanz in öffentlicher Meinung zugute, die gerade in unserem Land mit seiner weitgehenden Wehrpflicht wesentlich sei. Konsens sei mit neuem Leben erfüllt worden, und USA und Europa seien dadurch nähergerückt.

Debatte im Bundestag 10.12. habe bewiesen, daß alle politischen Kräfte in BR Deutschland voll hinter Abkommen stehen.¹¹ In einmaliger Einmütigkeit hätten sie darin gewetteifert, ihren Anteil herauszustellen. Sämtliche Sprecher hätten an Senat appelliert, Ratifizierung so schnell wie möglich und ohne jede Änderung vorzunehmen.

Von Shultz erwähnte sechs Grundsätze seines Toasts für Gorbatschow¹² seien wesentlich, vor allem auch der Hinweis auf unsere sich schnell ändernde Welt, was etwa für Bereiche Technologie, Wirtschaft und Ökologie gelte und zunehmende Interdependenz voraussehen lasse. Dies motiviere sowjetische Führung und „neues Denken“, das auch im westlichen Interesse liege. Auch die osteuropäischen Länder müßten sich auf solche globalen Veränderungen einstellen, wobei KSZE-Prozeß entscheidende Wichtigkeit beizumessen sei. Nicht wir, sondern SU und andere WP-Staaten hätten sich seit Helsinki¹³ anpassen und umgestalten müssen.

⁷ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

⁸ Für den Wortlaut des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 86–91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 108–112.

⁹ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

¹⁰ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹¹ Für die Debatte im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3454.

¹² Für den Wortlaut der Ansprache des amerikanischen Außenministers Shultz am 9. Dezember 1987 in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2131, S. 8 f.

¹³ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

BM plädierte im Sinne Kommuniqués AM-Rat Reykjavik¹⁴ für weitere Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Abrüstung in Bereichen START, CW, KRK sowie nuklearen Systemen kürzerer Reichweiten. INF-Vertrag müsse als Beginn umfassenderen Konzepts verstanden werden. Wir dürften SU nicht erlauben, insoweit ihre Überlegenheit aufrechtzuerhalten. Abkommen stelle konzeptionellen Durchbruch – besonders auch hinsichtlich asymmetrischer Reduzierungen zu unseren Gunsten und Verifikation – dar, der sich bewähren werde. Er begrüße es, daß man sich bei START z. B. in Frage Sublimits nähergekommen und daß man dabei so realistisch sei, nur das jeweils mögliche abzuheben. Ihn beeindruckte die handwerkliche Art und Weise, in der verhandelt werde. Wie bei INF gelte es, sich immer wieder zu treffen. Nur so ließen sich Ergebnisse erzielen. Weiterer Gipfel in erster Jahreshälfte 1988¹⁵ mit Einigung über START werde erneuten sehr wichtigen Fortschritt darstellen. Wesentlich sei, daß TO¹⁶ der Gipfel nicht nur Frage Rüstungskontrolle, sondern auch Menschenrechte und Regionalprobleme umfasse.

Wir seien sehr zufrieden. Es gehe weiterhin darum, eng zu konsultieren, was Zusammenhalt und Vertrauen stärke. Erneut Dank für nächtlichen Flug von Shultz.

3) Aus Interventionen der anderen AM ist festzuhalten:

- Andreotti: INF-Abkommen, das frischen Elan im Rüstungskontrollbereich bedeute und neue Perspektiven eröffne, sei großes Ereignis Nachkriegsgeschichte. Er werde an Ausspruch Armstrongs bei Mondlandung¹⁷ erinnert: riesiger Sprung voran in Menschheitsgeschichte. Stärkung europäischer Sicherheit, stabileres Gleichgewicht, Globalität und Asymmetrie in unserem Interesse, Verifikation für künftige Regelung beispielgebend. Betonung hilfreicher Rolle europäischer Alliierten. Hoffnung auf Fortschritte bei START, CW (Ankündigung Besuchs zusammen mit BM zu Beginn nächsten Jahres in Genf¹⁸; Abkommen müsse noch 1988 geschlossen werden) und KRK (Gorbatschow habe Notwendigkeit asymmetrischer Reduzierungen eingeräumt; es gelte, in Wien¹⁹ voranzukommen). Hinweis auf Verhandlungen im Sinne von Artikel 8 Kommuniqué Reykjavik. Baldige Erarbeitung rüstungskontrollpolitischen Gesamtkonzepts, das auch nukleare Systeme unter 500km einschließen müsse, sei von Bedeutung. Anderenfalls werde man gezwungen sein, sowjetischen Initiativen unvorbereitet zu begegnen. Im West-Ost-Verhältnis gebe es zunehmend gemeinsame Interessen nicht nur im Sicherheitsbereich, sondern auch wirtschaftlich, kulturell und politisch. Bei Regionalfragen müsse alles getan werden, um Lösungen zu erzielen. Erwähnung von Afghanistan, Kambodscha und NO.

¹⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁵ Präsident Reagan besuchte die UdSSR vom 29. Mai bis 2. Juni 1988. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 1063–1078, S. 1080–1088 und S. 1099–1124. Vgl. dazu auch AAPD 1988.

¹⁶ Tagesordnung.

¹⁷ Der amerikanische Astronaut Armstrong betrat am 21. Juli 1969 als erster Mensch den Mond.

¹⁸ Zur Absprache zwischen Bundesminister Genscher und dem italienischen Außenminister Andreotti über einen gemeinsamen Auftritt vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 357. Genscher und Andreotti traten am 4. Februar 1988 vor der CD auf. Für den Wortlaut der Rede Genschers vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

¹⁹ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

- Stoltenberg bezog sich mehrfach auf BM: INF-Abkommen bedeute Stärkung Allianz, transatlantischer Beziehungen und Akzeptanz. Er begrüße es, daß im Rahmen von START auch seegestützte Systeme – über und unter Wasser – rüstungskontrollpolitisch behandelt würden. Gerade für NWG sei es wesentlich, daß nunmehr nicht von Land auf See ausgewichen werde.
- Howe: Hinweis auf Zwischenaufenthalt Gorbatschows in GB, wobei dieser Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen ausgestrahlt habe.²⁰ Wir hätten bei Öffentlichkeitsarbeit immer noch Probleme. INF-Vertrag („Frucht unserer Solidarität“) müsse unbedingt ratifiziert werden („Zögern wäre verheerend“). Er bedeute Stärkung Bündnisses und europäisch-amerikanischer Beziehungen. Behauptung, Supermächte hätten sich auf Kosten Westeuropäer geeinigt, sei sinnlos; enge transatlantische Konsultationen bewiesen Gegenteil. Europa habe neben US wichtige Rolle zu spielen, wofür KRK und CW Beispiele seien. Wir dürften nicht auf Initiativen Gorbatschows hereinfallen („succumb“), weitere Reduzierungen nuklearer Waffen in Europa vorzusehen. Hier sei Ausfüllung Mandats Artikel 8 Reykjavik wichtig. Nicht Karren vors Pferd spannen. Bei CW-Ächtung seien baldige Fortschritte vonnöten, doch gelte es, wachsam zu bleiben. Hätten Sowjets in Shikhany wirklich alles und nicht nur „museale“ Bestände vorgeführt?²¹ Momentum auch außerhalb Rüstungskontrolle sei wesentlich. Bei Regionalproblemen (Afghanistan, Golf – SU müsse sich stärker für VN-Entschließung 598²² engagieren; Kambodscha) sollte auf Moskau Druck ausgeübt werden. Man dürfe nicht hinnehmen, daß SU bei Menschenrechtsfragen so hinhaltend taktiere. Gefragt seien allgemein Realismus und Wachsamkeit, weder Euphorie noch Trübsinn („gloom“), sondern Aufgeschlossenheit („open-mindedness“).
- Van den Broek: In SU neue Führerschaft, die zugänglich („responsive“) sei. Neue Entwicklungen müßten, bei aller erforderlichen Wachsamkeit, ernstgenommen werden. In ganz Europa sei Bevölkerung durch Fernsehbilder von Gipfel sehr bewegt worden. Hoher Erwartungshorizont. Kreativität sei gefördert.²³ Hinweis auf gute Implementierung Ergebnisse KVAE. Keine Schwierigkeiten in NL im Zusammenhang mit MBCA. Zusammenarbeit und Zusammenhalt Bündnisses sei in Wien ebenso wichtig wie in Genf. Menschenrechtsdimension für NL besonders wichtig.

²⁰ Zum Gespräch der Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1987 in Brize Norton vgl. Dok. 359.

²¹ Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 311, Anm. 2. Am 8. Oktober 1987 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Butler für Staatssekretär Sudhoff zur Besichtigung am 3./4. Oktober 1987, die UdSSR habe „beim ersten Besuch der CD-Teilnehmer in einer sowjetischen Militäranlage [...] das nach ihrem Bekunden vollständige Arsenal der bei der Truppe befindlichen Typen chemischer Waffen (keine Angaben zu Gesamtmenge und Zusammensetzung)“ gezeigt: „Die SU hat mit der Einladung in das streng abgeschirmte Übungsgebiet der Chemietruppen nach Shikhany einen Einblick in ihre CW-Rüstung gegeben und damit ein Stück Transparenz geschaffen. Ob die sowjetischen Angaben, wie behauptet, umfassend sind, läßt sich nicht abschätzen. Hier wird eine eingehendere Bewertung vor dem Hintergrund des westlichen Kenntnisstandes stattfinden, der allerdings wegen der mangelhaften Information über sowjetische CW aus eigenen Quellen lückenhaft ist.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

²² Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

²³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1667 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

- Ellemann-Jensen erinnerte an Äußerungen Europäischen Rats Kopenhagen zu West-Ost-Beziehungen²⁴. Rüstungskontrolle und Abrüstung seien über INF hinaus von Bedeutung, besonders KRK. Weg sei lang und schwierig, weitere Meilensteine erforderlich. Umfassende TO Gipfel sei wichtig gewesen. Entspannung müsse auch NSWP²⁵-Ländern zugute kommen. Betonung KSZE-Prozeß und WFT.
- Halefoğlu bezeichnete INF-Abkommen als historisch. Vertrauensbildende Maßnahmen von Bedeutung. Bei kürzlicher Manöverbeobachtung durch SU habe man feststellen müssen, daß sowjetisches Interesse sich auch auf Gebiete gerichtet habe, die jenseits Übungsgeschehen gelegen hätten. Gewisse Vorsicht sei deshalb vonnöten. Im Menschenrechtsbereich dürfe es nicht nur um Auswanderung gehen. Er habe im Herbst Schewardnadse in New York ersucht, Einfluß auf Bulgarien zugunsten türkischer Minderheit geltend zu machen.
- Raimond gab sich beeindruckt von Briefing. Bei INF-Vertrag seien die von US gewünschten Ergebnisse erzielt worden. Modell für künftige Verhandlungen (Asymmetrie, Verifikation). Man müsse gegenüber Öffentlichkeit Widersprüchlichkeiten vermeiden: Zunächst habe man PII und GLCMs als wesentlich für Abschreckung bezeichnet, und jetzt werde deren Abschaffung begrüßt. Es gelte, weder euphorisch noch pessimistisch zu sein. Alles hänge davon ab, wie es weitergehe. Wir müßten uns über nächste Etappen klarwerden. Gorbatschow wolle Denuklearisierung Europas. Dies wäre eine schlimme Sache. Mandat zu Artikel 8 Reykjavik, bei dem man bisher keine besonderen Fortschritte gemacht habe, müsse vorangetrieben und erweitert werden. Folgende Probleme stellten sich: Bedrohung bestehe fort, und Verteidigungsanstrengungen müßten aufrechterhalten werden. Weitere Reduzierung Kernwaffen in Europa sei nur unter Gesichtspunkt unverminderter Sicherheit möglich, wozu Ausfüllung genannten Mandats Aussagen zu machen habe. Bei CW stellten sich für Übergangszeit Fragen.
- Papoulias: Vieles habe sich geändert. In GR sei INF-Vertrag vom Volk enthusiastisch gefeiert worden, als ob der Teufel verschwunden sei. Vertrag werde sich auch auf Zusammenarbeit Balkan-Länder positiv auswirken. Hinweis auf AM-Treffen im Februar in Belgrad²⁶, an dem auch albanischer AM²⁷ teilnehmen werde.
- Tindemans unterstrich, daß gerade auch Stationierungsländer²⁸ zufrieden sein müßten. Doppelbeschluß habe sich bewährt. MBCA werde von belgischer Kammer sicherlich ratifiziert. Strategie flexibler Reaktion²⁹ mit konventionellen und nuklearen Elementen weiterhin gültig. Bei Rüstungskontrolle müsse angemessene Verteidigungsfähigkeit in Rechnung gestellt werden, was hinsichtlich INF keine Umgehung darstellen dürfte. Bei Mandat Ziffer 8 Reykjavik

²⁴ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. BULLETIN DER EG 12/1987, S. 115. Zur Tagung vgl. Dok. 358.

²⁵ Korrigiert aus: „NSWG“.

²⁶ Ein Treffen der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei fand vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad statt.

²⁷ Reiz Malile.

²⁸ Belgien, die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und die Niederlande.

²⁹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

müßten wir vorankommen. Auf sowjetische Initiativen könne nicht lediglich reagiert werden. Hinweis auf „Prioritäten von Artikel 7“ Reykjavik. Man kenne Insistenz WP auf Abschaffung aller nuklearen Systeme mit Reichweiten unter 500km. Hier sei Solidarität Bündnisses gefragt. Bei Rüstungskontrolle müßten wir uns darüber im klaren bleiben, daß Spannungen auf politischen Ursachen beruhten, die abzubauen seien. Das „neue Denken“ habe nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche usw. Dimensionen. Es gelte, Gorbatschow im Sinne von BM beim Wort zu nehmen.³⁰ SU sei zu echten Reduzierungen bereit. Einhaltung ABM-Vertrag wesentlich.

- Fernández Ordóñez: INF-Abkommen sei für manche keine gute Sache, was jedoch nicht stimme. Es stärke Glaubwürdigkeit Allianz. Viel bleibe zu tun. Flexibilität und Doktrin Bündnisses blieben weiterhin gültig.
 - StS Barroso appellierte an Realismus und „common sense“. Man müsse auf Boden Tatsachen bleiben („down to earth“).
 - Clark bezeichnete INF-Abkommen als „bemerkenswerte Errungenschaft“. Stärkung Bündnisses könne sich jedoch als nur vorübergehend erweisen. Hinweis auf Friedensbewegung, Ungewißheit über sowjetische Motive (falls wirtschaftliche Schwierigkeiten überwunden, was dann?), geschickte Medienpolitik Gorbatschows, die bei Gipfel wieder deutlich geworden sei und auf die wir noch keine angemessene Antwort gefunden hätten.
- 4) Shultz beantwortete im Verlauf Diskussion folgende konkrete Fragen:
- Zum Verhältnis START und D+S³¹ (NL und F): Er glaube nicht, daß SU START-Vertrag ohne Regelung bei D+S abschließen werde, und beides hänge ja auch miteinander zusammen. Es werde wohl zwei Verträge geben, einen ausführlichen zu START und einen – zweifellos sehr kurzen, nicht mehr als einen Artikel umfassenden (andernfalls man in einen „Morast“ gerate) – zu D+S. Für SU komme es vor allem auf Zeitraum Bindung an ABM-Vertrag an. Hinweis auf entsprechende ausgedehnte, nachdrückliche („aggressive“) sowjetische Programme. SU habe bekanntlich im Gegensatz zu US ein Abwehrsystem installiert. Sollte einer der beiden Verträge verletzt werden, würde dies Suspendierung auch des anderen zur Folge haben. SU umgehe mit Krasnojarsk³² und anderen Radarstationen ABM-Vertrag. Dieses Problem müsse – z.B. durch deren Abbau – vor Vertragsabschluß geregelt werden, denn andernfalls seien die Abkommen im Senat nicht ratifizierbar. Es handle sich hier also um ein „linkage with complications and subtleties“.
 - Sublimits für ICBM bei START (NL): Diese seien „nicht verschwunden, aber im Schwinden“ („not faded, but fading“). Bei von Begrenzung 4900 betroffenen ICBMs und SLBMs führten beide Länder „größere Programme“ („major programmes“) durch. SU sei ja stärker bei ersterer, US bei letzterer Kategorie. Es sei schwierig, jeweils andere Seite, die angemessenen Mix anstrebe, hier zu grundlegenden Änderungen zu bestimmen: „We keep it for a while.“ Dies sei keine Tragödie.

³⁰ Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 in Davos; Dok. 65.

³¹ Defense and Space.

³² Zur sowjetischen Radaranlage bei Krasnojarsk vgl. Dok. 59, Anm. 10.

- Sowjetische Haltung hinsichtlich Krieg Iran–Irak (NL, ISL): Shultz antwortete zögernd. Voraussagen seien schwierig. SU sei wohl zunehmend besorgt über Auswirkungen islamischen Fundamentalismus, besonders in Afghanistan und Iran, auf eigene Bevölkerung. Walters sei mit Erarbeitung Folgeentscheidung 598 befaßt. Iran treibe mit SR sein Spiel³³; wenn dieser sich ernst nehme, müsse er etwas tun.
- Seien bei umfassender Verifikation START nur US und SU betroffen (F)? Shultz: Ja.
- Sei Menschenrechtskonferenz Moskau³⁴ bei Gipfel zur Sprache gekommen (F)? Shultz: „Very light treatment.“ SU sei immer noch interessiert. Sie wisse, daß uns dies bekannt ist, und erwarte wohl Quidproquo.

Shultz meinte abschließend, „feste und beharrliche Haltung“ („tough and persistent attitude“) sei erforderlich. Er glaube, daß man gegenüber (von Clark erwähnten) Friedensbewegungen in der Tat gute Argumente habe. Er halte es mit dem bekannten Ratschlag an junge Mädchen: „You can’t sell it if you give it away.“

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12097 (201)

370

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors, in Brüssel

14. Dezember 1987¹

Von BM noch nicht gebilligt, nur für den Dienstgebrauch

Gespräch BM mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, am 14.12.1987, 8.45 Uhr in Brüssel²

Das Gespräch (Teilnehmer auf seiten der KOM Kabinettschef Lamy, stv. Kabinettschef Burghardt; auf deutscher Seite Botschafter Ungerer, RL 410³) fand in

³³ Zur Haltung des Iran zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 357, Anm. 24 und 28.

³⁴ Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kudlich am 15. Dezember 1987 gefertigt.

² Bundesminister Genscher und Staatsministerin Adam-Schwaetzer erörtern am 14. Dezember 1987 mit der EG-Kommission die bevorstehende EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3813 des Botschafters Ungerer, Brüssel (EG), vom 15. Dezember 1987; Referat 412, Bd. 168708.

³ Christian Kudlich.

sehr offener, freundschaftlicher Atmosphäre statt, obwohl Präsident Delors (D) anfangs recht emotionsgeladene Töne anschlug.

Delors leitete das Gespräch mit einem Rückblick auf den ER Kopenhagen ein.⁴ Er sehe für das Ergebnis zwei mögliche Erklärungen. Die erste Lesart (an die er zunächst selbst geglaubt habe): Am ersten Tag habe BK sich fast auf allen Gebieten offen gezeigt. Dann habe die deutsche Delegation am zweiten Tag das neue Präsidentschaftspapier⁵ gelesen, mit dem sie vorher nicht befaßt worden sei. Der BK habe einen Zornesausbruch gehabt, damit war die Sitzung zu Ende. Die KOM habe eine letzte verzweifelte Anstrengung gemacht, um den ER zu retten – vergebens. Alles sei abgelaufen wie in einer griechischen Tragödie.

Nach der zweiten Lesart sei der letzte Kompromißvorschlag der KOM⁶ von nur fünf Delegationen getragen worden. Deutschland, F und die anderen hätten ihn für Zeitvergeudung gehalten. Aufgrund des KOM-Vorschlags sei ein Kompromiß nicht möglich gewesen. Dies erinnere ihn an das erste Halbjahr 1984, als die KOM ihre Vorschläge zurückgenommen habe und Präsident Mitterrand daraufhin durch eine Rundreise⁷ einen Kompromiß (auf dem ER Fontainebleau⁸) zustande brachte, bei dem GB und Deutschland (1,4% MwSt.) große Zugeständnisse machten. So könne man es auch diesmal halten. Die KOM werde dabei aber nicht mitmachen; sie habe ihren Stolz.

Delors nannte dann mehrere Bereiche, in denen Deutschland zu den KOM-Vorschlägen „Nein“ gesagt habe (u. a. EWS, Landwirtschaft, Verkehrspolitik). Er, Delors, habe unsere Haltung immer verteidigt. Wenn wir nun aus einer Position der Stärke heraus gemeinsam mit F eine Kompromißlösung aufstellten, so sei ihm das recht. Die KOM werde sich dabei aber zurückhalten, um nicht in eine ähnlich demütigende Lage zu geraten wie 1984 die Kommission Thorn.

Delors äußerte sich konkret zu zwei Sachpunkten:

- Der gemeinsame Wirtschaftsraum (der allein zur Europäischen Union führen könne) sei mehr als eine Freihandelszone verbunden mit „Schecks“ – dies hätten alle MS bis auf GR nicht verstanden.⁹
- GAP: Das Paket der KOM¹⁰ (dessen Bedeutung bisher nicht voll verstanden worden sei) könne noch verbessert werden; dafür brauche man noch eine Arbeitssitzung des Agrarrats.

BM sah die Erklärung für den Verlauf des ER Kopenhagen weniger dogmatisch: Die KOM habe ihn erstklassig vorbereitet, die Präsidentschaft¹¹ bis einschließlich

⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen vgl. Dok. 358.

⁵ Für das Papier „Aufzeichnung des Vorsitzes“ der dänischen EG-Ratspräsidentschaft vom 5. Dezember 1987 (SN/3919/2/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

⁶ Für die Vorschläge der EG-Kommission vom 5. Dezember 1987 (SN 4036/87) vgl. Referat 410, Bd. 141612.

⁷ Staatspräsident Mitterrand führte am 23. Januar 1984 ein Gespräch mit Premierministerin Thatcher in Paris. Am 2. Februar 1984 besuchte er die Bundesrepublik und hielt sich am 6./7. Februar 1984 in den Niederlanden auf. Am 8. Februar 1984 besuchte er Luxemburg, am 10. Februar Griechenland, am 15. Februar Belgien, am 17. Februar Dänemark, am 20. Februar Italien und am 21. Februar 1984 Irland. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 2. Februar 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 29.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

⁹ So in der Vorlage.

¹⁰ Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission zur Eindämmung der Agrarproduktion und zur Stärkung der Haushaltsdisziplin; Dok. 315, Anm. 24.

¹¹ Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

des Konklaves¹² auch. Noch bei dem Gespräch in Bonn am 1.12. hätten PM Schlüter und AM Elleman-Jensen¹³ einige wenige entscheidende Fragen herausgestellt. Er, BM, habe fest damit gerechnet, daß auch in Kopenhagen nur die vier bis fünf wichtigsten Fragen diskutiert würden. Dies sei dann nicht geschehen, und der ER sei am Freitag vormittag nicht einen Millimeter weitergekommen. Er bedauere dies sehr, denn der BK sei mit dem festen Wunsch, sich zu einigen, und einer sehr offenen Haltung nach Kopenhagen gekommen. Bei dem vorbereitenden Ministergespräch in Bonn¹⁴ sei vieles beiseite gelegt worden. So wie die Diskussion in Kopenhagen lief, sei eine Einigung aber nicht möglich gewesen. Der BK habe richtig gehandelt, auf Vertagung zu dringen, weil sonst durch Schuldzuweisungen eine „miese Stimmung“ aufgekommen wäre. So habe der ER Kopenhagen zwar zwei Monate gekostet, aber nichts verschüttet. Leider könnten wir unsere Präsidentschaft¹⁵ jetzt aber nicht so beginnen, wie wir sie ursprünglich angelegt hätten (Schwerpunkt Binnenmarkt).

Wir wollten nun mit großer Energie und, wie BM mehrmals betonte, in engster Abstimmung mit der KOM den ER Brüssel vorbereiten.¹⁶ Zum Zeitplan: Er wolle heute im Rat vorschlagen, die Ratstagung 25./26.1. in einen Sonderrat umzuwandeln. Von 27. bis 29.1. wolle er eine Rundreise in die anderen Hauptstädte unternehmen und am Wochenende 30./31.1.¹⁷ in Abstimmung mit der KOM ein Papier ausarbeiten, das dem AM-Konklave am 1./2.2. vorgelegt würde.¹⁸ Sein Ziel seien scharf formulierte Fragen, die den Staats- und Regierungschefs schon vor dem ER vorliegen sollten. Nach dem Konklave müsse man sehen, was bis zum ER noch zu tun sei. (BM nannte das EPZ-Ministertreffen 8.2. als mögliche Gelegenheit zu weiterer Beratung.¹⁹)

Delors zierte sich zunächst weiterhin, bot dann aber an, bis Anfang nächster Woche ein (rein deskriptives) Papier des Präsidenten der Kommission anzufertigen, das die Haltung der MS zu den noch offenen Fragen darstellt. Zu dem Konklave-Konzept meinte Delors, die belgische Präsidentschaft²⁰ habe eine bessere Methode gewählt als die dänische. Ein Konklave dürfe nicht versuchen, die Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs vorwegzunehmen. Allenfalls könne man den AM sagen, sie hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht, wenn mehr als vier bis fünf Fragen übrigbleiben.

Auf Frage nach der Rolle der Agrarminister sagte Delors, der Agrarrat am 18./19.1.²¹ müsse sich ganz auf die Fragen Einkommensbeihilfen, Set-aside, Lage des

¹² Zur Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave“) am 29./30. November 1987 in Brüssel vgl. Dok. 318, Anm. 19.

¹³ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit ihren dänischen Amtskollegen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

¹⁴ Für das Ministergespräch vgl. Dok. 346.

¹⁵ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

¹⁶ Die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel fand am 11./12. Februar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

¹⁷ Korrigiert aus: „30./31.1.“

¹⁸ Am 1./2. Februar 1988 fand in Brüssel eine Sondertagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten („Konklave“) statt.

¹⁹ Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 8. Februar 1988 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

²⁰ Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

²¹ Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand vom 18. bis 20. und am 23./24. Januar 1988 in Brüssel statt.

ländlichen Raumes konzentrieren – und nicht etwa wieder die Agrarstabilisatoren diskutieren (diese Weisung müßten ihnen die Chefs geben). Der – in großer Eile abgefaßte – KOM-Vorschlag könne dabei verbessert werden und Bayern und Baden-Württemberg besser berücksichtigen. Die KOM werde in ihrer ersten Februar-Sitzung ein komplettes Papier zum Set-aside verabschieden.

Auf die Frage nach Spielraum bei den Kernfragen des Delors-Pakets²²:

- Strukturpolitik: Delors wiederholte den Hinweis, daß es nicht um die Umverteilung von Geld gehe, sondern um Gemeinschaftspolitikern ganz bescheidenen Umfangs.
- Eigenmittelpakets: Delors sah hier kein Problem mehr.
- Vierte Einnahmeart: Problem sei I. Eine gründlichere Studie würde aber zeigen, daß in einem Jahr auch bei der MwSt.-Bemessungsgrundlage I in eine stärkere Belastung hineinwachse. Die jetzige Situation gehe darauf zurück, daß Craxi entgegen Andreottis Rat die Schattenwirtschaft in die italienische BSP-Statistik habe einarbeiten lassen, um zu zeigen, daß I der zweitwichtigste europäische Industriestaat ist.

Als Lösung schwebt Delors ein Übergangsregime für ein Jahr vor. Dann würde deutlich sein, daß I auch auf reiner MwSt.-Basis mehr zahlen müßte. Wichtig sei aber, das anschließend geltende neue Eigenmittelsystem jetzt schon festzuschreiben, damit man nur einmal die Ratifikation der zwölf Parlamente einzuholen brauche (diese sollten nicht vor 1993/94 wieder befaßt werden). Den Übergang von der Zwischenphase zum endgültigen System würde dann der Rat beschließen.

BM berichtete über sein Gespräch am 7.12. mit Andreotti in Rom²³, das auch auf interne Spannungen hingedeutet habe.

Delors kam dann auf die Möglichkeit zu sprechen, I über die Strukturfonds einen Ausgleich für die Mehrbelastung bei der Finanzierung zu geben. Der „neogaullistische“ französische Ansatz, nach Ländern zu differenzieren, sei verfehlt. Der einzig richtige Ansatz sei bei den Regionen.

Referat 410, Bd. 141612

²² Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

Vgl. dazu ferner die Vorschläge der EG-Kommission an den Rat für einen Beschluß über die Eigenen Mittel vom 31. Juli 1987 (KOM (87) 420); Referat 412, Bd. 168705.

²³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti am 7. Dezember 1987 vgl. Dok. 357.

371

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

VS-NfD

15. Dezember 1987¹

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, George P. Shultz, am 15. Dezember 1987, von 11.05 bis 12.35 Uhr²

Der Bundeskanzler empfängt Außenminister Shultz zu einem 1 1/2-stündigen Gespräch über die Ergebnisse des Gipfeltreffens von Washington³ sowie zu einem Meinungsaustausch über die Lage in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten des Warschauer Pakts sowie über Fragen der amerikanischen Innenpolitik und die Behandlung des Chile-Kredits in Weltbankgremien (hierzu gesonderter Vermerk⁴).

Weiterhin anwesend auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, Abteilungsleiterin Frau Ridgway, BR Grobel (Note-taker), Dolmetscherin; auf deutscher Seite: MDg Dr. Peter Hartmann, VLRI Dr. Kaestner (Note-taker), VLRI Weber (Dolmetscher).

Der *Bundeskanzler* bedankt sich bei Shultz für die von ihm geleistete ausgezeichnete Arbeit bei Aushandlung des INF-Vertrages. Zugleich dankt er den USA und Präsident Reagan persönlich – wie schon am vergangenen Freitag per Telefon⁵ – für vorbildliche Information und Kooperation.

Er hoffe – so der Bundeskanzler weiter –, daß die Sache nunmehr gut weiterlaufe, insbesondere das Ratifikationsverfahren im Senat. Wenn er – der Bundeskanzler – auf dem Hill in irgendeiner Weise nützlich sein könnte (Briefe, Gespräche), so sei er dazu gern bereit, und bitte Shultz, es ihn wissen zu lassen. Für uns sei wichtig, daß der Vertrag jetzt ratifiziert werde – ein Mißerfolg wäre fatal.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 16. Dezember 1987 gefertigt und am 22. Dezember 1987 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers“ an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme“ übermittelt.

Hat Genscher am 25. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 4. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.

Hat Elbe vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178925.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke informierte am 17. Dezember 1987: „AM Shultz hielt sich am 15. Dezember zu bilateralen Konsultationen in Bonn auf. Außer Bonn besuchte er auf dieser Rundreise im Anschluß an die NATO-Herbsttagung Kopenhagen, Oslo und London. [...] Shultz wurde vom BK zu einem eineinhalbstündigen Gespräch empfangen, führte ein einstündiges Vier-Augen-Gespräch mit BM, das bei einem Arbeitssessen im Delegationskreis fortgesetzt wurde, und traf kurz mit BM Wörner und Alt-BK Helmut Schmidt zusammen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 179; Referat 204, Bd. 135400.

³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

⁴ Vgl. Dok. 372.

⁵ Für das Telefongespräch des Präsidenten Reagan mit Bundeskanzler Kohl am 11. Dezember 1987 vgl. <http://www.margareththatcher.org/document/109437>.

Was die Rüstungskontrolle allgemein angehe, so sei die Welt nicht verändert, aber eine Tür geöffnet. Er – der Bundeskanzler – hoffe sehr, daß Shultz im nächsten Frühsommer noch einen weiteren Schritt tun könne – dies wäre für uns eine gute Sache!

AM Shultz dankt für Begrüßung und erläutert, sein Haus sammle derzeit Erklärungen europäischer Staatsmänner zum INF-Vertrag. Die des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag sei hervorragend gewesen.⁶ Allein Frankreich äußere sich skeptisch – aber auch diese Stimmen werde man dem Kongreß vorlegen.

Der *Bundeskanzler* erwähnt bevorstehenden Besuch von Senator Biden Anfang Januar⁷ sowie seine Initiative, führende Senatoren und Kongreßabgeordnete zu Aufenthalt in der Bundesrepublik einzuladen, die erste Gruppe Ende April. Er bittet Shultz, diese Initiative zu unterstützen.

AM Shultz würdigt das Vorhaben als konstruktiv und sagt Unterstützung der Administration zu. Der *Bundeskanzler* dankt.

AM Shultz spricht dem Bundeskanzler volle Bewunderung dafür aus, was er für das Zustandekommen des INF-Abkommens getan habe. Er erinnert an die Lage von 1983, als die Sowjetunion in Genf verhandelte, jedoch keineswegs kooperativ war. Zweifellos habe sie damals die Hoffnung gehabt, daß westliche Raketen nicht stationiert würden und sie nichts aufzugeben brauche. Der Bundeskanzler habe damals im Gespräch mit ihm an seiner festen Position keinen Zweifel gelassen⁸; er sei deshalb überzeugt, daß die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland entscheidenden Anteil an der sowjetischen Entscheidung hatte, jetzt dieses Abkommen abzuschließen. Der Bundeskanzler habe sich damals gegen viel Kritik zur Wehr setzen müssen; gerade deshalb bringe er – Shultz – erneut Dank und Anerkennung zum Ausdruck.

Bei seiner gestrigen Pressekonferenz in Oslo⁹ sei er gefragt worden, ob der INF-Vertrag nicht zeige, daß die Friedensbewegung recht hatte. Er habe geantwortet: Der Vertrag zeige, daß die Friedensbewegung unrecht hatte (der Bundeskanzler pflichtet lebhaft bei), denn wenn es nach ihr gegangen wäre, gäbe es auf seiten der Verbündeten keine Flugkörper und mit der Sowjetunion kein Abkommen.

So aber sei der Vertrag ein Werk des Bündnisses: engster Konsultationen und der Durchsetzung der Entscheidungen, insbesondere in den Stationierungsländern. Diese seien heute wiederum durch das Stationierungsländerabkommen¹⁰ unmittelbar am Vertragswerk beteiligt. Auch dies sei eine Bündnisleistung.

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl am 10. Dezember 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3400–3406.

⁷ Im Vorfeld der Ratifizierungsdebatte des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987, die am 19. Januar 1988 im amerikanischen Senat begann, hielt sich Senator Biden Anfang Januar 1988 in Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien auf.

⁸ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

⁹ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. Dezember 1987 in Norwegen auf.

¹⁰ Das Übereinkommen zwischen den USA sowie Belgien, der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und den Niederlanden „über Inspektionen in bezug auf den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite“ wurde am 11. Dezember 1987 in Brüssel unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 431–437.

Heute müsse man sich bei allen Gefühlen der Befriedigung immer wieder klar-machen, wie es zu diesem Erfolg gekommen sei: Feste Haltung habe sich ausgezahlt, alle damaligen Kritiker müßten jetzt „ihre Worte auffressen“. Der Kurs des Bündnisses sei richtig gewesen. Dies wolle er auch in der heutigen Pressekonferenz¹¹ verdeutlichen, nicht aus Rechthaberei, sondern weil es immer die gleiche Lektion sei, die es einzupflanzen gelte. Er erinnere an Afghanistan!

Der *Bundeskanzler* stimmt zu. Die Sowjetunion sei durch zwei Dinge zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bewogen worden: Stationierungen und SDI. Dies zu erkennen, sei kein Kunststück. Die russische und sowjetische Geschichte zeige, daß Realitäten respektiert würden. Hier liege der entscheidende Unterschied zu Hitler, der irrational war und pathologische Züge hatte. Hingegen seien – so der Bundeskanzler weiter – die sowjetischen Führer kalt und rational kalkulierende Persönlichkeiten (Beispiel: finnische Kriege).

In den letzten Jahren habe die Moskauer Führung erkannt, daß sie das Bündnis nicht auseinanderdividieren könne – dies sei, selbst wenn es zuweilen sachliche Differenzen geben könne, das Wichtigste überhaupt auch für die Zukunft. Für die Sowjetunion – so der Bundeskanzler weiter – seien von entscheidender Wichtigkeit die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen („warum vertraut Ihr den Amerikanern so?“) und die immer engere deutsch-französische Zusammenarbeit. Jede Verstärkung unserer Westbindungen sei für die Sowjetunion ein Greuel. Gerade deshalb sei wichtig, nicht nur in den Sachfragen, sondern auch nach außen optisch erkennbar zu zeigen: Wir gehören zusammen. Dann könne man auch mit der Sowjetunion über Sachfragen reden. Die jetzige Bereitschaft der Sowjetunion, mit Präsident Reagan zu Einigungen zu kommen, obwohl sie ihn früher vehement bekämpft habe, zeige dies deutlich. Gleiches gelte für das Verhältnis der Sowjets zu ihm selbst. Nach fünf Jahren Peitsche komme jetzt das Zuckerbrot.

Er – der Bundeskanzler – habe sich in dieser Zeit nicht verändert. Uns habe neben der Stationierung auch die Verlängerung der Wehrpflicht¹² in der Sowjetunion Respekt verschafft: Diese Sprache werde in Moskau verstanden.

Jetzt gelte es, den eingeschlagenen Weg ruhig weiter zu gehen und den Satz nicht zu vergessen: Nach jedem Abrüstungsschritt muß die Sicherheit größer und nicht kleiner sein. Er – der Bundeskanzler – glaube im übrigen, das Hauptproblem für Gorbatschow werde im konventionellen Bereich kommen.

AM Shultz wirft ein, in der Tat stelle sich für Gorbatschow die Frage, wie er die Belastung der sowjetischen Wirtschaft durch das Militär erleichtern und die Ressourcen des Landes nutzbringender anwenden könne – dazu sei aber eine Verminderung konventioneller Streitkräfte notwendig.

¹¹ In der Presse wurde berichtet: „Shultz bezeichnete seine Reise nach Bonn als ‚Tribut‘ an die Politiker der Bundesrepublik Deutschland, die ‚entschlossen‘ die jetzt zustande gekommene Lösung gefördert hätten: Kohl habe den Nachrüstungsbefehl durchgesetzt, Wörner habe ‚eine bedeutende Rolle‘ bei der Stationierung gespielt, und Genscher sei ‚schon 1979 dabeigewesen‘, als der NATO-Doppelbeschluss gefaßt worden sei. Shultz reihte den früheren Bundeskanzler Schmidt in die Aufzählung ein und nannte ihn einen ‚alten Freund‘.“ Vgl. den Artikel „Shultz bestätigt westliche Berlin-Initiative, Gorbatschow nahm die Vorschläge mit an Bord“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Dezember 1987, S. 1.

¹² Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 25, Anm. 39.

Der *Bundeskanzler* gibt – mit der Bitte um Kommentar – Eindrücke aus seinen Gesprächen mit Vertretern kleinerer Warschauer-Pakt-Staaten wieder, daß Gorbatschow „noch nicht über den Berg ist“; daß er zwar keinen Konkurrenten im eigentlichen Sinne hat, der Konkurrent aber das System selbst ist. Es zu verändern, sei eine nahezu unlösbare Aufgabe. Die nächsten zwei bis drei Jahre würden sehr wichtig werden. Wir sollten diese Zeit nutzen, soweit dies geht.

Auch im übrigen Warschauer-Pakt-Bereich sei die Bewegung unübersehbar. Die DDR sei zu Ende des Jahres 1987 eine andere als zu Beginn (Exkurs über Besuchsreisen und -zahlen, Kontakte).

Dies alles bedeute eine Veränderung der Qualität, die auch in anderen Warschauer-Pakt-Staaten gesehen werde. Er – der Bundeskanzler – habe nie verstanden, daß wir unsere Hauptwaffe, die Idee der Freiheit, zwar in Proklamationen hochhielten, in der Sache aber gering achteten. Dabei zeige die jüngste Entwicklung, daß wir die besseren Karten hielten – wir müßten sie nur spielen und aufhören, den Weltuntergang an die Wand zu malen. 70 Jahre nach der Oktoberrevolution stelle Gorbatschow nunmehr fest, der Kommunismus sei immer noch nicht erreicht!¹³ Man habe die Parole ausgegeben: Gott ist tot, Religion ist Opium fürs Volk. Genau das Gegenteil sei richtig (Exkurs: bevorstehende Bundeskanzler-Reise nach Prag¹⁴ und kirchliche Lage in der ČSSR). Die Zeit arbeite nicht für die andere Seite!

AM Shultz stimmt zu: Gorbatschow habe bei Reform des Systems die schwierigsten Aufgaben noch vor sich. Die inneren Anstrengungen würden ihn vollauf beschäftigen – auch wir würden daran arbeiten. Zugleich aber müsse es auch Widerhall in den osteuropäischen Ländern geben: Sie seien allesamt unterschiedlich, nichtsdestoweniger aber in einem Stadium, wo sich westliche Bemühungen auszahlen (Exkurs über diesbezügliche Aufgabenstellung und Reisen von stellvertretendem AM Whitehead, der sein Gespräch mit dem Bundeskanzler vor der letzten Osteuropareise sehr geschätzt habe¹⁵). Hier – so AM Shultz weiter – liege ein Thema, wo Meinungs- und Erfahrungsaustausch besonders wichtig seien.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht, was er bereits stellvertretendem AM Whitehead gesagt hat: Er plädiere für gute Arbeitsteilung bei völliger Diskretion. Mit manchen Ländern hätten wir mehr Möglichkeiten als mit anderen:

1) Ungarn: Stand der Beziehungen ausgezeichnet. Kürzliche Kreditbürgschaft, weil Ungarn wirtschaftlich „am Ende“.¹⁶ Wenn aber der „Gulaschkommunismus“ Bankrott gehe, kämen die alten Stalinisten wieder – dies könne nicht in unserem Interesse sein.

Kádár und seine Leute seien – obwohl natürlich Kommunisten – uns gegenüber fair, Kádár spiele im gegenwärtigen Prozeß eine positive Rolle. Derzeit bemühe sich Budapest um Regelung mit der EG¹⁷ – hierbei könne er – der Bundeskanzler – viel helfen.

¹³ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anlässlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

¹⁴ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 26. bis 28. Januar 1988 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

¹⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 10. November 1987 vgl. Dok. 312.

¹⁶ Zu dem von der Bundesregierung verbürgten Kredit für Ungarn vgl. Dok. 277, Anm. 8.

¹⁷ Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 260, Anm. 23.

2) Bulgarien: Auch hier interessantes Experiment. Schiwkow seit Stalinzeit im Amt, größter Überlebenskünstler im Warschauer Pakt. Interessanter Indikator, daß er jetzt auf die Karte Gorbatschows setzt und jetzt Reformen einleitet.

3) Rumänien: Lage katastrophal. Beziehungen mit Ceauşescu eher schlecht. BM Genscher in dieser Woche in Bukarest.¹⁸ Problem der dort lebenden 200 000 Deutschen: jährlicher „Kauf“ von etwa 13 000 und weitere Tausende „mit Balkanzuschlag“. Wegen katastrophaler Lage wollen alle heraus – und er – der Bundeskanzler – intensiv bemüht, „mehr Deutsche herauszuholen“.¹⁹

4) ČSSR: Ungewiß, wie gegenwärtiger Machtkampf in der Führung ausgeht. Prag-Besuch Gorbatschows, um seine Richtung zu stärken.²⁰ Bilaterale Beziehungen nur zu verbessern, wenn tschechische Führung in wichtigen Fragen Haltung ändert. Hinweis auf bilaterale Umweltprobleme und kürzlichen Abkommensabschluß.²¹ Er – der Bundeskanzler – auch bereit, auf diesem Gebiet finanziell etwas zu tun, weil es auch um unsere eigenen Umweltschutzanliegen geht. Dies aber nur, wenn sich Lage insgesamt verändere – deshalb sehr gespannt auf Besuch in Prag.

5) Polen: Bundeskanzler insgesamt skeptisch, sieht keinen größeren Fortschritt. Ebenfalls nicht ersichtlich, wie wirtschaftliche Probleme gelöst werden sollen.

Auf Frage von Shultz nach Bewertung des kürzlichen Referendums²²: Er – der Bundeskanzler – glaube, daß das Regime nicht fest im Sattel sitzt. Polen sei für die Sowjetunion „der schwierigste Fall überhaupt“ (Exkurs: Polen stolzes Volk, Erhaltung der Identität über drei Teilungen hinweg größte Stärke, Disziplinmangel größte Schwäche). Das Referendum habe diese Züge verdeutlicht: Die Polen mögen das Regime nicht und trauen ihm keine wirtschaftliche Perspektive zu. Jaruzelski seinerseits habe die Lage falsch eingeschätzt, denn er hätte das Referendum sicher nicht veranstaltet, wenn er dieses Ergebnis abgesehen hätte: Dies zeige seine große Entfernung vom Volk.

Er – der Bundeskanzler – sehe insgesamt nicht, wie die Polen wirtschaftlich Boden unter die Füße bekommen können – auch Honecker habe ihm gegenüber

¹⁸ Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf. Für sein Gespräch mit Präsident Ceauşescu vgl. Dok. 375.

¹⁹ Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

²⁰ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 9. bis 11. April 1987 in der ČSSR auf.

²¹ Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 5. Oktober 1987 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der ČSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 67 f.
Vortragender Legationsrat Greineder vermerkte am 6. Oktober 1987 über das bei Unterzeichnung der Vereinbarung geführte Gespräch des Bundesministers Töpfer mit dem Vorsitzenden der tschechoslowakischen Staatlichen Kommission für wissenschaftlich-technische Entwicklung und Investitionen, Obzina, am Vortag: „Gewässerschutz hat für ČSSR oberste Priorität, insbesondere Schutz des Grundwassers. Hinweis auf ČSSR als Dach Europas, d. h. als Oberlieger für Flüsse, die alle in die Nachbarstaaten fließen. Prag ist zu Expertengesprächen über Elbverschmutzung mit Hamburg bereit. Luftverunreinigung steht für ČSSR an zweiter Stelle. Mit dem Monitoring der Luftschadstoffe und der einheitlichen Bewertung ist die ČSSR zufrieden. Zusicherung, daß ČSSR Helsinki-Protokoll (30-prozentige Absenkung der Schwefelemissionen bis 1993/95) ganz und restlos erfüllen wird, auch Fünf-Jahres-Pläne sind darauf ausgerichtet. [...] Trilaterale Konsultationen (ČSSR, DDR, Polen) sind in Vorbereitung, und zwar zu Fragen des Schadstoff-Monitoring und praktischen Maßnahmen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139666.

²² Zum Referendum in Polen am 29. November 1987 vgl. Dok. 367, Anm. 21.

mit offenem Hohn über die „polnische Wirtschaft“ gesprochen. Typisch sei, daß die Grenze zwischen Polen und der DDR vollkommen dicht sei: aus wirtschaftlichen Gründen.²³

6) DDR: Besuchsreisen für das Regime zunehmendes Problem. Desgleichen „Dreiklassengesellschaft“! Funktionäre, DM-West-Besitzer, „arme Teufel“ (Beispiel: Autokauf).

Der Bundeskanzler fragte AM Shultz nach persönlichen Eindrücken von Gorbatschow. Sitzt er fest im Sattel?

AM Shultz bejaht, obwohl auch US-Kenntnis über Vorgänge im Kreml beschränkt. In Washington sei Gorbatschow als Nummer Eins voll Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen aufgetreten – im Gegensatz zu seiner, Shultz', letzten Begegnung mit ihm in Moskau²⁴, als man ihm Nervosität – wohl wegen der Jelzin²⁵-Affäre – angemerkt habe²⁶.

Insgesamt – so AM Shultz – sei Gorbatschow in starker Position und versuche, sein Land und System zu verändern. Vielleicht weniger „stürmisch“ als vor einem Jahr.

Im privaten Gespräch beeindruckte Gorbatschow durch starke Persönlichkeit mit starkem Intellekt und großer Energie. Man könne mit ihm über Themen sachlich streiten – sehe Gorbatschow, daß der Gesprächspartner seine Position nicht zurückziehe, gehe er zum nächsten Thema über. Auf dieser Grundlage habe man in Einzelheiten und mit gewissem Maß an Realismus über Menschenrechte und regionale Fragen sprechen können. Diese Diskussionen – und Gorbatschow als Gesprächspartner – seien viel besser und befriedigender als die mit seinen Vorgängern, aber auch mit Gromyko.

Der Bundeskanzler fragt, ob es in der Afghanistan-Frage Bewegung gegeben habe. AM Shultz erwidert, vielleicht würden die Sowjets sich bewegen. Sie hätten wohl eingesehen, daß die „nationale Versöhnung“ durch Beteiligung der Widerstandsgruppen an der Regierung eine unmögliche Vorbedingung für den Truppen-

²³ Zum Grenzregime zwischen der DDR und Polen vgl. Dok. 258, Anm. 8.

²⁴ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

²⁵ Korrigiert aus: „Jeltzin“.

²⁶ Zu den Berichten über einen Rücktritt des Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU, Jelzin, vgl. Dok. 306, Anm. 15.

Am 11. November 1987 trat das ZK-Plenum der Moskauer KP zusammen, an der u. a. das Mitglied des Politbüros der KPdSU, Ligatschow, und der Generalsekretär der Partei, Gorbatschow, teilnahmen. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am folgenden Tag: „Wichtigstes Ereignis des Plenums ist die ‚Befreiung Jelzins von den Funktionen als Erster Sekretär und als Mitglied des Büros des Moskauer Stadtparteikomitees wegen schwerer Mängel in der Leitung der Moskauer Stadtpartei-Organisation‘.“ Mit Jelzins Entlassung sei „das bisher prominenteste ‚Ziehkind‘ Gorbatschows schon nach weniger als zwei Jahren politisch gescheitert. [...] Der Abgang des von [Gorbatschow] protegierten ‚Flügelmannes‘, der dem GS ein Regieren von der Mitte her ermöglichte, kann G.s Stellung nicht unberührt lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3590; Referat 213, Bd. 143517.

Gesander Arnot, Moskau, teilte am 20. November 1987 mit: „[Laut] TASS vom 18.11.1987 hat Ministerrat der UdSSR Boris N[ikolajewitsch] Jelzin zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatskomitees für Bauwesen (Gosstroj) ernannt. Gleichzeitig wurde ihm Ministerrang verliehen.“ Damit demonstrierte die sowjetische Führung, „daß bisheriger Moskauer Parteichef weder klinisch (Gerüchte gab es letztes Wochenende) noch politisch tot ist. Auch wenn seiner Krankheit wegen mit baldigem Amtsantritt nicht zu rechnen ist, schien Korrektur des Eindrucks überfällig, den seine Absetzung im Stil eine Schauprozesses hervorgerufen hatte, und der konservativen Kräften Auftrieb gibt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3716; Referat 213, Bd. 143517.

rückzug sei. Der Präsident²⁷ habe verdeutlicht: Nationale Versöhnung sei kein Einzelereignis, sondern ein Prozeß. Die Sowjetunion müsse abkoppeln. Vielleicht werde die Sowjetunion beim nächsten Genfer Treffen einen Zeitplan vorlegen.²⁸ Verpflichtet habe sich Gorbatschow dazu allerdings nicht.

Der *Bundeskanzler* verdeutlicht, die Afghanistan-Intervention²⁹ sei für ihn die einzige unbegreifliche Entscheidung der Sowjetunion in den letzten 50 Jahren, weil sie außerhalb ihrer eigenen Logik liege.

AM Shultz bestätigt, dies sehe Gorbatschow auch so – wenn er aber die Haltung der Sowjetunion verändern werde, dann aus den vom Bundeskanzler dargelegten Gründen: als Antwort auf Realitäten (Widerstandswille des afghanischen Volkes). (Auf Einwurf von BK: Die Sowjetunion habe ihr Prestige in Afghanistan bereits verloren.)

(Exkurs: Präsidentschaftswahlkampf in USA³⁰)

AM Shultz verdeutlicht, er gehe davon aus, daß Wahlkampfkaktivitäten die Ratifizierung des INF-Vertrages nicht beeinträchtigen – der Mehrheitsführer im Senat³¹ habe eine Schlußabstimmung im April für möglich gehalten. Der Prozeß werde insgesamt schnell laufen. Die Administration werde hart arbeiten. Es gelte, „amendments“, die den Vertrag belasten, zu verhindern.

Die Administration werde sich anstrengen, auch den START-Vertrag fertig zu bekommen: Dies habe im Lande viel Unterstützung, die Präsidentschaftskandidaten würden auch nicht versuchen, dagegen anzukämpfen. Für den Verhandlungsprozeß sei sogar vorteilhaft, daß der Präsident nicht selbst Kandidat sei.

Der *Bundeskanzler* vermutet, daß die Sowjetunion noch „psychologische Versuche“ starten werde. Gorbatschow sei sehr geschickt, auch in direkter Ansprache westlicher Öffentlichkeiten. Unser Hauptproblem sei, daß viele dumme Leute eine Welt sähen, die es in Wahrheit nicht gibt. So werde vorgeschlagen, Gorbatschow den Friedensnobelpreis zu verleihen. Wir stünden vor neuen Herausforderungen, unseren jungen Wehrpflichtigen zu verdeutlichen, was Sinn ihres Dienstes sei.

AM Shultz unterstreicht, natürlich sei Gorbatschow sehr geschickt darin, für Zustimmung zu westlichen Vorschlägen den Bonus zu bekommen: Deshalb gelte es, um so klarer herauszustellen, daß es der Westen gewesen ist, der gefordert habe: Halbierung der strategischen Offensivwaffen, Abzug aus Afghanistan, menschenrechtliche Erleichterungen usw.

Keinesfalls dürfe man zulassen, daß Gorbatschow für Dinge einen Bonus bekommt, die er nur sagt, aber nicht tut.

²⁷ Ronald W. Reagan.

²⁸ Zu den „indirekten Gesprächen“ zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 340, Anm. 21.

Am 15. Dezember 1987 berichtete Botschafter Berendonck, Islamabad: „Nach hier erhältlichen Informationen beabsichtigt der Beauftragte des VN-GS, U[nder]-S[ecretary]G[eneral] Cordovez, Anfang Januar nach Islamabad zu kommen, um Gespräche mit pakistanischer Regierung über die nächste Genfer Runde im Lichte der letzten Entwicklungen zu führen. Von hier aus wird er nach Kabul fliegen, um Kontakt mit der afghanischen Führung aufzunehmen. Falls Einvernehmen erzielt wird, sollen die indirekten Genfer Gespräche im Februar oder Anfang März 1988 wieder aufgenommen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1225; Referat 230, Bd. 142213.

²⁹ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

³⁰ Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

³¹ Robert C. Byrd.

Der *Bundeskanzler* stimmt lebhaft zu: Hier stehe uns harte Arbeit bevor. Aber der Einsatz lohne: So habe seine live übertragene Tischrede für Honecker³² in der DDR ungewöhnlich hohe Einschaltquoten gehabt – und es sei das erste Mal gewesen, daß Honecker in aller Öffentlichkeit unsere Haltung zu Mauer, Menschenrecht und Teilung habe hören müssen. Im übrigen sei er – der Bundeskanzler – Honecker dankbar für den Satz, daß Sozialismus und Kapitalismus³³ sich wie Feuer und Wasser verhalten³⁴. Diesen Satz zitiere er gern, weil viele Narren diesen Gegensatz einebnen wollten. (Folgt Gesprächsteil Chile – vgl. besonderen Vermerk.)

Der Bundeskanzler dankt abschließend AM Shultz für die amerikanische Unterstützung – und für die von Präsident Reagan und AM Shultz persönlich – für die Kandidatur BM Wörners als neuen Generalsekretär der NATO.³⁵ Ihm – dem Bundeskanzler – tue sehr leid, daß es durch die norwegische Konkurrenz Schwierigkeiten gegeben habe. Er habe ohnehin von Anfang an nicht verstanden, warum der mit ihm seit über zehn Jahren befreundete frühere Ministerpräsident Willoch sich nie vertrauensvoll an ihn gewandt, sondern seine Kandidatur über die Medien lanciert habe.³⁶ Auch MP Frau Brundtland habe mit ihm – Bundeskanzler – in dieser Sache keinen Kontakt aufgenommen. Er wiederhole, der Gang der Dinge tue ihm leid, und er habe in diesem Sinn an den früheren MP Willoch und an MP Frau Brundtland geschrieben.³⁷

³² Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1987, S. 705–707. Für den Wortlaut vgl. ferner den Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze“; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

³³ Korrigiert aus: „Kommunismus“.

³⁴ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, erklärte in seiner Rede am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg: „Die Entwicklung unserer Beziehungen, der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, dessen sind wir uns bewußt, ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet, und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebenso wenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 707.

³⁵ Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 345.

Bei der NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel wurde Bundesminister Wörner zum künftigen NATO-Generalsekretär gewählt. Dazu hieß es in der Presse, Wörner sei „der erste Deutsche in diesem Amt. Er wird Nachfolger des Briten Lord Carrington, der den Posten im Juni aufgeben will.“ Vgl. den Artikel „Die NATO-Außenminister begrüßen das INF-Abkommen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Dezember 1987, S. 1. Vgl. dazu ferner die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 11. Dezember 1987; BULLETIN 1987, S. 1219.

³⁶ Der frühere norwegische Ministerpräsident Willoch gab am 30. November 1987 seinen Verzicht auf die Kandidatur für das Amt des NATO-Generalsekretärs bekannt. In der Presse hieß es, Willoch habe „in einem Brief, der den NATO-Partnern bekanntgemacht wurde, mitgeteilt, er halte seine Kandidatur nicht länger aufrecht. Darin schreibt er, es sei immer deutlicher geworden, daß ‚mehrere‘ Länder bei der bevorstehenden Entscheidung zwischen ihm und Verteidigungsminister Wörner ‚das Gewicht auf die Bedeutung des Landes legen werden, aus dem der Kandidat kommt, und auf den Beitrag dieses Landes zu den Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses‘. Deshalb habe er es als das ‚weiseste‘ angesehen, seine Kandidatur zurückzuziehen.“ Vgl. den Artikel „Willoch: Politisches Gewicht der Bundesrepublik“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Dezember 1987, S. 2.

³⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach bat die Botschaft in Oslo am 3. Dezember 1987 um Weiterleitung zweier Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den ehemaligen norwegischen Ministerpräsidenten Willoch sowie Ministerpräsidentin Brundtland. Im Schreiben vom 1. Dezember 1987 dankte Kohl Willoch für dessen Verzicht zur Kandidatur als NATO-Generalsekretär: „Ich möchte Dir nochmals versichern, daß Deine persönliche und politische Qualifikation für dieses hohe Amt für mich stets außer Frage stand. Diese Wertschätzung gründet vor allem in unserer langjährigen engen Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen konservativen und christlich-demokratischen Parteien. Du weißt, wie froh ich bin, daß Du in Berlin den Vorsitz der [Internationalen] [Demokratischen] [Union] übernommen hast.“ Im Schreiben vom selben Tag an Brundtland

Shultz berichtet aus seinen Gesprächen in Oslo, die Norweger seien jetzt in guter Gemütsverfassung. Willoch habe ihm persönlich gesagt, daß es gut sei, daß die Entscheidung jetzt getroffen sei, und daß er glaube, daß BM Wörner ein sehr guter Generalsekretär sein werde und daß Norwegen ihn unterstützen werde.

Der *Bundeskanzler* bittet AM Shultz, Präsident Reagan seine herzlichen Grüße zu übermitteln. Er überlege, im Februar 1988 für etwa zwei Tage nach Washington zu fahren. Dafür sprächen viele gute Gründe, auch im Blick auf die Diskussion auf dem Hill. AM Shultz betont, ein derartiger Besuch wäre in der Sache und im Zeitpunkt sehr nützlich, allerdings könne er, was die Terminierung angehe, nicht für das Weiße Haus sprechen. Es müsse jedenfalls eine Zeit gewählt werden, in der der Kongreß tage (Hinweis auf Feiertage im Februar).³⁸

Der *Bundeskanzler* bittet schließlich AM Shultz, auch an PM Frau Thatcher Grüße zu übermitteln.³⁹

Referat 010, Bd. 178925

372

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

Geheim

15. Dezember 1987¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, George P. Shultz (Bonn, 15. Dezember 1987, 11.05–12.35 Uhr)²;

hier: Chile

AM Shultz spricht die bevorstehende Entscheidung der Weltbank hinsichtlich eines Kredits für Chile an: Die USA seien der Ansicht, daß das Darlehen nicht abgelehnt, aber verschoben werden solle.³ Dafür gebe es zwei Gründe:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1880

würdigte Kohl ebenfalls Willochs Kandidaturverzicht: „Ich weiß, daß Ihnen diese Entscheidung nicht leichtgefallen ist. Um so mehr danke ich Ihnen dafür.“ Vgl. Referat 205, Bd. 135433.

³⁸ Bundeskanzler Kohl besuchte die USA vom 17. bis 19. Februar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

³⁹ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15./16. Dezember 1987 in Großbritannien auf.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 16. Dezember 1987 gefertigt und am folgenden Tag von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet.

Hat Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edit].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

² Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 15. Dezember 1987 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 371.

³ Ministerialdirektor Jelonek legte am 24. November 1987 für Bundesminister Genscher dar: „Am 15.12. 1987 wird das Direktorium der Weltbank über den dritten Strukturanpassungskredit in Höhe von

- Schuß vor den Bug für Pinochet hinsichtlich des politischen Prozesses in Chile – da die chilenische Wirtschaft sehr gut laufe, werde diese Verschiebung das Land nicht zerstören oder gar katastrophal sein, wohl aber die nötige „message“ vermitteln;
- Schwierigkeiten („uphill fight“) der Administration im Kongreß hinsichtlich weiterer finanzieller Unterstützung der Weltbank – da Pinochet im Kongreß nicht beliebt sei (BK wirft ein: Auch hier nicht!), werde eine Kreditentscheidung im jetzigen Zeitpunkt negativ wirken und die Administration bei ihren Bemühungen zurückwerfen. Auch er – Shultz – wisse als ehemaliger Finanzminister⁴ und Wirtschaftsprofessor, daß man politische Dinge aus den wirtschaftlichen Institutionen heraushalten solle – nichtsdestoweniger müsse man aber die praktischen Fragen berücksichtigen. Die Administration sei deshalb zum Ergebnis gekommen, für eine Verschiebung zu stimmen.

Bundeskanzler betont, er wolle offen reden: Er finde Pinochet absolut unerträglich. Er habe dies immer gesagt, auch zu Zeiten, als man in Washington anderer Meinung war.

Er sei und bleibe dafür, in Chile alles zu tun, um eine Lösung zu finden, wobei er allerdings hinzufüge, daß die Oppositionsparteien nicht sehr überzeugend agierten, seine eigenen politischen Freunde eingeschlossen. Die Christdemokraten hätten jetzt zwar einen neuen Vorsitzenden, der besser als sein Vorgänger sei⁵, aber bisher sei es ihnen nicht gelungen, einen wirklichen Gegenkandidaten zu Pinochet aufzubauen (AM *Shultz* stimmt zu).

Dies unterscheide die Lage in Chile – so der *Bundeskanzler* weiter – von Argentinien, wo Alfonsín ein Mann gewesen sei, der der Junta als echter Kandidat gegenübergetreten sei.

In Chile werde, wenn er die Entwicklung richtig sehe, die Junta auseinandergehen: Einige der Mitglieder und ihre Gefolgsleute wollten überleben und mit einer Zivilregierung weiterarbeiten. Er sei bereit, diese Entwicklung zu unter-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1881

250 Mio. \$ für Chile zu entscheiden haben, mit dem die Bank das bisher erfolgreich verlaufene wirtschaftspolitische Reformprogramm in Chile unterstützen will. [...] Die USA haben den Direktoren der G7 (neben USA D, F, GB, I, Japan und Kanada) am 19.11. mitgeteilt, daß sie in der Direktoriussitzung am 15.12.1987 eine Stimmenmehrheit für einen Vertagungsantrag auf unbestimmte Zeit erreichen und in die Beratung des Kredites erst eintreten möchten, wenn Chile befriedigende Fortschritte bei der Wiederherstellung der Demokratie aufweise. [...] Die USA verlassen mit dem Vorschlag ihre bisherige Linie, durch Stimmenthaltung zwar ein politisches Signal zu setzen, aber die Kreditbewilligung letztlich nicht entscheidend zu behindern. Die Vertagung entspricht de facto einer Ablehnung und zwingt auch die westlichen Partner zu entscheiden, entweder im Interesse der Wiederherstellung der Menschenrechte in Chile den Kredit vorerst zu verweigern oder sich den Satzungen der Bank entsprechend zu verhalten und eine Politisierung dieser Institution zu vermeiden.“ Jelonek wies darauf hin, daß Genscher sich bei der Bewilligung des zweiten Struktur Anpassungs darlehens im November 1986 gegenüber Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Warnke vergebens für eine Stimmenthaltung eingesetzt habe. Vgl. Referat 330, Bd. 142959.

⁴ George P. Shultz war von 1972 bis 1974 amerikanischer Finanzminister.

⁵ Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 3. August 1987: „Am 2.8.1987 wurde nach 24-stündiger Marathonsitzung Patricio Aylwin mit 55 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten des P[artido]D[emócrata]C[ristiano] gewählt. Bisheriger Präsident Gabriel Valdés hatte nicht kandidiert. [...] Mit der Wahl Aylwins wird das Parteienspektrum Chiles den lang erwarteten Kristallisationspunkt erhalten. Als Vertreter des gemäßigten Flügels und als bekannte Integrationsfigur ist Aylwin Gesprächspartner für die anderen Parteien der Demokratischen Allianz. In der Militärspitze gilt er als Persönlichkeit, mit der ein konstruktiver Dialog bis hin zur Personalentscheidung einer künftigen Regierung besprochen werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 256; Referat 330, Bd. 142924.

stützen. Dies sei hierzulande sehr populär, da Chile zur Zeit an den Pranger gestellt werde (wie auch die Republik Südafrika).

Die jetzt fällige Entscheidung stelle die Frage – und er sehe, daß der Wirtschaftsprofessor Shultz das gleiche Problem habe –, ob man den Sündenfall wolle oder nicht. Die Weltbank habe immer wirtschaftlich, nicht politisch argumentiert. Er – der Bundeskanzler – müsse fragen, was (bei Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte) morgen und übermorgen nachkomme. Wenn man heute „technische Argumente“ für eine Verschiebung finde, und er habe Verständnis für das Argument mit der Kongreßabstimmung, so bleibe das Problem auf dem Tisch. Es sei ein Präzedenzfall, und man gerate in einen Teufelskreis: Wer für eine sachliche Lösung eintrete, gelte als Freund Pinochets.

Chile sei natürlich Thema auch der Innenpolitik (Exkurs zur Haltung PM Chiracs, BM Genschers und von Teilen der CDU⁶).

Er – der Bundeskanzler – werde innerhalb von zwei Stunden eine Entscheidung treffen müssen. Dabei habe er für das von Shultz vorgetragene Argument – Schwierigkeiten der Administration im Kongreß – noch das meiste Verständnis.

Shultz wirft ein, genau dies sei der Grund, warum auch Finanzminister Baker für Verschiebung sei.

Im übrigen – so Shultz weiter – könne Bundeskanzler nach außen sagen, die Lage in Chile sei nicht genügend klar, deshalb empfehle sich abzuwarten, bis das politische Bild sich dort verändere. Allerdings müsse er einräumen, daß die Wirtschaft des Landes in sehr gutem Zustand sei, insbesondere verglichen mit anderen Ländern Lateinamerikas. Chile gewinne durch starken Kupferpreis. Es gebe keinen Grund, warum der Kredit ausgerechnet in diesem Zeitpunkt bewilligt werden müsse.

Bundeskanzler schließt diesen Gesprächsteil scherzhaft, wenn man sündige, solle es wenigstens Spaß machen – hier aber gelinge nicht einmal dies!⁷

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73

⁶ In der Presse wurde berichtet: „CDU-Arbeitsminister Blüm, der wie FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Pinochet-Herrschaft nicht noch mit von Bonn mitbewilligtem Geld gestützt sehen will, wies in Briefen an Klein und an den mitzuständigen Finanzminister Gerhard Stoltenberg darauf hin, daß man doch nicht all jenen Staaten, die wie die USA dem Kredit nicht zustimmten, Verstoß gegen die Weltbanksatzung unterstellen wolle. [...] Pinochet-Gegner Heiner Geißler rät, dem Vorbild der USA zu folgen, ‚den Kredit nicht unkonditioniert zu bewilligen und die Vergabe bis zum Herbst ’88 aufzuschieben‘.“ Vgl. den Artikel „Konditionierter Chile-Kredit“, DER SPIEGEL, Nr. 50 vom 7. Dezember 1987, S. 14.

⁷ Der Exekutivdirektor der Weltbank, Böhmer, berichtete am 15. Dezember 1987, das Direktorium der Weltbank habe am selben Tag „das dritte Strukturanpassungsdarlehen für Chile nach kurzer und sachlicher Diskussion ohne förmliche Abstimmung verabschiedet. Zwei Direktoren (Italien und Skandinavien) sprachen sich gegen den Kredit aus, fünf Direktoren (USA, Frankreich, Spanien, Niederlande, Belgien) gaben ihre Enthaltung zu Protokoll. Drei Direktoren gaben keine Erklärung ab (der Direktor für Chile, Algerien, Malaysia). Deutlicher als bei früheren Gelegenheiten wies eine Reihe von Direktoren darauf hin, daß die Satzung der Weltbank verbiete, Entscheidungen auf politische Gesichtspunkte zu stützen, und ihre Entscheidung auf ausschließlich wirtschaftliche Erwägungen beruhe (UK, Japan, Kanada, Australien, Saudi-Arabien, Kuwait).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2089; Referat 330, Bd. 142959. Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, gab am selben Tag bekannt, die Bundesregierung habe in der Weltbank der dritten Tranche des Strukturanpassungsdarlehens für Chile in Höhe von 250 Mio. US-Dollar zugestimmt. Anlässlich dieser Entscheidung habe Bundeskanzler Kohl ein Schreiben an Präsident Pinochet gerichtet. Darin führte Kohl aus, die Bundesregierung habe „unter strenger Beachtung ausschließlich finanzieller und wirtschaftlicher Kriterien“ zugestimmt: „Dabei hält sich die Bundesregierung – wie alle früheren Bundesregierungen – an die bislang stets eingehaltenen Satzungs-

373

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach

02-913/87 geheim

15. Dezember 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Künftige Rolle von Kernwaffen im westlichen Verteidigungskonzept;
hier: Aktive Neugestaltung – Stolperstein SNF (Reichweiten unter
500 km)

Bezug: Vorlage vom 15.7.1987, 02-401/87 geheim⁴Anlg.: Bezugsvorlage (nur beim Original)⁵

1) Für die nukleare Abschreckung der Zukunft (Doktrin und Arsenal) hatte die Bezugsvorlage vom Juli 1987 ein Konzept entwickelt, das die Rolle der SNF

Fortsetzung Fußnote von Seite 1883

bestimmungen der Weltbank, einzelne Entscheidungen nicht zu politisieren.“ Die Entscheidung sei in der Bundesrepublik „mit großem Ernst diskutiert“ worden: „Viele Menschen bei uns bewegt die Frage, ob mit dem Darlehen nicht Fortschritte im Demokratisierungsprozeß behindert werden. Ich bitte Sie daher eindringlich, den in Gang befindlichen Demokratisierungsprozeß in Chile voranzubringen und allen politischen Kräften, die eine Rückkehr zur Demokratie erstreben, faire und gleiche Chancen einzuräumen. Gleichzeitig erwarten Regierung und Bürger der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte.“ Vgl. die Infokunk-Meldung 1050d; Referat 330, Bd. 142959.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. Dezember 1987 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 21. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das bedarf gründlichster Rücksprache.“

Hat Elbe am 24. Februar 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 24. Februar 1988 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Sudhoff an den Planungsstab verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Seite 3 u. 6 Anmerkungen des BM.“ Vgl. Anm. 11, 12 und 15.

Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

⁴ Ministerialdirektor Seitz skizzierte „atlantische Perspektiven, europäische Optionen, deutsche Interessen“ zur Rolle von Nuklearwaffen für die NATO. Dabei legte er dar, künftig werde „ein Bruchteil der heutigen Nukleararsenale“ genügen: „Die zentrale Abschreckungsfunktion der Zukunft liegt bei Selektivoptionen gegen Militärziele auf Aggressorterritorium. Den Kernwaffen kürzerer Reichweiten bleiben noch sechs Hilfsfunktionen, die nur zum Teil anderweitig abgedeckt bzw. entbehrlich gemacht werden können. Reduzierungen sind möglich, Umstrukturierungen sinnvoll.“ Zum europäischen Beitrag hielt Seitz fest: „Ausgebaut werden müssen die strategischen Selektivoptionen Frankreichs und Großbritanniens. Sinnvoll ist die Koordination und Kooperation der beiden; eine Fusion der Potentiale ist nicht nötig. Die Nuklearstrategie Frankreichs und die der NATO sind sich näher, als oft angenommen wird. Auch F und UK sind im Prinzip fähig zu ‚erweiterter Abschreckung‘. Gegenüber der SU muß die Option auf nuklearstrategische Gleichberechtigung Europas gewahrt werden.“ Mit Blick auf Frankreich folgte Seitz: „Wir haben Anspruch auf umfassende Konsultation über Nuklearkonzept und -arsenal Frankreichs. Künftige Entwicklungen sollten unseren Vorstellungen Rechnung tragen. Das Konzept des ‚prästrategischen Nukleareinsatzes‘ ist in unserem Sinne ausbaufähig (weg vom Gefechtsfeld). Voraussetzung ist, daß wir nukleare Abschreckung nicht insgesamt in Frage stellen und daß wir Frankreich nicht überfordern (keine Nuklear-„Garantie“).“ Vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

⁵ An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Schon bei 010 (VLR I Elbe).“
Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4.

(Kurzstreckensysteme bis 500 km) auf Hilfsfunktionen reduziert, eine nukleare Minimalarchitektur skizziert und eine Aufwertung des europäischen Beitrags hierzu vorsieht.

Inzwischen ist der INF-Vertrag⁶ unterzeichnet und die START-Perspektiven sind hoffnungsvoll, aber die SNF-Frage droht weiterhin zum Stolperstein auf dem Weg zu einem militärstrategisch überzeugenden und politisch akzeptablen Nuklearkonzept des Westens („nuclear posture“ als Oberbegriff von Doktrin und Instrumentarium) zu werden, das der Bundeskanzler mit der Formulierung „das qualitativ und quantitativ erforderliche absolute Mindestmaß“ beschrieben hat.⁷

2) Die Neugestaltung (MdB Rühle: „Neuformierung“⁸) der nuklearen Abschreckung kann durch Reduzierung und durch positiv gestaltende Maßnahmen erfolgen. Es ist weder militärstrategisch noch politisch überzeugend, nur im SNF-Bereich eingleisig vorgehen zu wollen, d.h. hier den Reduzierungsansatz auszuschließen oder aufzuschieben:

- SNF sind kein taugliches Mittel zum Ausgleich konventioneller Disparität (Konfliktsimulationen auf Großrechnern haben dies in jüngster Zeit besonders deutlich gemacht).⁹
- Ihr Beitrag zur Abschreckung (der kriegsverhütenden ebenso wie der kriegsbeendenden) gegenüber einem Aggressor weit außerhalb ihrer Reichweite ist begrenzt.
- Ein SNF-Übergewicht nach Reduzierungen bei den anderen Reichweiten widerspricht der Bündnisposition einer Schwerpunktverlagerung „weg von den kürzesten Reichweiten“ und sieht nach ungleicher Risikoverteilung im Bündnis durch eine Art Zwei-Stufen-Eskalation aus (SNF-Ersteinsatz und dann erst Folgeinsatz in der Tiefe).
- Ein falscher Stellenwert der SNF fördert die Unterstellung von Kriegsführungsdenken im eigenen Lager oder durch die andere Seite.

Andererseits sind SNF auch aus unserer Interessensicht nicht entbehrlich. Von den in der Bezugsvorlage aufgeführten sechs SNF-Hilfsfunktionen (s. S. 9f.¹⁰) sind zwei besonders wichtig und kaum ersetzbar:

⁶ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

⁷ Vgl. die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 924.

⁸ Im Bundestag führte der CDU-Abgeordnete Rühle am 10. Dezember 1987 aus: „Vielmehr sollte jetzt wegen der neu gegebenen Situation in dem von der NATO zu erarbeitenden Gesamtkonzept definiert werden, durch welche Maßnahmen und Schritte unter Berücksichtigung des konventionellen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West das in Europa verbleibende Nuklearwaffenpotential neuformiert und zugleich weiter reduziert werden kann. Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Das Ziel müßte entsprechend dem, was der Bundeskanzler im Juni formuliert hat, lauten: deutlich weniger, aber politisch glaubwürdiger.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 49. Sitzung, S. 3418.

⁹ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁰ Ministerialdirektor Seitz listete am 15. Juli 1987 sechs „Hilfsfunktionen“ von SNF auf: „a) Behinderung des überlegenen Gegners, der seine Kräfte nicht optimal nur nach konventionellen Kriterien einsetzen kann. b) Nutzung spezieller Verwundbarkeiten des Angreifers, die auch bei Symmetrie nuklearer Optionen Schadensasymmetrie versprechen. c) Möglichkeit der Verzögerung des konventionellen Gefechts (auch ohne Veränderung des Kräfteverhältnisses), damit die Wiederherstellung der Abschreckung durch nuklearen Einsatz gegen sowjetisches Territorium nicht durch schnelle Entscheidung des konventionellen Kampfes unterlaufen werden kann (SU könnte sonst erwägen, den selektiven Ersteinsatz der NATO ohne eigene nukleare Reaktion – und damit evtl. ohne sofortiges Eskalations-

- Möglichkeit der Verzögerung des konventionellen Gefechts, damit die Wiederherstellung der Abschreckung mittels direkter Bedrohung des Aggressors nicht durch schnelle Entscheidung auf dem Gefechtsfeld unterlaufen werden kann;
- Beitrag zur Akzeptanz der „extended deterrence“ in der Öffentlichkeit der westlichen Nuklearmächte dadurch, daß ein voller Fächer nuklearer Optionen die Mechanismen und Risiken dieser Schutzzusage weniger deutlich werden läßt.

3) Eine überzeugende, ausgewogene und für alle Verbündeten akzeptable „nuclear posture“ ist deshalb nur zweigleisig zu erreichen, also durch Reduzierung und durch Einigung auf einen zu erhaltenden (d.h. ggfs. auch zu modernisierenden) SNF-Mindestbestand.

Diese Neugestaltung sollte nicht¹¹ von der Entwicklung des konventionellen Kräfteverhältnisses abhängig gemacht werden. Evident ist dies für den, der selbst für den Fall konventionellen Gleichgewichts nicht auf die friedenssichernde Rolle von Kernwaffen verzichten will¹². Aber auch, wenn man die nukleare Abschreckung unter bestimmten Bedingungen in Zukunft für entbehrlich hält, gibt es keinen Grund, die Beseitigung von Mängeln des Status quo auf die lange Bank zu schieben.

Des weiteren ist die nukleare Minimalarchitektur auch nur sehr begrenzt vom Zuschnitt des gegnerischen Nukleararsenals abhängig. Dieses militärstrategische Faktum gibt Spielraum für einseitige Maßnahmen, spricht jedoch nicht gegen eine rüstungskontrollpolitische Verknüpfung von Reduzierungen beider Seiten.

4) Die gegenwärtige Lage zwischen den drei westlichen Nuklearmächten und uns ist dadurch gekennzeichnet, daß die Neugestaltung der SNF-Komponente nur deshalb stockt, weil jede Seite an der Bereitschaft oder Fähigkeit der anderen zu wirklich zweigleisigem Vorgehen zweifelt. Der Sorge vor einem falschen Stellenwert der SNF durch Modernisierung ohne Reduzierung steht die Sorge vor dem Abgleiten von SNF-Reduzierungsverhandlungen in die Entnuklearisierung Europas gegenüber. Die entsprechenden Bremsreaktionen auf beiden Gleisen können erheblichen Schaden anrichten:

- SNF erhalten bzw. behalten noch für längere Zeit einen ungerechtfertigten Stellenwert im Nuklearkonzept; die Neugestaltung wird behindert, der Bündnistrend einer Verlagerung des nuklearen Risikos vom Angegriffenen zum Aggressor gebremst;

Fortsetzung Fußnote von Seite 1885

risiko – einfach ‚wegzustecken‘, wenn der konventionelle Sieg in Europa bereits greifbar ist). d) Beitrag zur Abschreckung gegnerischen Ersteinsatzes gleicher Kategorie bzw. Verhinderung der Ausnutzung eines solchen Einsatzes zum schnellen Sieg. e) Begrenzter Beitrag zur Abschreckung auch des nicht unmittelbar direkt bedrohten Aggressors, weil dieser eine unkontrollierte Nukleareskalation bis auf sein Territorium nicht völlig ausschließen kann. f) Bündnisinterne Verschleierung der Erkenntnis, daß wirksame ‚extended deterrence‘ heute nur um den Preis eines hohen Risikos für die nukleare Schutzmacht zu haben ist (Einsatz gegen Aggressor-Territorium); das Offenlassen der Ebene des Kernwaffeneinsatzes durch Aufrechterhaltung eines vollen Optionsfächers kann die einzige Bedingung sein, unter der die Öffentlichkeit der Schutzmacht die Gewährung von extended deterrence noch toleriert.“ Vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

¹¹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Vgl. Anm. 3.

¹² Der Passus „Gleichgewichts ... verzichten will“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie ist es mit der Herstellung voller Nichtangriffsfähigkeit?“ Vgl. Anm. 3.

- bei uns wird die Akzeptanz des Verteidigungskonzepts beeinträchtigt, nicht nur bei den Gegnern jeglicher nuklearen Abschreckung, sondern auch bei einem Teil der Befürworter;
- der Bündniszusammenhalt wird geschwächt;
- die Initiative wird Gorbatschow überlassen;
- im Endeffekt verfällt das SNF-Arsenal mangels Modernisierung oder Nachfolge bei den einzelnen Systemen dennoch, wobei sich ausgerechnet die am wenigsten brauchbaren Optionen als letzte halten dürften;
- die Chance verhandelter gemeinsamer Obergrenzen auf niedrigem Niveau (wodurch z.B. auch die konventionelle ballistische Bedrohung wegfiel) wird nicht ausgelotet;
- der Ausbau des europäischen Beitrags zur nuklearen Abschreckung wird, wenn überhaupt, ohne unseren konzeptionellen Beitrag und ohne besondere Berücksichtigung unserer Interessen stattfinden.

5) Zur Wahl stehen zwei Optionen:

- Wir bleiben bei unserem grundsätzlichen Bekenntnis zur Notwendigkeit nuklearer Abschreckung (wie z.B. in der WEU-Plattform¹³), vertreten energisch unser berechtigtes Anliegen einer Einbeziehung der SNF in Rüstungskontrollverhandlungen und beschränken uns auf die Abwehr von Entwicklungen bei Nukleararsenal und -doktrin, die wir nicht für richtig halten.
- Wir betreiben die Neugestaltung der Nuklearkomponente westlicher Sicherheit aktiv und mit einem Gesamtkonzept, im Bündnis ebenso wie im deutsch-französischen Verhältnis.

Die erste Option wäre ein selektiver Ansatz, der die Initiative für die Ausgestaltung der künftigen „nuclear posture“ weitgehend anderen überläßt. Unser Gewicht im Bündnis und unsere Rolle als wichtigstes Stationierungsland für Kernwaffen in Europa sind Hebel genug, um auch so einen gewissen Einfluß auszuüben und eine begrenzte Umstrukturierung der Nuklearkomponente zu erzwingen, aber es wird dann wohl bei den oben (Ziffer 4) beschriebenen Mißverständnissen im westlichen Lager und ihren negativen Folgen bleiben.

Besser können wir unsere Interessen zur Geltung bringen, wenn wir selbst die Initiative bei der Konzeption der künftigen Rolle von Kernwaffen ergreifen. Dies ist auch keine Anmaßung, denn wir sind allemal die Meistbetroffenen, und die Aussichten sind gut, daß sowohl die drei westlichen Nuklearmächte als auch die übrigen Verbündeten eine solche Initiative begrüßen.

In den USA wie in Frankreich pendelt die nuklearstrategische Diskussion noch zwischen einem mehr politisch und einem mehr militärisch orientierten Abschreckungskonzept: sofortige Bedrohung des Aggressors selbst durch Selektiveinsatz gegen sein Territorium oder zuerst Schwerpunkt bei kürzeren Reichweiten mit optimaler militärischer Wirkung (z. B. durch Neutronenwaffen).

Daß bei Kernwaffen dem politischen Aspekt absoluter Vorrang vor dem militärischen gegeben wird, erreichen wir am ehesten durch ein aktives Engagement für ein Gesamtkonzept in unserem Sinne. Die derzeitige französische Diskussion über

¹³ Zur „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vgl. Dok. 297, Anm. 27.

die richtige Art von prästrategischem Einsatz i.S. einer konfliktbeendenden letzten Warnung („ultime avertissement“¹⁴) zeigt, daß wir zum Teil schon auf offene Türen stoßen würden. Wichtig ist, daß wir bei der Forderung nach Schwerpunktverlagerung weg von den SNF mehr mit Zweifeln an der politischen Effektivität dieser Waffen (wenig Aussicht auf Konfliktbeendigung) als mit der für uns unerträglichen Belastung argumentieren.

6) Bei der konkreten Ausgestaltung eines künftigen Nuklearkonzepts – keine neue Strategie, sondern nur eine Neugestaltung der nuklearen Komponente – ist folgendes zu bedenken:

- Je geringer die deutsche „Teilhabe“ an der nuklearen Abschreckung (deutsche Trägersysteme, Stationierung auf eigenem Boden), desto schwächer der Einfluß auf Gestaltung von Arsenal und Doktrin und desto geringer das Gewicht in der Zielplanungs- und Einsatzkonsultation.¹⁵
- Ein europäischer Beitrag zur nuklearen Abschreckung des Westens kann sich auch ohne unser Zutun weiter entwickeln (UK und F arbeiten seit Reykjavik¹⁶ verstärkt daran), aber dann wird auch hier unser Einfluß auf Waffensystemwahl und Einsatzkonzept gering sein. Auf lange Sicht würde die Ablehnung von Mitwirkung und Mitverantwortung an diesem Teil der europäischen Säule in irgendeiner Form mehr noch als unsere Abstinenz „out of area“¹⁷ das Heranwachsen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Frage stellen.
- Zwischen Nuklearmächten ist ein Abschreckungskonzept ohne SNF unter Umständen denkbar, aber eine „geliehene Abschreckung“ (extended deterrence), die sich nur auf zentralstrategische Systeme und Selektivoptionen gegen die Sowjetunion stützt, hätte in puncto Glaubwürdigkeit und Akzeptanz noch erheblich größere Schwierigkeiten. Es kommt z. B. nicht nur darauf an, ob SNF nach strategischer Logik wirklich noch ein Schutzschirm für die konventionelle US-Präsenz in Europa sind, sondern, ob sie von den USA als solcher perzipiert werden.

Für uns würde ein gewisser SNF-Bestand dann akzeptabler, wenn er auf seine Hilfsfunktionen innerhalb einer ganz deutlich politisch orientierten Abschreckung hin konzipiert ist, also praktisch nur ein Verbund mit Selektivoptionen gegen den Aggressor selbst zur Anwendung käme. Abschreckung nach außen und Akzeptanz nach innen (deterrence and reassurance) würden verbessert, wenn die Einsatzrichtlinien der NATO (GPG)¹⁸ und die französische Doktrin

¹⁴ In einer Pressekonferenz am 22. Oktober 1987 führte Staatspräsident Mitterrand aus: „Ce qui est important vous l'avez vu, Monsieur, c'est l'ultime. L'ultime, cela se comprend tout seul, à partir de la guerre, la guerre nucléaire. L'ultime avertissement, cette définition-là, doit vous faire bien comprendre que c'est un avertissement nucléaire. C'est le premier avertissement nucléaire, le premier et le dernier. Lui, l'ultime avertissement, entre déjà dans la nature d'un conflit qui serait nucléaire. Les autres avertissements sont de l'ordre normal de la diplomatie lorsque l'on cherche à enrayer un conflit. Voilà le sens de l'ultime avertissement.“ Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 147.

¹⁵ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das bedarf der Begründung.“ Vgl. Anm. 3.

¹⁶ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁷ Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

¹⁸ Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

hier eine klare Aussage böten („kein Nukleareinsatz ohne Einbeziehung des Aggressorterritoriums“). Die theoretische Alternative einer deutschen Kontrolle aller SNF-Trägermittel dürfte in puncto Abschreckung und Akzeptanz weniger günstig sein.

(Zur Gestaltung des europäischen Beitrags zur Nuklearabschreckung und zur Behandlung des Themas mit Frankreich siehe Bezugsvorlage S. 12ff. und S. 15ff.)

Roßbach

VS-Bd. 14049 (02)

374

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ammon

431-493/27.5

16. Dezember 1987¹

Betr.: Columbus-Verhandlungen mit den USA²

- 1) Die Verhandlungssituation wird z. Zt. von folgenden Faktoren bestimmt:
- Die USA scheinen nicht mehr zu großen Zugeständnissen bereit zu sein. Sie weigern sich, die Verhandlungen überhaupt noch als solche zu bezeichnen; Bereitschaft besteht lediglich zu Gesprächen. Zugleich haben sie angekündigt, daß sie in Kürze den sich in NASA-Forschungszentren befindlichen ESA-Mitarbeitern, die sich dort zur Herstellung der technischen Kohärenz des amerikanischen und des europäischen Raumstationsprogrammes befinden, keinen Zugang zur NASA mehr gewähren werden. (Formale Begründung: Hierfür gäbe es keine Rechtsgrundlage, nachdem mit dem Ende der Definitionsphase das diesbezügliche Abkommen zwischen ESA und NASA ausgelaufen sei.)

¹ Die Aufzeichnung wurde über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Ministerialdirigent Pabsch an Ministerialdirektor Jelonek „z[ur] K[en]ntnisnahme“ geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat Blankenstein in Vertretung von Wagner am 16. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Pabsch am 17. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten nach Rückkehr Loosch aus Washington BMFT eine Lagebesprech[un]g auf AL-Ebene (mit ChBK u. BMWi) vorschlagen.“

Hat Jelonek am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Pabsch und Referat 431 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Zusammenarbeit mit den USA ist m. E. in diesem Bereich unabdingbar. Wir sollten uns zwar so teuer wie möglich verkaufen, aber keinesfalls den Bruch suchen oder auch nur hinnehmen. Die europäische Option war doch immer nur taktisch als Druckmittel gedacht! Ich bin für baldiges Ressortgespräch auf möglichst hoher Ebene.“

Hat Pabsch am 18. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der den letzten Satz von Jeloneks Vermerk unterstrich. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

Hat Wagner am 23. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Grolig, wir werden da wenig bewegen können. Ich rege deshalb an, kurzen Brief D4–Mennicken mit diesem Wunsch.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ammon erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Entfällt.“

² Zu den Verhandlungen der ESA-Mitgliedstaaten mit den USA über eine europäische Beteiligung an der Internationalen Raumstation („Columbus“) vgl. Dok. 285.

- Die Europäer haben auf dem Haager Ministerrat³ vier Mindestforderungen für eine Beteiligung an der Raumstation formuliert (europäisches Entscheidungsrecht insbesondere über die freifliegenden Elemente, befriedigende Lösung hinsichtlich der militärischen Nutzung, der Schieds- und Konsultationsklauseln sowie des Rechtsregimes). Andernfalls wird eine autonome Lösung ins Auge gefaßt.
 - Kanada hat ad referendum die US-Forderungen im wesentlichen akzeptiert. Japan hält sich zwar zurück, solange die Verhandlungen ESA-MS/USA noch weitergehen. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß auch bei Japan letztendlich das Interesse an einem Zustandekommen des Projekts überwiegt.
- 2) Es bestehen kaum Aussichten, daß die „Gespräche“ am 17. und 18.12.1987⁴ einen Durchbruch bringen werden. Im einzelnen geht es um die Durchsetzung folgender zentraler europäischer Anliegen:
- Während die Europäer den USA ein Letztentscheidungsrecht über die gesamte „manned base“ (d.h. einschließlich des europäischen APM⁵) einzuräumen bereit sind, bestehen sie darauf, über Bau, Betrieb und Nutzung der von ihnen gebauten freifliegenden Elemente (MTFF⁶, polare Plattform) zumindest dann abschließend entscheiden zu können, wenn diese sich nicht im an die Station andockten Zustand befinden.
 - Die Europäer bestehen darauf, daß die Experimente und Daten, die über amerikanisches Territorium zur Station und von dort zurückgebracht werden (bei Benutzung des Shuttle erforderlich!), nicht amerikanischen Ein- und insbesondere Ausfuhrkontrollen unterworfen werden können (insbesondere Kontrolle von angeblich strategischen Gütern). Die USA bieten hier eine Bemühensklausel an, bestehen aber darauf, US-Gesetze auch auf Güter und Daten im Transit zu und von der Station zu erstrecken.
 - In der Frage der militärischen Nutzung besteht in der Sache Einigkeit darüber, daß die Station nur für friedliche Zwecke benutzt werden darf. Die Definition dessen, was hierunter zu verstehen sei, soll jeweils demjenigen überlassen werden, der das betreffende Element beisteuert. Die Europäer könnten daher z.B. ihnen unangenehme militärische Nutzung ihrer Module durch die USA ausschließen. Streit besteht noch darüber, ob die Nutzung der amerikanischen Teile der Station für „national security purposes“ in einem Annex explizit erlaubt werden soll. Hier erscheint ein Kompromiß möglich.
 - ESA und NASA bemühen sich, eine Grundlage für die Aufteilung der anfallenden Betriebskosten zu finden. Dabei ist eine Einigung über absolute Zahlen nicht möglich; es wird vielmehr versucht, Schlüssel für die Aufteilung bestimmter Kostenkategorien zu vereinbaren. Die Gespräche hierüber sind noch nicht sehr weit gediehen, jedoch zeichnet sich ab, daß die Betriebskosten ganz erheblich sein werden. BMFT-Experten schätzen, daß (bei einem 20-prozentigen europäischen Anteil an der Gesamtstation) gegen Ende des Jahrhunderts Kosten in der Größenordnung von 800 Mio. Dollar pro Jahr für die ESA ent-

³ Zur ESA-Ministerratstagung am 9./10. November 1987 in Den Haag vgl. Dok. 315, Anm. 3.

⁴ Korrigiert aus: „18.11.1987“.

⁵ Attached Pressurized Module.

⁶ Man-Tended Free Flyer.

stehen werden (deutscher Anteil ca. 600 Mio. DM bei einem Kurs von 1 Dollar = 2 DM). Dies entspricht den Kosten, die wir zum gleichen Zeitpunkt für alle drei Großprojekte (Hermes, Ariane V, Columbus) zusammen aufwenden werden. Hier liegt ein großes Risiko für die Finanzplanung. Diese Kosten entstehen vor allem dadurch, daß die USA am Boden eine große Zahl von Instituten, Wissenschaftlern und Technikern vorhalten müssen.

- Die europäische Forderung nach einer Schiedsklausel hat weniger Gewicht als die oben genannten Punkte, zumal in der Frage der Schaffung eines Konsultationsmechanismus eine Einigung greifbar erscheint. Hiermit sollte vor allem Kohärenz mit der – früheren – kanadischen Verhandlungsposition erzielt werden, die der Schiedsklausel hohes Gewicht beimaß.

3) Sollte die nächste Verhandlungsrunde (17./18.12.1987) wie erwartet keinen Durchbruch bringen⁷, wird es erforderlich werden, die vom ESA-Ministerrat in Den Haag angedeutete Alternative eines autonomen Columbus-Konzepts nachdrücklich zu prüfen. Ein Eingehen auf die vorliegenden amerikanischen Bedingungen wäre vor der – zunehmend problembewußten – Öffentlichkeit und vor dem Parlament nicht überzeugend zu rechtfertigen. Eine Absage an die Einladung Präsident Reagans fiel zudem jetzt, am Ende seiner Amtszeit⁸, politisch leichter als früher. Innerhalb Europas scheint die Mehrheit sich vor allem nach den das Projekt führenden Deutschen richten zu wollen; F fordert, wenn auch relativ zurückhaltend, vor allem die europäische Entscheidungssouveränität über den MTFF, die Schweiz lehnt die Kooperation mit den USA bereits jetzt ab.

Ein zusätzliches Problem rührt daher, daß die Finanzierung von Columbus aufgrund des Nicht-Engagements GBs nur zu 80 % gedeckt ist.

Eine Aufteilung der Deckungslücke pro rata, wie das bei früheren ESA-Programmen üblich war, ist aufgrund der Finanzlage nicht möglich. Sollte GB sich nicht doch noch an dem Projekt beteiligen, wäre ohnehin eine inhaltliche Überprüfung von Columbus erforderlich (Wegfall der polaren Plattform).

Ammon

Referat 431, Bd. 154488

⁷ Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z.Z. Paris, berichtete am 19. Dezember 1987, die europäisch-amerikanischen Verhandlungen am 17./18. Dezember 1987 in Paris hätten keinen Durchbruch, „wohl aber einige Fortschritte erbracht“. Im Zentrum hätten die vier Punkte der ESA-Ministerratstagung vom 9./10. November 1987 in Den Haag gestanden. Laut amerikanischer Darstellung hätten die USA „mit Japan und Kanada bis auf Kleinigkeiten bereits Einigung über Regierungsübereinkommen (I[nter]G[overnmental]A[greement]) und ohnehin über MoUs erzielt, mit Kanada auch schon über ‚vereinbarte Niederschrift‘ zur friedlichen Verteidigungsnutzung. Deshalb solle bis Mitte Januar abschließendes Treffen mindestens mit Japan und Kanada zur Konsolidierung des IGA-Textes stattfinden [...]“. Zwar wären auch nach Textkonsolidierung Änderungen in Funktion europäisch-amerikanischer Verhandlungsergebnisse noch möglich, aber sicherlich schwieriger.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 2812; Referat 431, Bd. 154488.

⁸ Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

375

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceaușescu in Bukarest

17. Dezember 1987¹

Gespräch des Bundesministers mit Präsident Ceaușescu am 17.12.1987 (16.00–18.30)²

Ceaușescu heißt BM willkommen und drückt die Hoffnung aus, daß durch den Besuch die Grundlage für eine bessere bilaterale Zusammenarbeit geschaffen werde.

BM erklärt, der Besuch finde zu einem wichtigen Zeitpunkt statt. Durch das Gipfeltreffen in Washington³ sei eine günstige internationale Lage geschaffen worden. Es gelte, diese Möglichkeit zu nutzen und nach vorn zu blicken.

BM erinnert daran, daß wir unsere Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien eröffnet und dadurch ein gutes Beispiel gegeben hätten.⁴ Auch in der Folgezeit sei die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien in mancher Hinsicht beispielhaft für andere gewesen. Dies betreffe die Bereiche Wirtschaft, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und Kultur. Er, *BM*, habe als erster westlicher Innenminister Rumänien besucht.⁵ Man habe in den vergangenen Jahren auch Wege gefunden, um humanitäre Fragen zu lösen. Eine Bilanz müsse jedoch ehrlich sein. Deshalb müsse man feststellen, daß die Beziehungen in jeder Hinsicht ausbaufähig seien.

BM führt aus, daß wir mit Aufmerksamkeit die Politik Rumäniens beobachtet hätten, die Auslandsverschuldung mit großen Schritten abzubauen.⁶ Für Rumänien hätten sich daraus Probleme ergeben. Die Schwierigkeiten des Landes fänden in unserer Bevölkerung große Aufmerksamkeit⁷ und stießen auf positives Interesse. Er müsse allerdings in aller Offenheit sagen, daß er sich Sorgen machen würde, wenn es nicht so wäre.

BM erklärt, es sei eine gute Entscheidung gewesen, allen Journalisten, die über seine Reise berichten wollten, eine Einreiseerlaubnis zu geben.⁸ Er, *BM*, möchte

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 18. Dezember 1987 gefertigt und am selben Tag an Ministerialdirigent Jansen „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178904.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 16./17. Dezember 1987 in Rumänien auf.

³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

⁴ Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 81. Vgl. dazu auch AAPD 1967, I, Dok. 20.

⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 7. bis 11. April 1971 in Rumänien auf.

⁶ Zur rumänischen Auslandsverschuldung vgl. Dok. 334, Anm. 9.

⁷ Für die Debatte im Bundestag am 9. Dezember 1987 über die Versorgungslage in Rumänien vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 48. Sitzung, S. 3369–3375.

Vgl. dazu ferner den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vom selben Tag über die Versorgungslage in Rumänien; BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/1489.

⁸ Referat 012 legte am 3. Juni 1987 dar, die rumänische Regierung beklage „die negative Berichterstattung über Rumänien in unseren Medien“. Daher wäre es sinnvoll, „wenn möglichst viele deutsche

ihn ermutigen, auch unabhängig von seinem Besuch eine möglichst große Zahl von Journalisten frei einreisen zu lassen. Er möchte ihm empfehlen, ihnen alles zu zeigen. Wenn sie Gelegenheit erhielten, möglichst viele persönliche Eindrücke zu sammeln, dann würden sie auch objektiv berichten. Zwei der ihn begleitenden Journalisten hätten sich über Behinderungen beklagt. Er bitte den Präsidenten, dem nachzugehen.

BM wiederholt, daß es darauf ankomme, den Blick nach vorn zu richten. Er sage dies auch aufgrund eines Gesprächs mit dem Bundeskanzler. Wir seien daran interessiert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit deutlich auszubauen. Wir dächten dabei nicht nur an den Handelsaustausch, sondern auch an eine betriebliche Kooperation und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Für deutsche Investitionen in Rumänien stehe seit Jahren ein großer Bürgschaftsrahmen zur Verfügung, der bisher nicht ausgenutzt worden sei. Die Bundesregierung sei bereit, ein neues Kapitel in den Beziehungen zu eröffnen. Voraussetzung dafür sei, daß man sich über die Möglichkeiten der Entwicklung verständige. Wichtig für uns sei in diesem Zusammenhang auch die Lösung humanitärer Fragen. In der Vergangenheit habe man Wege gefunden, diese schrittweise zu lösen. Die Verpflichtungen aus der bis zum 30.6.1988 geltenden Absprache⁹ seien von rumänischer Seite eingehalten, teilweise sogar übertroffen worden. Wir legten großen Wert darauf, dies in größerem Umfang fortzuführen. Wir stellten uns eine Regelung vor, durch welche die Frage in überschaubarer Zeit abschließend geregelt werde. Von unserer Seite aus bestehe Bereitschaft, finanzielle Leistungen zu übernehmen. Er, BM, sei autorisiert, über diese Frage in großer Offenheit zu sprechen. Er wolle noch einmal betonen, daß der Ausbau unserer bilateralen Zusammenarbeit beispielgebend sein sollte. Unsere Absichten seien aufrichtig und in die Zukunftweisend.

BM führt aus, wir strebten nicht nur grundlegende Veränderungen in unserem bilateralen Verhältnis an, sondern würden uns in unserer Präsidentschaft¹⁰ auch dafür einsetzen, daß die Beziehungen zwischen Rumänien und der EG entwickelt würden.¹¹ Die Tatsache, daß gegenwärtig über die Formalisierung der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1892

Journalisten nach Rumänien einreisen und ihre eventuellen Vorurteile vor Ort korrigieren könnten. Trotzdem hat es in letzter Zeit zunehmende Schwierigkeiten bei der Einreise und Akkreditierung von deutschen Journalisten gegeben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139534.

Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 9. Dezember 1987, das rumänische Außenministerium habe mitgeteilt, „alle bisher notifizierten Journalisten ‚sind willkommen‘. Es wurde lediglich darum gebeten, ‚einige problematische Namen‘ am offiziellen Abendessen nicht zu beteiligen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1098; Referat 214, Bd. 139539.

⁹ Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

¹⁰ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

¹¹ Referat 411 legte am 30. November 1987 dar: „Rumänien ist der einzige RGW-MS, der bisher mit der EG ein umfassenderes Handelsabkommen geschlossen hat. Es ist an einer Weiterentwicklung der Beziehungen durch die Vereinbarung eines Kooperationsabkommens interessiert. Rumänien betrachte die Annäherung EG–RGW mit gewissem Argwohn. Es befürchtet, hierdurch an Spielraum zu verlieren, und möchte deshalb möglichst bald zu einem Kooperationsabkommen mit der EG gelangen. [...] Nachdem der Rat im Dezember 1986 ein Verhandlungsmandat verabschiedet hatte, ist es zwischenzeitlich zu insgesamt drei Expertentreffen EGK–RUM gekommen (9./10.4.1987, 13./14.7.1987 und zuletzt 8./9.10.1987), die erhebliche Differenzen offenbarten und von Rumänien mit völlig unakzeptablen Forderungen belastet wurden (z. B. Konsultationspflicht EG gegenüber Rumänien etwa bei Änderung der EG-Agrarpolitik)“. Vgl. Referat 411, Bd. 144307.

Beziehungen zwischen EG und RGW verhandelt werde¹², bedeute nicht, daß die Beziehungen der EG zu den einzelnen Mitgliedstaaten darunter leiden sollten.

Ceaușescu erwidert, eine gewisse Bilanz der bilateralen Beziehungen sei möglich. Im nächsten Februar könne man auf 20 Jahre diplomatische Beziehungen zurückblicken. Damals habe es nicht viel Beifall gegeben, teilweise sei dieser Schritt sogar kritisiert worden. Dennoch sei es ein guter Schritt gewesen, auch für Europa insgesamt. Heute stellten sich andere Fragen, und man müsse prüfen, welche Perspektiven für die Zukunft bestünden.

In Anwesenheit der Pressevertreter habe BM ihm Grüße des Bundeskanzlers übermittelt. Er, *Ceaușescu*, bitte, diese Grüße zu erwidern. Als er vor einigen Jahren Bonn besucht habe¹³, sei er deswegen kritisiert worden. Diese Gefahr bestehe heute nicht mehr.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern hätten sich in der Vergangenheit entwickelt, zeitweise sogar gut. In den letzten Jahren sei jedoch eine Stagnation festzustellen. Die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen habe in einigen Fällen kein gutes Ergebnis gehabt. *Ceaușescu* verweist auf den Fall der Firma MAN, die ihre Verpflichtungen nicht eingehalten habe. Mit der Firma Renk sei zwar ein guter Anfang gemacht worden, inzwischen gebe es aber Schwierigkeiten.¹⁴

Auch diese Firma würde bestehende Verpflichtungen nicht respektieren, der Umfang der Produktion und das technische Niveau der Erzeugnisse entsprächen nicht den Erwartungen. Mit beiden Firmen sei ausführlich über die Probleme gesprochen worden.

¹² Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 333, Anm. 25.

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 7. Dezember 1987, anlässlich des Besuchs des RGW-Generalsekretärs Sytschow am 17. Dezember 1987 in Brüssel habe er den stellvertretenden Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission, Burghardt, am 5. Dezember 1987 am Rande der Tagung des Europäischen Rats in Kopenhagen „über den Stand der Angelegenheit nach Konsultationen in der Vierer-Gruppe (Ergebnis bislang von den Hauptstädten nicht gebilligt) und den informellen Gesprächen mit Bondarenko und Kwizinskij am 20.11.1987“ unterrichtet: „Herr Burghardt meinte daraufhin, daß Kommissionspräsident Delors die gemeinsame Erklärung EG/RGW gerne unter deutscher EG-Präsidentschaft vor Beginn der französischen Präsidentschaftswahlen, d. h. bis spätestens Ende März/Anfang April, abschließen würde. Er könnte sich vorstellen, daß Delors die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung durch Kommissar De Clercq in Moskau mit einem eigenen Besuch in Moskau verbinden könnte, um die Bedeutung des Aktes zu unterstreichen. [...] Zum Stand der informellen Gespräche mit der Sowjetunion durch uns meinte Herr Burghardt, daß die Kommission nicht „à tout prix“ auf einer zweiseitigen Geltungsbereichsklausel bestehen werde. Es gebe vielmehr gute Gründe dafür, den Geltungsbereich auf seiten des RGW nicht näher zu umschreiben, wenn der RGW das nicht wünsche (insbesondere Geltungsbereich für Ost-Berlin).“ Vgl. Referat 411, Bd. 144308.

¹³ Präsident *Ceaușescu* besuchte die Bundesrepublik vom 15. bis 17. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 279–281.

¹⁴ Referat 421 notierte am 3. Dezember 1987: „Das Rumäniengeschäft ist in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden. Für westliche Exporteure sind Kompensationsverpflichtungen inzwischen fast der Normalfall. Kompensationsfähige Waren sind jedoch kaum zu finden (angeboten werden v. a. technologisch veraltete Maschinen und Elektroausrüstungen). Zahlreiche Firmen haben angesichts der administrativen Probleme, aber auch wegen der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes das Rumäniengeschäft aufgegeben [...]. Bedeutendstes Gemeinschaftsprojekt und bisher einziges Joint-venture in Rumänien ist die Firma Renk-Reșița (Produktion von hochwertigen Getrieben, hauptsächlich für Schiffsmotoren) – mit einer 49-prozentigen Kapitalbeteiligung der deutschen Firma Renk. [...] Der Joint-venture-Vertrag steht demnächst zur Verlängerung an bei gleichzeitiger Ausweitung des Vertrages auf neue Produktionen (Turbogetriebe). Die rumänische Seite zögert mit der Entscheidung und bevorzugt eine Verlängerung um nur fünf Jahre.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

Rumänien sei bereit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auszubauen. Man hoffe, dafür Regelungen zu finden, die beide Seiten zufriedenstellten. Er wisse, daß der BM ihn darauf hinweisen werde, daß die deutschen Firmen unabhängig seien. Die Bundesregierung verfüge aber über Mittel und Wege, die Zusammenarbeit zu stimulieren. Zu dem von BM angesprochenen Thema der Außenverschuldung wolle er sagen, daß die Tilgungsleistungen Rumäniens keine Schwierigkeiten bereiteten. Probleme hätten sich wegen der hohen Zinsen ergeben. Rumänien habe deshalb entschieden, keine Kredite mehr aufzunehmen. Kredite bremsen die Zusammenarbeit. Um einen Kredit in Höhe von 550 bis 600 Mio. Dollar zurückzuzahlen, müßten heute 1 Mrd. Dollar aufgewandt werden.

BM wirft ein, bei dem letzten Gespräch¹⁵ habe er ihm geraten, angesichts der von ihm erwarteten Änderungen des Dollarkurses besser einen Kredit in DM aufzunehmen.

Ceaușescu fährt fort, die Kreditverpflichtungen Rumäniens und die Außenstände des Landes seien heute etwa gleich hoch. Die Forderungen Rumäniens, vornehmlich an Länder der Dritten Welt, betrügen 2,6 Mrd. Dollar.

Ceaușescu schildert die wirtschaftlichen Maßnahmen der letzten Jahre. Er verweist darauf, daß die Investitionen in Industrie und Landwirtschaft kontinuierlich erhöht worden seien. Das Realeinkommen des Staates sei von 1981 bis 1985 um 8 % gestiegen. Nur in wenigen Ländern gebe es eine solche Zuwachsrate. Auch der Lebensstandard der Bevölkerung habe erhöht werden können. Bei der gerade zu Ende gegangenen Parteikonferenz¹⁶ habe er eine Lohnerhöhung von 10 % angekündigt. Ceaușescu verweist auf die Weltwirtschaftsprobleme; die Schwierigkeiten der letzten Jahre hätten die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten gezeigt. Die sieben westlichen Industriestaaten seien nicht in der Lage, die Weltwirtschaftsprobleme zu lösen. Alle ihre Vorhersagen hätten sich als nicht richtig erwiesen.

Ceaușescu kommt zurück auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und betont, daß Rumänien keine Investitionsmittel fehlten. Rumänische Partner könnten bei gemischten Gesellschaften ihren Beitrag leisten. Finanzielle Probleme bestünden nicht: Im nächsten Jahr stehe ein Investitionsvolumen von 60 Mrd. DM zur Verfügung. Die Zusammenarbeit müsse aber auf eine neue Grundlage gestellt werden. Voraussetzung für eine Firmenkooperation sei die Einbringung fortschrittlichster und am weitesten entwickelter Technik.

Die Beziehungen Rumäniens zur EG, fährt Ceaușescu fort, könnten besser sein. Rumänien sei an einem neuen Abkommen interessiert. Er habe allerdings den Eindruck, daß die EG zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt sei.

¹⁵ Bundesminister Genscher und Präsident Ceaușescu trafen am 13. Februar 1985 in Bukarest zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 37.

¹⁶ Die Landeskonzferenz der Kommunistischen Partei Rumäniens fand vom 13. bis 16. Dezember 1987 in Bukarest statt. Botschafter Matthias, Bukarest, berichtete am 21. Dezember 1987: „Die Zwischenbilanz Ceaușescus, mit der er seine bisherige Politik bestätigte, war gleichzeitig der Versuch einer Rechtfertigung, einer Beschwichtigung und einer Kampfansage. [...] Gegen die Unruhe in der Bevölkerung setzt Ceaușescu bewußt Härte und Einschüchterung. Die Frage ist, wie lange seine Rechnung noch aufgeht. Die Stabilität des Systems hängt von der Loyalität der Führungsgremien der Partei, des Sicherheitsapparates und von der Möglichkeit ab, Opposition im Keim zu ersticken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1131; Referat 214, Bd. 139530.

BM bemerkt, dies hindere nicht eine aktive Politik nach außen.

Ceaușescu sagt, er habe den Eindruck zurückhaltender Aktivität der EG. Vielleicht könne man die Verhandlungen unter deutscher Präsidentschaft zu einem guten Ende führen.

BM erklärt, wir wollten den Außenbeziehungen der EG neue Impulse geben.

BM stimmt zu, daß die Bundesregierung daran interessiert sei, die bilateralen Beziehungen zu Rumänien auszubauen. Dabei müßten aber auch die Felder unseres Interesses berücksichtigt werden. Er denke dabei insbesondere an den humanitären Bereich. Uns komme es darauf an, daß rumänische Bürger deutscher Nationalität in großzügigerem Umfang ausreisen könnten.

Ceaușescu entgegnet, im humanitären Bereich müsse ein neuer Anfang gemacht werden. Er habe über diese Frage in letzter Zeit mit wichtigen Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Diese hätten sich ihm gegenüber einverstanden damit erklärt, wie Rumänien dieses Problem angehe. Darunter hätten sich sogar Politiker aus der jetzigen Regierungskoalition befunden.

Die Bundesregierung mache einen großen Fehler; sie schaue zurück. Es wäre normal, wenn die deutsche Seite nicht insistiere, sondern Leute abhalte. Rumänien mache einen Unterschied zwischen Familienzusammenführung und der Beeinflussung, das Land zu verlassen. Es erwarte, daß derartige Aktivitäten nicht ermutigt würden. Die Bürger deutscher Nationalität sollten bestärkt werden, in Rumänien zu bleiben. Dies habe er dem BM bereits in der Vergangenheit gesagt. Selbst wenn die bestehende Vereinbarung beibehalten werde, sollte deutscherseits nicht auf Auswanderung gedrungen werden. Ceaușescu zitiert einen Brief, in dem er dafür kritisiert werde, daß er dem Verlangen der Bundesregierung zu leicht nachgebe. Die Entwicklung müsse in Richtung Verringerung der Ausreisen gehen.

BM erklärt, dies würde eine Belastung der Beziehungen bedeuten. AM Totu habe bei der Besprechung am Vormittag einen Brief verlesen, der völlig unglaubwürdig sei.¹⁷ Er, BM, sei in der Lage, einen Lastwagen voll anderer Briefe beizubringen. Die Bundesregierung betrachte es nicht als ihre Aufgabe, zu ermutigen oder zu entmutigen. Es liege im Interesse der bilateralen Beziehungen und entspreche dem Geist der KSZE-Schlußakte¹⁸, die humanitäre Frage großzügig zu lösen. Wie man das Problem bezeichne, sei unwichtig. Er, BM, müsse mit Nachdruck darauf hinweisen, daß es innerhalb der Bundesregierung keine Meinungsverschiedenheiten über diese Frage gebe. Wir hätten Verständnis dafür, daß für

¹⁷ Im Delegationsgespräch mit Bundesminister Genscher kritisierte der rumänische Außenminister Totu die Abwanderung der Deutschstämmigen aus Rumänien: „Es gebe keine Gründe, sie wegzuschicken. Dies gelte insbesondere auch im Hinblick auf Briefe von Aussiedlern, die die rum[änische] Seite erhalte. AM zitierte sodann aus einem an Ceaușescu gerichteten Brief mehrere Aussiedler, die über schlechte Behandlung im Durchgangslager Nürnberg Klage führen: Als Deutscher werde zunächst nur anerkannt, wer deutscher Armeeeingehöriger, Kriegsverbrecher oder Rußlandverschleppter gewesen sei.“ Genscher stellte darauf „mit Deutlichkeit klar, daß wir niemanden zur Ausreise stimulieren [...]“. Der zitierte Brief trage den Stempel der Unwahrheit: Aus Rumänien reisten Menschen aller Altersstufen aus. Wehrmächtsangehörige und Zwangsarbeiter müßten demgegenüber heute alle über 60 Jahre alt sein. Wer nach seiner Ausreise glaube, er habe sich falsch entschieden, könne zurückkehren. Wir hielten niemanden zurück.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139539.

¹⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Rumänien gewisse materielle Folgen damit verbunden seien. Wir seien auch in Zukunft bereit, dem Rechnung zu tragen und entsprechend großzügig zu verfahren. Die Frage liege auch dem Bundeskanzler sehr am Herzen. Auf unserer Seite bestehe Bereitschaft, mit der rumänischen Seite darüber auf dem Wege zu sprechen, den sie für zweckmäßig halte.

Zu den Fragen der Erweiterung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen verweist BM auf den im Januar bevorstehenden Besuch des Außenhandelsministers Văduva in Bonn.¹⁹ Wir wollten das Interesse deutscher Unternehmen für ein Engagement in Rumänien wecken. Dafür sei es allerdings wichtig, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ceaușescu geht auf die von BM angeschnittene Frage der Behinderung von zwei Journalisten ein und erklärt, in allen Ländern gebe es Regeln, die beachtet werden müßten. Gesetzesverstöße könnten von Rumänien nicht geduldet werden.

Das Gespräch wendet sich auf Bitten von Ceaușescu internationalen Fragen zu.

BM würdigt das bei dem Gipfeltreffen in Washington unterzeichnete INF-Abkommen²⁰ und bezeichnet es als einen historischen Schritt. Er stellt heraus, die Bedeutung des Abkommens liege vor allem darin, daß

- der Beweis erbracht worden sei, daß wirkliche Abrüstung möglich sei,
- Abrüstung auch verifizierbar sei und
- nach dem Willen beider Seiten ein erster Anfang gemacht worden sei, dem weitere Schritte folgen sollten.

BM erläutert unser Interesse an dem Abschluß eines Abkommens über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Potentiale im Jahr 1988. Er hebt hervor, daß nach unserer Auffassung ein Abkommen über die weltweite Beseitigung chemischer Waffen möglich sein sollte. Im Januar werde er zusammen mit seinem italienischen Kollegen Andreotti nach Genf reisen und darauf drängen, die Arbeit bald zu beenden.²¹

BM legt anschließend unsere Position zu den konventionellen Waffen dar und weist schließlich darauf hin, daß es notwendig sei, auch über die Raketen kürzerer Reichweite zu verhandeln.

BM unterstreicht, daß die Abrüstungsverhandlungen in eine auf Dialog und Zusammenarbeit gerichtete Gesamtpolitik eingebettet sein müßten. In diesem Zusammenhang komme der KSZE eine entscheidende Bedeutung zu. Wir wirkten darauf hin, sie möglichst bald mit einem substantiellen Ergebnis abzuschließen.

Ceaușescu erklärt, in den internationalen Fragen müsse ein neuer, in die Zukunft gerichteter Ansatz gefunden werden. Gewaltanwendung und Krieg seien keine Mittel zur Lösung politischer Fragen. Er stimme dem BM zu, daß der Abschluß

¹⁹ Der rumänische Außenhandelsminister Văduva führte am 13. Januar 1988 während seines Besuchs in der Bundesrepublik ein Gespräch mit Bundesminister Genscher.

²⁰ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

²¹ Zur Absprache zwischen Bundesminister Genscher und dem italienischen Außenminister Andreotti über einen gemeinsamen Auftritt vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 357. Genscher und Andreotti traten am 4. Februar 1988 vor der CD auf. Für den Wortlaut der Rede Genschers vgl. BULLETIN 1988, S. 192–196.

des INF-Abkommens ein historisches Ereignis sei. Auch die strategischen Waffen müßten drastisch reduziert werden. Ceaușescu spricht sich für einen sofortigen Teststopp²² aus. Ziel müßte sein, alle Atomwaffen in einem bestimmten Zeitraum abzuschaffen. Eine Militarisierung des Weltraums dürfe nicht zugelassen werden; dies würde die Gefahr eines Krieges verstärken.

In dem gesamten Prozeß müßten die Europäer eine wichtige Rolle spielen. Dies setze eine intensivere Zusammenarbeit aller europäischen Länder voraus. Last und Verantwortung dürften die Europäer nicht den beiden Großmächten überlassen.

BM stimmt zu.

Ceaușescu erläutert die Vorschläge des WP zu prozentualen Reduzierungen und den Korridoren.²³ Er äußert sich besorgt über die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich.²⁴ Er frage sich, ob hier eine neue Strategie in Europa vorbereitet werde und sich eine neue Militärallianz bilde.

Wenn der Westen von humanitären Fragen rede, dürfe nicht alles auf die Problematik der Ausreisen reduziert werden. Dies bedeute eine Gefährdung der Schlußakte. Wichtig seien auch das Recht auf Arbeit, Ausbildung oder Wohnung. Zu den von Ceaușescu erwähnten Vorschlägen des WP nimmt *BM* Bezug auf sein kürzliches Gespräch mit Karpow.²⁵ Die SU bestreite nicht mehr, daß der WP in wichtigen Aspekten konventioneller Rüstung überlegen sei, z.B. bei Panzern. Bestehende geographische Asymmetrien dürften durch die Schaffung von Zonen nicht verschärft werden.

BM kündigt an, daß die Bundesregierung zur konventionellen Stabilität interessante Vorschläge machen werde. Diese seien auf Erfolg ausgerichtet, denn wenn man seriös verhandeln wolle, müsse man sich auch in die Schuhe des anderen versetzen. Ziel sei ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau und eine rein auf Verteidigung ausgerichtete Ausrüstung. *BM* wiederholt, daß ein baldiger Abschluß des C-Waffen-Abkommens dringlich geboten sei. Ähnlich wie bei den Atomwaffen in den 60er Jahren bestehe jetzt die Gefahr der Ausbreitung der CW.

²² Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp vgl. Dok. 343, Anm. 6.

²³ Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone bzw. zu ihrem Vorschlag vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5 und 10.

Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

Am 17. Juli 1987 faßte die polnische Regierung ihre Vorschläge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in einem Memorandum zusammen. Für den Wortlaut vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1987, D 653–655.

Im Kommuniqué der Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 28./29. Oktober 1987 in Prag hieß es: „Die Schaffung von kern- und chemiewaffenfreien Zonen auf dem Balkan, in Mittel- und Nordeuropa würde die Gesundung der Lage auf dem Kontinent fördern und zugleich wesentlich zur Befreiung der Welt von derartigen Massenvernichtungswaffen beitragen. Die Teilnehmer der Tagung brachten erneut ihre Unterstützung für die entsprechenden Vorschläge der DDR und der ČSSR, der S[ozialistischen]R[epublik] Rumänien und der VR Bulgariens zum Ausdruck und unterstrichen die Notwendigkeit, diese zu verwirklichen.“ Vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1987, D 669.

²⁴ Zur deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 318.

²⁵ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Abrüstungsbeauftragten Karpow am 12. Dezember 1987 vgl. Dok. 368.

BM erläutert die deutsch-französische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. *Ceaușescu* spricht sich nachdrücklich für eine baldige Einberufung einer Nahost-Konferenz aus.²⁶ Israel und die USA müßten diesen Gedanken akzeptieren. Er äußert Besorgnis über die jüngsten Ereignisse im Gazastreifen.²⁷

BM verweist auf die Unterstützung der Nahost-Konferenz durch die EG.²⁸ Er habe den Eindruck, daß der Konferenzgedanke in Israel an Boden gewinne. BM unterrichtet über seine für Anfang d. J. geplante Reise nach Israel und erklärt, er werde mit der israelischen Regierung über die Frage der Konferenz sprechen.²⁹

Ceaușescu weist auf die Konfliktherde im Golf und in Südafrika hin.

BM erläutert kurz unsere Position.

Ceaușescu wirft die Verschuldungsproblematik³⁰ auf und wirbt für die Einberufung einer VN-Konferenz unter Beteiligung der Industrie- und Entwicklungsländer. Es müsse einen wagemutigeren Ansatz als bisher mit dem Ziel einer Globallösung geben. Bilateral könnten die Probleme nicht mehr gelöst werden.

BM äußert Zweifel, ob eine VN-Konferenz das Schuldenproblem lösen könne. Er befürchte, daß dies lediglich eine Konferenz werde, die das Papier nicht wert sei, auf dem die Resolutionen geschrieben würden. BM verweist auf das Dokument von acht lateinamerikanischen Ländern³¹, das ihm in der vergangenen Woche vom uruguayischen Außenminister übergeben worden sei.³² Es sei beabsichtigt, auch in der EG über das schwierige und drängende Schuldenproblem zu sprechen.

²⁶ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

²⁷ Ein Zusammenstoß zwischen einem israelischen Militärlastwagen und zwei PKWs am 8. Dezember 1987 im Gaza-Streifen, bei dem vier Palästinenser getötet wurden, löste Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten aus, die später als „Intifada“ bekannt wurden. In der Presse hieß es: „Bei den bisher schwersten Krawallen seit dem Beginn der Besetzung vor zwanzig Jahren seien mindestens zwölf Menschen durch Schüsse verwundet worden. Jugendliche Demonstranten hätten Reifen als Barrikaden angezündet und Fahrzeuge mit Steinen beworfen. [...] Die meisten Demonstranten in den seit sechs Tagen andauernden Unruhen sind Jugendliche. Fünf der sieben von Soldaten erschossenen Palästinenser waren noch nicht volljährig.“ Vgl. den Artikel „Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Dezember 1987, S. 1.

²⁸ Vgl. dazu Ziffer 4 der Erklärung zum Nahen und Mittleren Osten der Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 in Kopenhagen; EUROPA-ARCHIV 1988, D 144.

²⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Januar 1988 in Israel auf. Vgl. dazu AAPD 1988.

³⁰ Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.

³¹ Für den Wortlaut der Abschlusserklärung der Staats- und Regierungschefs von acht lateinamerikanischen Staaten auf ihrer Gipfelkonferenz vom 27. bis 29. November 1987 in Acapulco vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 83–85.

Botschaftsrat I. Klasse von Treskow, Mexiko-Stadt, teilte am 30. November 1987 mit: „Präsidenten Mexikos, Argentiniens, Brasiliens, Uruguays, Perus, Venezuelas, Kolumbiens und Panamas trafen am 27. November zu dreitägigem ‚Lateinamerikanischen Gipfel‘ in Acapulco zusammen. Auf drei Arbeitssitzungen wurden vor allem folgende Themen angesprochen: politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region; Friedensprozeß in Zentralamerika; Abbau der Auslandsverschuldung. Ergebnis wurde in dreißigseitiger (eher tropisch wuchernder als sinnvoll geordneter) ‚Erklärung von Acapulco für Frieden, Entwicklung und Demokratie‘ zusammengefaßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 763; Referat 422, Bd. 149041.

³² Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubaum vermerkte am 9. Dezember 1987, Staatssekretär Sudhoff habe am Vortag die „in Bonn akkreditierten Botschafter der Staaten der sog. Rio-Gruppe (MEX, VEN, KOL, PAN, ARG, BRA, URU, PER)“ empfangen: „Als Sprecher der Gruppe übergab der mexikanische Botschafter Hegewisch auf Weisung der Außenminister der Rio-Gruppe die ‚Erklärung von Acapulco für Frieden, Entwicklung und Demokratie‘, die am 29.11.1987 zum Abschluß des Treffens der acht lateinamerikanischen Staatschefs in Acapulco unterzeichnet worden war.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149041.

Ceaușescu kommt zurück auf das bilaterale Verhältnis und fragt nach dem Besuch des Bundeskanzlers.

BM erklärt, der Bundeskanzler habe die Absicht, nach Rumänien zu kommen. Sein, BMs, Besuch solle eine solche Reise vorbereiten. Er habe unsere Interessenlage eingehend dargelegt. Es komme darauf an, das erste Halbjahr 1988 zu nutzen, um Fortschritte zu erzielen.³³

Ceaușescu entgegnet, die Entwicklung der Beziehungen dürfe nicht mit Bedingungen verbunden werden.

BM betont, für uns sei wichtig, daß die Beziehungen sich in allen Bereichen gut entwickelten. Er wolle darauf hinweisen, daß vor einigen Tagen zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages keine Einreiseerlaubnis erhalten hätten.³⁴ Er möchte den guten Rat geben, ihnen Visen zu erteilen. Es sollte möglich sein, einen Weg zu finden, um die Abgeordneten einzuladen. Er, *BM*, wolle noch einmal betonen, daß uns daran liege, ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen aufzuschlagen.

Ceaușescu erklärt, er habe von dem Vorgang der beiden Abgeordneten bisher nichts gehört. Er könne deshalb keine Stellung nehmen, weil er nicht wisse, wo das Problem liege.

BM sagt, er werde das dem Außenminister förmlich mitteilen.³⁵

Das Gespräch endet mit dem Austausch von Höflichkeiten.

Referat 010, Bd. 178904

³³ Ein Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Rumänien fand 1988 nicht statt.

³⁴ Vortragender Legationsrat Ischinger vermerkte am 9. Dezember 1987, im Auftrag des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestags wollten „die Abgeordneten Lummer (CDU) und Schmidt, Salzgitter (SPD), am 11.12. nach Rumänien reisen, um sich vor Ort zu informieren, unter welchen Gesichtspunkten humanitäre Hilfe geleistet werden kann“. [...] Die rumänische Botschaft hat zu verstehen gegeben, daß sie den Reisezweck („Recherchen“) nicht akzeptieren könne und daß überdies geeignete rumänische Gastgeber wegen eines gleichzeitig stattfindenden Nationalkongresses nicht zur Verfügung stünden.“ Vgl. Referat 011, Bd. 138365.

Am 11. Dezember 1987 teilte Ischinger der Botschaft mit: „Reise wurde abgesagt, da rumänische Botschaft Visaerteilung verweigert hat.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 571; Referat 011, Bd. 138365.

³⁵ Im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Totu im Delegationskreis legte Bundesminister Genscher am 17. Dezember 1987 dar: „Die Entscheidung, einige Bundestagsabgeordnete nicht einreisen zu lassen, habe nicht in rum[änischem] Interesse gelegen und sei ein Fehler gewesen. Natürlich sei das rum. Verhalten bei uns kritisiert worden. Kommentare hätten dahingehend gelaute, daß die Abgeordneten nichts hätten sehen sollen. Wenn ein ausländischer Abgeordneter oder politischer Verantwortlicher zu uns kommen wolle, könne er dies tun. Es sei mehr Unbefangenheit und Gelassenheit ratsam, dann gebe es auch keinen Anlaß zu Beschwerden.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

376

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kölsch**204-530 USA VS-NfD****17. Dezember 1987¹**

Betr.: Gespräch von Herrn D2² mit dem Sonderbeauftragten für Terrorismusbekämpfung im State Department, Sonderbotschafter Bremer, am 7.12.1987, 14.40–15.10 Uhr

I. 1) D2 empfing am 7.12. den Sonderbeauftragten für Terrorismusbekämpfung im State Department, Sonderbotschafter Bremer, mit zwei Mitarbeitern und einem Vertreter der hiesigen US-Botschaft (Chapman) im Beisein von RL515³ und des Unterzeichners (Note-taker) zu einem ca. 1/2-stündigen Meinungsaustausch. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die von den USA gewünschte Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus mit uns im Hinblick auf die bevorstehende EPZ-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988⁴ sowie bilateral bei den Fragen

- Finanzierung des internationalen Terrorismus,
- Visaerteilung,
- Informationsaustausch über „unerwünschte Diplomaten“,
- Zusammenarbeit mit Jugoslawien,
- Abu-Nidal-Aktivitäten in Algerien.

D2 sagte grundsätzliche Kooperationsbereitschaft zu, machte ihre praktische Ausgestaltung, insbesondere auch im Rahmen der EPZ, von der weiteren Entwicklung abhängig.

II. 1) Botschafter Bremer (B.) gab seiner Genugtuung über eine mögliche Zusammenarbeit mit uns während der EPZ-Präsidentschaft Ausdruck. Mit StS Neusel (BMI) habe er bei seinem jetzigen Bonn-Aufenthalt ein ausführliches Gespräch über die Agenda der TREVI-Gruppe⁵ geführt.

D2 dankte für die freundliche Aufnahme unserer Delegation bei den kürzlichen deutsch-amerikanischen Konsultationen zur Terrorismusbekämpfung in Washington (9.–13.11.)⁶ und zeigte sich erfreut darüber, daß die amerikanischen Kolle-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch am 17. Dezember 1987 über Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „zur Genehmigung auch des Verteilers“ geleitet.

Hat Moltke am 19. Dezember 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Bazing am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der den Verteiler um Referat 300 ergänzte.

Hat Richthofen am 18. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte darauf achten, daß Algerien umgesetzt wird.“

Hat Moltke am 21. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

Hat Kölsch am 20. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Stv. RL 515 unter[richtet].“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13033 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

² Hermann Freiherr von Richthofen.

³ Hans-Joachim Heldt.

⁴ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar 1988 bis 30. Juni 1988 inne.

⁵ Zur TREVI-Gruppe vgl. Dok. 151, Anm. 8.

⁶ Gesandter von Kyaw, Washington, berichtete am 13. November 1987: „Zum ersten Mal wurde eine deutsch-amerikanische Konsultationsrunde zu Fragen der Terrorismusbekämpfung durchgeführt.“

gen in der zweiten Jahreshälfte 1988 zu Konsultationen nach Bonn kommen werden. Wir seien ebenfalls besorgt über die neue Qualität des Terrorismus und zur Zusammenarbeit mit den USA grundsätzlich bereit; inwieweit diese mit der EPZ erfolgen könne, hänge von der weiteren Entwicklung ab. Auf Bitte von D2 referierte RL515 kurz zum bisherigen Gang der Konsultationen (s. dazu besonderer Vermerk von RL515).

2) Zur Frage der Finanzierung des internationalen Terrorismus, so B., habe er StS Neusel zur Behandlung in der TREVI-Gruppe ein Arbeitspapier übergeben; dies könne selbstverständlich auch im Rahmen der EPZ behandelt werden. Die amerikanische Haltung sei hier „agnostisch“. B. bat Mr. Chapman, Doppel des Papiers dem AA zugehen zu lassen.

3) Ein weiterer Schwerpunkt der Terrorismusbekämpfung, so B., sei die Frage der Visaerteilung. Hier sei eine Koordinierung erforderlich. Das Thema könne möglicherweise einen TOP für Gespräche der USA mit der EPZ darstellen. D2 wies darauf hin, daß diese Thematik von uns im Rahmen des Schengener Abkommens⁷ behandelt würde. Gesprächsthema sei dort u. a. die Praxis der Visaerteilung in Frankreich; sie laufe darauf hinaus, daß die Delegierten aus den skandinavischen Ländern und aus Österreich für ihre Reise zum Sitz des Europarates in Straßburg auf ein Visum angewiesen seien.⁸ Auf Bitte von D2 referierte RL515 kurz zur Zuständigkeitsverteilung für die Visaerteilung innerhalb der Bundesregierung. B. schien die Zuständigkeit des BMI nicht bekannt. D2 und RL515 legten dar, daß im Rahmen der EPZ bisher noch keine intensive Diskussion über die Visaerteilung stattgefunden habe. Das Thema, so D2, sei freilich wichtig; so hätten wir im letzten Jahr erhebliche Probleme mit dem Zustrom von Asylanten gehabt, weil die DDR an diese Transitvisa erteilt habe, die die Einreise über Berlin (Ost) ermöglicht hätten.⁹

4) B. führte den Informationsaustausch über „unerwünschte Diplomaten“ als weiteres wichtiges Thema in das Gespräch ein. Er sei allerdings nicht sicher, ob dieses Thema besser in der TREVI-Gruppe oder in der EPZ behandelt würde. Auch hier sei die amerikanische Haltung offen. D2 erwiderte, er sei nicht sicher, ob sich die Thematik für eine Behandlung im Rahmen der EPZ eigne; einige EPZ-Partner seien sehr auf ihre Souveränität bedacht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1901

Themen seien gewesen: „Naher Osten; Euro-Terrorismus, Grundzüge der amerikanischen und deutschen Terrorismusbekämpfung; multilaterale Zusammenarbeit; Terrorismusfragen in den VN; Fragen bilateraler Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4887; Referat 204, Bd. 135410.

⁷ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen) vgl. EUROPA-ARCHIV 1991, D 3–9.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes faßte am 29. Dezember 1987 den „Stand der Verhandlungen über einen ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen“ zusammen: „Die zweite diesjährige Sitzung der Regierungsbeauftragten (Minister und Staatssekretäre) fand unter deutschem Vorsitz (StS Schreckenberger) am 17.12.1987 in Berlin statt. [...] Die Regierungsbeauftragten billigten – zumeist ohne vertiefte Aussprache – die bisherigen Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen (Polizei und Sicherheit, Personalverkehr, Transport, Zoll- und Güterverkehr), räumten eine Reihe von Vorbehalten einzelner Partner aus – darunter französischen Vorbehalt gegen die Ausstellung von Ausreisepapieren an DDR-Bewohner, die sich damit sichtvermerksfrei im Vertragsstaat bewegen können – und erteilten Aufträge für die weiteren Beratungen in den Arbeitsgruppen.“ Vgl. Referat 514, Bd. 190537.

⁹ Zur Einreise von Asylbewerbern über den Flughafen Berlin-Schönefeld nach Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 220 und Dok. 228.

5) Mit Jugoslawien, so B., sei das Gespräch über die Terrorismusbekämpfung inzwischen enger. Dies würde von den USA begrüßt, denn Jugoslawien sei bei Terroristen ein beliebtes Gastland. Die jugoslawische Regierung habe keine Kontrolle über die offenen Grenzen. Inzwischen lebten dort rd. 15 000 Araber. Die jugoslawische Regierung sei für eine Zusammenarbeit zwar aufgeschlossen, hierfür jedoch auf Hilfe von außen angewiesen. Für die USA sei es problematisch, bei den Kontrollen an den Grenzen und auf den Flughäfen behilflich zu sein. Er frage sich, ob die Europäer, insbesondere wir, hier aushelfen könnten. D2 wies auf unsere eigenen Probleme in der Zusammenarbeit mit Jugoslawien bei der Terrorismusbekämpfung hin, ohne daß wir diese bisher auf politischer Ebene behandelt hätten. RL515 bestätigte, daß Jugoslawien für seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit von uns die Zusage eines entschlosseneren Vorgehens gegen Exilkroaten einhandeln wolle.¹⁰ Dies, so B., sei bekannt; auch gegenüber den USA habe Jugoslawien das Problem der Kroaten ins Spiel gebracht. Die amerikanische Seite habe jedoch auf die Verpflichtung zur Einhaltung der grundrechtlich garantierten Freiheiten hingewiesen. Inzwischen lasse sich bei der jugoslawischen Führung eine aufgeschlossener und nachdenklichere Haltung feststellen. Vielleicht lohne ein neuer Anlauf. D2 wies darauf hin, daß wegen historischer Reminiszenz (gegen uns gerichtete Partisanenaktivitäten im Zweiten Weltkrieg) Jugoslawien die Zusammenarbeit mit anderen Europäern vielleicht eher willkommen sein dürfte. Dies sollte uns jedoch nicht grundsätzlich daran hindern, die Möglichkeit eines Gesprächs mit Jugoslawien zu prüfen. Dies, so B., würde er sehr begrüßen. Jugoslawien sei die Hauptdurchgangsstrecke für Terroristen im Nahen und Mittleren Osten. Auch gebe es Beweise dafür, daß der Anschlag gegen die kürzlich verschwundene koreanische Verkehrsmaschine¹¹ in Jugo-

¹⁰ Botschafterin Rheker, Belgrad, berichtete am 14. Oktober 1987, der jugoslawische Innenminister Culafić habe am Vortag betont, die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern „habe sich in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert“. Auf drei Feldern seien weitere Verbesserungen denkbar: „1) Bekämpfung des Terrorismus: Dieser Punkt sei für beide Länder gleich wichtig. Die jeweiligen Experten sollten engen Kontakt halten und Informationen austauschen. 2) Wachsamkeit gegenüber der jugoslawischen ‚feindlichen Emigration‘ in der BR Deutschland: Hierzu betonte der Minister, das Wirken der feindlichen Emigration schließe auch terroristische Handlungen ein. 3) Bekämpfung des Drogenhandels: Das Drogenproblem werde auch in Jugoslawien immer größer. Das Land sei ein wichtiger Drogenumschlagsplatz zwischen dem Nahen Osten und Westeuropa geworden.“ Die USA hätten deshalb um Kooperation gebeten: „Die USA hätten hierzu auch finanzielle Unterstützung zugesagt und bisher ca. 100 000 US-Dollar gezahlt. Jugoslawien werde diese Gelder insbesondere für den Kauf deutscher Ausrüstung zur Drogenbekämpfung nutzen. Culafić ließ erkennen, daß auch deutsche finanzielle Hilfe bei der Drogenbekämpfung willkommen wäre“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 704; Referat 515, Bd. 195809.

¹¹ Der Bundesnachrichtendienst teilte am 11. Dezember 1987 mit, am 29. November 1987 sei Flug 858 der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL eine halbe Stunde vor der Zwischenlandung auf dem Flughafen Bangkok von den Radarschirmen der thailändischen Flugkontrolle verschwunden. Die Maschine mit 95 Passagieren und 20 Besatzungsmitgliedern sei von Bagdad über Abu Dhabi und Bangkok nach Seoul unterwegs gewesen. Am 30. November 1987 seien in Bahrain wegen des Verdachts der Paßfälschung zwei Personen verhaftet worden, bei denen es sich um in Abu Dhabi von Bord gegangene Passagiere des verschwundenen Flugzeugs handele: „Bei der daraufhin vorgenommenen Vernehmung durch die bahrainischen Behörden unternahmen der Mann und die Frau Selbstmordversuche. Der 60-jährige Mann starb an den Folgen einer Zyankali-Vergiftung, die 28-jährige Frau überlebte und war zunächst vernehmungsunfähig.“ Vermutungen des südkoreanischen Geheimdienstes zufolge handele es sich bei den beiden um einen ehemaligen nordkoreanischen Diplomaten und eine Chinesin nordkoreanischer Abstammung: „Was die Absturzursache angeht, so vermutet sowohl der japanische als auch der südkoreanische Partnerdienst, daß es sich um ein Bombenattentat mit möglicherweise nordkoreanischem Hintergrund handelt. Als Motiv wird der Versuch Nordkoreas

slawien vorbereitet und die Bombe in Belgrad eingeschleust worden sei. Die beiden im Zusammenhang damit in Bahrain festgenommenen Japaner hätten sich zuvor in Belgrad aufgehalten.

6) B. führte als letztes Thema die Aktivitäten von Abu Nidal in Algerien ein. D2 wies darauf hin, daß unsere Einschätzung der jüngsten Entwicklung sich von der der USA unterscheide.¹² B. bot an, falls wir dies wünschten, weitere Informationen hierzu zu liefern. D2 bezeichnete es als wünschenswert, zumindest bei der Feststellung des Sachverhalts eine Annäherung zu suchen. Im übrigen seien wir bereit, zu tun, was andere auch täten, nämlich Algerien dazu aufzufordern, sich der Terrorismuskonvention¹³ anzuschließen. Hierfür sei ein politisches Signal notwendig. B. stimmte dem zu; die Algerier seien über den Aufwuchs der Aktivitäten von Abu Nidal zunehmend selbst besorgt. Diesen Eindruck habe er von seinem Besuch in Algerien im April mitgenommen. Der amerikanische Botschafter in Algier¹⁴ habe inzwischen mehrfach in diesem Sinne berichtet.

III. Abschließend dankte D2 für die Unterrichtung und bot unsere Bereitschaft zur Kooperation im Rahmen des Möglichen an. Für ein Gespräch mit B. stehe er auch künftig zur Verfügung. B. dankte hierfür und kündigte an, daß er in nicht allzu ferner Zeit wieder nach Bonn kommen werde.

Kölsch

VS-Bd. 13033 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1903

gesehen, die durch den Wahlkampf in Südkorea ohnehin schon angespannte Lage im Lande noch weiter zu verschärfen.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 1459; Referat 515, Bd. 195797.

¹² Die Botschaft in Tripolis berichtete am 22. Dezember 1987, Erkenntnissen aus Gesprächen „mit westlichen Botschaften und gut informierten arabischem Botschafter“ zufolge halte sich Abu Nidal „öfters in Libyen auf. Er verfügt hier zumindest über ein sicheres pied-à-terre. Arabischer Gesprächspartner vertrat die Meinung, daß Libyen für Abu Nidal nunmehr wichtigster Stützpunkt sei (auf jeden Fall wichtiger als Algerien).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 780; VS-Bd. 12442 (515); B 150, Aktenkopien 1987.

¹³ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1506–1512. Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1977, Teil II, S. 1230–1237.

Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1746–1752.

Für den Wortlaut des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1362–1369.

¹⁴ L. Craig Johnstone.

377

**Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2009

Citissime

Aufgabe: 18. Dezember 1987, 21.40 Uhr¹

Ankunft: 18. Dezember 1987, 22.31 Uhr

Delegationsbericht Nr. 314

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Die vierte Sitzungsperiode (22.9. – 18.12.1987)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

1) Zusammenfassung und Ausblick

Nach einer Verhandlungsdauer von mehr als einem Jahr² ist das WFT noch weit von einem Schlußdokument entfernt. Das von der günstigen Entwicklung der West-Ost-Beziehungen aufgestoßene „window of opportunity“ konnte nicht ausreichend genutzt werden und erlaubte bislang – vor allem wegen östlicher Intransigenz gegenüber den humanitären Forderungen des Westens – nicht die von uns angestrebten Ergebnisse.

Die Redaktionsphase hat zwar (verspätet) begonnen; die vereinbarten Texte sind jedoch nach Zahl und inhaltlichem Gewicht bescheiden geblieben. Sie beschränken sich vorerst auf Randfragen des Abschnittes zur militärischen Sicherheit (wie Präambel und Bewertung von Stockholm³) sowie Einzelelemente der menschlichen Kontakte und zum Informationsabschnitt. Der Blick auf die noch unzureichenden Eintragungen in den „Notizbüchern“ der Koordinatoren ergibt allerdings noch kein zutreffendes Bild von dem Verhandlungsstand. In weiten Bereichen haben unverkennbar konzeptionelle Annäherungen stattgefunden und liegen mit entsprechenden Papieren der Koordinatoren auch brauchbare Grundlagen für die Textarbeit vor. Solche vermittelnden Texte der Koordinatoren gibt es namentlich zum Prinzipienkatalog und zu den Materien von Korb II. Auch bei der militärischen Sicherheit zeichnen sich (allerdings ohne Zutun des Koordinators) mit Deutlichkeit die Konturen des Schlußdokumentes ab: Der doppelte Verhandlungsstrang über weitere VSBM und KRK ist allgemein akzeptiert; das Madrider Mandat⁴ wird fortgeführt. Streitig (zwischen westlicher Allianz und NNA) sind noch der Umfang der Autonomie der 23 sowie die förmliche Wiederaufnahme der KVAE.

¹ Das von Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14, 29, 42 und 47.

² Die KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 374.

³ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet. Sie endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

⁴ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

Unbefriedigend und ungewiß bleibt die Verhandlungssituation in Korb III: Hier lag zwar seit Rundenbeginn ein umfassender, solider, in der Sache pro-westlich orientierter Text von A und CH vor, der als Verhandlungsgrundlage dienen sollte.⁵ Über Status und Substanz des Papiers ist es jedoch zu einem Streit prinzipieller Art zwischen West und Ost gekommen, der nur fragmentarische Vorab-Einigungen zuließ. Besonders belastend wirkt sich in diesem Zusammenhang auch aus, daß sich RUM (in wenig glanzvoller Isolation selbst im östlichen Lager) spürbaren Erleichterungen bei den menschlichen Kontakten halsstarrig widersetzt. In den letzten Stunden dieser Konferenzphase brachte der schwedische Koordinator⁶ dazu einen neuen Gesamttext ein, der mit geschickten Veränderungen die für uns wertvolle Substanz des österreichisch-schweizerischen Textes erhält.⁷ Der von der SU verlangte eigene Text des Koordinators, der in der Konferenzpause als Beratungsgrundlage in Moskau dienen soll, hat damit unser Verlangen mit einem redaktionell gehobenen Status verdeutlicht.

Zu einem retardierenden Faktor wird immer offenkundiger das westliche Unvermögen, konkrete Verhandlungen über Mechanismus und Konferenz in der menschlichen Dimension (CDH)⁸ aufzunehmen und in diese Verhandlungen auch den Moskauer Konferenzvorschlag⁹ einzubeziehen. Trotz unseres ständigen Drängens und ungeachtet einer Reihe von Versuchen, den westlichen Vorschlag WT.19 zu modifizieren, sind namentlich die Zwölf noch immer nicht gesprächsbereit.

Inzwischen hat sich allerdings durch den Gipfel von Washington¹⁰ die taktische Gesamtsituation für den Westen verändert: Im Sog des INF-Abkommens¹¹ wächst in fast allen westlichen Regierungen und der westlichen Öffentlichkeit das Interesse an möglichst baldiger Aufnahme der KRK-Verhandlungen. Diesem Interesse kommt der WP durch Übernahme westlicher Vorstellungen zum KRK-Mandat sichtbar entgegen (wenn er jetzt auch die erfolgte Einigung über Ziele und Methoden von KRK-Verhandlungen¹² wieder in Frage stellt). Der Druck auf Beschleunigung und Abschluß des WFT wird deshalb schnell wachsen. Er kann zu einer Überprüfung und ggfs. Neudefinition unserer Forderungen zum Prinzipienkatalog und den menschlichen Kontakten führen, bei der wir unsere zentralen Anliegen vor allem im Korb III zu wahren haben.

⁵ Zum österreichisch-schweizerischen Non-paper vom 30. Juli 1987 zu Korb III vgl. Dok. 225, Anm. 37.

⁶ Nils Eliasson.

⁷ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 18. Dezember 1987, der Koordinator für Korb III, Eliasson, habe am selben Tag ein Non-paper zum Abschnitt menschliche Kontakte vorgelegt. Eine erste Durchsicht erlaube „ein insgesamt positives Urteil. Koordinator ist vom schweizerisch-österreichischen Non-paper zu Korb III ausgegangen, hat Klarstellungen redaktioneller Natur vorgenommen, sich seit längerem abzeichnende Konvergenzen zwischen West und Ost weitgehend akzeptabel formuliert und insbesondere bei den Texten mit Fristen (Rumäniens Problem) lediglich die Ziffern eingeklammert, nicht aber die gesamten Zeitangaben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2005; Referat 212, Bd. 153430.

Für das Papier „Co-operation in humanitarian and other fields“ vom 18. Dezember 1987 vgl. Referat 212, Bd. 153436.

⁸ Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

⁹ Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

¹⁰ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 364 und Dok. 365.

¹¹ Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

¹² Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 355, Anm. 3.

Nicht auszuschließen ist, daß die günstigste Zeit für eine „Ernte“ im humanitären Bereich verstrichen ist. Um unsere Aussichten nicht weiter zu verschlechtern, darf das „Endspiel“ der Wiener Verhandlungen nicht länger aufgeschoben werden. Es muß rasch und energisch geführt werden – ohne daß auf östlicher Seite der Eindruck verstärkt wird, der Westen werde sich letztlich zugunsten von KRK-Verhandlungen mit einem bescheidenen Ergebnis in den anderen Körben begnügen.

2) Die westliche Allianz

Die Geschlossenheit des westlichen Lagers bei der Vertretung der eigenen Vorschläge blieb gewahrt. Sie wird aber mit dem Preis der Unbeweglichkeit in zentralen Fragen bezahlt. So hat die Allianz etwa das – zwischen F und US besonders streitige – Problem, ob eine fortgesetzte KVAE beide Verhandlungsstränge oder nur den VSBM-Teil umfaßt, ausklammern müssen. Sie verschweigt sich deshalb gegenüber der geschlossenen Forderung von NNA und WP, die Wiederaufnahme der KVAE förmlich zu beschließen.

Gravierender noch für das WFT wirkt sich aus, daß die westliche Seite keine tragfähige Linie zu Mechanismus und Konferenz in der menschlichen Dimension findet. Notwendige Anpassungen des Mechanismus von WT.19 fanden trotz wiederholter Vorstöße nicht den Konsens unter den Zwölf, da namentlich NL – unterstützt von B – auf maximalistischen Textelementen (Para 4) beharrten. Noch schwerwiegender ist, daß der Westen insgesamt – wegen einer Festlegung von GB auf höchster politischer Ebene – den sowjetischen Vorschlag einer Konferenz in Moskau ignorieren muß und ihn weder zugunsten des eigenen CDH-Vorschlags noch für andere Ziele nutzen kann.

Eine eigene Position zur Moskauer Konferenz bauten die US auf, die (bilateral) eine Liste von Bedingungen präsentierten, ohne deren Erfüllung Moskau als Ort einer humanitären Konferenz ausgeschlossen sei. Die sowjetische Reaktion auf dem Gipfeltreffen zeigt allerdings, daß die SU diese Kriterien nur in dem Umfange erfüllen will, wie es die selbst bestimmten Reformen erlauben.

Unbeweglich zeigt sich die westliche Seite aber gelegentlich auch in Verfahren und Taktik, da die westlichen „Maximalisten“ (KAN, NL, B, auch PORT oder US) zu rigide eigene Positionen – mit der Devise: alles oder nichts – durchzusetzen suchen.

Sonderpositionen vertreten offen F (mit der Ablehnung von Wien als Verhandlungsort für KRK-Verhandlungen) und GRI (das den westlichen Ansatz zum Schutz von Minderheiten nicht akzeptiert¹³).

¹³ Referat 212 vermerkte am 1. Dezember 1987: „Hintergrund der griechischen Haltung zum Textentwurf über die nationalen Minderheiten ist die Befürchtung, daß die Makedonen, die während des Bürgerkrieges 1946–1949 auf kommunistischer Seite gekämpft haben und bei dessen Ende nach Jugoslawien geflüchtet sind, den fraglichen Passus (§ 27) des A/CH-Non-papers zur massiven Beeinflussung (Radio Skopje) und Infiltration der noch in Nordgriechenland lebenden makedonischen Slawen nutzen wollen. Insbesondere ist man besorgt, daß sich im Gefolge der Destabilisierung Jugoslawiens die Spannungen zwischen den Nationalitäten verschärfen; dadurch könnten makedonische nationalistische Kräfte Auftrieb erhalten, die den Norden Griechenlands in einen Unruheherd verwandeln werden. [...] Trotzdem bleibt das griechische Verhalten bei dem WFT in der Frage der menschlichen Kontakte von Minderheiten gerade im Hinblick auf die griechische Minderheit in Albanien unverstündlich, die sich nach Schätzungen auf 40 000 (alban[ische] Angaben) bis 200 000 (griech[ische]) beläuft. [...] Das große Interesse der griechischen Öffentlichkeit am Schicksal der Minderheit in Albanien sollte

143) Die WP-Staaten

Die östliche Seite hat (zum 15. Jahrestag des KSZE-Prozesses¹⁵) nochmals den Katalog ihrer Verhandlungsziele in Wien vorgelegt:

(a) Bei der militärischen Sicherheit:

- förmliche Wiederaufnahme der KVAE;
- ausreichende Verbindung (link) zwischen KRK und dem KSZE-Prozeß;
- zufriedenstellendes KRK-Mandat.

(b) Beim Prinzipienkatalog:

- Einheit und Unteilbarkeit der beiden MR-Kategorien;
- Umsetzung der SA¹⁶ in die nationale Gesetzgebung¹⁷ (gegen uns gerichtet);
- vor allem aber Moskauer Konferenz.

(c) In Korb II:

- Beseitigung der Hindernisse im Handel und der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit;
- sinnvolle Mandate für Folgeveranstaltungen.

(d) In Korb III: keine eigenen sachlichen Ziele.

Unmißverständlich war namentlich die Aufforderung, mit der Erörterung der Moskauer Konferenz zu beginnen, ohne die keine sinnvolle Diskussion über die menschliche Dimension möglich sei. Unmißverständlich auch die Warnung, das gesamte WFT nicht zur Geisel von Korb III zu machen.

Soweit den WP-Staaten selbst Konzessionen abverlangt wurden, haben sie allenfalls mit kleinen Schritten geantwortet, im wesentlichen aber eine Art von „KSZE-Filibustering“ (durch zahlreiche Änderungswünsche, sinnentstellende Textvorschläge u.ä.) angewandt, um wirklichen Konzessionen auszuweichen. Das gilt für die ganze Breite westlicher Forderungen – von den Menschenrechten über verbesserte Geschäfts- und Handelsbedingungen bis zu Reiseerleichterun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1907

ein gemeinsames Handeln der EG-Partner beim Zustandekommen eines Passus über die nationalen Minderheiten beim WFT ermöglichen, da hier letztlich gemeinsame Ziele verfolgt werden.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133565.

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2010 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Am 28. November 1972 wurden in Helsinki die multilateralen Vorgespräche für die KSZE eröffnet, die bis 8. Juni 1973 andauerten. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 406, sowie AAPD 1973, II, Dok. 221.

¹⁶ Schlußakte.

¹⁷ Polen und die UdSSR brachten am 18. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zur Verankerung der KSZE-Prinzipien in der jeweiligen nationalen Gesetzgebung ein. Dadurch sollten Fälle verhindert werden, „in denen durch interne gesetzgeberische und administrative Maßnahmen im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen und internationalen Verträgen Versuche unternommen werden, die Tätigkeit von staatlichen Behörden und Bürgern außerhalb des der nationalen Rechtsprechung unterstehenden Bereichs zu regeln“. Für den Vorschlag CSCE/WT.65 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 2. Oktober 1987: „POL-D[elegations]L[eiter] Nowak nannte mir gegenüber WT.65, abgesehen von Fragen der militärischen Sicherheit, als wichtigsten nationalen Vorschlag Polens. [...] WT.65 habe vor allem den Zweck, für die Geltung der Oder-Neiße-Grenze ein Element der Stärkung und Beruhigung einzuführen. Ich nannte WT.65 hierfür ungeeignet und nicht konstruktiv. Grenzfrage sei für Bundesrepublik durch Warschauer Vertrag in aller denkbaren Klarheit geregelt, Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum 15. Jahrestag des Vertrages habe auch Meinung der überwältigenden Mehrheit meiner Landsleute zum Ausdruck gebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1464; Referat 212, Bd. 153430.

gen. Die östliche Seite spielt offenkundig auf Zeit, und es gibt sogar Indizien dafür, daß sich ihre Implementierungspraxis wie auch ihre Positionen in Wien zu humanitären Forderungen in den letzten Wochen verhärtet haben.

Die Moskauer Konferenz bleibt zentrales Anliegen, das auch durch Eingehen auf den westlichen CDH-Vorschlag gefördert werden soll. Das lange erwartete östliche Non-Paper zur menschlichen Dimension¹⁸ enttäuschte jedoch, da Elemente eines konkreten Mechanismus zur besseren Implementierung fehlen und erneut der generelle Souveränitätsvorbehalt aufgenommen wird. Schwierigster östlicher Partner bleibt RUM, das völlig unberührt von „Glasnost“ und „Perestroika“ erscheint und das in erster Linie für die schlechte Bilanz von Korb III verantwortlich ist. Die Behauptung der RUM-Delegation, andere östliche Partner versteckten sich hinter ihr, ist nur teilweise glaubwürdig. Immerhin lehnt es die östliche Vormacht ab, Blocksolidarität im Sinne größerer Konzessionsbereitschaft zu erzwingen.

4) Die NNA-Staaten

Die Neutralen und Ungebundenen haben ihre Absicht nicht verwirklichen können, nach dem Vorbild des Madrider Treffens¹⁹ ein gemeinsames und umfassendes (Kompromiß-)Papier vorzulegen. Es fehlte ihnen – wie sie meinen – so weitgehend an Gemeinsamkeiten zwischen West und Ost, daß eine „seriöse Vermittlung“ nicht möglich sei. Den NNA selbst fehlt es allerdings auch an der notwendigen Geschlossenheit und Gemeinsamkeit der Interessen, um einheitliche Positionen zu entwickeln und zu vertreten.

Zur militärischen Sicherheit haben SCN²⁰, JUG und ZYP²¹ jeweils einen eigenen Vorschlag eingebracht. Einig sind sie sich insoweit – gegenüber dem Westen –, daß sie möglichst umfassend an den Verhandlungen der 23 beteiligt werden

¹⁸ Für das von der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien mit Fernkopie vom 11. Dezember 1987 übermittelte, am Vortrag von Bulgarien, der ČSSR, Rumänien und der UdSSR eingeführte Non-paper vgl. Referat 212, Bd. 153436.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 14. Dezember 1987 mit, das Non-paper enthalte „weder konkrete Formulierungen zu einem Mechanismus zur Bewältigung von Problemfällen in der menschlichen Dimension, noch orientiert es sich in seinem Follow-up-Teil an Kaschlews Feststellung, Osten wolle sich an französischen Ideen orientieren. Papier geht sogar noch hinter bereits erreichte Ergebnisse zurück, sowohl im bilateralen als auch im KSZE-Kontext. Das gilt namentlich für den Versuch, Souveränitätsvorbehalte erneut bei der Behandlung von Menschenrechtsfragen festzuschreiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1962; Referat 212, Bd. 153430.

¹⁹ In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

²⁰ Zu dem von Schweden am 31. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.131) vgl. Dok. 225, Anm. 30.

²¹ Für den von Jugoslawien am 22. September 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.133) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

Für den von Zypern am selben Tag eingeführten Vorschlag zum selben Thema (CSCE/WT.134) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. September 1987, die fehlende Kohärenz der N+N-Staaten sei deutlich geworden, „als JUG und ZYP jeweils eigene Vorschläge zur militärischen Sicherheit einbrachten, sich also nicht dem schwedischen Text anschlossen. Obgleich beide Vorschläge den westlichen Ansatz von zwei Verhandlungssträngen respektieren und übernehmen, geht insbesondere die jugoslawische Forderung nach jederzeitigem Zugang auch zu den KRK-Verhandlungen weit über die westlichen Vorstellungen von der Einbindung der 23er-Gespräche in den ‚Rahmen der KSZE‘ hinaus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1406; Referat 212, Bd. 153429.

und ihnen – durch Fortführung der KVAE – die Option einer späteren Teilnahme auch an Abrüstungsverhandlungen erhalten bleibt.

Für ungenügend halten die Neutralen gleichfalls die sich abzeichnenden Ergebnisse beim Umweltschutz. Wohl aus diesem Grund verhinderten sie in der Schlußwoche gegen den Wunsch von West und Ost, daß erste Textelemente in Korb II auch förmlich festgehalten („notiert“) wurden.

Zu den schwierigen Verhandlungspartnern im Lager der NNA zählten weiterhin ZYP und JUG, die Sonderinteressen bei den Prinzipien verfolgen und mit ihren Forderungen zur militärischen Sicherheit selbst unter den NNA keine Unterstützung finden.

Die Rolle der Vermittlung mußte deshalb vollständig von den Koordinatoren übernommen werden, die zum Prinzipienkatalog²², den Materien von Korb II²³

²² Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. September 1987, die Redaktionsgruppe „S“ (Prinzipien) habe sich darauf geeinigt, daß der Koordinator für Korb I, Torovsky, zu den Themen Terrorismus, friedliche Streitbeilegung, allgemeine Aspekte von Prinzip VII, Kenntnis der Menschenrechte, Minderheiten und Religionsfreiheit eigene Non-paper vorlegen solle, die dann in den Kontaktgruppen redaktionell behandelt würden: „Es wird angestrebt, akzeptierte Textteile sowie Lösungen für weitere offene Fragen in den Gesamtentwurf der N+N einzubringen. Ein erstes Non-paper des Koordinators liegt zu Terrorismus vor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1407; Referat 212, Bd. 153429.

Für das Non-paper Torovskys vom 24. September 1987 zum Terrorismus vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 24. September 1987 bzw. für dessen Neufassung vom 24. November 1987 die Fernkopie vom 25. November 1987; Referat 212, Bd. 153436.

Vgl. ferner das Non-paper Torovskys vom 25. September 1987 zu allgemeinen Aspekten von Prinzip VII der KSZE-Schlußakte; Anm. 34.

Für das Non-paper Torovskys vom 1. Oktober 1987 zur Religionsfreiheit vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 1. Oktober 1987 bzw. für dessen Neufassung vom 27. November 1987 die Fernkopie vom 30. November 1987; Referat 212, Bd. 153436.

Vgl. ferner das Non-paper vom 23. Oktober 1987 zu Bewegungsfreiheit, Gefangenen und zum Prinzip IX; Anm. 33.

Vgl. außerdem das Non-paper „Synopsis der vorhandenen Änderungsvorschläge“ zur Freizügigkeit, das von Botschaftsrat Stüdemann, Wien (KSZE-Delegation), am 2. Dezember 1987 übermittelt wurde; Referat 212, Bd. 153436.

²³ Vgl. dazu die mit Fernkopie Nr. 218 der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 6. Oktober 1987 bzw. mit Fernkopien vom 22. Oktober und 3. November 1987 übermittelten Texte des Koordinators für Korb II, Clavel; Referat 212, Bd. 153436.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 6. Oktober 1987, das Papier zu Umweltschutz und Reaktorsicherheit vom selben Tag sei „unter weitestgehender deutscher Mitarbeit entstanden. Erste Diskussion in EG ergab, daß Papier praktisch alle in den entsprechenden EG-Vorschlägen enthaltenen Elemente reflektiert und daher eine gute Grundlage und Ausgangsposition für die weiteren Verhandlungen darstellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1488; Referat 212, Bd. 153430.

Eickhoff teilte am 14. Oktober 1987 weiter mit, der Textentwurf Clavels vom 13. Oktober 1987 zum Themenbereich Handel und industrielle Kooperation sei eine „akzeptable Basis für die bevorstehenden Textverhandlungen“. Darin seien „alle westlichen Punkte enthalten, wenn auch nicht immer in der von uns vorgeschlagenen Präzision. Hervorzuheben ist, daß es dem Koordinator gelungen ist, die konfrontativen Themen Handelshemmnisse und Kompensation so zu entschärfen, daß sich für West wie Ost annehmbare Textlösungen abzeichnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1538; Referat 212, Bd. 153430.

Am 23. Oktober 1987 führte Eickhoff aus, Clavels Textentwurf zu Wissenschaft und Technik vom selben Tag könne trotz unterschiedlicher Positionen der KSZE-Teilnehmerstaaten zur Rolle der Wissenschaftsfreiheit als „Grundlage für die weitere Arbeit in Korb II akzeptiert werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1607; Referat 212, Bd. 153430.

Weiter berichtete Eickhoff am 29. Oktober 1987: „Korb-II-Koordinator hat seine Text-Editionen mit Papieren zu Varia – Transport, Tourismus, Wanderarbeit, Ausbildung, ECE – und zu Globalaspekten der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgeschlossen (Texte IV und V werden mit FK übermittelt). Er hat seine strategische Linie des Abbaus von Konfrontationspotentialen durchgehalten und damit eine tragfähige substantielle Basis für ein Korb-II-Schlußdokument des WFT geschaffen.

und jetzt auch zu den menschlichen Kontakten²⁴ (von Korb III) umfassende Papiere vorlegten, an denen sich die kommenden Verhandlungen weitgehend orientieren dürften.

5) Deutschlandpolitische Aspekte

Bei der Verfolgung unserer deutschlandpolitischen Interessen zu den Themen der menschlichen Dimension von – gegenüber allen anderen TNS – singulärem Gewicht klaffen östliche Ankündigungen auf hoher Ebene und Verhandlungsstand immer noch weit auseinander. DDR zeigt zwar am Rande der Konferenz Verständnis für einen besonderen Handlungsbedarf bei menschlichen Kontakten, namentlich beim Reiseverkehr, mußte aber – im Gegensatz zu ihrer selbstbewußt vorgetragenen Implementierungsbilanz – Grenzen ihres Entgegenkommens offenbaren:

- Mindestumtausch²⁵ (Beseitigung dieses gravierenden Einreisehindernisses für Familienreisen und/oder als lineare oder differenzierte Reduktion „in Wien nicht machbar“);
- Behebung der „Illegalen“-Fälle (DDR bilateral zu uns: „ist für uns Prinzipienfrage“);
- weitere Reduzierung der Kontaktbeschränkungen.

DDR gibt dennoch – ungeachtet ihrer Blocksolidarität – zu verstehen, daß ihr größere Konzessionen möglich sind als anderen WP-Staaten.

DDR-Delegation hat selbstbewußten und offeneren Stil gegenüber früheren KSZE-Veranstaltungen durchgehalten und gibt sich weiterhin geschäftsmäßig und auf Fortschritt drängend.

In der vierten Runde gab es keine „querelles allemandes“ (insbesondere nicht zum Schußwaffengebrauch an Grenzen). Zwischen beiden Delegationen besteht auf allen Ebenen eine an sachlicher Arbeit orientierte und enge Zusammenarbeit, die deutlich besser ist als mit anderen WP-Delegationen.

6) Die eigene Delegation

Bereits zu Beginn der Sitzungsperiode legte StM Schäfer die Kontinuität unserer KSZE-Politik und unsere konkreten Ziele auf dem WFT dar.²⁶ Er gab auch bereits Zeit und Ort der von uns vorgeschlagenen West-Ost-Wirtschaftskonferenz²⁷ bekannt: Das Expertentreffen soll März/April 1990, die Konferenz einen Monat später im Raume Bonn stattfinden. Unseren Anspruch auf Ausrichtung der Konferenz haben wir mehrfach – in der Allianz wie im Kreise der 35 – bekräftigt.

Im Rahmen der innerwestlichen Abstimmung drängen wir beharrlich darauf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um konkrete Verbesserungen zu vereinbaren und

Fortsetzung Fußnote von Seite 1910

In allen drei Körben scheinen jetzt die Voraussetzungen gegeben, nach Überwindung der derzeitigen Stagnationsphase nötigenfalls in kurzer Zeit den endgültigen Text des WFT-Schlußdokuments fertigzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1644; Referat 212, Bd. 153430.

²⁴ Vgl. Anm. 7.

²⁵ Zur Regelung des Mindestumtauschs bei Besuchen in der DDR vgl. Dok. 245, Anm. 9.

²⁶ Für den Wortlaut der Rede des Staatsministers Schäfer am 22. September 1987 in der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BULLETIN 1987, S. 801–804.

²⁷ Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

einen entsprechenden Konsens festzuhalten. Dies führt immer wieder zu taktischen Differenzen mit den westlichen Maximalisten, die auf den Vorrang „schwerer“ vor „leichten“ Texten bestehen. Auch in den Redaktionsgruppen²⁸ bleibt die Delegation bemüht, Annäherungen durch pragmatisches Vorgehen zu erleichtern und dogmatische Rigidität zu vermeiden.

²⁹II. Zu den Körben im einzelnen

1) Beim Prinzipienkatalog ist es dem Koordinator³⁰ zwar gelungen, einen erheblichen Teil westlicher Anliegen in eigene Non-Paper aufzunehmen und damit zur Diskussionsgrundlage zu machen. Die Kompromißfähigkeit dieser Texte fand jedoch bislang ihre Grenzen an mangelnder östlicher Bewegung in wichtigen Substanzfragen. Hinzu kommt, daß ZYP und JUG eigene Belange (bei territorialer Integrität³¹ bzw. Minderheitenschutz³²) durchzusetzen suchten. Andererseits ist es westlicher Unbeweglichkeit zuzuschreiben, wenn der Koordinator bisher keinen kompromißfähigen Text zu einem Mechanismus in der menschlichen Dimension hat vorlegen können.

Vorläufig vereinbart – ohne bislang notiert zu sein – ist integral nur ein Text des Koordinators zu den Wirtschafts-, Sozial- und kulturellen Rechten. Osten hat hier eingelenkt und auf Fixierung bestimmter Bereiche mit besonderem Implementierungsbedarf (z. B. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit) verzichtet. Westen ist es gelungen, das zur Unterscheidung von den bürgerlichen und politischen Menschenrechten wichtige Definitionsmerkmal der allmählichen Verwirklichung (to realize progressively) dieser Gruppe von Rechten festzuschreiben.

Größere Teile eines Textes zum Schutz von Inhaftierten stehen fest (einschließlich einer Passage zum Schutz vor medizinischem und psychiatrischem Mißbrauch).³³ Das hier erzielte vorläufige Einvernehmen, einschließlich der Thema-

²⁸ Durchgängig korrigiert aus: „Red.Gruppen“.

²⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2011 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³⁰ Koordinator für Korb I war Rudolf Torovsky.

³¹ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 25. September 1987 mit: „Zypern legte Non-paper zu Prinzip IV (territoriale Integrität) vor, das anstelle des zypr[ischen] Vorschlags WT.52 treten soll. Kursorische Behandlung des Inhaltes zeigte eher Verhärtung zypr. Haltung. Östliche Forderungen des Verbotes der Unterstützung secessionistischer Bewegungen sind in das Papier eingegangen. Möglicher Ausweg könnte in allgemeiner Bekräftigung von Prinzip IV in einem Schlußdokument bestehen – ohne jede Qualifizierung, wie sie zypr. Papier vorsieht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1407; Referat 212, Bd. 153429.

Für das von Zypern am 23. September 1987 in der Redaktionsgruppe „S“ (Prinzipien) der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführte Non-paper vgl. Referat 212, Bd. 153436.

³² Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 3. Oktober 1987, Jugoslawien habe in Ergänzung zu seinem von Ungarn unterstützten Vorschlag vom 13. Februar 1987 über nationale Minderheiten (WT.46) ein Non-paper zum Thema eingebracht, „das weiterhin nur den Schutz des Gruppenrechts anerkennt. Es läßt keinen Raum für Kompromisse mit dem westlichen Vorschlag zur Sicherung der Rechte von Angehörigen der Minderheiten. SU-Vertreter hat zwar offen Präferenz für westlichen Ansatz gezeigt. Angesichts der rumänischen Weigerung, über Madrid hinauszugehen, und des ungarischen Bestehens auf Behandlung beider Vorschläge sieht sich Koordinator gegenwärtig außerstande, einen eigenen Vorschlag zu diesem Fragenkomplex zu entwickeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1460; Referat 212, Bd. 153430.

Für das mit Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien am 31. Juli 1987 übermittelte Non-paper Jugoslawiens zu den Rechten von Minderheiten vgl. Referat 212, Bd. 153436.

³³ Vgl. dazu das mit Fernkopie des Botschaftsrats Stüdemann, Wien (KSZE-Delegation), vom 23. Oktober 1987 übermittelte Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom selben Tag zu Bewegungs-freiheit, Gefangenen und zum Prinzip IX; Referat 212, Bd. 153436.

tisierung des Mißbrauches der Psychiatrie, ist die bisher wohl wesentlichste menschenrechtliche Festlegung des WFT. Vom Koordinatorenpapier zu den allgemeinen Aspekten von Prinzip 7 (MR)³⁴ sind lediglich die Teile zur Veröffentlichung und Zugänglichkeit entsprechender Texte unstrittig. Auch die Erwartungen, daß Osten im Bereich Religionsfreiheit größeres Maß an Bewegung zeigen würde, haben sich noch nicht wirklich bestätigt. Vor allem zur Frage des Religionsunterrichtes gibt es noch weitgehende Vorbehalte. Erhebliche Probleme bestehen außerdem bei der Freizügigkeit, die Osten nur zusammen mit massivem, die Grundrechtssubstanz negierendem Vorbehalt der nationalen Gesetzgebung gelten lassen will. Beim Text zum Schutz Angehöriger nationaler Minderheiten³⁵ sind die Fronten zwischen GR und RUM, die allenfalls eng umrissenen Schutz betroffener Einzelpersonen zu akzeptieren bereit sind, sowie JUGs und UNGs, die Fortentwicklung der KSZE-Verpflichtungen zur Sicherung von Gruppenrechten verlangen, noch völlig offen. Osten verweigert im übrigen nach wie vor substantielle Regelungen zur Verbesserung der Rechtsmittel bei Menschenrechtsverletzungen. Er weigert sich ebenso entschieden, im Hinblick auf Prinzip 9³⁶ Einzelpersonen und nicht-staatlichen Organisationen eine adäquate Rolle im KSZE-Prozeß zuzubilligen.

Unter den N+N besteht ZYP auf einer Veränderung des Wortlauts von Prinzip 4³⁷ angesichts der andauernden Verletzungen seiner territorialen Integrität.³⁸ Außerdem fordert es wirksame KSZE-Verpflichtungen zur Lösung der Probleme der zypriotischen Flüchtlinge.

³⁴ Punkt VII der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 betraf die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“. Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. September 1987: „Koordinator Torovsky hat Delegationen am 24.9.1987 per Fern-K[ommunikation] übermitteltes Non-paper zu allgemeinen Aspekten von Prinzip VII H[ilfsin]S[chluss]A[kte] zukommen lassen.“ Eine erste Bewertung zeige, „daß Papier in weiten Passagen des operativen Teils (Veröffentlichung der Texte, Rechtsmittel bei MR-Verletzungen, MR-Beobachter) auf westliche (siehe) Non-paper vom 22.7.) und N+N-Vorstellungen zurückgeht. Östliche Prioritäten (Verbindung von Implementierung mit Abrüstung, Abhängigkeit der bürgerlichen und politischen Grundrechte von den Wirtschafts- und Sozialrechten) haben keinen Eingang in den Text gefunden. Text geht im übrigen stärker auf Beziehungen zwischen den beiden Menschenrechtskategorien ein. Er geht damit über bisherige KSZE-Texte hinaus und kommt immer wieder deutlich gewordenem östlichen Ziel einer stärkeren Verankerung der Wirtschafts- und Sozialrechte entgegen. Aus hiesiger Sicht können wir dies mittragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1404; Referat 212, Bd. 153429.

Für das Non-paper Torovskys zu Prinzip VII vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom 25. September 1987; Referat 212, Bd. 153436.

³⁵ Vgl. dazu das mit Fernkopie des Botschaftsrats Stüdemann, Wien (KSZE-Delegation), vom 3. November 1987 übermittelte Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom 2. November 1987 zum Schutz nationaler Minderheiten; Referat 212, Bd. 133565.

³⁶ Punkt IX der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 betraf die „Zusammenarbeit zwischen den Staaten“. Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 918 f.

³⁷ Punkt IV der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 betraf die „territoriale Integrität der Staaten“. Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 916.

³⁸ Am 15. Juli 1974 unternahm die von griechischen Offizieren befehligte zypriotische Nationalgarde einen Putsch gegen Präsident Makarios, der am Folgetag Zypern verließ. Am 20. Juli 1974 landeten türkische Truppen auf Zypern. Am 22. Juli 1974 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 217.

Am 8. August 1974 wurde ein Abkommen über die Festlegung der Demarkationslinien auf Zypern abgeschlossen; jedoch begann am 14. August 1974 ein erneuter Angriff türkischer Truppen. Die militärischen Operationen wurden am 16. August 1974 nach Appellen des VN-Sicherheitsrats weitgehend eingestellt. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 233, Dok. 236 und Dok. 238.

Die Gründe für östliches Einlenken bei Wirtschafts- und Sozialrechten (bei gleichzeitiger Verhärtung in anderen Bereichen von Prinzip 7) sind schwer zu fassen. Vieles spricht dafür, daß insbesondere SU verstärkt die Durchsetzung des Moskauer Konferenzprojektes betreibt und in diesem Zusammenhang einerseits Ballast abwerfen, andererseits aber Druck in den Bereichen erhalten will, die für Westen besondere Priorität haben. Mangelnde Flexibilität des Westens, das eigene Flaggschiff CDH (WT.19) zu befördern, und seine Unfähigkeit, eine gemeinsame Position zum Moskauer Konferenzvorschlag zu erarbeiten, hat Osten veranlaßt, seinerseits Bewegung in diesen Kernbereich westlicher Bemühungen zu bringen. Er hat seinen Vorschlag einer Moskauer Konferenz – wenn auch nur marginal und mit unakzeptablen Bedingungen verknüpft – um Teile des Mechanismus aus WT.19 erweitert und damit (erwartungsgemäß) Moskauer Konferenz und CDH im Ansatz verbunden.

Zum Rundenschluß hat der Koordinator ein – alle Themen und damit alle westliche Anliegen umfassendes – konsolidiertes (Kompromiß-)Papier vorgelegt, das die Grundlage der Verhandlungen im nächsten Jahr bilden dürfte.³⁹

2) Zur militärischen Sicherheit liegen (nach Einbringung der Texte von JUG und ZYP unmittelbar zu Beginn der vierten Sitzungsperiode) zwar insgesamt zwölf Vorschläge auf dem Verhandlungstisch. Sie werden jedoch in ihrer Mehrzahl ohne Bedeutung für das Schlußdokument bleiben. Verhandlungsgrundlagen bilden im wesentlichen der westliche Vorschlag WT.129⁴⁰ sowie die Texte von SCN und JUG, die in ihrer Struktur der westlichen Aufteilung in zwei Verhandlungen – über weitere VSBM einerseits, KRK andererseits – folgen.

Der Einstieg in die konkrete Redaktionsarbeit gelang bereits in den ersten Wochen dieser Runde mit der (dem WFT übertragenen) Bewertung der Stockholmer Verhandlungen; außerdem konnten erste Elemente eines Präambel-Textes notiert werden. Weitere Texteinigungen scheiterten an der (von der Allianz abgelehnten) zentralen Forderung des WP und der N+N, einer Formulierung zur Wiederaufnahme/Fortsetzung der KVAE zuzustimmen. WP/N+N können für ihr Anliegen gewichtige Gründe geltend machen:

- KVAE ist nur suspendiert, über Wiederaufnahme/Fortsetzung muß entschieden werden;
- KVAE ist ein stufenweiser Prozeß;
- die Komponente „und Abrüstung“ sichert den N+N zumindest die Option einer künftigen Beteiligung.

³⁹ Für das konsolidierte Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom 18. Dezember 1987 zum Prinzipienkatalog vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom selben Tag; Referat 212, Bd. 153436.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte dazu am 18. Dezember 1987 mit: „Erstmals liegen nunmehr Koordinatorentexte zur Präambel des Prinzipienteils und zur Abschaffung der Todesstrafe vor. In der Präambel haben sich sowohl das zyprische Interesse an einer erneuten Bekräftigung des Prinzips der territorialen Integrität (vierter Absatz) als auch der polnische Vorschlag WT.65 zur Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die KSZE-Verpflichtungen (dritter Absatz) niedergeschlagen. [...] Strittig sind insbesondere die Absätze zur Freizügigkeit, zum Minderheitenschutz, zur friedlichen Streitbeilegung, zur Religionsfreiheit sowie zum Prinzip 9 (Zusammenarbeit der Staaten).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2013; Referat 212, Bd. 153430.

⁴⁰ Zum Vorschlag CSCE/WT.129 der NATO-Mitgliedstaaten vom 10. Juli 1987 vgl. Dok. 216, Anm. 8.

Der Westen zieht sich demgegenüber auf seinen Vorschlag zurück, der diese Kardinalfrage wegen US/F-Meinungsunterschiede ausklammert, und verschanzt sich hinter „konstruktiven Zweideutigkeiten“. F kann den Begriff „KVAE“ nur in der Präambel oder in einer Überschrift als Klammer für beide Verhandlungsstränge akzeptieren, nicht aber beschränkt auf den VSBM-Teil, wo er die KRK-Gespräche von der „Konferenz“ trennen würde. Hingegen lehnt US einen Bezug in einer Präambel strikt ab, da er das Autonomiekonzept für die Stabilitätsverhandlungen aufweichen würde. Alternative Lösungsansätze wurden innerhalb der Allianz bislang nicht erörtert. Sie werden angesichts konzeptioneller Schwächen von WT.129 und unverminderten Drängens der N+N (unterstützt durch WP) zu einem späteren Zeitpunkt aber unvermeidbar sein.

Gleichfalls ohne Annäherungen wurde die Forderung der N+N nach einer möglichst engen Verbindung („Link“) beider Verhandlungsstränge behandelt.

Die N+N tolerieren zwar die Autonomie der 23. Sie setzen aber alles daran, die ihnen verbleibenden Einwirkungsmöglichkeiten (durch maximale Ausgestaltung der sogenannten Link-Elemente) zu nutzen. Unterstützt werden sie dabei durch den WP, der für eine KSZE-freundliche Lösung eintreten kann, ohne seine Position hinsichtlich der Mandatsgespräche zu präjudizieren. Die im Verlauf der Diskussion präzisierten Vorstellungen der N+N (Meinungsführer: SCN/CH/A) zu den Link-Elementen:

- strikte Parallelität beider Verhandlungen (nach Zeit, Ort, Gebäude),
- detaillierte Ausgestaltung des Informations-/Meinungsaustauschs,
- Überprüfung der KRK-Ergebnisse sowie Entscheidungsfunktion durch nächstes KSZE-Folgetreffen,

wurden vom Westen defensiv auf der Grundlage von WT.129 zurückgewiesen. Er plädierte im Gegenzug dafür, Einzelheiten den eigentlichen Verhandlungen zu überlassen.

Angesichts des zum Rundenende deutlichen Stillstands in RG⁴¹ „S“ wird es darauf ankommen, innerwestlich einen modifizierten Ansatz zu den beiden Kardinalfragen zu erarbeiten, der besser als bisher auf Positionen der NNA eingeht, die anderenfalls damit drohen – so CH –, durch Konsensverweigerung ihre „unabdingbaren“ Sicherheitsinteressen zu wahren.

⁴²³⁾ Der Stellenwert von Korb II hat im Verlauf der Verhandlungen deutlich zugenommen – nicht zuletzt auch deshalb, weil der Westen stärker als in der Vergangenheit eigene Anliegen verfolgt.

Das hängt einmal mit der neuen Bedeutung des Umweltschutzes als Korb-II-Materie zusammen; zum anderen aber auch mit einer stärkeren Akzentuierung westlicher Interessen im Kapitel Handel und industrielle Kooperation. Im Umweltschutz hat der Osten großen Nachholbedarf (hinsichtlich des Beitritts zu internationalen Abkommen wie bei praktischen Maßnahmen auf nationaler Ebene). Er sieht sich deshalb westlichen wie neutralen Forderungen gegenüber. Bei Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit hat der Westen die Verbesserung geschäftlicher Rahmenbedingungen und kommerzieller Infrastruktur in

⁴¹ Redaktionsgruppe.

⁴² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2012 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

einer Weise konkretisiert, daß östliche Anliegen in der industriellen Kooperation (Joint-ventures!) an Verhandlungsgewicht einbüßen. Die westlichen Forderungen haben zwar vor dem Hintergrund östlicher Wirtschaftsreformen (insbesondere der SU) bessere Durchsetzungschancen. Der Osten hat sich dennoch (aus taktischen Gründen?) bisher zu keinen Zugeständnissen bereit gefunden.

Das traditionelle Reizthema der Handelshemmnisse einschließlich der Sicherheitsaspekte (COCOM) wird durch den westlichen Vorschlag zur Kompensation⁴³ neutralisiert.

Diese Verlagerung in der Interessenzuordnung hat zwei unterschiedliche Konsequenzen: Zum einen hat die Hebelkraft von Korb II zur Durchsetzung westlicher Ziele in anderen Körben spürbar nachgelassen. Zum anderen hat der Osten kein vorrangiges Interesse mehr an schneller Einigung in diesem Bereich.

In der zu Ende gegangenen Konferenzphase hat dies zu mehrfachen östlichen Verzögerungsmanövern geführt. In den letzten Wochen war überhaupt keine Bewegung des Ostens mehr in Kernfragen von Korb II erkennbar. Immerhin gelang es, den Koordinator⁴⁴ zur Vorlage von Papieren zu veranlassen, die den gesamten Textteil eines Schlußdokuments des WFT abdecken. Diese Papiere werden als Arbeitsgrundlage von allen Gruppen anerkannt und zeigen überwiegend realistische Kompromisse auf. Gegen inhaltlichen Widerstand einzelner Delegationen (USA) hat der Koordinator zudem ein Papier mit Mandats-elementen für Folgeveranstaltungen in Korb II⁴⁵ erarbeitet.

Die praktischen Resultate der Redaktionsarbeit sind dagegen bescheiden geblieben: Zum Umweltschutz wurden drei Texte zu gefährlichen Abfällen, zu potentiell gefährlichen Chemikalien sowie zu Flora und Fauna zwar fertiggestellt („eingefroren“), nicht aber „notiert“. (Notieren ist nach „einfrieren“ die nächsthöhere Stufe der Festlegung im Redaktionsverfahren des Korbes II. Dies scheiterte an der mangelnden Bereitschaft der NNA, zum jetzigen Zeitpunkt bereits Bindungen an Umwelttexte einzugehen.) Obwohl die Sachpositionen zu anderen Fragen (z.B. EMEP⁴⁶, Umwelterziehung) nicht weit auseinanderlagen, erschöpfte sich die Einigungsfähigkeit mit diesen Texten. Der Osten hat im übrigen durch seine Forderung nach Transfer von Umwelttechnologie jeden Lösungsansatz bei den schwierigeren Umweltfragen blockiert.

Im Bereich Handel und industrielle Kooperation wurden lediglich Texte zu Schiedsgerichtsbarkeit und Marketing (nach mühsamen Verhandlungen) abgeschlossen („eingefroren“).

Trotz des zuletzt mühsamen und zähen Arbeitsrhythmus erscheint eine merkliche Beschleunigung der Verhandlungen möglich. Sie setzt allerdings voraus, daß die Kompromiß- und Konzessionsbereitschaft auf allen Seiten deutlich zunimmt.

⁴³ Am 13. März 1987 führten die USA, die EG-Mitgliedstaaten, Kanada und die Schweiz auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zu Kompensationsgeschäften ein. Darin wurde gefordert, daß „die Teilnehmerstaaten politische Konzepte, die Kompensationsgeschäfte gleich welcher Form fördern, weder begünstigen noch beschließen oder beibehalten“. Für den Vorschlag CSCE/WT.115 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

⁴⁴ Jean-Daniel Clavel.

⁴⁵ Für das Non-paper des Koordinators für Korb II, Clavel, vom 18. Dezember 1987 zu „Suggestions for items to be considered in the mandates of possible follow-up meetings“ vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation der Bundesrepublik in Wien vom selben Tag; Referat 212, Bd. 153436.

⁴⁶ European Monitoring and Evaluation Programme.

Das neue Jahr wird mit der Behandlung des Themas Wissenschaft und Technologie beginnen, das von westlicher Seite eine behutsame Handhabung erfordert. Die östliche Forderung nach konkreter technologischer Zusammenarbeit und der westliche Ansatz, Verpflichtungen der Regierungen zu vermeiden, stehen sich weiter gegenüber, ohne daß sich bisher Überbrückungsmöglichkeiten anbieten. Im Themenbereich Varia sind auch weiter die größten Probleme bei Tourismus und Wanderarbeit zu bewältigen.

4) Die Verhandlungssituation in Korb III ist besonders unbefriedigend und deshalb besorgniserregend. Die Bilanz der Redaktionsarbeiten ist äußerst bescheiden; die Positionen der Gruppen klaffen noch immer weit auseinander. Nach hoffnungsvollem Beginn – WP hatte A/CH-Non-Paper vom 30.7.87 als tatsächliche Verhandlungsgrundlage akzeptiert – zogen sich die Beratungen – oft unterbrochen durch zeitraubende Prozedurdebatten und manchmal auch durch Rückfälle in polemische Implementierungskritik – zäh dahin. WP machte Fülle von stark einschränkenden Änderungsvorschlägen zum A/CH-Text, so daß es kaum echte Annäherungen gab und im Bereich menschliche Kontakte lediglich drei Texte sowie bei Information ein Absatz notiert werden konnten.

Sie betreffen im einzelnen:

- (a) Erlaubnis für Familienbesuche auch von entfernteren Verwandten;
- (b) Konsularische und medizinische Betreuung von Besuchern aus anderen TNS;
- (c) Nichtdiskriminierung von Ausreiseanträgen.

Der Text zum Informationsteil behandelt die Berichterstattung über andere TNS und die Bildung von „Telebrücken“ zwischen den TNS.

In seiner Substanz berücksichtigt das A/CH-Papier weitgehend westliche Anliegen, darunter auch unsere deutschlandspezifischen Interessen. Schlüsselprobleme, die sich wohl erst im Wiener Endspiel lösen lassen, sind die grundsätzliche Unterscheidung zwischen dem Menschenrecht auf Ausreise und Wiedereinreise in das eigene Land und der staatlichem Ermessen überlassenen Einreise sowie die vom WP immer wieder erhobene Forderung nach Einschränkung neuer Verpflichtungen durch den Vorbehalt der nationalen Gesetzgebung, die nach WP-Verständnis auch bereits eingegangenen internationalen Verpflichtungen vorgeht.

⁴⁷Die westliche Haltung zeichnete sich insgesamt nicht durch effiziente, flexible Verhandlungsweise aus; einige Partner (NL, KAN, B) verhinderten immer wieder die Möglichkeit prozeduraler Beschleunigung. GB und F haben mit uns besonders eng kooperiert; USA spielten, mangels personeller Kontinuität, im Korb III keine führende Rolle.

WP verhielt sich nicht ungeschickt, letztlich aber durchschaubar: Weitgehende Blockierung in der Sache, dagegen öffentlich Bekundung von Konzessionswillen. RUM ließ sich in negative Sonderstellung drängen; es lehnt bisher grundsätzlich Vereinbarungen von Fristen in Antragsverfahren ab, hat sich so im Kreis der 35 isoliert und es anderen WP-Staaten (BUL, ČSSR, auch DDR) erlaubt, sich hinter rumänischer Intransigenz zu verstecken. Arbeitsverhältnis zu DDR ist

⁴⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2014 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

gut, doch der Zusammenarbeit sind offenkundige Grenzen gesetzt, weil eine Reihe von Vorschlägen unmittelbar DDR betreffen. Sie mußte bekennen, daß Abschaffung von Mindestumtausch-Erfordernissen und auch Regelung der sog. „Illegalen“-Fälle „in Wien nicht machbar“ seien.

Zusammen mit anderen westlichen Delegationen (insbesondere GB) bevorzugten wir kontrollierte Ausarbeitung einzelner Absätze, damit Koordinator in jedem Fall über westliche Konzessionsmarge im klaren ist. Dieser hat, von beiden Seiten dazu gedrängt, am Schlußtag der Verhandlungen ein eigenes Papier zum Abschnitt Menschliche Kontakte⁴⁸ vorgelegt, das die für uns wesentliche Substanz des österreichisch-schweizerischen Papiers erhält. Da es ebenso wie die anderen Koordinatoren-Texte während der Konferenzpause vor allem in Moskau als Beratungsgrundlage dienen soll, dürfte es die Beratungen im nächsten Jahr erleichtern und unsere Hauptanliegen auf diesem für uns zentralen Gebiet jedenfalls begünstigen.

- 5) Zu Fragen des Mittelmeerraumes wurden weiterhin nur die beiden Vorschläge
- der Ungebundenen MLT/JUG/ZYP (WT.40) für ein Expertentreffen mit umfassender Thematik⁴⁹ und
 - des Westens (WT.50) für ein Treffen über den Schutz der mediterranen Ökosysteme⁵⁰ behandelt.

Die Diskussion wurde nach folgenden Elementen strukturiert:

- Bewertung des Seminars von Venedig⁵¹,
- Fortsetzung der Bemühungen
 - Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur,
 - Sicherheit und Zusammenarbeit,
 - Ökosysteme und neue Felder der Zusammenarbeit,
- andere Aspekte der Zusammenarbeit.

Sie sollen jedoch keinesfalls den Inhalt eines Mittelmeerkapitels im SD⁵² präjudizieren, dessen Redaktion noch nicht begonnen hat.

6) Die Redaktionsgruppe zu den Folgen der Konferenz diskutierte organisatorische Fragen (wie Notwendigkeit von Vorbereitungstreffen, Berücksichtigung nationaler Feiertage) sowie den Vorschlag San Marinos über ein Dokumentationszentrum.⁵³ Festlegungen sind hierzu noch nicht erfolgt. Insbesondere gegen den Vorschlag San Marinos bestehen Bedenken (erste⁵⁴ Institutionalisierung in der

⁴⁸ Vgl. Anm. 7.

⁴⁹ Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Treffen über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vgl. Dok. 106, Anm. 22.

⁵⁰ Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Expertentreffen über mediterrane Ökosysteme vgl. Dok. 106, Anm. 36.

⁵¹ Ein Expertenseminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum fand vom 16. bis 26. Oktober 1984 statt.

⁵² Schlußdokument.

⁵³ San Marino führte am 17. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien den Vorschlag ein, „in der Stadt San Marino ein unabhängiges und zur Gänze auf ihre eigenen Kosten betriebenes KSZE-Dokumentationszentrum einzurichten“. Für den Vorschlag CSCE/WT.130 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

⁵⁴ Korrigiert aus: „ernste“.

KSZE), zumal in Helsinki bereits alle KSZE-Dokumente auf Mikrofilm zur Verfügung stehen.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153430

378

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum

330-504.00 CHL

22. Dezember 1987

Betr.: Colonia Dignidad¹;

hier: 1) Gespräch der Untersuchungsdelegation nach Rückkehr aus Chile am 21.12.1987 mit Herrn StS Dr. Sudhoff; 2) Übergabe des Schlußberichts²

1) Nach Rückkehr aus Chile trug die Delegation am 21.12.1987 (mit Ausnahme von Bischof Stehle) im Auswärtigen Amt Herrn StS und den mit der Angelegenheit befaßten Mitarbeitern (D5³, Dg33⁴, RL330⁵, RL511⁶, RL512⁷) die Ergebnisse ihrer Mission vor und übergab den Schlußbericht sowie Empfehlungen über das weitere Vorgehen.

2) Die nicht dem Auswärtigen Amt angehörenden Delegationsmitglieder faßten ihre Eindrücke und Erkenntnisse wie folgt zusammen:

a) Delegationsleiter Marré

Es habe sich um schwierige Mission gehandelt, da von Anfang an Zugang zur CD fraglich gewesen sei. Medieninteresse in Chile sei ungewöhnlich stark gewesen;

¹ Zur Colonia Dignidad vgl. Dok. 310.

² Zur Untersuchung der Situation in der Colonia Dignidad hielt sich vom 13. bis 18. Dezember 1987 eine Sachverständigendelegation aus der Bundesrepublik in Chile auf. Die Delegation setzte sich zusammen aus dem ehemaligen Botschafter Marré, dem Vorsitzenden des Landesverbandes Oldenburg des Deutschen Roten Kreuzes, Osterloh, dem Diplom-Psychologen Salewski, Oberstaatsanwalt Sent, Bischof Stehle, Regierungsdirektor Stein vom Bundesministerium der Justiz sowie seitens des Auswärtigen Amts Ministerialdirektor Schlagintweit und Legationsrat I. Klasse Gerdt. In ihrem undatierten Abschlußbericht hieß es, sie habe den Auftrag gehabt, „zu versuchen, Gespräche mit den deutschen Staatsangehörigen zu führen, die in der ‚Colonia Dignidad‘ (CD) wohnen, und sich mehr Klarheit über die Verhältnisse in der CD, das Ergehen ihrer Angehörigen und über die Anschuldigungen zu verschaffen, die in der deutschen Öffentlichkeit in den letzte Monaten verstärkt aufgetaucht sind. Darüber hinaus sollten Gespräche mit deutschen wie chilenischen Persönlichkeiten außerhalb von CD geführt werden, die weitere sachdienliche Auskünfte über CD erteilen konnten. Ferner sollten Vorschläge für die zukünftige Behandlung des CD-Komplexes erarbeitet werden.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Jürgen Oesterhelt.

⁴ Konrad von Schubert.

⁵ Horst Heubaum.

⁶ Klaus-Jerg Bosch.

⁷ Günter Wasserberg.

das mit dem AA vereinbarte „Redeverbot“ vor Presse der Delegation sei nur schwer durchzuhalten gewesen. Trotz Scheiterns der Absicht, in der CD zu evaluieren, sei man nicht mit leeren Händen zurückgekehrt. Man habe Gespräche sowohl mit gegenüber der CD kritisch wie positiv eingestellten Menschen geführt. Die Ergebnisse habe die Delegation in einer Aufzeichnung festgehalten.

Hervorzuheben sei folgendes:

Entscheidende Person von CD sei Schäfer. Seine Motivierung sei noch unklar. Er habe CD aufgebaut, um seinen persönlichen (perversen) Neigungen nachgehen zu können. Die ursprünglich religiöse Komponente von CD sei nicht mehr vorhanden. Es werde nur noch gearbeitet. Delegation habe sich um Aufklärung der Vorwürfe gegenüber Deutschen bemüht. Sie sei den Vorwürfen der Jahre 76/77 gegen die chilenische Regierung (Folterlager etc.)⁸ nicht nachgegangen. Ohne Beteiligung der chilenischen Regierung sei ein Vorgehen gegen CD nicht möglich. Obwohl Vorkommnisse beim Hubschrauberbesuch des Botschafters und Bischof Stehles in der Siedlung zu einer Verstimmung der Polizei (General Menne) geführt hätten⁹ und die Regierung der Delegation ihre Unterstützung zugesichert habe, habe die offizielle chilenische Seite offenbar keine Möglichkeit gehabt, einen Besuch in CD zu arrangieren. Chilenische Öffentlichkeit sei – wie nie zuvor – mit der Angelegenheit befaßt gewesen. Die Zustände in der CD und deren Schattenseiten sowie Schäfers Rolle sollten hinfort stärker von unserer Seite ins Blickfeld gerückt werden. Chilenische Regierung habe offenbar mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß sich das Interesse der Delegation auf den „deutschen Aspekt“ der CD konzentriert habe.

b) Herr Salewski

CD stelle nicht das Problem dar, sondern der Homosexuelle Paul Schäfer. Seine perverse Einstellung (Vorliebe für Kinder zwischen 8–14 Jahren) sei rechtlich

⁸ Referat 330 hielt am 5. Dezember 1987 fest: „Erstmalige Erwähnung von CD im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen in einem Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission der VN vom 4.2.1976 wegen Vorwürfen der Folter und Benutzung als Lager für politische Gefangene. [...] Erneute Erwähnung von CD in einem Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe vom 8.10.1976 [...] wegen Benutzung als Haftlager des chilenischen Geheimdienstes D[irección de]I[n]teligencia NA[cional]. Ein Besuch von Vertretern der Ad-hoc-Arbeitsgruppe in der Siedlung ist nicht zustande gekommen. Eine Untersuchung durch die Gruppe als solche wurde abgewiesen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 159189.

Zu den Berichten von 1977 über die Colonia Dignidad vgl. Dok. 270.

⁹ Im „Abschlußbericht der Sachverständigendelegation“ wurde dargelegt, die Colonia Dignidad habe der Botschaft in Chile auf deren Ankündigung, eine Delegation aus der Bundesrepublik wolle die Siedlung besuchen, mitgeteilt, „daß CD in einer Mitgliederversammlung beschlossen habe, die Delegation nicht zu empfangen, weil die Darstellung des Konsularsprechtages in den deutschen Medien jede Vertrauensgrundlage zerstört habe. [...] Botschafter Kullak-Ublick und Bischof Stehle reisten am 14.12. gegen 10.00 Uhr, begleitet von einem Polizeigeneral, von Santiago ab. Der Flug war von der Polizei per Funk angekündigt. Es wurde ein Hubschrauber benutzt, da CD dem Flughafen in Santiago mitgeteilt hatte, der eigene Flugplatz sei ‚überschwemmt‘. Beim Anflug stellte die Besatzung fest, daß die Piste von Fahrzeugen blockiert war. Auch der Hubschrauberlandeplatz war durch zwei Fahrzeuge und in lebensgefährdender Weise durch Papp-Platten unbrauchbar gemacht worden. Dennoch gelang die Landung.“ Der Vertreter der Colonia Dignidad, Hopp, habe jedoch erklärt, eine weitere Mitgliederversammlung habe entschieden, „auch dieser Delegation den Zugang zu verwehren. Es wurde ihr nicht erlaubt, einen Rundgang zu machen oder eines der Gebäude zu betreten. Hopp drohte dem chilenischen General, er werde wegen Hausfriedensbruch ‚abgesetzt‘. Die Gruppe kehrte am gleichen Nachmittag nach Santiago zurück.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

und moralisch auch in Chile nicht tolerabel. Dies habe auch Stange zum Ausdruck gebracht.¹⁰ Der Lebensweg Schäfers sei kennzeichnend für seine heutige Rolle: Er sei bereits erstmals 1959/60 angezeigt worden, weil er sich als Gemeindeglied an Konfirmanden sexuell vergangen haben soll. Zusammen mit dem Baptistenprediger Baar, der eine Baptistengemeinde aus dem Osten seelsorgerisch betreute, habe er vornehmlich die Kinder der Gemeindeglieder auf seine Flucht nach Chile mitgenommen. Dort habe er sich in der CD einen „rechtsfreien Raum“ geschaffen. Er registriere dort mit Strafkatalog und schriftlicher Beichte. Verfüge über eine Kartei, die er zur Erpressung (auch Außenstehender) benutze. Wer „gesündigt“ habe – und darüber werde er über Zuträger in der CD informiert –, gerate unter Schäfers persönliche Obhut, bekomme eine letzte Chance und werde körperlich mißhandelt, falls er die Chance nicht wahrnimmt. Dies geschehe in der sog. Herrenrunde.

Die unumschränkte faktische Führung von CD habe Schäfer inne. Falls nach außen Tätigwerden erforderlich wird, könne er die formellen Führungskräfte vorschicken. Diese seien schwach bzw. ihm total ergeben. Es sei höchste Zeit, Schäfer aus der CD – die als solche kein Problem darstelle – herauszulösen. Dies sei nicht ungefährlich, da Schäfer, der unter Verfolgungswahn leide, bewaffnet sei und stets von Bewaffneten begleitet werde. Seine paranoide Existenzangst bedeute nicht zuletzt für CD die Gefahr eines kollektiven Selbstmords. Aufgabe stelle sich: Schäfer herauszuziehen, eine andere Führungsperson an seine Stelle zu setzen. Eine Chance, an Schäfer in Chile heranzukommen, bestehe über den Vorwurf seiner Homosexualität mit Kindern. Es sei von höchster Bedeutung, die Vorgeschichte Schäfers seit 1921 wie die der Socialen Mission und der Aussiedlung kennenzulernen.

c) Oberstaatsanwalt Sent

Nach wie vor gebe es keine eigenen Anschauungen, die die Vorwürfe der homosexuellen Verfehlung Schäfers erhärten oder widerlegen könnten. Die Vorwürfe seien nach wie vor nicht beweisbar, so daß z. Zt. kein konkreter Einstieg in diesem Zusammenhang möglich sei. Dies sei eher möglich in Zusammenhang mit den Vorwürfen der Körperverletzung und Freiheitsberaubung.¹¹

¹⁰ Im „Abschlußbericht der Sachverständigendelegation“ hieß es, am 15. Dezember 1987 habe ein Gespräch mit dem Chef der chilenischen Polizeistreitkräfte, Stange, stattgefunden: „Nach dem Eindruck der Gesprächspartner schien der General erstmals zu verstehen, daß hier nicht nur ein strafrechtliches, sondern ein Sicherheitsproblem auf ihn zukommen könne. Der General selbst zog den Vergleich mit der Sekte in Guayana, die einen Massenselbstmord begangen hätte. Auch er versprach, sich für die Mission der Delegation einzusetzen.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

¹¹ Mit Schreiben vom 7. Dezember 1987 teilte das nordrhein-westfälische Justizministerium zu den Ermittlungsverfahren gegen den Leiter der Colonia Dignidad mit, der 1921 geborene, bis 1961 in Siegburg lebende Paul Schäfer habe sich einem gegen ihn anhängigen Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn „wegen des Verdachts, sich an drei noch nicht 14-jährigen Jungen in sexueller Hinsicht vergangen zu haben“, 1961 durch die Flucht nach Chile entzogen: „Die aufgrund eines gegen Paul Schäfer erwirkten Haftbefehls eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen blieben ohne Erfolg. Die Ausschreibung des Beschuldigten zur Festnahme wurde am 23.7.1970 gelöscht, weil sie im Hinblick auf die Verschlechterung der Beweislage (nur auf Kinderaussagen gestützter Tatverdacht) unverhältnismäßig erschien.“ Der Haftbefehl sei 1970 aufgehoben, das Verfahren 1974 eingestellt worden. Ein 1977 aufgrund von Presseberichten eingeleitetes Verfahren gegen Schäfer „wegen Verdachts des Menschenraubes“ sei im selben Jahr von der Staatsanwaltschaft Siegen eingestellt worden. 1985 habe der Leitende Oberstaatsanwalt in Bonn gegen Schäfer erneut „ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der fortgesetzten Freiheitsberaubung u. a.“ eingeleitet, das noch anhängig sei. Anhängig sei zudem seit

CD „verkaufe“ sich nach außen hervorragend. In chilenischer Öffentlichkeit sei zwar das Bild von „Freudlosigkeit“ bei Jugendlichen der CD und „Roboterhaftigkeit“ ihrer Mitglieder verbreitet. Andererseits sei bekannt, daß CD „viel Gutes tue“. CD-Leitung „verkaufe“ die positiven Elemente hervorragend nach außen. Negative Feststellungen treten demgegenüber völlig in den Hintergrund. Durch die Anwesenheit der Delegation und die Publizität in Chile befaßten sich nun chilenische Behörden verstärkt mit der Problematik der Siedlung. Klima für deutsches Herantreten an die Regierung könnte sich insofern verändert haben.¹² Dies könne sich auch positiv auf ein konkretes, von der Bundesregierung zu stellendes Rechtshilfeersuchen auswirken. Einem solchen RHE¹³ sollte der Vorzug gegenüber einer Abgabe des gesamten Verfahrens an die chilenischen Behörden eingeräumt werden, da beim RHE die Möglichkeit des „Nachfassens“ gegeben sei. Das laufende Zivilrechtsverfahren werde man mit großem Interesse verfolgen (BMJ, Stein), da hierbei Aufschluß über die Bereitschaft der chilenischen Behörden, an der Aufklärung mitzuwirken, erwartet werden kann. Im übrigen ziele dieses zivilrechtliche Verfahren auf die Untersuchung der Siedlung als „Folterzentrum“ ab; eine solche Zielsetzung dürfte die chilenische Seite nicht gerade zu großer Mithilfe anspornen. Vorteil eines konkreten RHE sei demgegenüber die Zielrichtung auf die Person Schäfers.

d) Dr. Osterloh, DRK

Bedauerlicherweise habe er persönlichen Kontakt mit acht „DRK-Schwestern“ in CD nicht aufnehmen können. In Telefongespräch mit CD habe man ihm vorgeworfen, der Delegation anzugehören und Kontakt mit der Presse zu haben; im übrigen müsse sich DRK bei CD entschuldigen. Nach längerem Zögern habe man seinen Besuch in der Siedlung abgelehnt. In der chilenischen Öffentlichkeit sei einerseits bekannt, daß CD auf Wohltätigkeitsgebiet tätig sei; andererseits wundere man sich über deren Wirtschaftskraft und politischen Einfluß. Auf Anregung von D5 wolle man prüfen, ob die von den acht „DRK-Schwestern“ zum Besuch von CD eingeladene Oberin Ute Nedden die Einladung annehmen soll bzw. eine Einladung an die acht Schwestern nach Deutschland ausgesprochen werden soll, um die Kontakte zu nutzen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1921

1977 ein Zivilrechtsstreit vor dem Landgericht Bonn, „in dem die Private Sociale Mission e. V. und der Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad den Verlag Gruner & Jahr u. a. auf Unterlassung bestimmter Behauptungen in Anspruch genommen haben (Regimegegner seien in der Kolonie durch die Geheimpolizei Chiles und Deutsche gefoltert, Personen seien gegen ihren Willen festgehalten und mißhandelt worden).“ Vgl. Referat 330, Bd. 159189.

- 12 Staatssekretär Sudhoff übermittelte der Botschaft in Santiago de Chile am 16. Dezember 1987 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den chilenischen Außenminister García. Darin hieß es: „Die Vorwürfe strafrechtlicher Natur gegen die Colonia Dignidad können den Behörden Ihres Landes nicht unbekannt sein. Sie sind von deutscher Seite gegenüber verschiedenen Stellen Ihres Landes seit vielen Jahren immer wieder vorgetragen worden. [...] Als Ende der 70er Jahre in den deutschen Medien schwere Menschenrechtsverletzungen in der Kolonie angeprangert wurden, versuchte die Leitung der Kolonie, diesen Angriffen mit rechtlichen Mitteln in Deutschland entgegenzutreten. Da das zuständige deutsche Gericht in diesem noch nicht abgeschlossenen Verfahren eine Beweisaufnahme in Chile für erforderlich hielt, wurde im Juli 1980 die Rechtsabteilung Ihres Ministeriums damit befaßt. Die chilenische Seite hat jedoch einer Beweisaufnahme unter Beteiligung des deutschen Gerichts nicht zugestimmt. Daraufhin übermittelte unsere Botschaft im September 1982 ein Rechtshilfeersuchen an Ihr Ministerium, um eine Beweisaufnahme durch ein chilenisches Gericht zu erreichen. Dieses Ersuchen ist bis heute nicht erledigt.“ Genscher teilte mit, er habe „die deutschen Justizbehörden gebeten, dortige strafrechtliche Ermittlungsergebnisse für ein Verfahren in Chile zur Verfügung zu stellen“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 159189.

- 13 Rechtshilfeersuchen.

3)¹⁴ Empfehlungen der Delegation für das weitere Vorgehen (Salewski: Dreifachstrategie)

a) Neutralisierung Schäfers

Dies stelle Hauptproblem dar. Es sollten zügig Nachforschungen über Vergangenheit Schäfers seit 1921 (Salewski will mit Baar sprechen), die Geschichte der Siegburger Mission und der Aussiedlung angestellt werden.

b) Rechtliche Schritte

Nach dem Delegationsbesuch sind die Chancen für eine Mitwirkung der chilenischen Behörden und damit die Erfolgsaussichten für rechtliche Schritte gewachsen. Im Rahmen des laufenden Ermittlungsverfahrens müßte ein RHE präzise formuliert werden. Eine umfassende Information der Chilenen sei hierzu die Voraussetzung. Die Frage der Gefährdung der noch in der Siedlung befindlichen Angehörigen müsse geprüft werden. Aus dem laufenden Zivilverfahren solle man sich heraushalten (vgl. Ziffer 2c).

c) Tätigkeit der Botschaft

- Botschaft soll intensiv an CD herantreten durch Konsularsprechtage, Rentensprechtage. Die Kontakte mit Koloniebewohnern sollen auf der Basis eines in der Botschaft vorliegenden, unter psychologischen Gesichtspunkten erarbeiteten Fragenkatalogs geführt werden; eine „Durchleuchtung“ der CD-Mitglieder anhand der Paß- und Rentenakten sollte eingeleitet werden.
- Förderung und Ermutigung von Besuchen Dritter in der Kolonie (Öffnung der Kolonie).
- Öffentlichkeitsarbeit in Chile (chilenische Öffentlichkeit und Regierung sollten über Person Schäfers nicht in Unkenntnis gelassen werden).
- In rechtlicher Hinsicht sollte Botschaft Vertrauensanwälte einschalten, um rechtliche Nebenaspekte, die sich aus Vernehmungsprotokollen der Bonner Staatsanwaltschaft ergeben (Vereinsrecht, Gemeinnützigkeit etc.), zu durchleuchten.¹⁵

Heubaum

Referat 330, Bd. 159189

¹⁴ Korrigiert aus: „5“.

¹⁵ Mit Schreiben vom 28. Januar 1988 informierte Staatssekretär Sudhoff den Vorsitzenden des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestags, Vogel, über die Vorgänge in der Colonia Dignidad. Vgl. dazu AAPD 1988.

379

**Botschaftsrat Zepter, Genf (GATT-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 2558

Aufgabe: 28. Dezember 1987, 13.00 Uhr¹

Ankunft: 28. Dezember 1987, 15.26 Uhr

Betr.: Uruguay-Runde²;

hier: Abschließende Bewertung der Initialphase und Ausblick auf die
Verhandlungen in 1988

I. Zusammenfassung

Die Uruguay-Runde absolvierte im ersten Verhandlungsjahr ein wahres Mammutprogramm. Das spiegelt sich nicht nur in der Statistik über die Zahl der Sitzungen (etwa 90) und der Arbeitsdokumente (245) wider, sondern auch in der Bilanz des bisher Erreichten. Im Zeitvergleich zur Tokio-Runde³ sind die Verhandlungen in nur einem Jahr bedeutend weiter fortgeschritten. Die Initialphase, von der EG erfunden und ursprünglich als eine Art Krücke für die Sicherstellung der Globalität konzipiert, hat sich als glücklicher Einfall erwiesen und den Einstieg in die Verhandlungen beschleunigt, ohne je als Zwangsjacke empfunden zu werden. Niemand wurde durch sie gehindert, konkrete Verhandlungsvorschläge auf den Tisch zu legen oder die Vorschläge anderer zu kommentieren. Andererseits erlaubte sie es, zunächst ohne die im Multilateralismus üblichen Präliminarien zur Sache zu kommen, das Dickicht früherer GATT-Arbeiten zu durchforsten bzw. zu bewerten und im Bereich der Statistik die für eine solide Verhandlungsführung dringend benötigte Arbeit an einer verbreiterten Datenbasis in Angriff zu nehmen.

Dennoch ist der Erfolg im ersten Jahr der UR⁴ kein Anlaß, die Dinge nun etwas geruhsamer anzugehen. Im Gegenteil. Das dichte Arbeitsprogramm in 1987 war nur Reflex des besonders ehrgeizigen Ziels, das die Minister in Punta del Este⁵ gesetzt haben. Um dieses Ziel innerhalb des vorgegebenen Zeitplans bis Ende 1990 zu erreichen, müssen die Arbeiten sogar weiter intensiviert werden.

Bereits Ende des kommenden Jahres, bei der in Punta vereinbarten „Midterm-Review“, wollen eine Reihe von VP erste Ergebnisse festschreiben („early harvest“). Entsprechend dem Prinzip der Globalität muß diese Operation breit angelegt werden, wenn sie Erfolg haben soll. Nur so kann sichergestellt werden, daß die Interessen aller Vertragsparteien (VP) in irgendeiner Form berücksichtigt werden.

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 21.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann am 30. Dezember 1987 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat.

Hat Randermann am 4. Januar 1988 erneut vorgelegen.

² Zur Uruguay-Runde des GATT vgl. auch Dok. 42.

³ Die siebte Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT fand von 1973 bis 1979 statt.

⁴ Uruguay-Runde.

⁵ Zur GATT-Ministerkonferenz vom 15. bis 20. September 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 268. Für den Wortlaut der Ministererklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 163–169.

In der Zeit der deutschen EG-Präsidentschaft⁶ werden die Weichen für die Mid-term-Review gestellt. Damit fällt uns die Aufgabe zu, nicht nur die Kommission zur Erarbeitung substantieller Verhandlungsvorschläge zu ermuntern, sondern auch aktiv die Entwicklung einer gemeinsamen EG-Haltung in Bezug auf Zeitpunkt und Inhalt der Midterm-Review voranzubringen. Dabei wäre insbesondere darauf zu achten, daß als Folge französischer Präsidentschaftswahlen⁷ innerhalb der Gemeinschaft kein Stillstand eintritt. Dem informellen Ministertreffen in Konstanz⁸ kommt folglich besondere Bedeutung zu.

II. Im einzelnen

1) Statistik der UR

Die Statistik des ersten Verhandlungsjahres der Uruguay-Runde beeindruckt: vier Sitzungen des Handelsverhandlungsausschusses (TNC⁹), neun Sitzungen der Verhandlungsgruppe Waren (GNG¹⁰), sechs Sitzungen der Verhandlungsgruppe Dienstleistungen (GNS¹¹), 69 formelle Sitzungen der einzelnen Verhandlungsgruppen im Warenbereich, fünf Sitzungen des Überwachungsorgans, insgesamt also 93 meist mehrtägige Sitzungen, dazu zwei informelle Ministertreffen und zahlreiche informelle Sitzungen und Konsultationen.

Insgesamt wurden 247 Arbeitsdokumente gefertigt, 26 waren Erklärungen, 144 nationale Positionspapiere, davon 41 aus Entwicklungsländern, 77 Papiere fertigte das Sekretariat. Dazu kommen noch 93 Protokolle und Entscheidungspapiere, x15¹² Rollback-Mitteilungen sowie sechs Standstill-Notifizierungen.

Die EG legte in allen Gruppen mit Ausnahme der Gruppe FOG¹³ (Funktionieren des GATT-Systems), Textil und Schutzklauseln „erste Überlegungen“ vor, insgesamt 16 Beiträge.

2) Erfolge der Initialphase

In einem Zeitvergleich zum Ablauf der Tokio-Runde scheidet damit die UR beträchtlich besser ab. Die Konzeption einer Initialphase – ursprünglich von der EG erdacht, um die Globalität der Verhandlungen sicherzustellen und ein „Fast-Track“-Verfahren in einzelnen Verhandlungsgruppen (insbesondere bei Agrar) zu verhindern – hat sich als ein ebenso einfacher wie genialer Mechanismus erwiesen, um ohne die sonst in multilateralen Verhandlungen leider meist üblichen Präliminarien in die Substanz der Verhandlungen einzusteigen. Auf der Grundlage eines recht wenig anspruchsvoll anmutenden Verhandlungsplans (Analyse bestehender GATT-Arbeiten, Vorlage und Diskussion von Beiträgen und Vorschlägen der Verhandlungspartner), auf den man sich wegen der engen Bezugnahme auf das Mandat von Punta del Este relativ rasch einigen konnte, wurde die Initialphase in der Praxis für alle Zwecke genutzt:

⁶ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

⁷ In Frankreich fanden am 24. April und am 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

⁸ Das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 5./6. März 1988 statt.

⁹ Trade Negotiations Committee.

¹⁰ Group of Negotiations on Goods.

¹¹ Group of Negotiations on Services.

¹² So in der Vorlage.

¹³ Functioning of the GATT System.

- Durchforsten der bisherigen GATT-Diskussionen, Studien und Beschlüsse,
- Verbreiterung der statistischen Grundlagen, Überlegungen über die Errichtung einer langfristig für das GATT konzipierten Datenbank,
- Vorschläge zur Struktur des Verhandlungsprozesses,
- erste Überlegungen und Vorschläge zur Verhandlungssubstanz.

Letztlich hat die Eingrenzung des ersten Verhandlungsjahres auf eine „Initialphase“ keine Vertragspartei daran gehindert, alles in die Verhandlungen einzuführen, was sie für angemessen und ihren Interessen entsprechend hielt. Das zeigt sich insbesondere im Vergleich zur VG¹⁴ Schutzklausel, für die als einzige VG keine Initialphase vorgesehen war. In dieser Gruppe wurde keineswegs anders oder substantieller verhandelt als in den anderen Gruppen. Im Gegenteil: Im Vergleich zu anderen Gruppen ist die Bilanz in der VG Schutzklausel relativ mager ausgefallen. Außerdem haben das eher informelle Konzept und die „Unverbindlichkeit“ einer Initialphase einer Blockadepolitik einzelner Vertragsparteien eher entgegengewirkt.

Die Dynamik der Arbeit in der Initialphase machte es leicht, den Übergang zur eigentlichen Verhandlungsphase so unspektakulär wie möglich zu gestalten. Fast alle VP waren der Auffassung, daß eine formelle Einigung über ein Mandat für die eigentliche Verhandlungsphase in Anbetracht des Spielraums in der Initialphase eigentlich nicht mehr notwendig sei. Denn die Initialphase war keine Zwangsjacke, die Substanzverhandlungen verhindert hätte. In einigen Gruppen, z. B. in der FOG-Gruppe, gab es schon Ansätze einer gemeinsamen Verhandlungsposition (Vorschlag des Vorsitzenden zu Länderexamina). AUS legte in der Gruppe Streitbeilegung bereits den Entwurf für ein Abkommen vor (freilich nur „illustrativ“).¹⁵ Nur in einigen VG, z. B. in der GNS und bei den tropischen Produkten, war die Formulierung des Verhandlungsplans so eng geschnitten, daß eine Erweiterung notwendig wurde. Aber auch hier operierte man möglichst pragmatisch (Erklärung des Vorsitzenden in eigener Verantwortung), um sich nicht durch überflüssige Mandatsdiskussionen bereits in einem früheren Stadium die Verhandlungen in Formaldebatten zu verzetteln und die bisher ausgezeichnete Verhandlungsatmosphäre in Gefahr zu bringen.

3) Defizite in der Initialphase

Die erzielten Fortschritte und die insgesamt gute Atmosphäre, in der die Verhandlungen bisher stattgefunden haben, dürfen freilich nicht über die Defizite hinwegtäuschen, die in einigen Bereichen bestehen. Die Initialphase hat zweifellos in einigen Gruppen nicht all das erreicht, was hätte erreicht werden können:

¹⁴ Verhandlungsgruppe.

¹⁵ Referat 411 vermerkte am 12. Oktober 1987: „Australien gehört zu den Ländern, die sich stark für Zustandekommen der Uruguay-Runde eingesetzt haben. Vertrauensvolle Zusammenarbeit Australiens mit EG in der informellen IL-Gruppe über GATT-Fragen. Dissens allerdings in Agrarfragen, bei denen Australien starkes handelspolitisches Interesse an Liberalisierung Agrarhandels hat und sich zur Verstärkung seiner ‚Stimme‘ mit anderen wenig subventionierenden kleinen und mittleren Agrarexporteurern zur Cairns-Gruppe verbündet hat (15 Staaten, geführt von Kanada und Australien). Australiens MP Hawke hat sich persönlich in Reformdiskussion über Agrarhandel eingeschaltet und im Februar ein Sieben-Punkte-Programm zur Entschärfung der agrarhandelspolitischen Konflikte vorgelegt (multilaterale Vereinbarung über Stop Subventionswettlaufs, Einfrieren bzw. Rückführung der Spanne zwischen internen Agrarpreisen und Weltmarktpreisen, Senkung interner Agrarpreise im Wirtschaftsjahr 1987/88; produktionsneutrale Erzeugerbeihilfen; Entwicklung anerkannter Prinzipien für Agrarhandel über den Weg der Reform nationaler Agrarpolitiken u. a.).“ Vgl. Referat 411, Bd. 160542.

- Keine substantiellen Bewegungen gab es beim Marktzugang, bei Textil, im Bereich der Schutzklausel und in der VG Subventionen.
- In einigen Gruppen wurde zwar ein umfangreicher Forderungskatalog aufgestellt, aber es gab kaum Reaktionen der VP, von denen Konzessionen erwartet werden. Das gilt z.B. für den Bereich tropische Produkte. Hier hat sich bisher lediglich die EG bewegt, freilich unter der Bedingung, daß auch andere IL und die NICs (Newly Industrialized Countries) Entgegenkommen zeigen.
- Viel Leerlauf gab es – allerdings verständlicherweise – in der GNS und in der VG TRIMs¹⁶ (handelsrelevante Investitionen). Als „neue“ Verhandlungsthemen sind beide Bereiche besonders komplex. Sie werden daher von allen Beteiligten sorgfältig und vorsichtig angegangen. Sogar die Gemeinschaft, die laut Statistik den größten Anteil am Dienstleistungsexport hat, brauchte Monate, um sich auf ein sehr allgemein gehaltenes Papier zu einigen. Die USA, die zunächst die eigentlichen Promotoren der Dienstleistungsverhandlungen waren, sind inzwischen sehr viel vorsichtiger geworden. Ihre Verhandlungen mit Kanada im Rahmen des amerikanisch-kanadischen Freihandelsabkommens¹⁷ haben ihnen wohl deutlich gemacht, daß viele ihrer Forderungen innenpolitisch gar nicht durchsetzbar sind. Viele EL sind weiterhin sehr unsicher, wie sie sich bei den neuen Themen verhalten sollen.

Insgesamt fällt auf, daß es insbesondere in den Bereichen kaum Bewegung gegeben hat, in denen die EL Interessen angemeldet haben. Das hat bereits zur Enttäuschung und Frustration bei den EL geführt.

¹⁸4) Zur Haltung der Vertragsparteien:

1) Die EG hat sich in der UR bisher besser dargestellt, als in Anbetracht ihrer mangelnden Vorbereitung zu erwarten war.¹⁹ Ihr Angebot im Bereich tropische Produkte, die wiederholte Erwähnung der Interessen der EL (z. B. bei GNS), ist bei vielen EL positiv vermerkt worden. Im Bereich Agrar hat sich die Gemeinschaft zunächst einmal Luft verschafft. Länder wie JAN, SCZ, OST und die

¹⁶ Trade-Related Investment Measures.

¹⁷ Am 3. Oktober 1987 einigten sich Kanada und die USA auf den Abschluß eines Freihandelsabkommens. Vgl. dazu die Mitteilung des Präsidenten Reagan an den amerikanischen Kongreß vom selben Tag; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 1132f.

Am 22. und 23. Dezember 1987 bzw. am 2. Januar 1988 unterzeichneten Reagan in Washington bzw. Palm Springs und Ministerpräsident Mulroney in Ottawa das bilaterale Freihandelsabkommen. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 88 (1988), Heft 2136, S. 24–28. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2316, S. 3–241.

¹⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2559 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁹ Referat 411 notierte am 9. Dezember 1987: „Die EG (EWG, EGKS, Euratom) selbst ist bis heute nicht dem GATT beigetreten, während alle zwölf MS Vertragspartei des GATT sind. Die EG ist gleichwohl als einer der einflußreichsten Partner im GATT präsent, das die EWG als Zollunion bereits seit 1957 de facto anerkannt hat: Die EG ist in den GATT-Organen durch je einen Repräsentanten der EG-Kommission (Leiter der StV der EG beim GATT) und des Ministerrats (jeweilige Präsidentschaft) vertreten. Bei Abstimmungen geben die einzelnen EG-MS ihre Stimme ab, die Delegation der EG hat als Nicht-Vertragspartei kein Stimmrecht. Bei Beratungen im GATT tritt grundsätzlich der Vertreter der EG-Kommission im Namen der EG und ihrer Mitglieder auf. Formell betrachtet, liegt zwischen den zwölf EG-MS eine interne Abmachung vor, gemeinsam nur durch einen Sprecher aufzutreten. Vor GATT-Beratungen finden regelmäßig interne Koordinationssitzungen statt, an denen sich die EG-Kommission, der Vertreter des Rates und die MS beteiligen. Nach Art. 113 des EWG-Vertrages besitzt die Gemeinschaft die Kompetenz für die Gemeinsame Handelspolitik (z. B. Zollpolitik, multilaterale Handelsabkommen, Anti-Dumping-Schutzmaßnahmen).“ Vgl. Referat 411, Bd. 144376.

NORDICs müssen jetzt aus dem Windschatten hinter der Gemeinschaft, in dem sie in Sachen Landwirtschaft gewöhnlich segeln, heraustreten und eigenes Profil zeigen.

Dennoch ist die Gemeinschaft hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. In einigen Schlüsselbereichen (Dienstleistungen, TRIPs²⁰, TRIMs, Kodizes, Rohstoffprodukte) hat sie es versäumt, rechtzeitig ihre Positionen zu klären und – entsprechend ihrer Bedeutung als große Handelsmacht – durch substantielle Beiträge die Verhandlungen aktiv zu führen. Hier wurde den USA ohne Not weitgehend das Feld überlassen. Auch hat es die Gemeinschaft bisher nicht geschafft, in Bereichen Angebote zu unterbreiten, in denen ein Entgegenkommen wenig kosten würde, aber dazu beitragen könnte, die konstruktive Haltung der Gemeinschaft zur UR zu unterstreichen. Das gilt insbesondere für die institutionellen Fragen (FOG, Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, Streitbeilegung), bei denen die EG bisher wenig Profil zeigte.

Im Bereich Textil, Marktzugang und bei der Schutzklausel steht die EG nicht viel besser da als die USA. Über die dunklen Andeutungen in den Schutzklauselverhandlungen zu möglichen Bewegungen der Gemeinschaft wird in EL-Kreisen noch gerätselt. Immerhin wurden diese Signale mit Interesse vermerkt.

Der innergemeinschaftliche Abstimmungsprozeß läuft bisher nicht optimal. Das liegt teilweise an der Kommission, die es (manchmal in der verständlichen Absicht, eine in der Gemeinschaft besonders umstrittene Frage nicht frühzeitig negativ festzulegen) versäumt, ihre Hausaufgaben zu machen, aber auch am zähen Widerstand der südlichen Partnerländer, denen das derzeit zügige Verhandlungstempo in einigen Schlüsselbereichen (GNS, TRIPs, Agrar) nicht paßt. Wenig berechenbar ist auch die Haltung von F. Sie reicht von sehr positiv (TRIPs, Agrar, GNS) bis extrem destruktiv (Verhandlungsplan, Globalität). Hier machen sich offensichtlich Abstimmungsprobleme innerhalb der französischen Regierung, das wachsende Außenhandelsdefizit und der beginnende Präsidentschaftswahlkampf bemerkbar.

2) Die USA könnten mit dem bisher Erreichten eigentlich zufrieden sein. Bei den von ihnen forcierten Themen gibt es stärkere Fortschritte, als zunächst erwartet werden konnte. Das gilt auch für das neue Thema TRIPs (Schutz geistigen Eigentums), bei dem die anfänglich festgefügte Front der Kritiker (EL) zu bröckeln beginnt. Beim Thema Landwirtschaft konnten die USA nur mühsam ihre Überraschung über den positiven Ansatz der Gemeinschaft verbergen.

Zwar drücken die USA in vielen Bereichen der UR massiv aufs Verhandlungstempo, sie waren aber andererseits nicht dazu in der Lage, in den für sie kostspieligen Bereichen (Textil, tropische Produkte, Marktzugang) positive Signale zu senden. Ihre stereotype Erklärung, die USA seien in vielen Bereichen in Vorleistung getreten, nun seien zunächst andere VP mit Konzessionen an der Reihe, mag für die klassischen GATT-Themen ausreichen. Ihre Forderungen bei den neuen Themen müßten jedoch durch eigenständige Konzessionsangebote auch in den klassischen Bereichen flankiert werden. Ihre Zurückhaltung führt hier insbesondere bei den EL zunehmend zu Verärgerung.

²⁰ Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights.

3) Für die dritte große Handelsmacht, Japan, sind die Dinge bisher nicht so optimal gelaufen wie in der Tokio-Runde. Durch die geschmeidigere Haltung der EG ist JAN in mehreren Schlüsselbereichen, insbesondere bei Landwirtschaft und bei den tropischen Produkten, stärker als von Tokio gewünscht, unter Druck geraten.

Immerhin wird bei den JAN-Beiträgen das Bemühen deutlich, überall da besonders positive Signale zu setzen, wo es JAN nichts kostet (FOG, TRIPs, TRIMs, GATT-Artikel, GNS). Hier folgt man sehr eng der amerikanischen Linie, um einen Kontrapunkt zur Zurückhaltung in anderen Bereichen (Agrar, Subventionen, Streitbeilegung) zu setzen. Dennoch werden jetzt auch in der UR die innenpolitischen Schwierigkeiten deutlich, mit denen JAN zur Zeit zu kämpfen hat. Die heimische Diskussion um die jüngsten verlorenen Panel-Entscheidungen, der Versuch, die Gemeinschaft im Agrarbereich an „ihre Interessen zu erinnern“, die Initiative zur Abhaltung eines Ministertreffens in Japan, sind Zeichen für die Schwierigkeiten Japans, das Konzept von Punta del Este zu Hause durchzusetzen.

4) Die Entwicklungsländer bieten kein einheitliches Bild. Die Forderung nach GATT-Präferenzbehandlung ist ein zu kleiner gemeinsamer Nenner, um auf Dauer als ausschließliche Verhandlungsgrundlage tragen zu können. Das Verhalten der EL zeigt jedoch, daß sie sich nicht als einheitlicher Block verstehen, sondern ihre Interessen je nach Verhandlungsgegenstand definieren können. Dabei gehen sie sogar partiell Koalitionen mit IL ein. Dies hat sich positiv auf die Verhandlungsatmosphäre ausgewirkt.

Die NICs wissen, daß von ihnen in der UR mehr verlangt wird. Sie sind offensichtlich zu Entgegenkommen bereit, wenn gleichzeitig sichergestellt wird, daß sie nicht generell einem Sonderstatus im GATT unterworfen und aus der Gruppe der EL herausgeholt werden.

Generell kann man sagen, daß die Haltung der EL im Vergleich zur Zeit vor Punta del Este flexibler geworden ist. Das gilt nicht nur für die traditionellen GATT-Bereiche, sondern auch für die neuen Themen GNS und TRIPs. Gerade bei TRIPs sind die EL von der amerikanischen Politik beeindruckt, in Ermangelung von Fortschritten im multilateralen Bereich die einzelnen Länder bilateral unter Druck zu setzen. Dies hat erheblich die Bereitschaft verstärkt, multilaterale Lösungen zu akzeptieren und anzustreben. Generell partizipieren die EL im Vergleich zur Tokio-Runde wesentlich stärker am Verhandlungsprozeß.

Gemäßigte EL beklagen die einseitige Ausrichtung der IL auf die großen und besonders „lautstarken“ EL (INI, BRA, AGY, JAM). Sie könnten ihre Stimme im Lager der EL besser zur Geltung bringen, wenn sie stärker zur Kenntnis genommen würden. Das gilt insbesondere für die ASEAN- und die AKP-Staaten.

Die ASEAN-Staaten haben freilich offensichtlich in vielen Bereichen Schwierigkeiten, ihre gemeinsamen Interessen zu definieren, und sind daher bisher als Gruppe wenig in Erscheinung getreten. Insbesondere im Bereich Dienstleistungen und Graduierung hätte man mehr von ihnen erwartet. Dies dürfte an der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur der Staaten liegen.

Die AKP-Staaten haben deutliche Probleme, dem scharfen Verhandlungstempo zu folgen. Ihre Bitte um technische Hilfe wird daher immer dringender. Viele dieser Staaten nehmen seit einiger Zeit praktisch nicht mehr an den Detail-

Verhandlungen teil und melden sich nur noch in der GNG zu Wort. Dies ist um so bedauerlicher, als viele AKP-Staaten der Gemeinschaft in einer Reihe von Punkten näher als andere EL stehen dürften.

Der amerikanische Vorschlag, in den neuen Bereichen TRIPs und GNS von Anfang an mit einer Kodexlösung zu arbeiten, habe diese Staaten zusätzlich entmutigt.

Die Gruppe der lateinamerikanischen Staaten beteiligt sich aktiv und zum Teil durchaus konstruktiv (MEX, ARG, URU, KOL) an der UR. Allerdings ist keine einheitliche Linie festzustellen. Offensichtlich steht dahinter auch das Bemühen, ein Gegengewicht zur starken Stellung von BRA zu schaffen. Bemerkenswert ist immerhin, daß BRA seit dem Ausscheiden von Botschafter Batista weniger dominierend auftritt und konstruktiver mitarbeitet.

²¹Eine starke Stellung innerhalb der UR hat Hongkong. Das liegt aber mehr an der Person ihres Repräsentanten (Cartland) als an ihrem Einfluß als Handelsnation. Die meisten EL betrachten Hongkong und KOR eher als Appendix der IL. Dennoch machen die liberale Haltung Hongkongs beispielsweise im Dienstleistungssektor und die wirtschaftlichen Erfolge, die dabei erzielt werden konnten, auch auf die „gemäßigten“ EL Eindruck.

5) Ausblick auf das kommende Verhandlungsjahr 1988

Im Jahr 1988 werden die Weichen für die in Punta vereinbarte „Midterm-Review“ auf Ministerebene gestellt. Über Durchführung und Ort (Kanada) dieser Review gibt es keinen Streit. Aber die Frage ist noch ungelöst, wann die Konferenz stattfinden und welches Ziel sie verfolgen soll.²²

In bezug auf den Zeitpunkt stehen die Vertragsparteien vor einem Dilemma: Der nach dem Zeitplan vorgesehene Termin (Dezember 1988) fällt in den USA genau in die Zeit zwischen Präsidentschaftswahl²³ und Einsetzung einer neuen Regierung²⁴. Zwar sollte man den Verlauf der UR nicht von den Wahlen in den einzelnen Ländern abhängig machen (auch in F und voraussichtlich in KAN wird 1988 gewählt). Es wäre aber sicher ein Fehler, politische Veränderungen in der wichtigen Handelsmacht USA einfach zu ignorieren.

Die Signale aus den USA sind zudem nicht einheitlich. Aus dem Kongreß war lange Zeit die Bitte zu hören, die UR aus dem amerikanischen Wahlkampf herauszuhalten. USTR²⁵ Yeutter wünscht aber eine Midterm-Review Ende 1988, um noch im alten Kongreß das bis dahin in der UR-Runde Erreichte festzuschreiben. Dies ist freilich eine Taktik, die auch Risiken bergen kann. Es könnte sein, daß ein derartiges Vorgehen von einer neuen amerikanischen Administration als unzulässige Festlegung empfunden würde. Andere zur Zeit in Genf in Betracht gezogene Varianten zielen daher darauf ab, die neue US-Regierung möglichst früh im Rahmen der „Midterm-Review“ auf die Ziele der UR zu verpflichten. Die Konferenz könnte dann freilich erst im Frühjahr 1989 erfolgen.

²¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2560 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²² Die Halbzeitkonferenz des GATT fand vom 5. bis 9. Dezember 1988 in Montreal statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

²³ Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

²⁴ Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

²⁵ United States Trade Representative.

Was den Inhalt der „Midterm-Review“ anbetrifft, so sind Schwierigkeiten bei einer zu frühen Festlegung zu erwarten. Einige Vertragsparteien, insbesondere die USA, aber – wegen tropischer Produkte entsprechend dem Mandat von Punta auch die EL – sind an einer „frühen Ernte“ (early harvest) im Rahmen der „Midterm-Review“ interessiert. Andere Vertragsparteien, darunter auch Länder der Gemeinschaft (insbesondere F), befürchten, daß im Rahmen einer „frühen Ernte“ das Prinzip der Globalität in Frage gestellt und die alte amerikanische Forderung nach einem „fast track“ bei Agrar durchgesetzt werden könnten.

Man liefe Gefahr, daß bei einer Diskussion um den Inhalt des early harvest bereits in den kommenden Monaten verhandlungstaktische Aspekte die Substanzdiskussion überlagern. Dies gilt um so mehr, als es sogar innerhalb der Gemeinschaft in dieser Frage erhebliche Differenzen gibt.

Bei dieser Interessenkonstellation wird es nicht leicht sein, eine angemessene und für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden. Es ist nicht auszuschließen, daß sich die Minister bei ihrem Treffen in Konstanz neben der geplanten Substanzdiskussion erneut mit technischen Fragen der „Midterm-Review“ befassen müssen.

Eine Lösung könnte sein, in den kommenden Monaten zunächst weiter die Substanzdiskussion in den Verhandlungen im Rahmen der allgemeinen Zielsetzung von Punta zu forcieren. Erst in der Mitte des Jahres wäre dann zu untersuchen, welche Elemente der Verhandlungen für eine Festlegung im Rahmen der „Midterm-Review“ in Frage kommen. Daß diese Festlegung nicht als „Abkommen“ konzipiert sein kann, liegt auf der Hand.

Dieses Vorgehen hätte den Vorteil, daß die „Midterm-Review“ möglichst breit angelegt werden kann und damit stärker der Forderung nach Globalität entsprechen würde. Dies setzt freilich voraus, daß sowohl in der Gemeinschaft wie auch auf nationaler Ebene auch die Vorstellungen über Ausgestaltung und über Bandbreite möglicher Kompromisse mit Energie vorangetrieben werden. Fragen über Datum und Inhalt der „Midterm-Review“ müssen im nächsten Halbjahr, also in der Zeit der deutschen EG-Präsidentschaft, entschieden werden.

6) Rolle der deutschen Präsidentschaft

Die Prioritäten der deutschen Präsidentschaft im Rahmen der UR lassen sich aus hiesiger Sicht deshalb wie folgt darstellen:

- Unterstützung der Kommission in ihrem Bemühen, mit konkreten Vorschlägen die Verhandlungen voranzubringen und die Meinung der Mitgliedstaaten in Verhandlungsfragen zu koordinieren.
- Definition der Interessen der Gemeinschaft in den Bereichen, die offensichtlich für frühe Festlegung in Frage kommen. Dies gilt insbesondere für institutionelle Fragen (Streitbeilegung, FOG), aber auch für die Bereiche, ohne die ein Midterm-Paket nicht denkbar ist: Landwirtschaft, Rollback-Maßnahmen, Konzessionen an die EL (bei den tropischen Produkten und beim Marktzugang; Absichtserklärungen zumindest bei Textil und Schutzklausel). Außerdem ist nicht auszuschließen, daß sich in einigen Verhandlungsgruppen einige grundsätzliche Prinzipien bald festlegen lassen. Dazu gehören auch die neuen Themen GNS und TRIPs. Je mehr die IL den EL in ihren Forderungen entgegenkommen, um so umfassender wird ein Midterm-Paket ausfallen können.

- Die Zeit der Präsidentschaft könnte auch genutzt werden, um bilateral auf Länder und Staatengruppen einzuwirken und um auf diese Weise den Verhandlungsprozeß insgesamt voranzubringen. Ein Beispiel wären Gespräche mit den USA über den Textilbereich, aber auch die Pflege von Gruppen wie ASEAN und AKP-Staaten, die von der Gemeinschaft bisher nicht ausreichend wahrgenommen worden sind. Dies würde auch einem ausdrücklichen Wunsch der Kommission entsprechen.
- Fortsetzung der Bemühungen, den breiten Ansatz der Uruguay-Runde zu erhalten und die EL zu animieren, im Rahmen der UR ihre Interessen wahrzunehmen. Die von der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit gewährte „technische Hilfe“ für kleinere EL sollte verstärkt werden. Unsere bisher gewährte Hilfe hatte auch hier in Genf eine ungewöhnlich positive Resonanz. Die Bundesrepublik Deutschland wurde in den Verhandlungen mehrfach ausdrücklich gelobt.
- Ein Erfolg der UR ist ohne Konzessionen der Gemeinschaft insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Schutzklausel und Textil wenig wahrscheinlich. Es wäre sinnvoll, schon heute über mögliche Konzessionen nachzudenken. Je früher die Gemeinschaft Konzessionen anbietet, um so mehr wird sie in den Verhandlungen dafür verlangen können. Da, wo innenpolitische Auswirkungen zu erwarten sind, müßte rechtzeitig über angemessene Kompensationsmaßnahmen nachgedacht werden. Was der Gemeinschaft immer noch fehlt, ist ein „grand design“ für die Verhandlungen insgesamt, was nicht mit einer generellen Festlegung der Verhandlungspositionen gleichzusetzen wäre. Hier könnte die starke Handelsnation Bundesrepublik Deutschland einen entscheidenden Beitrag leisten.

[gez.] Zepter

Referat 411, Bd. 160542

380

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram**201-363.11/12-1706/87 VS-vertraulich****29. Dezember 1987¹**

Über Herrn Dg20, Herrn D2 i. V.², Herrn Staatssekretär³ mit der Bitte um Zustimmung gemäß Vorschlag

Betr.: Umwandlung der Naval On Call Force Mediterranean (NAVOCFORMED) in eine Standing Naval Force Mediterranean (STANAVFORMED)

Anlg.: 1⁴

Vorschlag: Zustimmung zu einer geplanten Initiative des BMVg im Bündnis, eine Standing Naval Force im Mittelmeer zu errichten unter der Voraussetzung, daß eine ständige aktive Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland nicht festgeschrieben wird.

I. BMVg beabsichtigt, im Militärausschuß (MC) der NATO Anfang 1988 initiativ zu werden und die Bildung einer STANAVFORMED vorzuschlagen, in der die Bundesrepublik Deutschland mit einem Schiff aktiv beteiligt ist. Für die in Aussicht genommene Einholung der Billigung dieser Absicht durch BM Wörner hat die Arbeitsebene des BMVg das AA um seine Zustimmung zu dieser Initiative bis zum 11.1.1988 gebeten.

Das BMVg begründet seine Absicht mit folgenden Gesichtspunkten:

1) Im Bündnis gibt es zwei ständig präsent und der NATO direkt unterstellte maritime Verbände. Es sind dies im Befehlsbereich Atlantik die „Standing Naval Force Atlantic“ (STANAVFORLANT) und im Befehlsbereich Kanal die „Standing Naval Force Channel“ (STANAVFORCHAN).

Im Mittelmeer gibt es als ähnlichen Verband lediglich eine „Naval On Call Force Mediterranean“ (NAVOCFORMED), die zweimal im Jahr aktiviert wird. Teil-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und Legationsrat I. Klasse Burkhardt konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Ploetz, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, am 29. Dezember 1987 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 30. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister m[it] d[er] B[itte] um Zustimmung.“

Hat Bundesminister Genscher am 13. Januar 1988 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Für die Initiative des BMVg gibt es keinen Anlaß – schon gar nicht für D. AM anderer Länder sind regional in der einen oder anderen Weise involviert. Offensichtlich ist BMVg an einer gleitenden Involvierung interessiert, die schließlich ständig wird und über das NATO-Gebiet hinausgreift. Ich habe schwerwiegende Bedenken. 2) Da es sich wiederum um eine sog. Vertretungsvorlage handelt, bitte ich um Wiedervorlage durch D2 und StS S[udhoff]. Dabei bitte ich, die bisher Beteiligten zur Darlegung der fürsprechenden Gründe zu veranlassen.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 14. Januar 1988 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und an Richthofen verfügte.

Hat Richthofen am 14. Januar 1988 vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für das „SACEUR Force Goal EM 055 I“ vgl. VS-Bd. 12114 (201).

nehmende Nationen waren bisher US, UK, I, GR und TUR. An der 35. Aktivierung (14.10. bis 16.11.1987) nahm erstmalig die deutsche Marine mit dem Zerstörer „Mölders“, der Fregatte „Niedersachsen“ und dem Versorger „Freiburg“ teil.⁵ Die Teilnahme einer Einsatzgruppe der deutschen Marine – bestehend aus fünf Einheiten – ist für die 36. Aktivierung (18.4. bis 20.5.1988) beabsichtigt.

2) Seit vier Jahren besteht ein von SHAPE an US, UK, I, GR und TUR gerichtetes Force Goal EM055I, das die Aufstellung einer Standing Naval Force Mediterranean fordert; die angesprochenen Nationen haben die Unterstützung dieses Vorhabens angezeigt (vgl. hierzu DPQ⁶-Replies, Anlage 1).

Das Force Goal wird damit begründet, daß solch eine neue Standing Naval Force NATO-Stärke und Solidarität an der Südflanke des Bündnisses zeigen und eine teilweise Kompensation für Out-of-area-Einsätze der Alliierten bilden würde. Der Ausbildungs- und Abschreckungswert eines solchen Verbandes sei von den bestehenden STANAVFORLANT und STANAVFORCHAN vielfach demonstriert worden.

3) Der Generalinspekteur⁷ hat in Randgesprächen über eine mögliche Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED bei seinen Gesprächsteilnehmern (US, UK, NL, I, SP, GR, TUR, SACLANT, SACEUR, CINCHAN) ausschließlich positive, zum Teil auch stark unterstützende Antworten erhalten.

Deutscherseits soll daher die Initiative zur Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED ergriffen werden. Durch eine deutsche Intervention soll das MC bewogen werden, die Umwandlung zu seiner eigenen Sache zu machen. Nach einer angemessenen Zeit der Meinungsbildung und nach Konsultationen soll das MC die notwendige Entscheidung des DPC herbeiführen. Dies könnte frühestens beim nächsten DPC-Ministertreffen (26./27. Mai 1988)⁸ erfolgen.

Zur Vorbereitung und um bereits im Vorfeld der Initiative Unterstützung zu erhalten, sollten die drei obersten NATO-Befehlshaber⁹ und der Vorsitzende des MC¹⁰ vorab durch den Generalinspekteur informiert werden.

4) Folgende Punkte sprächen für die Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED mit deutscher Beteiligung:

- Stärkung der Solidarität der Allianz;
- Demonstration der europäischen Solidarität (das Mittelmeer wird nicht alleine der US-Navy überlassen);
- Stärkung der Abschreckung an der NATO-Südflanke;
- mögliche stärkere Einbindung spanischer und französischer Marinekräfte in Übungen einer STANAVFORMED;

⁵ Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

⁶ Defense Planning Questionnaire.

⁷ Dieter Wellershoff.

⁸ Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

⁹ Lee Baggett (Supreme Allied Commander Atlantic, SACLANT), John R. Galvin (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR), Julian J.R. Oswald (Commander-in-Chief, Allied Command Channel, CINCHAN).

¹⁰ Wolfgang Altenburg.

- mögliche Teilnahme anderer Nationen, die bisher nicht an NAVOCFORMED teilnahmen (z. B. NL, CAN);
- STANAVFORMED als teilweise Kompensation für Out-of-area-Einsätze.

Darüber hinaus weist BMVg darauf hin, daß sich die Abstellungen der deutschen Marine gegenüber der bisher bis Juni 1988 vorgesehenen Präsenz vermindern würden, d.h., anstelle einer Einsatzgruppe der deutschen Marine würde zukünftig nur ein deutsches Schiff an der STANAVFORMED teilnehmen.

II. Aus Sicht des AA bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die geplante Initiative des BMVg, insbesondere da es sich hierbei um den Beginn eines Meinungsbildungsprozesses im Bündnis handelt und mit diesem Schritt noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen werden. Die Zustimmung des AA sollte jedoch unter der Voraussetzung erfolgen, daß eine ständige aktive Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an STANAVFORMED nicht festgeschrieben wird, da wir uns die Einsatzoptionen vorbehalten sollten, sofern dies politisch notwendig erscheint. Generell gilt:

1) Standing Naval Forces sind ein deutliches Zeichen der Solidarität der NATO-Staaten, was durch ihre ständige Präsenz und sofortige Verfügbarkeit für die NATO deutlich demonstriert wird. Als „NATO Command Forces“ bilden sie auch ein probates¹¹ Mittel zum Krisenmanagement der Allianz und tragen zum maritimen Teil der Abschreckung bei.

2) Auch in der Vergangenheit wurde die militärische Notwendigkeit einer Standing Naval Force im Mittelmeer nicht bestritten. Die Mittelmeerstaaten, US und UK haben sich aber bisher außerstande gesehen, dem weiter als mit der jährlich zweimal aktivierten NAVOCFORMED entgegenzukommen. Nicht zuletzt durch die Vorgänge im Golf ist jedoch das Erfordernis der Solidarität in der Allianz als auch die Bereitschaft der Nationen, dies anzuerkennen, größer geworden. Diese Bereitschaft zur Solidarität wird durch die dem Generalinspekteur gegenüber gemachten Aussagen der VM von NL¹² (könnte sich zumindest periodische Teilnahme vorstellen) und von SPA¹³ (würde an Übungen und Hafenbesuchen teilnehmen) unterstrichen.

Die deutsche Initiative zur Umwandlung der NAVOCFORMED in eine STANAVFORMED hätte nach allen vorliegenden Informationen durchaus Aussicht auf Erfolg, zumal wir als „Nicht-Mittelmeeraanrainer“ nicht in den Verdacht geraten können, einseitig eigene Interessen zu Lasten anderer Nationen durchsetzen zu wollen.

3) Die Aufgaben der zu bildenden STANAVFORMED sind mit denen der STANAVFORLANT vergleichbar (Sicherung der Seeverbindungslinien, Überwachung der WP-Marinen, Ausbildung). Dabei kommt nach Aussagen der Marine den Ausbildungsmöglichkeiten eine besondere Bedeutung zu, da sich die ozeanographische Beschaffenheit des Mittelmeeres für bestimmte Ausbildungszwecke besser eignet als die der Nordsee oder die der Ostsee und zudem Einrichtungen der Verbündeten mitbenutzt werden können (z.B. Torpedo-Schießanlage in F).

¹¹ Korrigiert aus: „approbates“.

¹² Willem Frederik van Eekelen.

¹³ Narcís Serra y Serra.

4) Das Einsatzgebiet der STANAVFORMED würde – wie schon bei NAVOCFORMED – das gesamte Mittelmeer (in area¹⁴) umfassen. Es steht dennoch nicht zu befürchten, daß STANAVFORMED in der Nähe von Krisengebieten eingesetzt wird, da die De-facto-Einsatzgebiete vom DPC festgelegt werden. So war es in der Vergangenheit ständige Praxis, NAVOCFORMED-Übungen nicht im östlichen Mittelmeer (östlich von Kreta), in der Ägäis und in der Großen Syrte durchzuführen.

5) Voraussetzung für die vom BMVg geplante Initiative ist, daß wir bereit sind, an STANAVFORMED aktiv teilzunehmen; dabei ist auch eine periodische Teilnahme möglich. Angesichts der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden Schiffe sollten wir diese Möglichkeit offenhalten. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, daß durch Einsatzooptionen der Marine in ihrem eigentlichen Einsatzgebiet bereits alle verfügbaren Einheiten gebunden sind.

D 3 i. V.¹⁵ hat mitgezeichnet.

Referat 203 hat mitgezeichnet.

Bertram

VS-Bd. 12114 (201)

381

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-7430/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4092
Citissime

Aufgabe: 29. Dezember 1987, 14.25 Uhr¹
Ankunft: 29. Dezember 1987, 13.38 Uhr

Betr.: Besuch von MP Strauß in der SU vom 28. bis 31.12.1987;
hier: Gespräch mit AM Schewardnadse am 28.12.1987

Zur Unterrichtung

Von MP Strauß noch nicht genehmigt

1) Zusammenfassung

Gespräche von MP Strauß in Moskau begannen am 28.12. nach der Ankunft (17.30 Uhr) mit AM Schewardnadse, der den bayerischen MP zum ersten Besuch

¹⁴ Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDES-GESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹⁵ Hans-Günter Sulimma.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 29. Dezember 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „014 hat Ablichtung für BM gefertigt.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Stüdemann und Legationsrat I. Klasse Grunenberg. Hat Stüdemann vorgelegen. Hat Grunenberg am 30. Dezember 1987 vorgelegen.

in der SU herzlich begrüßte und als wichtigen Gesprächspartner im internationalen wie bilateralen Bereich würdigte. In dem Gespräch, an dem ich teilnahm, bewertete Strauß die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen positiv, sah darin aber nur erste Schritte (nur 3 v.H. des Potentials vom INF-Abkommen erfaßt) beim notwendigen Übergang zu einer „neuen Ära“ ohne kriegsrische oder gewalttätig-revolutionäre Lösungen von Problemen und legte die spezifische deutsche Bedrohungslage dar (im Zielgebiet von strategischen und Kurzstreckenraketen ebenso wie von INF). Im übrigen bewertete er das INF-Abkommen² als Lösung primär amerikanisch-sowjetischer Probleme und skizzierte noch einmal die historische Entwicklung seit Beginn der Stationierung der SS-20, wobei er aus letzter Zeit auch seine Meinungsunterschiede mit BK zu PIa erwähnte. AM Schewardnadse zeichnete die sowjetische Linie des Weges zu einer nuklearwaffenfreien Welt, bei dem man auf keinen Fall stehen bleiben dürfe („Kompensationen“). Auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen, die AM Schewardnadse sehr positiv würdigte (kontinuierlicher Briefwechsel GS–BK³, wichtiger Besuch Genschers⁴, Besuch des Bundespräsidenten⁵, Fortsetzung dieser Linie jetzt durch Strauß), sprachen sich beide Gesprächspartner insbesondere für Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aus. Strauß verwies in diesem Zusammenhang auf seinen Beitrag bei der Entwicklung der Beziehungen mit der DDR. Der bayerische MP will sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, daß AM Sch. und GS Gorbatschow bei ihren Besuchen in der Bundesrepublik⁶ auch in München Station machen.

Er plädierte für Kontinuität der Ausreisemöglichkeiten, doch insbesondere mehr Besuchsreisemöglichkeiten der Rußlanddeutschen. Zum Fall Rust⁷ sagte Strauß, er wolle ihn jetzt nicht offiziell ansprechen, worauf Sch. lächelnd erwiderte: „Was Sie hiermit getan haben.“ Regionale Fragen wurden nur gestreift, Sch. bekräftigte sowjetische Absicht zum Truppenabzug (was schwieriger sei als Einmarsch⁸).

Dauer des offen und in aufgelockerter Atmosphäre geführten Gesprächs: 2 1/2 Stunden.

2) Im einzelnen

AM Sch. begrüßte MP Strauß herzlich zum ersten Besuch in der SU als über die BR Deutschland hinaus bekannten Politiker, dessen Ansichten in der SU bekannt seien, mit dem aber der Dialog trotz unterschiedlicher Standpunkte bei vielen grundlegenden Problemen interessant sei. Nach einem großen Bogen über an-

² Zur Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 vgl. Dok. 360.

³ Vgl. dazu zuletzt das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 24. November 1987 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 335.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

⁵ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

⁶ Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.

⁷ Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 242.

⁸ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

stehende tiefgreifende Veränderungen in Europa und in der Welt, die Gesetze des „neuen Denkens“ und insbesondere die Notwendigkeit der Herstellung einer Balance der Interessen (dies werde Hauptanliegen des Treffens mit Gorbatschow sein⁹) kam Sch. zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, bei denen Strauß als Parteiführer wie als MP bedeutenden Beitrag leisten könne. Sch. sprach von einer „großen Entwicklung“ in den Beziehungen: Abbau des Feindbildes; allmähliche Entwicklung vertrauensvoller guter Beziehungen, für die eine solide Basis in Gestalt der Verträge vorhanden sei. Er bezeichnete den Besuch von Strauß nach dem „kontinuierlichen Briefwechsel“ BK–GS, dem „wichtigen Besuch“ BM Genschers und dem Besuch des Bundespräsidenten als „Fortsetzung einer etablierten Praxis“. In den Beziehungen bestehe noch großes Potential für die Zusammenarbeit: bei der Sicherheitspolitik, auf den Gebieten Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik.

MP Strauß dankte für die Einladung der sowjetischen Regierung. Er führte aus, daß die Nachkriegszeit jetzt zu Ende sei oder jedenfalls zu Ende gehe, daß man derzeit an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehe, in dem der Krieg nicht mehr Mittel der Politik sei und Konflikte nicht mehr auf Barrikaden der Revolution oder in Kriegen ausgetragen werden. Auf die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen eingehend, stellte er fest, wenn die jetzt unterzeichneten und zu unterzeichnenden Abkommen ein neues Zeitalter einleiteten, sei dies sicher ein guter Schritt. Aber das INF-Abkommen – wobei er auch seine von BK abweichende Position zu PIa erwähnte – erfasse nur 3 v. H. des Potentials, für 97 Prozent, d. h. alle verbliebenen Raketen – auch die strategischen, auch die Kurzstreckensysteme –, sei (singulär) deutscher Boden Zielgebiet. Ein „neues Zeitalter“ bedeute auch das Verschwinden der Ideologie der Weltrevolution und der Weltherrschaft (wobei er auch „eine Art US-SU-Kondominium“ nicht unerwähnt ließ); es bedeute eine Situation, in der keine Seite mehr vor der anderen Angst habe (worüber er lange mit GS Breschnew gesprochen habe¹⁰). Der bayerische MP bezeichnete es als seine „felsenfeste Überzeugung“, daß niemand im Westen die SU angreifen wolle. Auch sei er der Überzeugung, daß die SU keine Angriffspläne habe. In diesem Zusammenhang erwähnte er das in Bayern bestehende Sympathiekapital für Gorbatschow und Schewardnadse. Er wies darauf hin, daß er bei der Entwicklung der Beziehung mit Honecker hilfreich gewesen sei, und erklärte sich bereit beizutragen, wenn auf wirtschaftlichem Gebiet etwas für eine engere deutsch-sowjetische Zusammenarbeit getan werden könne. Bei Abbau des Mißtrauens werde COCOM kein Problem mehr sein. Wichtig sei auch die kulturelle Zusammenarbeit.

Sch. erklärte sich mit der These, „der Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, einverstanden. Die von einem nuklearen Krieg ausgehenden Gefahren habe Tschernobyl¹¹ gezeigt. INF bezeichnete er als Beginn einer

⁹ Der bayerische Ministerpräsident Strauß führte am 29. Dezember 1987 ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Vgl. dazu GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 19.

¹⁰ Bei seinem Besuch vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Mai 1978 auf Schloß Gymnich ein Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß. Vgl. dazu den Artikel „Zum Empfang von Strauß ein 15-Minuten-Referat aus Moskau“, DIE WELT vom 8. Mai 1978, S. 3.

¹¹ Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

neuen Ära, wenn nicht statt dessen das Wettrüsten auf andere Gebiete verlagert werde; dann allerdings sei alles umsonst. Ein ICBM-Abkommen könne bei normalem Fortgang unterzeichnet werden. MP Strauß wies nochmals darauf hin, daß für uns als Zielgebiet alle INF durch ICBM ersetzt werden können; das INF-Abkommen löse nur SU-US-Probleme, nicht unsere; es sei nur ein guter Anfang der Vertrauensbildung. AM bezeichnete seinerseits die französischen und britischen Atomwaffen als für die SU „strategisch“ (ebenso wie CM und Raketen auf U-Booten), von denen SU umzingelt sei. Er verstehe, daß für die Deutschen die Raketen kürzerer Reichweite von 0 bis 500 km beunruhigend seien, dies gelte aber nicht nur für uns, sondern – wie Tschernobyl gezeigt habe – auch für die SU (nämlich: im weiteren Umkreis von fall-out). Im konventionellen Bereich verwies er auf beiderseitige Ungleichgewichte (einerseits sowjetische Panzer, andererseits westliche Flugzeuge). Das „Kompensationsgerede“ bezeichnete er als beunruhigend. Es komme jetzt alles darauf an, beim Prozeß der Abrüstung keine Pausen zuzulassen.

MP Strauß skizzierte die historische Entwicklung: SS-20 – PII – „Psychokrieg“ – Andropow-Erklärung vom 28.9.83¹² („kein tatenloses Zusehen der SU beim Aufrüsten des Westens“), Aufbau der sowjetischen INF kürzerer Reichweite¹³, Einstieg in Verhandlungen¹⁴.

AM wies auf Inspektionen des INF-Abkommens und Manöverkontrollen als neue Erscheinungen und Grundlagen für Vertrauensbildung hin. Strauß erinnerte daran, daß Gromyko im Januar 1983 die Null-Lösung für unakzeptabel bezeichnet hatte.¹⁵ Nach AM Sch. ist alles kontrollierbar, z.B. auch U-Boot-Raketen, auch der Unterschied zwischen nuklearen und konventionellen Marschflugkörpern; es gehe nur noch um den Willen zur Abrüstung. Dies gelte auch für chemische und für konventionelle Waffen. Grundlage weitreichender Abrüstung sei Verständigung über militärische Doktrinen.¹⁶

Auf die Frage von Strauß, ob für die SU der Abzug eines Teiles der US-Streitkräfte aus Europa wünschenswert sei, beschränkte sich Sch. auf den Hinweis, daß Gorbatschow 1986 in Ost-Berlin für Streitkräfteabzug und Stützpunktauflösung plädiert habe.¹⁷

MP Strauß sprach sich – unter Anerkennung der vermehrten Ausreisen – für mehr Reisemöglichkeiten der Rußlanddeutschen aus (im Hinblick auch auf Verbleiben in der SU). AM hierzu: Er habe sich die Ausführungen von MP Strauß

¹² Korrigiert aus: „23.9.1983“.

Für den Wortlaut der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 28. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 4–7.

¹³ Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

¹⁴ Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 101 und Dok. 106.

¹⁵ Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse in Bonn während seines Besuchs vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik; EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug). Zum Besuch vgl. AAPD 1983, I, Dok. 10 und Dok. 15.

¹⁶ Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

¹⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XI. Parteitag der SED am 18. April 1986 in Ost-Berlin vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 404–415. Vgl. dazu auch AAPD 1986, I, Dok. 114 und Dok. 131.

notiert. Man sei in SU dabei, diese Fragen zu überdenken, verwies aber auf Berner KSZE-Treffen¹⁸, das von USA torpediert worden sei.

Zu Afghanistan beteuerte Sch., daß der Abzug beschlossen sei und nach Festbeschreibung des vierten Punktes des Cordovez-Planes in Genf beginnen werde. Zu Afrika wies MP Strauß darauf hin, daß das diesbezügliche sowjetische Engagement der SU nur Kosten, aber keine Erfolge gebracht habe. Sch. machte demgegenüber die abweichende sowjetische Auffassung geltend (Unterstützung von Befreiungsrevolution gegen den Kolonialismus). Es gebe überall eine Tendenz zu nationaler Aussöhnung, auch in Nicaragua. In Afghanistan sei die Lage besser geworden (vier Parteien, Kapitalisten, Stämme Geistlichkeit). Zu Kambodscha verwies er auf die Gespräche Hun Sen – Sihanouk.¹⁹

Nochmal auf die bilateralen Beziehungen eingehend, plädierte Sch. für „neue Formen der Zusammenarbeit“. Er wies auf die Unterschiedlichkeit der Systeme und die in der SU laufenden „großen Reformen“ hin. Die sowjetische Wirtschaft beginne sich anzupassen. Die Zusammenarbeit mit Finnland laufe gut. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung: „Wir können unsere internen Fragen ohne Sie lösen, besser aber gemeinsam.“

Der bayerische MP wies darauf hin, daß, auch wenn es sich nicht um Übernahme der Demokratie in der SU handele, so doch der wissenschaftlich-technische Wandel an den Menschen und der Gesellschaft nicht vorbeigehe. Nach Sch. gehe es nun um Zusammenarbeit und das Beiseitelegen ideologischer Streitigkeiten, so daß die Völker selbst entscheiden können. SU sei zu Kooperation bereit. Sch. ließ dabei am Rande aber doch noch einmal den Argwohn anklingen, daß der Westen mit den COCOM-Listen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der SU hemmen wolle.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13474 (213)

¹⁸ Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

¹⁹ Der frühere König und Staatschef Sihanouk und Ministerpräsident Hun Sen trafen vom 2. bis 4. Dezember 1987 in Fère-en-Tardenois bei Reims zu Gesprächen zusammen.